

R. Said Ruete

Politische Korrespondenzen
und
Friedfertige Kriegsaufsätze
1914—1918

RUDOLPH SAID-RUETE

Zürich 1919.
Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli.

In der Hoffnung

dass den kommenden Generationen

für bessere Zeiten tüchtige Männer erwachsen mögen

MEINEM SOHNE

gewidmet.

INHALTSVERZEICHNIS.

I. TEIL.

Korrespondenz mit

II. TEIL.

Friedfertige Kriegsaufsätze.

Seite

EINLEITUNG.

Als Deutscher, der ich durch lange Jahre im Auslande lebte, und eingedenk dessen, was meinen Landsleuten und mir jenseits der eigenen Grenzpfähle an Gutem und Nützlichem stets in liberalster Weise geboten wurde, empfand ich es von Kriegsbeginn an als eine nationale Pflicht, im Rahmen meines Könnens aufklärend, versöhnend und vorbeugend zu wirken.

So glaubte ich der deutschen Sache den besten Dienst zu leisten. Es kam meiner Aufgabe zu statten, dass ich mich während der Friedensjahre in beiden Lagern weitgehender und vertrauensvoller Beziehungen erfreute, dass mir speziell das Gebiet der deutsch-englischen Politik sowie der Orientprobleme kein Neuland bedeutete.

Dieses Buch soll, soweit es die Verhältnisse heute gestatten, einen Einblick in meine politische Tätigkeit während der Kriegsjahre gewähren. Ich bin mir durchaus bewusst, dass meine Anregungen kein positives Ergebnis im Sinne eines den deutschen Interessen dienlichen Friedens zeitigten, dass meine Ratschläge in den schlammigen Fluten unheilvollen Machtgefühles, der Unkenntnis, des Hasses und der Verhetzung nur wenig Beachtung fanden.

Dennoch möchte ich die Arbeit, jetzt, da ich meinen vielgeschmähten Pessimismus im Lichte der Tatsachen als viel zu eng gesteckt erkennen muss, doch nicht ungeschehen wissen. —

Luzern, Ende Dezember 1918.

RUDOLPH SAID-RUETE

I.

POLITISCHE KORRESPONDENZEN

„CARA PATRIA, CARIOR LIBERTAS“

v. BETHMANN HOLLWEG, Reichskanzler.

Berlin, 26. April 1915.

Zu Beginn des Jahres 1913 nahm ich mir die Freiheit, Eurer Exzellenz von London — meinem Wohnsitze — aus eine Denkschrift über die Gestaltung der Deutsch-Englischen Beziehungen zu übersenden.[1])

Ich hatte dieselbe im Verfolg einer Unterredung verfasst, die ich über das gleiche Thema mit dem nunmehr verstorbenen Herrn Staatssekretär von Kiderlen-Wächter pflegen konnte. Meine solchergestalt niedergelegten Anschauungen über die praktische Möglichkeit, eine politische Frage von weittragendster Bedeutung guter Lösung entgegenzuführen, sind auch durch den gegenwärtigen Krieg keineswegs erschüttert worden.

Ich darf geltend machen — da ich es zu belegen vermag — dass ich mich während der letzten Jahre, gefördert durch weitgehende persönliche Beziehungen, mit einigem Geschick und Verständnis für die beiderseitigen komplizierten und vielfach divergierenden politischen Gedankenrichtungen, in geräuschloser Arbeit behufs Herbeiführung gesunder Beziehungen von bleibendem Werte zwischen Deutschland und England bemühte.[2]) Wenn

---

[1]) Dem Staatssekretär des Reichs-Kolonialamts Dr. Solf hatte ich, bei einer durch den damaligen Botschafter Grafen Metternich vermittelten Unterredung, eine Kopie dieser Denkschrift gegeben, als er kurz nach Antritt seines Amtes in London war. Da ich während des Krieges die Arbeit wieder einsehen wollte und um Rückgabe bat, wurde mir folgender Bescheid:

Berlin, 5. September 1917.

Staatssekretär Dr. Solf hat die ihm seiner Zeit überlassene Denkschrift über die deutsch-englischen Beziehungen anfangs des Jahres 1913 dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn von Jagow gelegentlich einer Unterredung übergeben. Die auf diesseitige Veranlassung im Auswärtigen Amt jetzt angestellten Nachforschungen nach dem Verbleib dieses Schriftstückes haben keinen Erfolg gehabt, sodass ich zu meinem Bedauern ausser Stande bin, Ihrem Wunsche nachzukommen.

In Vertretung
MEYER-GERHARD.

Siehe Fussnote zum Aufsatze „Richard von Kühlmann."

[2]) Der Wirkl. Geh. Legationsrat und Dirigent im Auswärtigen Amt Dr. v. Loehr schrieb mir am 28. Dezember 1914: „Sie gehörten zu den prominenten Vorkämpfern für die Verständigung mit England; es wird mich daher ungemein interessieren, Ihre Gedanken über unsere zukünftigen Beziehungen zu England zu erfahren."

Der verdienstvolle Befürworter eines deutsch-englischen Ausgleiches (deutscherseits Vorsitzender der 1912 in London tagenden Verständigungs-Konferenz) früherer Gesandte Graf Casimir von Leyden schrieb an einen Freund im September 1916: "He is well known to me as a member of the English-German friendship committee, the well meaning, but on both sides useless efforts of which, before the war, are perhaps known to you. At all events, Herr Said-Ruete has been an active and energetic member of this association, nor has he taken part in the unnecessary campaign of hatred which has since developed in the European world."

Siehe meinen an Maximilian Harden gerichteten Brief: „Anglo-Deutsche Freundschaft", veröffentlicht in „Die Zukunft", 18. November 1911.

sich kein Resultat rechtzeitig ergab, so waren, wie ich es im Sinne der Zukunft für meine Pflicht halte, an dieser Stelle freimütig auszusprechen, hieran Momente schuld, die nicht ausschliesslich in meiner Person oder auf der englischen Seite lagen.

Unter den gigantischen, nur allzu zahlreichen Problemen, die der Krieg entfesselt hat, scheint mir das Wichtigste, die auf die Orientierung der deutschen auswärtigen Politik hinzielenden, schon heute zur Erwägung reifen Massnahmen zu sein.

Ich vertrete die Ansicht: Unter keinen Umständen Anlehnung nach Osten, bevor nicht erwiesen ist, dass sich nach Westen keine den Weltfrieden sichernde Verständigung auf Grundlage selbstbewusster Gleichberechtigung herbeiführen lässt.

R. S-R.

* * *

Berlin, 6. Mai 1915.

Euer Hochwohlgeboren bestätige ich ergebenst den Empfang Ihres gefälligen Schreibens vom 26. v. M.

Zu meinem Bedauern ist meine Zeit gegenwärtig so in Anspruch genommen, dass ich auf das Vergnügen einer Unterredung mit Ihnen verzichten muss.

Mit vorzüglicher Hochachtung

BETHMANN HOLLWEG.

* * *

Zürich, 27. Mai 1915.

Im Interesse der Sache war es mir bedauerlich, dass ich bei meiner letzten Anwesenheit in Berlin zu Anfang dieses Monats infolge Ungunst der Verhältnisse nicht des Vorzuges einer Unterredung mit Euerer Exzellenz teilhaftig werden konnte.

Inzwischen hat sich die politische Weltlage durch Italiens Eintreten in den Krieg vermehrt kompliziert. Es besteht Gefahr, dass sich bei weiteren, heute noch neutralen Staaten eine in aktives Handeln umgesetzte Sinnesänderung ergeben wird.

Bei aller Anerkennung der bisherigen, achtunggebietenden deutschen militärischen Erfolge, die durch die peinliche Notwendigkeit, unseren Bundesgenossen in steigendem Masse neben der Kriegsfinanzierung noch weitgehende Unterstützung angedeihen zu lassen, wesentlich erschwert und in ihrem Ergebnis beeinträchtigt sind, ist es eine doch unabweisbare Tatsache, dass die Waffenleistungen uns nimmermehr die hinlängliche Handhabe bieten werden, um als „Sieger" den Frieden zu „diktieren".

Es sollte in klarer Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse nicht ausser Acht gelassen werden, dass Deutschland sich auch im neutralen Auslande so gut wie keiner Sympathien erfreut. Diese Welt der Abneigungen darf unsererseits bei Aufstellung der Zukunftsrechnung keinesfalls unter-

wertet werden; sie ist dazu angetan, bei Wiedereinsetzung normaler Beziehungen ein gutes Stück der Gewalterfolge zu absorbieren.

Sympathien gehören nun einmal zu jenen Imponderabilien, ohne deren Mithilfe sich heute in der Weltpolitik ein dauernder Erfolg schlechterdings nicht erringen lässt. Und wenn Deutschland das, was es in diesen Kriegsmonaten im Auslande an Zuneigung verloren hat, zurückgewinnen will, so wird es seine Auffassung — „Mehr Feind, mehr Ehr'"/„Immer feste druff" — zunächst gründlich revidieren müssen.

Ist somit bei Fortdauer des Krieges von der Zukunft trotz aller Anstrengungen und Opfer keine nennenswerte Besserung der derzeitigen Lage Deutschlands zu erwarten, so ist in logischer Folge der Zeitpunkt gekommen, da die durch die militärischen Massnahmen so gut wie ausgeschalteten staatsmännischen Erwägungen sich wiederum kraftvoll durchsetzen müssen.

Die Rechnung der Enttäuschten — und deren Zahl ist schon heute grösser als man im Zeichen der burgfriedlichen Zensur zu realisieren scheint — wird in machtvoll schwellenden Forderungen eines nahenTages präsentiert und deren Begleichung nachdrücklich gefordert werden.

Es muss der Zeitpunkt kommen, an dem in der unbefriedigten breiten Masse die Schuldfrage auf Grund eigener, der Einwirkung der Kriegsmentalität entrückten Erwägungen diskutiert und festgelegt wird. Das nüchterne Kriegsergebnis — ideal plus (bezw. minus) materiell — wird alsdann einen bestimmenden Einfluss auf das Urteil und die durch jenes ausgelösten Massnahmen haben.

Dieses zugegeben, drängt sich gebieterisch die Frage auf, ob Deutschlands Zukunft bessere Dienste durch eine rücksichtslose Fortsetzung und Ausdehnung des Waffenganges mit den diesem anhaftenden zeitlichen und nachwirkenden Begleiterscheinungen erwiesen werden, oder ob der Krieg durch eine geschickte politische Neuorientierung schnell und mit der begründeten Aussicht, die Wunden der Gegenwart dauernd auszuheilen, zum Abschluss gebracht wird.

Es ist zu entscheiden zwischen der hemmungslos-vernichtenden Gewalt und den aufbauenden nicht nur modernen, sondern futuristisch-zielbewussten staatsmännischen Massnahmen.

Die weitaus schwerere, dafür aber auch ungleich höhere Aufgabe fällt demgemäss schon heute dem Politiker zu. Somit muss er sich unbeirrt aller Hindernisse durchzusetzen wissen.

Wie immer die Sympathien orientiert sein mögen, für die Beendigung dieses Weltkonfliktes gibt es nur eine praktisch-nüchterne Lösung: Die Verständigung mit England auf Basis der Gleichberechtigung.

Eine politische Auseinandersetzung zwischen zwei Staaten nach dem alten Rezept des einseitigen Nehmens ist heute weder dauernd noch nützlich. Wo solche Ansichten noch vertreten werden, ist kein Nährboden für weltpolitische Ziele. Nur aus dem breiten Rücken eines Dritten lassen sich schmackhafte und verdauliche Verständigungsfilets schneiden.

Für den vorliegenden Fall ist das gegebene Objekt die politisch und ökonomisch in Grund und Boden verwirtschaftete und somit im heutigen Umfange der Existenzberechtigung bare Türkei.

Die naheliegende Einwendung, dass das osmanische Reich unser Bundesgenosse sei, ist nicht genügend stichhaltig, um ausschlaggebend zu sein. Dieser von jeher nur in äusserst losem Zusammenhange stehende über-gewaltige Länderkomplex verdankt Deutschland durch die ihm zuteil gewordene recht erhebliche politische und finanzielle Stützung seine Bewahrung vor frühzeitigem völligem Verfall.

Die Türkei im bisherigen Umfange lebensfähig zu erhalten, ist für das, in solcher Hilfsaktion nunmehr isolierte, durch den Krieg stark geschwächte Deutschland schlechterdings unmöglich. Somit haben wir, abgesehen von der untunlichen Dauerverbindung Deutschland/Österreich-Ungarn/Türkei — da die Interessens- und Machtfaktoren zu ungleich — selbst ein lebhaftes Interesse daran, unseren Verpflichtungsradius für die Zukunft auf ein unserem Können angepasstes Mass reduziert zu sehen.

Dieser Krieg, der zu einem Umlernen auf allen Gebieten zwingt, er muss auch die deutsche auswärtige Politik von Osten nach Westen umorientieren, um in logischer und zweckdienlicher Folge wiederum dem Wirtschaftsleben nützliche, von Reibungen freie Absatzgebiete im Osten zu gewährleisten.

Daher: Eine in Asien territorial gut verkleinerte, aber politisch und wirtschaftlich auf internationaler Basis gestärkte, dauernd-lebensfähige Türkei.

Ich möchte mit Gegenwärtigem nur den Grundgedanken, dessen geistiges Eigentum ich gewahrt zu wissen wünsche, festgelegt haben. Wenn Euere Exzellenz denselben nach reiflicher Überlegung nicht von der Hand weisen, so stehe ich mit einem logisch-durchdachten Ausführungsplan zur Verfügung. Voraussetzung wäre, dass die Wilhelmstrasse in kraftvoller Selbständigkeit an das Projekt herantritt, ohne in erster Instanz den in der Türkei materiell — aber nur sehr bedingt national — interessierten, Sonderzwecke verfolgenden Kreisen Einblick und Einwirkung einzuräumen.

Ich nehme für mich ein hinlängliches Mass von Einsicht und Erfahrungen, sowie nicht geringe Spezialkenntnisse voraussetzendes, sachlich-uninteressiertes Urteil in Anspruch, um zu den Fragen, die die Welt so einschneidend bewegen, die für Deutschland ein national-vitales Interesse haben, deren Lösung sich wohl verzögern, aber nicht aufhalten lässt, meine Ansichten der massgebendsten Stelle ehrerbietigst zu unterbreiten.

R. S-R.

* * *

Vitznau, 29. Mai 1916.

Eure Exzellenz wollen mir gestatten, im Nachstehenden eine Beurteilung des von Ihnen dem Vertreter der "New York World" letzthin gewährten Interviews, das eine Antwort auf die, der "Chicago Daily News" seitens Sir Edward Grey's gemachten Ausführungen darstellt, ergebenst zu unterbreiten.

Ich halte mich hierzu für befähigt und berechtigt, als ich selbst in einem offenen Brief an Sir Edward Grey — veröffentlicht in der „Neuen Zürcher Zeitung" (Nr. 808) vom 21. d. M. — zu seinen Auslassungen Stellung genommen habe.

Ich liess mich dabei von dem Gedanken leiten, dass es heute darauf ankommt, im wohlverstandenen nationalen Interesse eine Verständigungs-Atmosphäre zu schaffen, zu deren Aufbau — ohne Aufgabe logisch-berechtigter Forderungen — geschickt alles vermieden werden muss, was geeignet wäre, schon allzulangem unfruchtbarem Redestreit weitere neue Ansatzpunkte zu bieten.

Bindestriche, keine Trennungsstriche sollte die Losung sein.

Nach dieser Richtung sind die Darlegungen Eurer Exzellenz hinter meinen Hoffnungen in Etwas zurückgeblieben.

Ich darf hier einige Punkte hervorheben. Eure Exzellenz weisen einleitend auf die Unkenntnis der deutschen Zustände, die vor dem Kriege in England herrschte und auf eine innere Uneinigkeit Deutschlands spekulieren liess, hin.

Diese Feststellung trifft in gutem Umfange zu, doch mit der rückschlagenden Einschränkung, dass von englischer Seite der gleiche Einwand in nicht geringerem Masse erhoben und belegt werden könnte. Ist es doch eine unbestreitbare Tatsache, dass in Deutschland die Stellungnahme Englands zu einem Weltkriege — es hat an Warnungen nicht gefehlt — verhängnisvoll-irrig eingeschätzt wurde, dass ohne diesen schweren Kalkulationsfehler die europäische Krise wohl einen anderen, für alle Teile weitaus günstigeren Verlauf genommen hätte. In Deutschland überdiskontierte man die an der Oberfläche, zufolge weitgehendster Diskussionsmöglichkeit leichter erfassbaren Anzeichen irischer Sonderbestrebungen und liess dabei ausser Acht, dass England durch lange historische Entwicklung — mehr als andere Länder — den vitalen Fragen der äusseren Politik gegenüber immer eine national gut geschlossene Stellung eingenommen hat.[1])

Eure Exzellenz verweisen auf die von Deutschlands Gegnern befolgte „Einkreisungspolitik".

Im feindlichen Lager argumentiert man dahin, dass Deutschland durch seine schroffe Stellungnahme in der Abrüstungsfrage auf den Haager Konferenzen sich eigensinnig „ausgekreist" habe und infolgedessen erst der Zusammenschluss der Entente ausgelöst wurde. Auch wird darauf hingewiesen, dass der Dreibund schon bestand, bevor unsere heutigen Feinde sich verbündeten.

Deutschlands Weigerung, den österreichisch-serbischen Streitfall, englischer Anregung folgend, einem Schiedsgericht zu unterbreiten, wird seitens Eurer Exzellenz auch damit begründet, dass die Verhandlungen „während denen Russland stetig mit Ansammlungen seiner Truppen an unserer Grenze fortfuhr", geeignet gewesen wären, dem Feinde Vorschub zu leisten.

Darauf liesse sich erwidern, dass die allseitige Voraussetzung eines Schiedsgerichtes naturgemäss der völlige Stillstand — wenn nicht Rückgang — jeder Mobilisation gewesen wäre.

Homerule bedeutet für Irland den Wunsch nach einer von London losgelösten, mit weitgehenden Befugnissen ausgestatteten Regierungsform.

[1]) Hier sind Ausführungen über den „Militarismus" fortgelassen. Siehe die Wiedergabe derselben im Aufsatze „Zum Militarismus".

In diesem Sinne lässt sie sich nicht für Deutschland als Ganzes, wohl aber z. B. für Elsass-Lothringen in Parallele stellen.

Geheime Abmachungen sind leider bisher in den Beziehungen der Völker noch immer nicht ausgeschieden. Ich verweise auf das deutsch-österreichisch-türkische Bündnis gemäss regierungsseitiger Erklärung im Reichstage am 12. d. M.

Ich vermag mich der Ansicht Eurer Exzellenz nicht voll anzuschliessen, dass die Kriegslage so zu beurteilen sei „wie sie jede Kriegskarte zeigt". Ist aus dieser zunächst der Verlust der deutschen Kolonien, der völlige Stillstand der deutschen Weltschiffahrt, die nicht ernst genug zu bewertende Vernichtung der ungezählten deutschen Auslandexistenzen, auch wohl die bedrängte Lage der Türken in Asien nicht ersichtlich, so sind nach meiner Auffassung die militärischen Erfolge in diesem Kriege nicht allein massgebend. In meinem Brief an Sir Edward Grey habe ich dieses Momentes bei Abweisung seiner militaristischen Anschuldigung Erwähnung getan.

Der Schlussatz Eurer Exzellenz: „Ich weise diese Schuld weit von mir", wird leider auch vollinhaltlich von der gegnerischen Seite in Anspruch genommen. In diesen wenigen Worten liegt die ungeheure Tragik des uferlosen Weltstreites!

Die vorstehenden Ausführungen — einer guten Kenntnis der sich bekämpfenden Geistesrichtungen und dem Wunsche, diese allseitigem Interesse dienend, zu versöhnen, entsprungen — hätten ihren Zweck verfehlt, wäre ich nicht der Überzeugung, dass ich mit Eurer Exzellenz in dem Kardinalpunkte, einer baldmöglichen vernünftigen Verständigung mit England, die dem Weltkreis auf lange hinaus — hoffentlich auf immer — einen durch die Erfahrungen der Vergangenheit geläuterten Frieden sichert, völlig einig gehe.

R. S-R.

WAHNSCHAFFE
Unterstaatssekretär der Reichskanzlei.

St. Moritz, 28. Februar 1916.

Eure Exzellenz,

Ich konnte mich zu Ende November v. J. durch Vermittlung des Herrn von Holtzendorff[1]) mit Ihnen über die durch den Krieg geschaffene deutsch-englische Lage unterhalten.

Ich setzte Ihnen an Hand eines Denkschriftenentwurfes auseinander, dass Deutschlands Stellung im Ausblick auf die jenseits des Friedensschlusses liegende Zeit nicht unbedenklich geschwächt würde, falls England zur allgemeinen Wehrpflicht sich bekennen und Deutschland gegenüber einschnel-

[1]) Direktor der Hamburg-Amerika Linie.

dende Zollschranken aufrichten würde. Das erstere ist inzwischen eingetreten, das letztere in sicherer Vorbereitung.

Ich erlaubte mir fernerhin, Ihnen meine ernsten Bedenken bezüglich einer zu weitgehenden Anlehnung an die Türkei zum Ausdruck zu bringen.

In aller Bescheidenheit darf ich für mich ein gutes, vielfach anerkanntes Mass von Einsicht in die deutsch-englischen Verhältnisse und die politische, sowie wirtschaftliche Lage des nahen Ostens in Anspruch nehmen. Von jeher habe ich die Ansicht vertreten, dass beide Gebiete in engster Wechselwirkung stehen. Für heute trifft dieses, soweit die Möglichkeit eines leidlichen Friedensschlusses in Frage kommt, mehr denn je zu.

Mehrfach habe ich in diesem Sinne im Auswärtigen Amte (Unterstaatssekretär Exzellenz Zimmermann) meine Ansichten dargelegt. Stets habe ich es für meine Pflicht gehalten, auf das, meiner Anschauung nach, Schwierige der Kriegskonstellation, die für mich keineswegs nur durch die Waffentaten bedingt wird, hinzuweisen.

Es ist meiner Urteilskraft eine recht wehmütige Genugtuung, dass der Gang der Dinge meinen Voraussagen und Befürchtungen bisher nur zu sehr Recht gegeben hat.

Um heute mit England noch zu einer der deutschen Sache in der Zukunft dienlichen Verständigung zu gelangen, und um Deutschlands Stellung der Türkei gegenüber vorteilhaft zu gestalten, sehe ich nur eine Möglichkeit: Liquidierung der türkischen Frage unter Konsolidierung des Osmanischen Reiches auf internationaler Grundlage. Um dieses zu erreichen, müsste schnell und zielsicher bei geschickter mise en scène gehandelt werden.

* * *

Die im Vorstehenden erwähnte, hier folgende Denkschrift hatte ich Herrn Ballin vorgelegt, der dieser in allen Punkten zustimmte. Auch mit Graf Quadt und Herrn von Ruecker-Jennisch konnte ich in Hamburg die Grundlinien derselben besprechen.

Herr Ballin schrieb an Herrn von Holtzendorff/Berlin, dass er mich mit dem Unterstaatssekretär Wahnschaffe in Verbindung setzen möge. Wir waren uns darüber einig, dass ein Herantreten an das Auswärtige Amt aussichtsloses Beginnen sei.

Mit Herrn Wahnschaffe besprach ich eingehend den Inhalt der Denkschrift, die er noch am gleichen Tage dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg zu unterbreiten zusagte. Er vertrat jedoch die Ansicht, dass es aus ressorttechnischen Gründen unumgänglich wäre, das Auswärtige Amt mit meinen Vorschlägen zu befassen.

So sprach ich noch am gleichen Tage beim Unterstaatssekretär Zimmermann vor. Siehe meine Aufzeichnung über diese Unterredung (Seite 12).

R. S-R.

* * *

DENKSCHRIFT.

Nachdem durch die Erfolge der deutsch-österreichisch-bulgarischen Waffentaten der Weg nach Konstantinopel offen steht und der Vierverband

solchergestalt in der Balkankombination geschlagen wurde, steht Deutschland vor der für die Gestaltung der zukünftigen Weltkonstellation ausschlaggebenden Frage, welche weiteren Schritte im Sinne des Kriegszieles nunmehr zu unternehmen sind.

Ich halte den Augenblick für gekommen, da es bei entsprechendem Prozedieren — gestützt auf die derzeitig Deutschland günstigen militärischen Ergebnisse und der strategisch-politischen im Südosten Europas erkämpften beherrschenden Position — möglich sein sollte, von England, der treibenden und lebensfähigsten Kraft im Bunde unserer Gegner, diejenigen Bedingungen zu extrahieren, deren Deutschland zur Sicherstellung seiner Zukunft unbedingt bedarf.

In der Gewissheit, dass dieses Ziel heute zu erreichen wäre, würde ich es aus nachstehenden Gründen für überaus bedenklich halten, die deutschen Waffenerfolge über den Bosporus — etwa nach Ägypten — hinaustragen zu wollen, ohne zuvor mit geeigneten Mitteln den Versuch unternommen zu haben, auf dem Wege schneller Verhandlungen zu einem gleichwertigen Ergebnis zu gelangen:

1. Sollte es einer gedachten deutsch-türkischen Armee gelingen, den Suezkanal zu überschreiten, so wäre allerdings die englische Herrschaft in Ägypten vernichtet. Es sei zugegeben, dass ein geringer Bruchteil der Bevölkerung des Niltales mit der englischen Verwaltung unzufrieden ist. Die ausschlaggebende Majorität hat jedoch keinesfalls den Wunsch nach einem Wechsel der Verhältnisse im Rahmen der Fremdherrschaft. Eine deutsche Dauerverwaltung wird den Ägyptern unliebsamer sein als die gegenwärtige englische Administration; eine türkische Regierung würden sie als Rückschritt verabscheuen. „Ägypten den Ägyptern" ist jedoch ein Unding; damit würde den bis zum Kriegsausbruch bedeutenden und gutgesicherten deutsch-ägyptischen Handelsbeziehungen, soweit dieselben noch der Wiederbelebung fähig sind, der sichere Todesstoss gegeben.

Das Vorstehende trifft auch für die Bestrebungen zu, die darauf hinzielen, die englische Macht in Indien oder am Persischen Golfe zu untergraben. Es hiesse, eine sich bestens bewährt habende Kontrollgewalt, deren durch Jahrzehnte im Sinne des Europäertums mühsam aufgebauten Werte leichtfertig vernichten, eine auf Unabhängigkeit, unter Ausschaltung jeglichen westlichen Einflusses hinauslaufende Bewegung auszulösen, ohne in der Lage zu sein, etwas nur annähernd Gleichwertiges im Geiste deutscher Handels- und Kulturbestrebungen an die Stelle zu setzen.[1])

2. Die deutsch-türkische Waffenbrüderschaft schliesst bereits heute ein überaus schwieriges Zukunftsproblem in sich. Nachdem die finanziellen Kriegslasten der Türkei schon von Deutschland getragen werden mussten, stellt auch die wirtschaftliche Sanierung und Entwicklung des Osmanischen Reiches eine Zwangspflicht für Deutschland dar. Hier muss daran erinnert

[1]) Auf Veranlassung Bethmann Hollwegs hatte ich nach Rückkehr einer im Auftrage der Deutschen Bank 1910 nach Persien unternommenen wirtschaftspolitischen Studienreise mit dem damaligen Dirigenten der politischen Abteilung, spätern Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherrn von Stumm eine Unterredung über die Fragen der deutsch-englischen Politik. Bereits damals warnte ich, im Einklang mit meinen aus Teheran gesandten Berichten, davor, England an seiner empfindlichsten Stelle, dem nahen und mittleren Osten, entgegen zu treten.

werden, dass die Türkei bereits vor Kriegsausbruch, als ihr noch der reiche Geldmarkt Frankreichs und Englands zu Diensten war, vor einer schweren wirtschaftlichen Krisis stand, die das deutsche Kapital — soweit es nicht durch weitgehende Regierungsgarantien geschützt war — von grosszügiger Betätigung abschreckte. Inzwischen hat die Türkei ihre Einfuhrzölle verdoppelt — von 15 auf 30% des Wertes — und die das europäische Eigentum wirksam sschützenden Kapitulationen kurzerhand abgeschafft. Beide Massnahmen bedeuten eine augenfällige Reduzierung der bereits durch die Kriegslasten wesentlich erschütterten Kaufkraft des Landes und eine bedenkliche Schwächung der rechtlichen Grundlage. Auch ist es nicht ersichtlich, wie Deutschland in Zukunft ohne Gefährdung seiner nächstliegenden Interessen, ohne internationale Stützung jene gewaltigen, in ihrer Rentabilität und Sicherheit stark gefährdeten Summen erübrigen könnte, deren das Osmanische Reich bedarf, um seine wirtschaftlichen Verhältnisse zu ordnen.

Je länger das Waffenbündnis dauert — wie dieses bei einem Zuge nach Ägypten der Fall sein würde —, um so drückender gestalten sich Deutschlands finanzielle Verpflichtungen der Türkei gegenüber. Je länger die Türken ihr Heer in den Dienst der deutschen Sache stellen, um so eindringlicher werden sie ihre politische und wirtschaftliche Rechnung präsentieren. Die westlichem Einfluss abholde Grossmannssucht des jungtürkischen Regimes darf keinesfalls unterwertet werden.

3. Je mehr Deutschland, sich an die Waffenhilfe der Türkei anlehnend, gegen die Machtstellung Englands im Osten vorstösst, umso unüberbrückbarer wird die Kluft, die Deutschland zur Zeit von den Westmächten trennt. Dass die Deutschland mit letzteren verbindenden religiösen, kulturellen und hochwertigen wirtschaftlichen Interessen nach diesem Kriege wieder pflegsam gefestigt werden müssen, ergibt sich aus den nüchternsten Gründen des eigenen Interesses.[1])

R. S-R.

ZIMMERMANN, Unterstaatssekretär, später Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Ich hatte verschiedentlich und eingehend dem Unterstaatssekretär Zimmermann meine Bedenken schriftlich geäussert, dass eine zu scharfe Behandlung der in Deutschland zurückgehaltenen Engländer schwere Rückwirkung auf die ungleich grössere Zahl der in England und den Kolonien internierten Deutschen ausüben könnte. Unter dem 8. November 1914 wurde

[1]) Im Plenum des 2. Deutschen Kolonialkongresses zu Berlin hatte ich am 8. Oktober 1910 einen Vortrag über: „Die gemeinsamen Interessen Deutschlands und Englands in der Kolonialpolitik und auf dem Weltmarkte" gehalten. Abgedruckt in den „Veröffentlichungen des zweiten Deutschen Kolonialkongresses", Berlin 1910. U. a. hatte die „Times" (10. 10. 10) eine eingehende Besprechung meiner Ausführungen gebracht.

mir folgender Bescheid: „Die Frage der Behandlung englischer Wehrpflichtiger hat inzwischen, wie Sie aus der Presse ersehen haben werden, die Lösung gefunden, zu der uns das Verhalten Englands genötigt hat. Ich bin kein Freund brutaler Massregeln. England aber hat die Vergeltung herausgefordert."

ZIMMERMANN.

* * *

Unterredung am 10. Februar 1915.

Ich begann die Unterhaltung mit der Frage, ob man sich durch die Massnahmen des vor wenigen Tagen angekündigten Unterseebootkrieges ein durchschlagendes Ergebnis verspreche, und ob vorher auch die neutralen Staaten sondiert worden seien. Zimmermann beschränkte sich darauf, zu sagen, dass die technischen Autoritäten (Admiralität) die Ansicht vertreten hätten, mittelst des Unterseebootkrieges England in kürzester Zeit zum Frieden zwingen zu können.

Ich lenkte auf die Vernichtung des deutschen Aussenhandels hin und gab der Befürchtung Ausdruck, dass, je länger der Krieg dauere, es um so schwerer sein würde, im Auslande erneut Fuss zu fassen, und dass damit Deutschland wirtschaftlichem Ruin entgegengetrieben würde. Zimmermann antwortete etwa: „Man sei in Berlin der Ansicht, dass es dem rührigen deutschen Kaufmanne gelingen würde, innerhalb eines Jahres nach Kriegsende wieder erfolgreich Auslandshandel zu treiben." Dieser Ansicht gegenüber drückte ich meine schwersten Bedenken aus und erinnerte ihn an die führende Stellung, die der deutsche Kaufmann speziell in England und in englischen Kolonien eingenommen habe. Er konnte mir dieses aus eigener Erfahrung bezüglich Shanghai voll bestätigen.

Meiner Anregung, dem unklug propagandierten Hasse gegen England entgegenzutreten, was doch bei der Abhängigkeit der Presse nicht schwer sein könnte, begegnete der Staatssekretär mit dem Hinweise, dass die Abneigung im Volke bereits sehr tiefe Wurzeln geschlagen habe. Ich erwiderte, dass ich mich, bei der Urteilslosigkeit der breiten Masse, anheischig mache, zwanzigtausend auf dem Pariser Platz versammelte Menschen binnen zehn Minuten dazu zu bringen, „Vive la France" zu rufen.

R. S-R.

* * *

Unterredung Ende November 1915.

Ich drückte meine ernste Besorgnis betreffs der Unzweckmässigkeit und Ergebnislosigkeit des „Heiligen Krieges" aus. Ich wies darauf hin, wie besten Falles nur Unruhen in Gebiete getragen würden, die bisher seitens Englands zum Nutzen des Weltkreises auf das beste verwaltet seien. Dass es unmöglich sein dürfte, etwas Gleichwertiges von dritter Seite an die Stelle zu setzen. Ich gewann den Eindruck, dass der Unterstaatssekretär der Materie fernstand. Er bezog sich auf Konsul Wönkhaus, der gerade vor mir sein Zimmer verlassen hatte. Dieser am Handel im Gebiete des Persischen Golfs interessierte Herr habe auf Grund bester Informationen berichtet, dass durch

die aufrührerische Bewegung unter den indischen Truppen in Mesopotamien die Engländer gezwungen worden seien, jeden zehnten Mann zu erschiessen (!). Ich beschränkte mich darauf, zu erwidern, dass ich „Autoritäten" wie Wönkhaus, Baron Max Oppenheim, v. Wesendonk oder gar Jäckh und Frobenius gegenüber meine Ansichten zurückstelle.[1])

Ich legte nahe, über eine neutrale Personenbrücke Fühlung mit England zu suchen und gab nach dieser Richtung einen mir zweckdienlich scheinenden Fingerzeig. Zimmermann wich aus mit dem Bemerken, dass man sich regierungsseitig schon schwere Ablehnungen zugezogen habe, und dass das Auswärtige Amt zur Zeit durch einen „Vertrauensmann des Botschafters Grafen Metternich" mit England in Fühlung zu kommen versuche.

R. S-R.

St. Moritz, 18. Januar 1916.

Als ich mich im Dezember mit Ihnen über das Friedensproblem, insonderheit soweit die zukünftigen Beziehungen zwischen Deutschland und England in Frage kommen, unterhalten konnte, wies ich wiederholt auf zwei Momente hin, die meiner Ansicht nach für die deutschen Interessen im Falle der Verwirklichung schwerwiegende Folgen zeitigen würden.

Es waren dieses·

a) die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England und

b) der Übergang seitens Englands vom Freihandel zum Schutzzcll.

Allgemeine Wehrpflicht. Dieselbe ist angesichts der tiefwurzelnden Abneigung der Engländer gegen den Militärzwang von überraschender Majorität getragen, in kürzester Zeit mit genügender praktischer Durchführungsmöglichkeit zum Gesetz erhoben worden. Glaube ich auch nicht, dass die Wehrpflicht die Aussichten Englands auf dem Schlachtfelde in der nahen Zukunft wesentlich verbessern wird, so wird diese so tiefeinschneidende Massnahme den Willen zum „Durchhalten" jedenfalls in einer Weise stärken, die die Friedensgeneigtheit um ein Beträchtliches hinausschiebt. Sie wird somit dem nicht zu unterschätzenden britischen Bundesgenossen, der Zeit —

[1]) Zu den im Kriege entstandenen Fachmännern für den Orient, speziell Arabien, gehörte auch Dr. Max Roloff. Auf eine Anfrage hin, erhielt ich von dem mir befreundeten Arabienkenner von Weltruf Prof. Dr. C. Snouk Hurgronje (Leiden) folgende 31. Oktober 1915 datierte Auskunft; „Dieser Roloff ist mir leider seit beinahe 20 Jahren bekannt als ein Hochstapler ersten Ranges. Als ich mit ihm bekannt wurde, war er Kolonialsoldat in Niederländisch-Indien. Er wurde Unteroffizier und, da er intellektuell nicht ohne Begabung war und sich an mich um Hilfe wandte, verschaffte ich ihm eine nette Stellung an eine Bibliothek, welche ihm alle Wege öffnete zu deren Bewandlung sein Intellekt und sein Fleiss ihn befähigen würden. Er hat sich dann Diebstahl, Fälschungen aller Art und Betrügereien zu Schulden kommen lassen, welche er durch einige Jahre Zuchthausstrafe gebüsst hat. Einige Jahre nachher tauchte er in Deutschland auf, als Conférencier und Schriftsteller, war auch einige Zeit für die christliche Mission in Philippopel tätig, musste aber diese Stadt wieder wegen entdeckter Hochstappeleien verlassen. Es ist mir ein Rätsel, wie er immer wieder Objekte für seinen Betrug findet und zwar unter Intellektuellen."

wird dieser Krieg, wie man sich immer wieder vergegenwärtigen sollte, doch keineswegs ausschliesslich mit den Waffen entschieden — gute Vorschubdienste leisten.

Ist die englische Wehrpflicht auch nur als Kriegsmassnahme gedacht und als solche durchführbar gewesen, so darf doch nicht verkannt werden, dass der Ausgang des Völkerringens sehr wohl den Engländern — selbst contre cœur — ein ferneres, wenn auch zunächst zeitlich begrenztes Festhalten an einer Massnahme, die ihre militärische Stellung hebt (da ihre Schlagfertigkeit wesentlich steigernd) ratsam erscheinen lässt.

Es bedarf keines Hinweises, welche unliebsame Wechselwirkung solchergestalt auf die seitens Deutschlands nach Abschluss des Krieges vorzunehmenden Neurüstungen, die selbst im denkbar engsten Rahmen der wirtschaftlichen Wiederbelebung diametral entgegenstehen, ausgeübt werden wird.

Schutzzoll. Selbst der verblendetste Engländerfeind — in der Regel ist ihm England und die Engländer ein Buch mit sieben Siegeln — wird, wenn er nicht jeden wirtschaftlichen Instinktes bar, sich darüber klar sein, dass Englands Freihandelspolitik uns von ungeheurem materiellen Vorteil im Sinne des Welthandels gewesen ist. Es würde sich bei dem überaus mühsamen Wiederaufbau der in Grund und Boden zerstörten Beziehungen wohl verlohnen, über manchen Schönheitsfehler hinwegzusehen, wenn England uns gegenüber am Freihandel festhielte. Mir schien dies eine der wesentlichsten Friedensunterlagen: Ich habe Ihnen gegenüber dieses Thema wiederholt ventiliert.

Während der letzten Monate hatten sich die Anzeichen, dass England Deutschland gegenüber zum Schutzzoll überzugehen beabsichtigt, ständig gesteigert. Nach dieser Richtung stellen die imperialistischen Konservativen die treibende Kraft dar. Alles deutet darauf hin — Earl Curzon of Kedleston am Neujahrstage: Knight of the Order of the Garter —, dass ihr Einfluss je länger je mehr sich durchsetzen wird.

Aber schon heute ist der Schutzzoll zum wirksamen Kriegsruf erhoben. Es genügt, auf die Verhandlungen des House of Commons vom 10. d. M. zu verweisen. Diese in ihrer Bedeutung zu ignorieren, hiesse im Sinne der Zukunft schwere Selbsttäuschung begehen.

Meine unter diesen Verhältnissen pessimistische Auffassung bezüglich der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands würde sich noch wesentlich vertiefen, wenn wir uns auf das Naumannsche „Zentraleuropa" mit „Mitteleuropäischem Wirtschaftsverein" festlegen sollten. Sind doch gute periodische Waffengefährten, denen aber das wirtschaftliche Rückgrat fehlt, noch lange keine auf die Dauer qualifizierten Partner für kulturelle und kommerziellfruchtbare Wechselwirkung.

Wie und wann immer dieser Krieg ausgehen möge: Kann unsere seegehende Handelsflotte nicht wieder wie bisher zur Belebung und Festigung des eigenen Handels die Rolle des den Weltkreis umfassenden Frachtenfahrers aufnehmen, so werden alle deutscherseits noch so weltgesteckten kontinentalen Bestrebungen die Bilanz dieses Krieges nimmermehr aktiv gestalten können.

Wenn es nicht gelingt, für einen baldigen Friedensschluss die real-nützliche Formel zu finden, so befürchte ich, dass die Voraussage, die derjenigen Seite den Sieg zuspricht, die drei Wochen später als die andere bankerott ist, zur Wahrheit werden wird. Diese fragwürdige Siegespalme scheint mir unserer Sache doch nicht so sicher zu sein.

R. S-R.

* * *

Zürich, 15. Dezember 1916.

Wenn, wie die „Münchner Neuesten Nachrichten" schreiben, den Ententemächten mit dem Friedensangebot auch ein Friedensprogramm mitgeteilt wurde — eine Tatsache von weittragendster Bedeutung, für die durch die Rede des Herrn Reichskanzlers leider kein Anhalt geboten ist —, dann möchte ich im wohlverstandenen Friedensinteresse und gestützt auf eine gute Kenntnis der Entente- und neutralen Mentalität, hiermit dringend angeraten haben, den Wortlaut gedachter Bedingungen unverzüglich bekanntzugeben.

Es handelt sich in den folgenschweren Konsequenzen um mehr als die Korrektur eines Regiefehlers.

R. S-R.

v. KÜHLMANN
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

St. Moritz, 8. August 1917.

Ich schreibe Ihnen in der Voraussetzung, dass Ihr politisches Glaubensbekenntnis von der gebieterischen Notwendigkeit einer deutsch-englischen Verständigung, das unseren persönlichen Beziehungen durch Jahre die angenehme Grundnote gab, mit dem Gange des Krieges keinen Wandel erfuhr.

Meine Ihnen zur Genüge bekannten Ansichten sind durch die Ereignisse der letzten drei Jahre nur gefestigt worden. Ich habe dieselben während des Krieges sowohl in einer umfassenden Korrespondenz mit politisch massgebenden Persönlichkeiten als auch durch zahlreiche Veröffentlichungen in schweizer führenden Tageszeitungen und Zeitschriften immer von neuem mit meinem Namen vertreten. Mit Ihrem Herrn Amtsvorgänger habe ich die Frage, soweit dies nach einmal erfolgter Festlegung auf den „heiligen Krieg" — dem ich vom Anbeginn ein positives Ergebnis absprach — möglich war, mehrfach mündlich wie schriftlich bei wechselnder Resonanz erörtert.

Die heute vertretene Ansicht, dass Deutschland mit seinem Friedensangebot ins Leere gegriffen habe und deshalb jede auf Kriegsbeendigung hinzielende Initiative unsererseits unterbleiben müsse, vermag ich nicht im Vollumfange zu teilen. Was einer mit dem Kriegsausbruch verbundenen

Hand misslang, kann einer anderen — unter neuorientierten Verhältnissen und entsprechend geschickterer Inangriffnahme — doch wohl geraten. Hic Rhodus, hic salta!

R. S-R.

FREIHERR v. d. BUSSCHE-HADDENHAUSEN
Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt.

Durch Vermittlung des Reichstags-Abgeordneten Gothein hatte ich am 9. März 1918 eine Unterredung mit dem Vizekanzler Dr. von Payer, in deren Verfolg er mich an den mir von früher bekannten Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherrn v. d. Bussche, dem er selbst eine direkte Mitteilung zukommen liess, verwies. Ich vertrat die Auffassung, dass alles geschehen müsse, um die bevorstehende Offensive an der Westfront zu vermeiden. Ich war der Überzeugung, dass selbst die Einnahme von Paris und Calais — was als selbstverständlich galt — keinesfalls den Frieden bringen würde. Hingegen befürwortete ich eine einwandfreie Erklärung bezüglich der Räumung und Entschädigung Belgiens, sowie die Anerkennung und Befolgung des Mehrheitsbeschlusses des Reichstages vom 19. Juli 1917. Der Reichskanzler Graf Hertling wurde mit meiner Anregung befasst; nach seiner Ansicht hatte die Regierung sich bereits genügend und zweifelsfrei über die belgische Frage ausgesprochen.

Damals wurde ich, obgleich ich mit dem Visum und der Grenzempfehlung des Auswärtigen Amtes nach der Schweiz zurückreiste, seitens der Militärbehörden zwölf Tage in Lindau aufgehalten.

R. S-R.

* * *

Zürich, 15. April 1918.

Euerer Exzellenz teile ich bezugnehmend auf unsere im vorigen Monat gepflogene Unterredung mit, dass ich nach meiner Rückkehr in die Schweiz ein Zusammentreffen mit wohlinformierten Persönlichkeiten hatte.

Die Begegnung stand unter dem Eindruck der deutschen Waffenerfolge.

Ich habe nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, dass meiner Ansicht nach die Offensive hätte vermieden werden können, wenn die Reichstagsrede des Grafen Hertling vom 25. Februar d. J. im feindlichen Lager an Stelle völlig schroffer Ablehnung einen wenn auch zunächst nur leichten Resonanzboden gefunden hätte.

Da es mir behufs Zerstreuung von tatsächlich bestehenden Missverständnissen wichtig schien, erwähnte ich auch bei dieser Veranlassung, dass, soweit ich von parlamentarischer Seite informiert sei, der in der Kanzlerrede erfolgte Hinweis auf Belgien keineswegs eine Absplitterung der Regierung von Le Hâvre angestrebt habe, sondern ausschliesslich zur Steuerung der Flandernschen Selbständigkeitsbestrebungen berechnet gewesen wäre.

Dennoch wurde mir erwidert, dass man in London den Erklärungen der deutschen Regierung nach wie vor mit dem grössten Misstrauen begegne und dass diese Auffassung durch den im Osten geschlossenen Frieden nur neue Nahrung erhalten habe. Ich wies auf die Beschlüsse der Mehrheitsparteien hin; musste mir aber sagen lassen, dass man im feindlichen Auslande des Eindruckes sei, dieses Programm (19. Juli 1917) würde von der Regierung nicht mehr gestützt — auch habe sich eine offensichtliche Meinungsänderung innerhalb der Parteien selbst, je länger je mehr, herausgebildet.

Ich gewann den Eindruck, dass man englischerseits mit der Möglichkeit weiterer und ernsterer militärischer Fehlschläge rechne. Andererseits wird an der Auffassung festgehalten, dass der Friede — jedenfalls soweit England und Amerika in Frage kommen — nicht auf dem Schlachtfelde erzwungen werden kann; dass der Wille zum Widerstand, sowie die Hilfsquellen beider Länder noch keineswegs erschöpft sind und dass die Zukunftskarte, speziell auf dem Gebiete der Sympathien und wirtschaftlichen Werte, fest in ihren Händen sei.

Im Laufe der Unterhaltung liess ich einfliessen, dass die Möglichkeit vertraulicher Fühlungnahme von Regierung zu Regierung, wie sie im Reichstage seitens des Staatssekretärs und des Reichskanzlers am 30. November v. J. bzw. 25. Februar d. J. skizziert wurde, sich nicht unschwer ergeben dürfte, wenn englischerseits eine prominente Persönlichkeit zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt würde.

R. S-R.

* * *

Zürich, 6. Mai 1918.

Die nachstehenden Mitteilungen über die gegenwärtige Lage verdanke ich befreundeter Seite. Dieselben stützen sich zum Teil auf direkte Informationen eines kurz zuvor aus Paris zurückgekehrten Vertrauensmannes in amtlicher Stellung. Sie lassen sich dahin zusammenfassen, dass die Westmächte der Ansicht sind, die militärische Offensive habe ihren Höhepunkt überschritten. Von dem einheitlichen Oberkommando der verbündeten Armeen auf der Westfront, sowie von der zahlenmässig schnell steigenden Verwendung amerikanischer Truppen, die den englischen und französischen Verbänden eingegliedert werden, verspricht man sich Gutes. Aber auch für den Fall, dass Deutschland noch weitere Waffenerfolge auf französischem Boden erzielen sollte, glaubt man nicht, dass die Friedensbereitschaft im Westen dadurch gefördert würde — im Gegenteil.

Grosse Erwartungen setzt man betreffs der Zeit nach dem Kriege auf die moralische und wirtschaftliche Unterstützung Amerikas.

Den Vorgängen in Russland, sowie der preussischen Wahlrechtsfrage wird seitens unserer Gegner ein besonderes Interesse entgegengebracht.

Die Stimmung in London und Paris wurde mir als durch die Ereignisse der letzten Zeit im hohen Grade versteift bezeichnet.

Das Misstrauen gegen die Mittelmächte ist überaus tiefgehend.

Die Friedensresolution des Reichstages vom Juli v. J. scheint man als praktisch abgetan zu betrachten. Eine Auffassung, der ich entgegenzutreten mich bemühte.

Mein Gewährsmann vertrat die Ansicht, dass irgendwelche Fühlungnahme von Regierung zu Regierung ausgeschlossen sei, bevor nicht die Offensive ausgelaufen wäre. Man ist auf eine noch lange Kriegsdauer gefasst und vorbereitet.

Noch möchte ich erwähnt haben, dass mir von einwandfreier und in diesem Falle bestens unterrichteter Seite mitgeteilt wurde, dass vor etwa drei Wochen — jedenfalls nach Beginn der Offensive — von einer aus Deutschland zugereisten, dort über gute Beziehungen verfügenden Persönlichkeit eingehende Unterredungen mit einem der französischen Botschaft in Bern nahestehenden Herrn über die „Elsässische Frage" im entgegenkommenden und auf ein Sonderabkommen herauslaufenden Sinne — allerdings ergebnislos — hier gepflogen wurden.

R. S-R.

* * *

Berlin, 16. Mai 1918.

Euer Hochwohlgeboren benachrichtige ich auf das gefällige Schreiben vom 6. d. M. ergebenst, dass die Persönlichkeit, die nach Ihrer Mitteilung dort über die „Elsässische Frage" Unterredungen gepflogen haben soll, jedenfalls keinerlei amtliche Ermächtigung hatte.

BUSSCHE.

* * *

Berlin, 24. September 1918.

Nach den schroffen Ablehnungen des zeitlich nicht angebrachten Burianschen Vorschlages durch unsere Feinde sehe ich z. Z. keine baldige Lösung der Friedensfrage. Immerhin wäre ich für Mitteilung wirklich ernster Anzeichen einer Sinnesänderung unserer Feinde dankbar.

BUSSCHE.

SOLF, Staatssekretär des Reichs-Kolonialamtes.

Unterredung mit Staatssekretär Solf, 17. Februar 1915.

Der Staatssekretär teilte meine Auffassung bezüglich der deutsch-englischen Beziehungen in allen Punkten. Er erklärte, dass er mit seiner Ansicht völlig isoliert stände; mit Jagow zu sprechen wäre zwecklos, Zimmermann habe für diese Frage schon mehr Verständnis.

Er habe bis jetzt in der Öffentlichkeit alles vermieden, was ihn persönlich in Gegensatz zu England bringen könne; nur einmal im Reichstage habe er gegen die unwürdige Behandlung der gefangenen Deutschen in den Kolonien Stellung genommen.

Auch er erklärte, dass England die Politik der „offenen Tür" Deutschland gegenüber stets auf das liberalste gehandhabt habe und dass es für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft verhängnisvoll wäre, wenn England von diesem Grundsatze — was ernstlich zu befürchten — abgehen würde.

GRAF v. HERTLING

Bayerischer Ministerpräsident später Reichskanzler.

Ouchy, 19. Oktober 1914.

Ich entsinne mich dankbar der Unterredung, welche ich im Frühjahr d. J. durch die liebenswürdige Vermittlung Seiner Durchlaucht des Fürsten Fugger mit Eurer Exzellenz pflegen durfte.[1])

Die Fragen der auswärtigen Politik sind durch den Hereinbruch des Krieges über Erwarten schnell der staatsmännischen Einwirkung entzogen und der Entscheidung der Waffen unterworfen worden.

Mit hohem Interesse las ich die Wiedergabe des Interviews — nach Wolff — das Eure Exzellenz dem Berliner Vertreter des „Corriere d'Italia" mit Bezug auf die Gründe, die zum Kriege führten, gewährt haben.

Ich bitte um weitgehendste Nachsicht, wenn ich mir erlaube, in eine kurze Erörterung der Motive einzutreten, welche Englands feindliche Stellung gegen Deutschland ausgelöst haben sollen. Eure Exzellenz führen dieselbe auf die Eifersucht ob des gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwunges Deutschlands, auf den Wunsch, seinen grössten Konkurrenten auf dem Weltmarkte — notabene seinen besten Kunden — zu vernichten, zurück. Diese Ansicht ist die in Deutschland verbreitetste und wird von der Mehrzahl deutscher Politiker und Volkswirtschaftler verfochten, wenn auch, wie mir scheinen will, nicht immer schlüssig belegt. Ich möchte hier nur aus der grossen Zahl gleichartiger Publikationen auf die seitens des Nestors der deutschen Volkswirtschaftslehre, Wirklichen Geheimen Rat Professor Dr. Adolf Wagner, letzthin veröffentlichte Flugschrift hingewiesen haben, die sich gleichfalls sehr ausführlich und temperamentvoll in diesem Sinne ausspricht.

Ich persönlich, der ich mir das Studium der deutsch-englischen Beziehungen neben dem der politischen und wirtschaftlichen Fragen des nahen Ostens — beide Materien stehen in engster Wechselwirkung — zu meinem Spezialgebiet erwählte, vermag dieser Ansicht nicht uneingeschränkt beizutreten. Nach meiner Auffassung sind die Engländer zu sorglos, zu liberal, zu selbstzufrieden mit ihrer wirtschaftlichen Lage, die bei relativ geringer Arbeitsleistung noch recht auskömmlich, um aus dem deutschen Wettbewerb ein ausschlaggebendes Moment feindlicher Gesinnung — so logisch es wäre — abzuleiten.

Ich möchte zum Beleg anführen, dass die Engländer dem deutschen Unternehmungsgeiste jederzeit weitherzig Förderung angedeihen liessen. Es

[1]) Als wir über die in Deutschland herrschende Unkenntnis bezüglich des Auslandes sprachen, bemerkte Graf H., dass — wenn im Reichstage früher für die Zentrumspartei über auswärtige Politik redend — er immer das Empfinden hatte, von der Materie selbst nichts zu verstehen.

sei auf die grossen Lieferungsaufträge — auch seitens der Regierung — die der deutschen Industrie in England und seinen Kolonien bis in die jüngste Zeit geworden sind, hingewiesen. Ferner auf die Filialen deutscher Grossbanken, Versicherungsgesellschaften und Schiffahrtsunternehmen, die — allein in London — mit hohem Nutzen arbeiteten, auf das Heer deutscher Angestellter, die im englischen Erwerbsleben lohnende und ihren Gesichtskreis erweiternde Beschäftigung fanden. Die Beziehungen Englands zu Deutschland bieten hierzu kein nur annähernd zutreffendes Gegenstück.

Die „Gazette de Lausanne" vom 18. d. M. schrieb zu gleichem Thema:

> „La préoccupation de la liberté personnelle empêche l'anglais de se faire défendre par l'Etat. Il ne cherche pas à limiter les gens qui s'établissent auprès de lui et qu'il a une fois pour tout admis dans sa communauté; il ne songe pas à barrer le passage aux produits du dehors; il les prend, s'ils lui plaisent, en use largement et compte sur sa force et son ingéniosité à lui pour rétablir l'équilibre.
>
> C'est là un avantage incalculable. Nulle part nos ressortissants ne s'établissent plus librement que dans l'Angleterre et ses colonies. Chacun s'y emploie selon des moyens. Des horizons magnifiques s'ouvrent devant le travail et le talent et ce champ d'activité s'étend sur un quart du monde."

Mein Urteil wird ferner in etwas gestützt durch den Vortrag, den Geheimrat Prof. Dr. Kaufmann aus Breslau am 5. d. M. in Berlin zu dem Thema des gegenwärtigen Krieges und seiner Ursachen hielt. Er führte aus, dass die Rivalität auf dem Weltmarkte für das Eingreifen Englands kaum massgebend gewesen sei.

Tatsache bleibt: Als den Krieg auslösendes Moment werfen wir den Engländern fast einmütig skrupellose Business-Motive, diese uns nicht minder geschlossen kulturfeindliche Machtgelüste des preussischen Militarismus vor. Eine nicht unter den Schwingungen der Gegenwart stehende Zeit — wenn von der Kriegsmentalität losgelöst — wird die Ursachen festzustellen wissen.

Woraufhin aber schon heute die führenden Geister beider Länder sich orientieren sollten, ist die unumstössliche Tatsache, dass Deutschland und England mit Einschluss Frankreichs — ich will nicht erörtern, welches der Reiche in höherem Masse — auf intellektuellem und wirtschaftlichem Gebiete, wie auch immer das Kriegsergebnis sich gestalten möge, engstens aufeinander angewiesen bleiben werden. Sie haben unter Zurückschraubung allzu selbstsüchtiger Bestrebungen den „Kulturblock" zu bilden, sich in gemeinsamer Abwehr gegen das fortschrittfeindliche Slawentum, gegen die Expansionsgefahr der gelben Rasse und gegen die wirtschaftliche Konkurrenz Amerikas zusammenzuschliessen, um ihre sonst schwerbedrohte Zukunft weitsichtig sicherzustellen.

Unter diesem Gesichtspunkte bedaure ich es lebhaft, dass die Gegensätze des Krieges auch in scharfer Kontroverse — wie es mir scheinen will, über das Mass des Erforderlichen hinausgehend und die Wirkung solcher Massnahmen, selbst auf das neutrale, heute mit starken belgischen Sympathien durchsetzte Ausland, falsch einschätzend — auf die Vertreter des Geisteslebens übergegriffen haben. Sind dieselben doch, insonderheit soweit sie inter-

nationale Berührungspunkte bieten, in erster Linie dazu berufen, die so jäh zerrissenen, durch Menschenalter pflegsam gesponnenen weitverzweigten Fäden, die unserem Zeitalter den Stempel aufdrückten, unter gewiss nicht leichten Voraussetzungen im Sinne der Kultur und Menschheitswerte wieder feinsinnig anzuknüpfen und zu festigen.

Ich habe die gefühlsseligen Menschenbeglücker und die Friedensfreunde à tout prix, die sich bisher in allen Ländern so wohlgefällig in den Vordergrund drängten und heute bezeichnenderweise auf der ganzen Linie verstummt sind, stets als eine nationale Gefahr eingeschätzt.

Von einer führenden Stelle im deutsch-englischen Geistesleben[1]) wurde mir letzthin geschrieben: „Jeder, der jemals zur Verständigung riet, ist jetzt vollständig diskreditiert". Das dürfte doch wohl nur in bedingtem Masse zutreffen — auch vermute ich, dass die Art der Vorschläge und der Nachweis, ob dieselben praktisch und nutzbringend durchführbar gewesen wären oder nicht, von ruhig abwägenden Beurteilern, bevor sie den Bannstrahl schleudern, in Betracht gezogen wird. Ich für meine Person glaube mich von der mittleren Linie bisher nicht entfernt zu haben. Ich vertrat und vertrete die Ansicht, dass ein Zusammenschluss von bleibendem Werte nur auf der Basis nüchterner, grosszügiger wirtschaftlicher Interessengemeinschaften möglich ist. Soweit England in Frage kam, lebte ich der Überzeugung — die auch zeitweise in der Wilhelmstrasse geteilt wurde — dass sich zu einer beiden Teilen nützlichen Annäherung in stiller, zielfester Arbeit unter kraftvoller, wohlabgemessener Betonung der deutschen Interessen eine gangbare realpolitische Formel konstruieren liesse, die folgerichtig zu einem Abrücken Englands von seinem unnatürlichen Verbündeten Russland führen musste.

Es ist meiner Urteilskraft eine wehmütige Genugtuung, dass ich in meinem im Februar d. J. vor der Handelshochschule München und später vor der „Internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft" zu Berlin gehaltenen Vortrage[2]) meinem ernsten Zweifel an einer Besserung der Beziehungen zu England, die in Deutschland den Schrittmachern unzulänglicher Diplomaten leichtfertig nachgeglaubt und diskontiert wurde, Ausdruck gab.[3])

Zum Schluss möchte ich mich — nicht aus kraftloser Sentimentalität, sondern aus nüchternsten Nützlichkeitserwägungen — dahin resümieren, dass es mir im wohlverstandenen nationalen Interesse zweckmässig erscheint, wenn der Schrei nach Vernichtung Englands — immerhin kein leichtes Unterfangen — sich schon jetzt in weitsichtigem staatsmännischem Geiste nach der Richtung späteren Zusammengehens abtönen wollte. Dann würde der gigantischen, den Waffentaten nicht nachstehenden Arbeit des Friedens-

[1]) Professor Alois Brandl, Universität Berlin. Präsident der Deutschen Shakespeare Gesellschaft.

[2]) „Das internationale Finanzproblem des Balkans und der asiatischen Türkei". Veröffentlicht in den „Blätter für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre", 10. Jahrgang, Heft 2, Berlin.

[3]) Der Botschafter Fürst Lichnowsky war des Glaubens, dass sein Erscheinen auf englischen Boden jeden Konfliktsstoff beseitigt habe. Diese naive Anschauung wurde auch in einem Teil der deutschen Presse vertreten.

schlusses, für den mir heute noch alle Ansatzpunkte zu fehlen scheinen, sicherlich gute Vorarbeit geleistet werden. Nach einer wirksamen Züchtigung Englands hätte deutscherseits eine mehr zielsichere und doch für die Psyche der Briten verständnisvollere Politik einzusetzen — selbst unter weltkluger Inkaufnahme einiger Schönheitsmängel, die wie im Leben des einzelnen auch in keiner Völkerkonstellation fehlen.

Ich kann nicht annehmen, dass alle meine Ausführungen Euer Exzellenz volle Zustimmung finden; sind doch gerade die brennendsten Fragen immer verschiedenster Beurteilung, je nach Standpunkt, Gesichtswinkel und Erfahrungen — jede in ihrer Art berechtigt — unterworfen. In dem Endziel, dass dieser Krieg zu einem baldigen, den deutschen Interessen, die in so vielen Punkten mit denen anderer Nationen zusammenfallen, auf die Dauer förderlichen und zu diesem Zwecke Sympathien werbenden und festigenden Abschluss gelange, sind wir sicher einig.

R. S-R.

* * *

München, 10. November 1915.

Sehr geehrter Herr!

Empfangen Sie meinen besten Dank für die interessanten Darlegungen Ihres sehr gefälligen Schreibens vom 19. v. M. Sie werden es begreifen, dass ich mir ein näheres Eingehen hierauf zurzeit versage. Über die wahren Gründe, die für England zum Eintritt in den Krieg auf Seite der Gegner Deutschlands massgebend waren, wird ja auf lange keine Einigung zu erzielen sein. Auch Euer Hochwohlgeboren werden sich nicht der Erkenntnis verschliessen, dass die Erbitterung Deutschlands gegen England grösser und nachhaltiger ist als gegen jeden andern unserer Gegner. Auf einen baldigen Abschluss des Krieges, so sehr er zu wünschen wäre, wage ich, wie die Dinge liegen, kaum zu hoffen. Leider ist zu konstatieren, dass diejenigen Momente, von denen Euer Hochwohlgeboren ein Wiederzusammenfinden Deutschlands und Englands für die Zukunft erwarten, nämlich die Notwendigkeit gemeinsamer Abwehr gegen das Slawentum, die Expansionsgefahr der gelben Rasse und die wirtschaftliche Konkurrenz Amerikas, bei der Haltung Englands zu Beginn des Krieges und seither auch nicht eine Spur von Einwirkung gezeigt haben.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich

Euer Hochwohlgeboren ergebener

HERTLING.

* * *

Als Beleg für die im vorstehenden Schreiben erwähnte, in Deutschland gegen England herrschende „Erbitterung“ gebe ich aus grosser Zahl drei Zuschriften wieder, die um so mehr ins Gewicht fallen, als dieselben von hochgestellten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, von Männern, die zum Auslande engste Fühlung unterhielten, stammen. Dabei muss allerdings erwähnt werden, dass im Verlauf des Krieges sich doch bei vielen dieser Hassapostel — leider zu spät — eine Wandlung vollzogen hat.

Berlin W. 10, 17. September 1914.

Wir haben im Osten und Westen glänzende und entscheidende Siege errungen und werden Frankreich und Russland niederwerfen und dann uns anschicken, England zu vernichten. Es ist ein Kampf auf Leben und Tod, der sich zwischen England und uns abspielt; dass wir bei diesem Kampfe Sieger bleiben, dürfte einem Zweifel nicht unterliegen. Das feigste, moralisch und körperlich schmutzigste, infamste und ehrloseste Volk der Weltgeschichte wird von uns nicht nur besiegt, sondern — ich wiederhole es — vernichtet werden.

W.

* * *

Berlin-Wilmersdorf, 4. November 1914.

Mit Ihren Ansichten bin ich nicht einverstanden. Ich glaube, dass, wenn mir auch nicht alles geglückt ist, aber der Nachweis ganz klar geführt worden ist, dass wir es in erster Linie bei diesem Kriege mit England zu tun haben. Wenn England seine kontinentalen Satelliten gegen den deutschen Militarismus hetzt, so haben wir dasselbe Recht, uns aufzulehnen gegen den englischen Marinekoller. Das Meer muss wieder frei werden und die englischen Schlagbäume müssen fort. Wir können nicht alle zehn Jahre mit England einen Krieg führen und die Intrigen Englands sind denn doch zu himmelschreiend. Flaumachen gibt's bei uns jetzt nicht. Die Suppe, die sich England vor allen Dingen wirtschaftlich eingebrockt hat, soll es nun auch selbst ausessen, und Sie werden sehen, wir machen sie den Engländern recht heiss. Ich war immer ein Freund einer friedlichen Einigung mit England. Aber nun ist's aus damit. So, das wären meine Ansichten über England.

J.

* * *

München, 5. Juli 1915.

England will auf der Welt allein herrschen, duldet keinen Rivalen, keinen Gleichberechtigten neben ihm — und deshalb musste (ohne jeden Hass, sondern nur auf Grund kaltblütiger Berechnung) Deutschland, d. h. sein Handel, seine Industrie, seine Fabriken vernichtet, das ganze Volk womöglich ausgerottet werden. Aber es kommt anders! Kann man sich nach englischen Begriffen etwas Gerechteres vorstellen?

Ich bitte — lesen Sie um Gotteswillen „Neue Kriegsaufsätze" von Houston Steward Chamberlain, und Sie bekommen den einzig richtigen Einblick in die Seele des Engländers, sein politisches Denken, Fühlen und Handeln! Kein Deutscher kann das englische Gehirn so blosslegen wie eben dieser Engländer! Nun erst begreife ich die ganze Niedertracht dieser entarteten Rasse!

SCH.

* * *

Vitznau, 8. Mai 1916.

Eure Exzellenz bitte ich, mir zu gestatten, im Nachstehenden eine Beurteilung der am 4. d. M. in Sachen des Unterseebootkrieges an Amerika gerichteten deutschen Antwortnote aussprechen zu dürfen.

Es steht ausser Zweifel, dass die Note berufen ist, aus der schwersten Krisis dieses Krieges einen nützlichen Ausweg zu finden. Bei Abfassung des Schriftstückes kam es somit nicht nur darauf an, zu verhindern, dass Amerika die Beziehungen zu Deutschland abbricht, sondern in noch höherem Masse nach Form und Inhalt eine Antwort zu erteilen, die geeignet war, die in Amerika herrschenden unfreundlichen Gefühle Deutschland gegenüber nach Möglichkeit zu konvertieren. Denn geschieht dieses nicht, so hat Deutschland, selbst wenn ein offener Bruch jetzt nicht erfolgt, mit einer seine politische und wirtschaftliche Stellung schwer beeinträchtigenden übelwollenden Orientierung Amerikas während und nach dem Friedensschlusse bestimmt zu rechnen. Und heute sind es weit mehr die Gefahren der Zukunft als der Druck der Gegenwart, denen offenen Auges zu begegnen ist. Wie sollen die auswärtigen Handelsbeziehungen, denen Deutschland in erster Linie seine Weltstellung verdankt und die allein seine gewiss nicht leichte wirtschaftliche Regenerierung ermöglichen können, wieder aufleben; was wird das Geschick der vielen Millionen von Auslandsdeutschen sein, wenn eine Welt der Abneigungen dieselben einkreist?

Liegt bei Abfassung Dieses die Stellungnahme Amerikas zu der deutschen Antwort noch nicht vor, so stehe ich doch nicht an, vorauszusagen, dass die Note ihre Hauptaufgabe, die Spannung zwischen beiden Ländern bestens zu beheben, nicht erfüllen wird. Nicht erfüllen kann, da sie ohne hinreichende Würdigung für die in Amerika herrschende Geistesrichtung, die peinlichste Beachtung fordert, abgefasst wurde.

Am bedenklichsten erscheint in seinen Konsequenzen der scharfe Ausfall gegen England, zu dem der Wortlaut der amerikanischen Note keine zwingende Veranlassung bot. Die heftigen Anklagen werden, unbeschadet ihrer etwaigen Berechtigung, in Washington ungern gehört werden und dementsprechend die deutsche Position — worauf es doch ankommt — nicht entlasten.

Das Argument der Aushungerung spielt allerdings zur Belebung der öffentlichen Meinung, zur Erstarkung des Widerstandes, zur Schürung des Hasses eine nicht zu unterschätzende Rolle — je länger der Krieg dauert, je mehr — im eigenen Lande. Eine Regierung würde nicht alle ihr den Massen gegenüber zur Verfügung stehenden Mittel, die auf einen Erfolg hinzielen, ausnutzen, wenn sie nicht neben anderen auch das Magenregister geschickt zöge. So ist auch in Deutschland von Kriegsbeginn an die Stimmung gegen England mittelst des Hungergespenstes in Zeitungen und öffentlichen Versammlungen mit Erfolg angeregt und lebendig erhalten worden.

Die Hungerargumente zugunsten des bisher geübten Unterseekrieges müssen jedoch insofern überraschen, als von Bethmann Hollweg noch zu Anfang April dieses Jahres im Reichstage unter Beifall des Hauses mit Nachdruck hervorhob, dass eine Aushungerung Deutschlands dank seiner landwirtschaftlichen Kraft eine Unmöglichkeit sei; dass die darauf hinzielenden gegnerischen Hoffnungen für kühle Köpfe unfasslich erscheinen. Auch bei einer früheren Veranlassung hatte der Reichskanzler an gleicher Stelle auf die Unerschöpflichkeit eines von Arras bis Bagdad streichenden Wirtschaftsgebietes hingewiesen.

Bei dieser starken und wohlorganisierten ökonomischen Stellung ist es somit auch nicht ernstlich zu befürchten, dass in Deutschland Frauen und

Kinder letzten Endes dem schleichenden Hungertode zum Opfer fallen werden. Andererseits können Deutschlands Feinde eine erhebliche Zahl durch Torpedos und Luftbomben getöteter Unschuldiger bereits für ihre Zwecke buchen.

Hat die Waffe der Aushungerung in den Kriegen aller Zeiten eine wichtige und oft ausschlaggebende Rolle gespielt, so kann es nicht Wunder nehmen, dass auf diese Massnahme — wenn sie durchführbar erscheint — bei einem mit giftigen Gasen und Feuerspeiern geführten Schlachten nicht verzichtet wird. Es sei hier nur an die der Übergabe von Paris in 1871 vorhergehende Hungerseuche einer fast zwei Millionen zählenden Bevölkerung erinnert. Wie seitdem im Feldkampfe die Schützengräben ins Ungemessene gewachsen sind, so haben sich auch bei dieser grosszügigen modernen Kriegführung, zum Leidwesen der Betroffenen, die Begriffe der Belagerung auf ganze Ländergebiete ausgewachsen.

Und ist das Geschick der Bewohner eroberter Provinzen nicht eine den Hungerqualen gleichkommende Kette schwerster Leiden, Verluste und harter Entbehrungen?

Soweit die Hungerfrage Amerika gegenüber zum Ausgangspunkt von Erörterungen gemacht wird, hätte noch mit dankbarer Genugtuung festgestellt werden können, dass es für alle Zeiten dem Wohltätigkeitssinne der Vereinigten Staaten ein Ruhmesblatt bedeuten wird, wie sie seit langen Monaten eine Millionenbevölkerung okkupierter Teile Belgiens und Nordfrankreichs mit Nahrungsmitteln versorgt — eine Betätigung humaner Anschauungen, die den deutschen Interessen auch direkt zugute kommt.

Der Hinweis auf die an Deutschlands Feinde effektuierten Lieferungen von Kriegsmitteln seitens Amerika wird gleichfalls keinen zweckdienlichen Resonanzboden finden. Es sollte noch in der Erinnerung haften, dass ein früherer, im gleichen Sinne seitens Österreichs übermittelter Protest unter anderem mit dem Hinweis auf die an die südafrikanische Republik während des Burenkrieges betätigten bedeutenden Waffenlieferungen eindrucksvoll zurückgewiesen wurden.

Es ist für den Fernstehenden nicht verständlich, welche praktische Wirkung die durch die amerikanische Note jedenfalls nicht gebotene Einflechtung bezüglich der deutschen Friedensbereitschaft zu erzielen berufen wäre.

Es ist eine Täuschung, zu glauben, dass die Entente mit Friedensangeboten hervortreten wird, wenn unsererseits der Wunsch nach bzw. die Bereitschaft zum Frieden immer wieder zum Fenster hinaus verkündet wird, zumal wenn dieses von leitender Stelle geschieht, die — wie die Dinge nun einmal liegen — im feindlichen Lager für den Kriegsausbruch verantwortlich gemacht wird, während sie selber den gegnerischen Regierungen die Kriegsinszenierung immer wieder von neuem auf den Kopf zusagen. Wie sollte da eine Verständigung möglich sein?!

Eurer Exzellenz als dem Vorsitzenden des Bundesratsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten glaubte ich in dieser schicksalsschweren Stunde meine Auffassung freimütig darlegen zu sollen.

R. S-R.

* * *

Graf Hertling hatte mir unter dem 17. Juni 1917 durch den Generalsekretär des Bayerischen Staatsministeriums, Geheimen Rat Dr. v. Müller, anheimstellen lassen, eine meinerseits gegebene Anregung bei dem deutschen Gesandten in Bern zur Sprache zu bringen.

Darauf schrieb ich dem Herrn v. Müller wie folgt:

Zürich, 22. Juni 1917.

Ihr gütiges Schreiben vom 17. ds. M., für das ich verbindlichst danke, durch wenige Privatzeilen zu beantworten, kann ich mir nicht versagen.

Der Ihrerseits übermittelte Vorschlag, mich mit dem Kaiserlich Deutschen Gesandten in Bern zu benehmen, erscheint mir untunlich, da die Prämisse meiner Anregung der unverzügliche Rücktritt des Reichskanzlers sein würde. Weiss ich doch genau, dass die Gegenseite nicht geneigt ist, mit Herrn von Bethmann Hollweg in Verhandlungen einzutreten, da nach ihrer Ansicht seine politische Vergangenheit keine Gewähr für die Aufrichtung von Zuständen, die den Weltfrieden sicherstellen, bietet.

Nachdem in allen anderen kriegführenden Ländern die am Kriegsausbruch aktiv oder passiv beteiligten leitenden Männer verschwunden sind, sollte die entsprechende Folgerung aus einem Naturgesetz für Deutschland eigentlich gegeben sein.

Es kommt ferner hinzu, dass die mit grossem Aufwand von Menschenmaterial und ungeheuren Mitteln — deren Wahl vielfach recht unglücklich — betriebene Propagandatätigkeit der Deutschen Gesandtschaft in der Schweiz leider nur das peinliche Resultat zeitigte, Deutschland in der Ostschweiz so gut wie aller Sympathien zu berauben und in der West- und Südschweiz eine stetig steigende, recht bedenkliche Feindschaft auszulösen. Angesichts dieser Ergebnisse eines dreijährigen Wirkens wäre es ein zweckloser Zeitaufwand, ein hoffnungsloses Beginnen — von der Indifferenz der Berliner Stelle ganz zu schweigen — wollte ich mich nach Bern bemühen.

Nein, mit der von der Zentrale wenig gut instruierten Durchschnittsvertretung unserer Diplomatie werden wir die gegenwärtig schwierige Lage sicher nicht korrigieren.

Ich erinnere mich da einer anderen ähnlichen Lage. Im Frühjahr 1914 wies der Staatssekretär von Jagow, da er wusste, dass ich über wertvolle Informationen bezüglich des nahen Ostens verfügte — es tagte damals in London die Balkankonferenz — den Fürsten Lichnowsky telegraphisch an, mich zu empfangen. Nun war es ein offenes Geheimnis, dass der Botschafter für seinen Posten über ein ungewöhnliches Mass von Unkenntnis verfügte. Mir hatte erst kurz zuvor die dem Botschafter amtlich am nächsten stehende Stelle[1]) gesagt, dass der Fürst nicht einmal wisse, wo Bagdad liege und für die sehr aktuelle Orientfrage weder Interesse noch Verständnis habe; seine einzige Informationsquelle sei ein expedierender Sekretär.

Auf Grund dieser Unterlagen habe ich auch in jenem Falle es für zweckmässiger gefunden, dem Vertreter des Reiches — mit seinen Vorgängern unterhielt ich die angenehmsten persönlichen Beziehungen — fernzubleiben.

R. S-R.

Damaliger Botschaftsrat von Kühlmann.

* * *

Bürgenstock b. Luzern, 15. Juli 1918.

Eure Exzellenz wollen mir gestatten, im Nachstehenden zu Ihren im Hauptausschuss des Reichstages am 11. d. M. gemachten Ausführungen, soweit diese sich auf eine vertrauliche Friedensbesprechung mit der Entente beziehen, Stellung zu nehmen.

Diese Frage wurde seitens Euerer Exzellenz bereits in der Reichstagsrede vom 25. Februar d. J. erörtert. Der Staatssekretär von Kühlmann sprach sich unter dem 30. November v. J. und 25. Juni d. J. in gleichem Sinne aus.

Wenn all die Aufforderungen bisher nicht nur keine Resonanz zeitigten, sondern trotz erheblicher militärischer Misserfolge des Gegners von diesem schroffe Ablehnung erfuhren, so müsste es sich verlohnen, zunächst den Gründen jener Erscheinung — die zum Teil in der Reaktion eines unklug genährten Hasses wurzeln — nachzugehen. Dann würde sich aus einer richtigen Bewertung der feindlichen Geistesrichtung heraus doch wohl die Möglichkeit ergeben, für die Friedensanbahnung die zweckmässigste Art des Prozedierens einzuschlagen, um endlich aus einer stetig steigenden Verelendung zu einem greifbaren Ergebnis zu gelangen.

Wie Euere Exzellenz über die nun einmal bestehenden und gefestigten Ansichten, nicht nur im feindlichen Lager, sondern auch in neutralen Ländern, orientiert sein dürften, sollte man sich nicht verhehlen, dass eine völlige Wiederherstellung Belgiens für die Gegenseite banale Selbstverständlichkeit bedeutet. Dass die einwandfreie Klarstellung dieser Frage Voraussetzung jeder Annäherung bedeutet, dass dieselbe aus dem Komplex aller übrigen Verhandlungspunkte — im Gegensatz zu den Kühlmannschen Ausführungen vom 24. v. M. — im voraus abgesondert werden muss, wird sich erweisen.

Es kann ferner nicht geleugnet werden, dass sich bei der Entente das schwere Misstrauen gegen die deutschen Ziele je länger je mehr vertieft hat. Nicht in letzter Linie haben die im Osten gefertigten Friedensabschlüsse hierzu das Ihrige beigetragen. Ich könnte diese Auffassung recht eindrucksvoll aus bester Hand vielfältig belegen. Hier nur aus einem mir dieser Tage von überaus beachtenswerter Seite[1]) zugegangenem Schreiben folgendes:

> „Et cette première paix n'a pas été de nature à rendre les autres plus faciles. Comme l'Europe n'a jamais accepté de cœur et d'esprit les paix imposées par Napoléon depuis Campo Formio jusqu'à Vienne, elle n'acceptera — j'en suis sûr — non plus Brest-Litovsk."

R. S-R.

---

[1]) Graf Ehrenswärd, schwedischer Gesandter in Bern, später in Paris.

FÜRST FUGGER ZU GLÖTT
Präsident der Bayerischen Ersten Kammer.

St. Moritz, 8. Juli 1916.

Eure Durchlaucht bitte ich, mir im Nachstehenden einige Ausführungen bezüglich der durch den Krieg gebotenen Finanzreform gütigst zu gestatten.

Die Verhältnisse drängen gebieterisch darauf hin, dass seitens des Reiches und der Einzelstaaten rechtzeitig in grosszügiger Weise an die Erschliessung neuer Einnahmequellen herangetreten wird. Nur so kann den noch nicht abzusehenden schweren wirtschaftlichen Begleiterscheinungen dieses Krieges in etwas gesteuert werden.

Bei dieser Erwägung sei darauf hingewiesen, dass die Frage bezüglich der Lösung des Wirtschaftsproblems auf das engste mit der zukünftigen sozialen Gestaltung des innerpolitischen Lebens verknüpft sein wird und demgemäss das erhöhte Interesse der Regierung erheischt.

Beiden Gesichtspunkten sollen daher meine Vorschläge gerecht werden.

Die Kriegsgewinnsteuer beabsichtigt, die durch Kriegslieferungen erzielten hohen Gewinne von Gesellschaften und Einzelpersonen der Gesamtheit wieder dienstbar zu machen. Diese Massnahme könnte meines Erachtens weitaus wirkungsvoller durchgeführt werden, wenn allen Erwerbsgesellschaften die Ausschüttung einer Dividende von — sagen wir — höher als 8% bis auf weiteres untersagt würde. Das Mehrergebnis wäre in Kriegsanleihe anzulegen und dem Reservefonds zu überweisen. Letzterer dürfte ohne regierungsseitige Genehmigung nicht geschmälert werden. Solchergestalt ergibt sich die Möglichkeit, über die Reserven behufs Deckung der Kriegskosten gemäss späteren Entschliessungen — ganz oder teilweise — zu verfügen. Eine an der Quelle zweckmässig gefasste erstklassige Steuerkraft.

Sinngemäss wären die Gewinne von Einzelpersonen staatlicher Kontrollverwaltung zu unterwerfen.

Einem solchen Gesetz, dem eine gute Aufnahme vorausgesagt werden kann, sollte mit entsprechenden Ausführungsbestimmungen rückwirkende Kraft verliehen werden.

Die Beteiligung der Regierungen an Erwerbsgesellschaften wird im Interesse der staatlichen Einnahme und behufs wirkungsvoller Kontrolle der Unternehmungen in höherem Masse als bisher zu geschehen haben.

Dies trifft in erster Linie für die Kriegsindustrie zu. In diesem Sinne bedaure ich, dass die mit einem Kapital von 25 Millionen Mark letzthin gegründeten „Bayerischen Geschützwerke Friedr. Krupp" ohne ersichtliche staatliche Einflussnahme geblieben ist. Um so mehr, als die Stammgesell-

schaft bereits bei Kriegsausbruch (November 1914) eine Kapitalserhöhung von 70 Millionen aus eigenen Kreisen vornehmen konnte.

Ausser dem mit Gewissheit zu gewärtigenden hohen materiellen Vorteil würde der Staat bei gedachter Beteiligung auch einem pazifistischen Gesichtspunkte von hoher Bedeutung gerecht werden.

Das Prinzip der staatlichen Beteiligung ist erst unlängst seitens Bayerns bei der finanziellen Rekonstruktion der Donauschiffahrtsgesellschaft „Bayerischer Lloyd" zum guten Ausdruck gekommen.

Je früher und je kraftvoller heute das überschwierige Zukunftsproblem weitsichtig angeschnitten wird, um so sicherer kann der Staat auf die Unterstützung und die dankbare Anerkennung der Nation rechnen. Gleichzeitig wird den mit dem Stande der Dinge Unzufriedenen erfolgreich der Wind aus den Segeln genommen.

R. S-R.

* * *

St. Moritz, 4. September 1916.

Eurer Durchlaucht erlaubte ich mir unter dem 8. Juli d. J. einige Gedankengänge zur Finanzreform, wie ich dieselben im wohlverstandenen nationalen Interesse gern überdacht und befürwortet gesehen hätte, zu unterbreiten.

Inzwischen wurden meine auf eine Beteiligung des Staates an den grossen Wirtschaftsorganisationen hinzielenden Vorschläge durch die am 1. August zu Berlin von Exzellenz von Harnack anlässlich der ersten — und wohl auch letzten — öffentlichen Kundgebung des „Deutschen Nationalausschusses" gehaltenen Rede bestens unterstrichen. Nachdem Harnack sich gegen die durch die Privatwirtschaft erzeugten, den allgemeinen Interessen zuwiderlaufenden Preistreibereien gewendet hatte, führte er aus:

> „Ich klage dieses System an, das Verdienen ohne jede Rücksicht überhaupt möglich macht. Eine Änderung kann nur durch Beteiligung des Staates und der Kommunen an den grossen für das Volksdasein notwendigen Betrieben erreicht werden."

Ich bin gewiss, dass die einschneidenden, durch die ungeheuren Lasten des Krieges bedingten Umwälzungen auf finanzpolitischem Gebiete dieser logischen Forderung — je eher, je besser — voll gerecht werden müssen. Sie sind auch dazu berufen, dass in Zukunft kriegerische Verwicklungen nicht durch Sonderinteressen gefördert werden können.

Ich möchte Ihnen ferner gesagt haben, dass ich mit besonderem Interesse von der Unterredung Kenntnis genommen habe, die Exzellenz Graf von Hertling zu Ende vorigen Monats dem Vertreter der „New York World", Herrn von Wiegand, gewährte. Denn der Gang der Ereignisse hat mich in meiner Auffassung vermehrt bestärkt, dass der Krieg aus Nützlichkeitserwägungen in eine Verständigung zwischen Deutschland und England ausklingen muss. Ich habe diese von Anbeginn befürwortet und zu einer solchen, solange noch erreichbar scheinend, auf Grund guter Unterlagen den Weg gewiesen.

Ich habe gleichfalls nicht verfehlt, meinen schweren Bedenken bezüglich der deutschen auf dem Balkan und in der Türkei inszenierten Politik, an der ich jede ernste Sachkenntnis in den schwierigen Problemen des Orients und der aus dieser zu ziehenden folgerichtigen Schlüsse vermisste — die ohne praktisch-dauerndes Ergebnis die Kluft zwischen uns und den Westmächten unverhältnismässig erweiterte — an massgebender Stelle offen zum Ausdruck zu bringen.

Da war es mir im Sinne meiner Anschauungen sehr sympathisch, dass der Herr Ministerpräsident aussprach: „Wir wünschen nicht, irgendein Volk zu vernichten oder irgendeine Nation zu zerschmettern". Waren diese Worte doch im Einklang mit dem, was Sir Edward Grey — wie ich überzeugt bin optima fide — dem Londoner Vertreter der „Chicago Daily News" bereits Mitte Mai dieses Jahres auf dessen Frage, ob es wahr sei, dass England die Vernichtung Deutschlands anstrebe, geantwortet hatte: „Wir haben uns nie mit einem solchen Wahnsinnsgedanken getragen (We never were smitten with any such madness). Wir wünschen nichts Derartiges und Herr Bethmann Hollweg weiss das".

Wenn man es verstände, diese wertvolle Grundnote bei gegenseitiger mutiger Ignorierung bzw. Desavouierung andersgestimmter, zumeist unverantwortlicher und recht durchsichtiger Forderungen, Drohungen und niedrigen Schmähungen auf die öffentliche Meinung beider Länder hinsichtlich einer immerhin denkbaren Absprache geschickt zu übertragen, so wäre in der Tat eine der stetig geringer werdenden günstigen Gelegenheiten einmal praktisch diskontiert.

Denn darüber sollte man sich doch wirklich klar sein: Die Welt steht heute unter dem Zeichen der skrupellosesten, mit den unschönsten Mitteln betriebenen Verhetzung, die bereits eine derartig vergiftete, gehirnverhärtende Atmosphäre geschaffen hat, dass nicht mehr viel fehlt, um an der Möglichkeit einer nur leidlichen Liquidation dieses alles blindlings zerstörenden Kampfes der brutalen Gewalten und der desorganisierten Geister — an die befreiende Tat widerstandsstarker Persönlichkeiten zu verzweifeln.

Um in diesem Sinne noch mit Erfolg zu wirken, müsste allerdings ohne viel Zeitverlust gehandelt werden. Und hierbei wird man sich hinter der Szene — je grösser die Verantwortung je mehr — einsichtsvollen Erwägungen, die für eine breite Diskussion allerdings ungeeignet sind, nicht verschliessen dürfen.

R. S-R.

GRAF VON QUADT-WYKRADT-ISNY
Deutscher Gesandte in Athen.

Ouchy, den 17. November 1914.

So gerne ich Ihrem Wunsche nachkomme und Ihnen gegenüber meine Ansichten ob der gegenwärtigen Weltlage — wie sie sich in meinem Kopfe malt — freimütig Ausdruck gebe, so verkenne ich doch nicht die Schwierigkeit, die dem im allgemeinen bei den heute so unbeugsam festgelegten, wie natürlich scharf einseitigen Anschauungen entgegenstehen. Glaubenssätze, die ich, wie immer sie geartet seien, zu sehr achte, als dass ich deren Verfechter durch eine abweichende These verletzen möchte. Dennoch sei es gewagt — Sie werden, des bin ich gewiss, nachsichtig sein.

Zunächst gebe ich Ihnen in der Anlage von der mir seitens des Grafen Hertling gewordenen Antwort[1]) Kenntnis. Aus der von diesem angezogenen, mir nur zu wohl bewussten Erbitterung — zügelloser Hass wäre zutreffender; das Münchener Generalkommando hat dieser Tage ein poetisches Elaborat „Hass gegen England" an die Truppen verteilen lassen —, die, in treibende Kraft umgesetzt, mit seltener Einmütigkeit alle Kreise Deutschlands gegen England erfasst hat, vermag ich noch nicht einwandsfrei zu folgern, dass die Welt den gegenwärtigen Krieg ausschliesslich englischen Machenschaften verdankt.

Ich bin im Gegenteil der festen, heute allerdings fruchtlos-theoretischen Überzeugung, dass es möglich gewesen wäre, im Sinne des Kulturblocks den Krieg mit ungleich besseren Zukunftschancen — für Deutschland im besonderen, und dem Weltkreis im allgemeinen — auf den östlichen Schauplatz, Österreich den Vortritt lassend (es befindet sich bisher leider in ständig rücklaufender Bewegung) fest zu begrenzen. Bevor ich nicht eines Besseren belehrt werde, vertrete ich die Ansicht, dass deutscherseits die zu einem solchen Ergebnis führenden, von langer Hand klar und zielbewusst vorzubereitenden Schritte keineswegs erschöpft wurden; dass sich eine England und Frankreich genehme, nur zu willkommene Formel unschwer hätte finden lassen.

Doch es ist zwecklos, dieses Thema zurzeit vertiefen zu wollen. Wir haben uns mit der Tatsache abzufinden, inmitten eines Weltkrieges zu stehen, wie ihn die Geschichte aller Zeiten in seinen weitreichenden Folgen noch nicht erlebte, wie ihn die leichtfertigste Phantasie bisher nicht auszudenken wagte. Bei diesem Waffengange stehen zwei Mächte — aber auch nur diese — der Existenzfrage in des Wortes kältester und folgenschwerster Bedeutung gegenüber: Deutschland und sein jüngster Verbündeter, die Türkei. Deshalb müssen wir siegen. Dennoch: die Lage im Osten wird, wie ich authentisch weiss, mit ernster Besorgnis verfolgt. Wie immer das Ergebnis sich gestalten möge, Kultur- und Menschheitswerte sind auf Generationen hinaus vernichtet, und darob trauere ich nicht in letzter Linie.

[1]) Siehe Seite 22.

Und nun die Preisfrage: Wie soll der Frieden aussehen?! Er dürfte — in der Voraussetzung, dass seitens Deutschlands der Ton angegeben wird — keinesfalls, um dauernd und segenbringend zu sein, um nicht eine Ära gesteigerten Militarismus und der Reaktion einzuleiten, auf einer ausschliesslich militärischen Formel, sondern im wesentlichen auf staatsmännischen Gesichtspunkten aufgebaut werden. Aber gerade da liegt der schwer zu umgehende Konfliktspunkt. Hat doch einerseits die Armee durch glänzende Waffentaten das Ergebnis einer mehr als unzulänglichen — erstaunlicherweise so lange geduldeten — Diplomatie wieder gut zu machen, und fehlt es andererseits gerade unter den zünftigen Staatsmännern, mit denen so herzlich wenig Staat zu machen, an kraftvollen Persönlichkeiten von weitem Wissen, die einer so gigantischen Aufgabe, aus diesem Völkermorden einen gangbaren Frieden heraus zu kristallisieren, gewachsen sind. Die hochgespannten Erwartungen, denen man sich in Deutschland — durch die gebrachten und noch zu bringenden gewaltigen Opfer einigermassen verständlich — hingibt, werden das Friedensproblem nicht erleichtern. Aus Berlin schrieb man mir letzthin ernsthaft, dass Deutschland in Afrika und Asien überall an Englands Stelle zu treten habe.

Die sich mit der Gestaltung der Zukunft befassenden gewiss nicht leichten Erwägungen sollten sich nach der Richtung orientieren, dass der Aufbau eines starken und dauernden Friedens im nichtzurückschraubbaren Zeitalter weit verzweigter und vitaler internationaler Beziehungen des Bodensatzes an ruhiger Überlegung nicht entbehren kann, der bei unseren derzeitigen Gegnern und den mit starken belgischen Sympathien durchsetzten Neutralen noch vorhanden ist.

Für jeden mittelmässigen Kopf, der in einseitig eng-nationalem Gedankengange den Ausbruch des Krieges mit auslöste, wird es eines staatsmännischen Genies bedürfen, um den Frieden im Sinne des Weltkreises zu stabilisieren.

Ich bin gewiss kein blinder Engländerfreund, bin mir im Gegenteil ihrer Schwächen, die, wie wir uns eingestehen dürfen, keinem Lande fehlen, klar bewusst, aber da mich unter der gegebenen Konstellation die Teilnahme Englands am Kriege (im Gegensatz zu Bethmann) nicht überraschte, so vermag ich nicht in dieser Tatsache einen Grund zur Wholesaleverdammung dieser Nation zu sehen. Ich ziehe vor, allerdings zurzeit in ziemlicher splendid isolation meiner Ansicht und Gesinnung treu zu bleiben. Die Legion der bisher so rührselig-lauten „Englandfreunde“ ist bezeichnenderweise verstummt, ächtet wahrscheinlich am fanatischsten.

Aber wenn alle Schuld an dem Kriegsausbruch England — bisher galt ein liberales Kabinett als friedens- und verständnisfreundlich — zugeschrieben wird, so möchte ich doch auf die seitens der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 16. Oktober d. J. veröffentlichten Aktenstücke über die politischen und militärischen Beziehungen der Entente-Mächte hingewiesen haben. In diesen wird unzweideutig ausgesprochen, dass die englischen Politiker von der russischen und französischen Diplomatie planmässig überrumpelt seien.

So weit ich mir ein Urteil über die gegenwärtige Lage und Stimmung in England bilden kann, ist es das folgende: Eiserner und einmütiger Ent-

schluss, Deutschlands Machtstellung endgültig zu brechen. Man argumentiert: Die deutschen Erfolge are only temporary, one cannot fight the whole world. Der Islam scheint mir für England keine akute Gefahr. Vital ist die ägyptische Frage. Ich sollte meinen, die Engländer werden sich dort unschwer halten können. England hat grösstes Interesse, im Kampfe gegen die Türkei (für die ich besorgt bin) Griechenland an seiner Seite zu sehen. Wird dieses widerstehen können? Und wie wird sich Italien und Rumänien entscheiden? Ich glaube, diese Neutralen warten zunächst den Ausgang des nimmer endenden Kampfes im Westen ab.

So müssen auch hier alle Reflexionen auf jedwede Überraschungsmöglichkeiten abgetönt werden. Die Macht in ihrer brutalsten Form regiert die Stunde.

Sie haben Recht, ich befinde mich hier auf einem interessanten Beobachtungsposten, wenigstens so weit als die Möglichkeit geboten ist, in einer Zeit, da sich mit Allgewalt ungeheure Umwälzungen in der menschlichen Geistesverfassung vollzogen haben, relativ nüchterne, aus verschiedensten Kanälen gespeiste Ansichten, deren Nachprüfung der Zukunft vorbehalten bleiben muss, aufzubauen.

R. S-R.

P. S. Ich unterschreibe, was Sie über die Mehrheit der englischen Presse sagen; aber wenn man deutsche Blätter wie „Leipziger Neueste Nachrichten“ oder „Deutsche Tageszeitung“ sieht, scheint das Schuldkonto kompensiert.

HELFFERICH

Staatssekretär des Reichsschatzamtes.

Zürich, 11. Mai 1916.

Angesichts der Wichtigkeit, die eine Erschliessung neuer Einnahmequellen für das Reich darstellt, möchte ich mir erlauben, Ihre Aufmerksamkeit auf eine seitens der italienischen Regierung getroffene Massnahme hinzulenken. Seit Kriegsausbruch darf in Italien keine Erwerbsgesellschaft mehr als 8% Dividende verteilen; ein etwaiges Mehrerträgnis ist zurückzustellen. Solchergestalt ist der Regierung die Möglichkeit geboten, über die Spezialreserven, die in der Kriegsanleihe Anlage zu finden hätten, behufs Deckung der Kriegskosten, gemäss späterer Entschliessungen — ganz oder teilweise — zu verfügen. Eine an der Quelle zweckmässig gefasste Kriegsgewinnsteuer.

Ein gleiches Gesetz sollte in Deutschland nicht unschwer durchzuführen sein. Wo bereits höhere Dividenden ausgeschüttet wurden, wäre mit rückwirkender Kraft bei den nächsten Dividendezahlungen ein entsprechender Betrag zu verrechnen.

Noch eine andere Erwägung. Die Regierung sollte sich das Recht sichern, bei Kapitalserhöhungen von Erwerbsgesellschaften eine ihrem Ermessen

entsprechende Beteiligung zu nehmen. Bei Kriegsmaterialunternehmungen würde ausser dem materiellen Vorteil noch die staatskluge Berücksichtigung eines pazifistischen Momentes herausspringen.

R. S-R

GRAF BERNSTORFF
Deutscher Botschafter in Washington, später in Konstantinopel.

Zürich, 5. Mai 1917.

Ihnen anlässlich Ihrer Rückkehr nach Deutschland zu schreiben, hätte ich bereits früher getan, wenn der Zeiten lähmender Druck nicht jeder Korrespondenz entgegenstände.

Heute wollte ich Ihnen aber doch mit diesen Zeilen gesagt haben, mit welch schweren Besorgnissen ich der Zukunft entgegensehe, wie sehr ich befürchte, dass Deutschland trotz aller militärischen und maritimen Anstrengungen einer Welt von Feinden gegenüber auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens und der Sympathien — den Imponderabilien staatlichen Gedeihens — schwere und nachhaltige Einbusse erleidet.

Es ist in den weitreichenden Konsequenzen überaus beklagenswert, mit welchem absoluten Mangel an psychologischer Geschicklichkeit die Völkerprobleme zu lösen versucht wurden: Das wird sich bitter rächen. Ich habe durch meinen Aufenthalt im neutralen Lande, dank reicher Lebenserfahrung und gestützt auf weitgehende Beziehungen, mir ein klares Urteil über die Gesamtlage bilden können. Da vermag ich mich ob des Ernstes der Situation keines Zweifels hinzugeben.

Bezüglich der Friedensmöglichkeit vertrete ich die Auffassung, dass eine Verständigung — so schwer und unschmackhaft sie sein mag — nur über London zu haben sein wird, und dass es hierzu einer durchgreifenden Vorarbeit auf innerpolitischem Gebiete bedarf. Ich bin mit den Anschauungen an der Themse hinlänglich vertraut; mit Einführung der Dienstpflicht und der Absage an den Freihandel hat sich dort ein gewaltiger Umschwung, eine beachtenswerte Versteifung vollzogen.

Noch böte es mir Anreiz, in Erinnerung vergangener Zeiten über den Osten zu plaudern, aber das würde Ihre Nachsicht zu sehr belasten. Nur des Kuriosums halber registriere ich, dass ich gelegentlich Abbas Hilmi[1]) sehe: Erheblich kompromitiert und stark missvergnügt.

R. S-R.

[1]) Ex-Khedive von Egypten.

FÜRST VON BÜLOW, ehemaliger Reichskanzler, während des Krieges Botschafter in Rom.

Die Direktion des Deutschen Theaters hatte im September 1914 an eine Reihe hervorragender Männer die Rundfrage gestellt, ob ihnen die Aufführung Shakespearescher Werke statthaft erscheine. Darauf hatte Fürst von Bülow erwidert: „Wir haben Shakespeare längst annektiert und geben ihn nicht wieder heraus. Überlassen wir es unsern Gegnern, sich selbst zu verarmen, und überdies lächerlich zu machen, indem sie Wagner und Goethe, Beethoven und Schiller aus ihren Ländern verbannen."

* * *

Ouchy, 2. Oktober 1914.

Die Antwort, die Eure Durchlaucht der Direktion des Deutschen Theaters auf deren Rundfrage bezüglich der Shakespeare-Aufführungen erteilte, bedarf in ihrem Schlussatze einer einschränkenden Berichtigung.

Wie Eure Durchlaucht aus den anliegenden Ausschnitten der "Times" vom 25./26. v. M. ersehen wollen, sind die deutschen Komponisten keineswegs, wenigstens soweit London in Frage kommt, von den Musikprogramms verbannt worden. Wenige Tage vor diesen Ankündigungen wurde in der Queens Hall ein Konzert gegeben, welches sich ausschliesslich aus Wagnerschen Schöpfungen zusammensetzte. Hier sei daran erinnert, dass es für deutsche Tonkünstler von Weltruf bisher als eine mit hohem materiellen Nutzen verbundene Auszeichnung galt, sich vor dem englischen Publikum in der Queens Hall hören zu lassen. Welche Triumphe sind während der letzten Jahre deutschen Bühnenkünstlern in Covent Garden bereitet worden! Das Prinzip der Freizügigkeit haben die Engländer nicht nur auf dem Gebiete des Handels, sondern ebenso auf dem Boden geistiger Werte, sicherlich nicht zum Nachteil beider, stets weitherzig betätigt.

Älter wie die Deutsche Shakespeare-Gesellschaft ist die English Goethe Society; sie konnte vor drei Jahren ihr 25jähriges Bestehen feiern.

Der Schlussatz der seitens des Deutschen Theaters gestellten Frage erinnerte mich an eine Äusserung Sir Herbert Tree's, die ich hier wiedergeben möchte. Er sagte mir vor Jahresfrist, als wir uns im Anschluss an einen von Geheimrat Professor Alois Brandl vor der British Academy gehaltenen Vortrage über „Shakespeare und Deutschland" unterhielten:

„Die Deutschen betrachten Shakespeare als ein literarisches Helgoland."

Dass das Urteil dieses geistreichen Mannes nicht unbegrenzt Geltung hat, ergibt sich aus den treffenden Antworten Bethmann Hollwegs und Professor Max Liebermanns:

„Shakespeare gehört der Welt!"

Als ich während des vorigen Winters für kurze Zeit im Palazzo Zuccari zu Gast war, traf ich gelegentlich eines unter der kundigen Führung meines

Freundes, des Commandatore Boni, unternommenen Rundganges auf dem Palatin mit Sir Rennell Rodd zusammen. Ich konnte mit diesem alte Beziehungen auffrischen; durch Vermittlung der Kaiserin Friedrich hatte ich vor Jahren in Ägypten seine Bekanntschaft gemacht, ich war ihm später wieder in England begegnet. Dieser feingebildete Mann sprach mir lange in höchster Anerkennung über deutsche Kunst und deutsches Geistesleben. Ich erwähne dieses, da ich weiss, dass wie er ein nicht geringer Bruchteil der englischen gebildeten Kreise denkt, und da meines Erachtens — hier liegt der Schwerpunkt meiner Ausführungen — nur über Kultur- und Menschheitswerte die Brücke zu einer gesunden und dauernden Wiederannäherung der Völker, die so unumgänglich, führt.

Wer wie ich, während fünf Jahren unter Hochhaltung seiner deutschen Nationalität unabhängig in England, zuvor mehrere Jahre in Ägypten, lebte, England und die Engländer genau kennt, die Vorzüge der letzteren schätzt, des Vertrauens einflussreicher Kreise gewürdigt wurde — ohne sich jedoch wie Berufenere umgarnen und irreführen zu lassen —, der hält es auch in dieser schweren Zeit unter den gewaltigen Schwingungen des Krieges für seine Pflicht — nicht aus Sentimentalität, sondern aus nüchternen Nützlichkeitserwägungen — dort beruhigend und aufklärend zu wirken, wo die schroffe Aufpeitschung der Gegensätze, wo irrige Anschauungen einer späteren gemeinsamen Friedensarbeit schwer zu beseitigende Hindernisse entgegentürmen.

Und welche gigantische, die Kriegsführung in den Schatten stellende Aufgabe wird der Friedensschluss den Völkern stellen! Wie soll die staatsmännische Formel lauten, um Deutschland nach schwerem Ringen nicht nur machtvoll und stark, sondern auch von den Sympathien der gebildeten Welt getragen für viele Generationen den Frieden zu sichern? Auf „si vis pacem, para pacem" wird man als Leitmotiv kaum verzichten können.

Eine solche einwandfreie Lösung hat die deutsche Nation als Gegenleistung für die ihr aufgelegten und freudig getragenen gewaltigen Opfer an Blut und Tränen — die, verglichen mit den materiellen Leistungen, uneinbringbar — von den Leitern ihrer Geschicke, mit allem Nachdruck zu fordern. Keine geringe verantwortungsvolle Aufgabe — in ihrem Umfange wie in der Wahl des richtigen Zeitpunktes.

Nun bin ich über Shakespeare und Goethe, über den Hügeln des Palatins und zwischen Massengräbern — den Ereignissen wohl um ein Gutes vorauseilend — an die verheissungsvolle Schwelle des Friedens gelangt. Mögen demselben — einst gesichert — weitsichtige und kluge Verwalter beschieden sein!

In dankbarer Erinnerung an die empfehlende und meinem Geschicke so nützliche Einführung, die Eure Durchlaucht mir im Jahre 1900 an Dr. Georg von Siemens gaben, etc. etc.

R. S-R.

* * *

Hamburg, 15. November 1914.

Verehrter Herr! Für Ihre freundlichen Zeilen besten Dank. Wenn Sie Ihr Weg wieder einmal nach Rom führt, und wir dann dort sein sollten, würde es uns freuen, Sie zu sehen. Inzwischen bin ich mit bestem Gruss

Ihr aufrichtig ergebener

FÜRST VON BÜLOW.

* * *

Unterredung mit dem Fürsten von Bülow in Rom am 25. Januar 1915.

Der Fürst empfing mich nachmittags in der Villa Malta. Einem ihn verlassenden Herrn stellte er mich in seiner verbindlichen Art als „meinen alten Freund" vor.

Die Unterhaltung lenkte sogleich auf den Krieg über. Ich sprach über die verschiedenen Gebiete desselben: denen der Waffen, des Wirtschaftslebens und der Sympathien.

Angesichts der grossen Zahl der Feinde schien mir die strategische Lage Deutschlands gut zu sein, wenn auch gegen die bei Kriegsausbruch gehegten hochgeschraubten Erwartungen zurückbleibend. Dass das Kriegstheater sich in Feindesland befinde, sei jedenfalls vom militärischen und ökonomischen Standpunkte aus ein Vorzug; aber die sich dort abspielenden Begleiterscheinungen des Krieges vermindern doch erheblich die Sympathien des Auslandes.

Ich fasste mich dahin zusammen, dass die militärischen Erfolge die wirtschaftlichen und moralischen Zukunftschancen Deutschlands ernstlich und nachhaltig bedrohen, dass ein „militärischer Friede" dem so dringend gebotenen staatsmännischen Ausgleich entgegenstehen würde.

Noch wies ich auf die Gefahr hin, dass Deutschlands Verbündete sich zu einem Sonderfrieden herbeilassen könnten. Die Gegner würden, um Deutschland zu isolieren, diesen sicher goldene Brücken bauen.

Deutschland müsste mit Frankreich und England, aus zwingenden kulturellen und wirtschaftlichen Gründen, zu einer gesunden Verständigung gelangen. Ich warnte vor einseitigen Abmachungen mit Russland.

Ferner führte ich aus: Die Rückwirkung des Krieges auf die innere Politik würde sich in der Richtung geltend machen, dass jede Partei, je länger der Krieg dauert, um so höhere Anforderungen stellen wird.

Der Fürst äusserte zu allem seine wärmste Zustimmung. Er machte unverkennbar den Eindruck eines gealterten und durch die Bürde seiner Stellung schwer gedrückten Mannes. Unsere Unterhaltung erreichte ihr Ende, als der Besuch des chinesischen Gesandten, wodurch er sichtlich in Aufregung geriet, gemeldet wurde.

R. S-R.

MAX PRINZ VON BADEN.

Zürich, 15. September 1916.

Eurer Königlichen Hoheit derzeitige Anwesenheit in der Schweiz veranlasst mich, Ihnen in den Anlagen von einem Briefwechsel Kenntnis zu geben, den ich im vorigen Monat mit dem British chaplain in Châteux d'Oex gepflogen habe. Glaube ich doch annehmen zu können, dass das Schreiben des Rev. E. Dudley Lampen, in dem Eurer Königlichen Hoheit Erwähnung getan wird, Ihr Interesse finden dürfte.

Ich wollte hier bemerken, dass mir von englischer einwandfreier Seite verschiedentlich Klagen über die Behandlung der britischen Gefangenen in Deutschland zugegangen sind.

Bei dieser Veranlassung möchte ich ausgeführt haben, dass ich seit Kriegsausbruch nach bestem Können und gestützt auf weitgehende Beziehungen, sowohl in Deutschland als auch in England bestrebt gewesen bin, der schädlichen Tendenz, die Instinkte des Hasses und der Verhetzung zu schüren, entgegenzuarbeiten.

Zu Ende v. J. korrespondierte ich mit dem mir aus Ägypten und England bekannten Vizepräsidenten des Internationalen Roten Kreuzes in Genf, Mr. Edouard Naville, über die Frage, wie am zweckmässigsten auf die zum Austausch bezw. zur Internierung kommenden Kriegsgefangenen eingewirkt werden könne, damit dieselben nicht als Apostel des Hasses in ihre Heimat zurückkehren.

Mr. Naville schrieb mir u. a.:

„C'est dans les pays d'où sont sorties les armées qu'il faut agir. A cet égard le Ministère de l'Instruction Publique en Hongrie a donné un très bon exemple. Il a fait enseigner aux enfants dans les écoles que l'ennemi n'est ni haïssable, ni méprisable et qu'il est aussi brave que les pères des enfants qui combattent contre lui. Il faudrait obtenir des différents pays que l'on en vînt à des sentiments de ce genre, et surtout qu'on interdît absolument des publications comme la chanson à boire allemande sur la destruction de la Lusitania ou autres ouvrages de ce genre. Je crois, Monsieur, que c'est en travaillant à l'apaisement dans les populations civiles que vous feriez l'œuvre la plus utile."

Ich bin überzeugt, dass, wenn Eure Königliche Hoheit an den massgebenden Stellen in Deutschland im Sinne des obigen Schreibens zu wirken vermöchten, solchergestalt der wilden Aufpeitschung der Leidenschaften in geeignetester Weise entgegengetreten wird. Dies scheint mir behufs Schaffung der so bitter notwendigen Verständigungsatmosphäre als Vorbedingung eines leidlichen Friedensschlusses im wohlverstandenen eigenen Interesse ernstlich geboten.

R. S-R.

* * *

An den Rev. E. Dudley Lampen.

St. Moritz, August 26th, 1916.

In your letter "Soldiers at Château d'Oex" published in the "Times" of the 17th inst. you state:

"the ill-treatment that all without exception have met with in German camps."

You will, I trust, allow a German, who has lived for many years in England and knows the English nation well, who appreciates her good qualities and has done his best during the war to make his countrymen understand the feelings of the other side, to express his great regret that the above passage in its general meaning should have found its way into the English press.

I am strongly of the opinion that it is of the very greatest importance in the mutual interest of the future relations of both countries — one day to be settled — that those who are in a position to lessen the unfortunate and disgraceful hate, awakened and developed by the war, ought to do all they possibly can to influence their countrymen.

I believe that the prisoners from all countries have a very great and noble calling when returning home. Of course they have suffered very much everywhere from the hardships, resulting from crowded and long captivity, but I trust they have also experienced some kindness and sympathy worth remembering.

I have spoken to hundreds of German soldiers interned in Switzerland and am glad to say that, with rare exceptions, these men have very little to complain of regarding the treatment in general, as it seems that they have to understand the difficulties the other side had to overcome.

Quite recently I had a conversation with the German clergyman in charge of the interned and I urged upon him the importance of making the men — and through them their people at home — to respect their enemies of to-day.

I may to some extent consider myself entitled to write you in this way, as I more than once during this war, not considering the many difficulties to be overcome, I have tried to my best in the interest of the English prisoners in Germany. Sometimes with good result.

I hope you will not misunderstand my writing to you so frankly on a matter which, in spite of the war, ought to be of interest to two men in a neutral country, although belonging at present to different sides, but — as far as I am concerned at any rate — not having ceased to respect each other.

R. S-R.

* * *

Château d'Oex, August 30th, 1916.

Dear Sir,

I am in receipt of your letter of August 26th and I thank you for the same and for the kindly tone of your letter.

If you yourself had the absolute knowledge of facts as I have, you would not have hesitated to pen the words that appeared in my letter to the "Times" of the 17th inst.

In the course of work among the British soldiers the evidence has been overwhelming that there has been ill-treatment systematic and universal, not merely as the result of hardships involved by a long and crowded captivity but deliberate and of set purpose.

On the other hand I am glad to be able to report that those in hospital seem to have been sometimes treated with kindness though by no means in every case. It would serve no good purpose to enter into details, though that would be easy. To those who repudiate the conduct of their countrymen in Germany we are quite ready to be on friendly terms.

The hatred that you mention is a part of this awful war that we deeply regret exists.

Our men have shown and still show that while they abhor the conduct that ill treats prisoners, they are ready to forgive and do good to those that have so treated them.

Whenever the men have received kindness they have remembered it and recounted it gratefully. Prince Max of Baden is by all praised for his great kindness and true Christian spirit. Other officers have been mentioned with gratitude. We have no quarrel with those who have behaved as gentlemen and as Christians.

Again thanking you for the kindly and friendly tone of your letter

Believe me,

Yours very truly,

E. DUDLEY LAMPEN
British Chaplain.

* * *

Salem Baden, 6. Oktober 1916.

Ich habe Ihnen für zwei freundliche Sendungen zu danken.

Die Richtung, die Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen zu Grunde liegt, ist selbstverständlich auch die meine, denn Hass ist immer ein schlechter Berater und Weggenosse. Inwieweit man durch Wort und Schrift hiergegen arbeiten soll und kann, darüber habe ich noch wenig nachgedacht, da meine Arbeit mehr praktischer Art ist. Soviel ich beurteilen kann, wird in Deutschland viel weniger mit Hass operiert, als in Frankreich und wohl auch in England, wenigstens soweit die Presse in Frage kommt. Ausserdem sind die Ziele Englands und Frankreichs weit mehr von Hass eingegeben, als irgendwelche Kriegsziele Deutschlands. Wir stehen also hier auch vielmehr auf dem Boden der Notwehr, als unsere Feinde. Freilich glauben diese es nicht, die Engländer schon gar nicht, daran hindert sie ihre ganze Gedankeneinstellung. Ein deutlicher Beweis hierfür ist der Brief des Rev. Lampen. Ich gestehe, dass ich mit dieser Art pharisäischen Christentums nichts anzufangen

vermag. Der gute Mann scheint mit sich recht zufrieden zu sein und steckt doch bis an den Hals in alttestamentarischen Kinderschuhen. Ein Lob von solcher Seite — sicher gut gemeint — wiegt doch etwas zu leicht.

Die Gefangenenfrage in England kann mit der in Deutschland nicht verglichen werden. Dort 60—70,000, hier 1,700,000. Dort keine Nahrungsnot, hier Blockade, gerade von England. Das sind oberflächliche Urteile, die dem Engländer auf billige Weise schmeicheln. Man muss sich eingehend und lang mit diesen Fragen beschäftigt haben, will man einigermassen gerecht urteilen. Unerfreuliches gibt es in jedem Lande, und es ist klar, dass, je grösser die Zahl der Gefangenen, um so grösser auch die Zahl der Klagen sein wird. Ich sage all dieses mit um so mehr Überlegung, als ich das Los der Gefangenen und deren Leiden mir ganz besonders habe zu Herzen reden lassen, was viele unter ihnen wissen.

Auf Grund meiner Erfahrung wiederhole ich, was ich im In- und Ausland schon zum Ausdruck gebracht habe: Wer mit der Gefangenenfrage sich beschäftigen will, der lege zuerst jeglichen Pharisäismus ab, sonst scheitert er beim ersten Schritt, wie dieser Mr. Lampen, zweitens hüte er sich vor jeder Verallgemeinerung einzelner Fälle, sonst arbeitet er mit einem fruchtlosen Aufwand von Entrüstung, wovon die Engländer von je einen ganz besondern Vorrat hatten.

Die einzige Propaganda, die ein Land unter den feindlichen Gefangenen ausüben kann, ist menschliche Behandlung. Ferner steht es jedem und jedem Land frei, gegen den Hass zu kämpfen. An den Fronten ist wahrscheinlich am wenigsten Hass zu finden. Darin liegt eine tiefe Wahrheitslehre. Dies haben Sie in Ihrer Anrede an die Internierten[1]) richtig gekennzeichnetund die richtige Konsequenz daraus gezogen. Ich bin nun recht neugierig, zu erfahren, ob ein Echo von englischer oder französischer Feder darauf erfolgen wird.

Wenn ich unser deutsches Volk richtig beurteile, so wird es schneller mit dem Hass fertig werden, als seine Feinde; denn erstens ist es, wie Carlyle einmal schrieb, ein geduldiges Volk, und zweitens ist es wahrheitsliebend. Nach meiner Überzeugung reichen Engländer und Franzosen in diesen beiden Tugenden nicht an die Deutschen heran, und schon Carlyle wies warnend auf die „leichten Nebel der Unwahrhaftigkeit", der das englische Denken und Empfinden bedecke und noch mehr bedrohe. Immerhin gibt es auch bei uns, wie überall, Tendenzen des Pharisäismus, des Hasses und der Unwahrhaftigkeit, die verdienen, bekämpft zu werden, wenn wir dereinst dastehen wollen als das Volk, das wir sein wollen und sein können, durch die Not geläutert, durch die wir jetzt hindurch müssen.

Das ist das Ziel, dem wir Deutsche nachzujagen haben, den anderen wollen wir es überlassen, sich ihr Ziel selbst zu stecken, so weit sie an der Gesundung der kranken Menschheit mitarbeiten wollen. Die gleichen Tendenzen werden sich dann mit Naturnotwendigkeit selbst gegenseitig anziehen und den Ring schliessen helfen.

Mit nochmaligem Dank zeichne ich

Euer Hochwohlgeboren sehr ergebener

MAX PRINZ VON BADEN.

* * *

[1]) Siehe den Aufsatz „An die internierten Kriegsgefangenen."

Zürich, 19. September 1916.

Anbei stelle ich Ihnen den Briefwechsel mit dem Chaplain E. Dudley Lampen mit verbindlichstem Dank zurück. Ich habe ihn mit grossem Interesse gelesen. Merkwürdig ist, dass, als ich neulich den amerikanischen Gesandten Mr. Jackson sprach, der mit der Spezialmission der amerikanischen Botschaft in Berlin attachiert ist, und er sämtliche englischen, französischen und andere Gefangenenlager in Deutschland zu inspizieren hat, dieser sich sehr befriedigt aussprach und der Meinung war, dass die Gefangenen gut behandelt würden. Von den englischen Gefangenen sagte er, sie seien die schwierigsten und viel schwerer zufrieden zu stellen als alle anderen. Das mag wohl auch daher kommen, dass sie in der englischen Armee, was Nahrung und Komfort betrifft, sehr verwöhnt werden. Aber sonderbar ist es doch, dass er gar nichts von Klagen erwähnte. Sollten die Gefangenen ihm gegenüber sich gescheut haben, so offen zu sprechen, als zu dem Geistlichen?

Wie dem auch sei, es war gut, dass Sie dem Prinzen von Baden von dem Briefe Kenntnis gegeben haben.

Haben Sie den Artikel in der „Norddeutschen" über Lille usw. gelesen? Er ist meiner Ansicht nach ganz ungenügend und übergeht die Hauptsache, nämlich die Art der Ausführung der Massregel. Mag sie berechtigt gewesen sein oder nicht, notwendig oder nicht notwendig, worüber sich die Leute, der Bischof von Lille an der Spitze, beklagen, ist die rohe, barbarische Art der Ausführung. Aber es ist alles umsonst, die Leute bei uns wollen nicht einsehen, dass solche Vorgänge dem deutschen Namen unberechenbaren Schaden machen. Für sie gilt nur der Spruch: Oderint dum metuant. —

ALEXANDER PRINZ ZU HOHENLOHE.

* * *

Zürich, 12. Oktober 1916.

Eurer Königlichen Hoheit habe ich für das gnädige Schreiben vom 6.d.M. aufrichtigst zu danken.

Es ist in der Tat überaus schwer zu sagen, in welchen Ländern heute der Hass am eindrucksvollsten propagandiert und praktiziert wird. Aber es bedeutet bereits einen guten Schritt in der Richtung späterer Verständigung, wenn auch zunächst nur wenige einsichtige Männer aller Nationen sich durch die vergiftete geistige Kriegsatmosphäre hindurch zu der klärenden Auffassung bekennen, dass dem so ist, dass aber auch ein Wandel im allseitigen Zukunftsinteresse ernstlich anzustreben sei.

Wohl bin ich mir darüber klar, dass so gewaltige und tiefwurzelnde Geistesströmungen nur sehr langsam abgetragen werden können. Aber es ist schon vieles erreicht, wenn der einzuschlagende Weg erkannt und zielsicher betreten wird.

Will es mir doch — je länger, je mehr — scheinen, dass der diesem Kriege folgende Friede sich weit mehr auf die Macht der Geisteswelten als auf die Waffenergebnisse aufbauen und auf dieser entwickeln wird. Je weniger voreingenommen die Völker sich nach diesem mit beispielloser Vernichtungswut betriebenen Ringen gegenübertreten, um so eher wird auf eine Weltordnung

zu rechnen sein, die den Wechselbeziehungen der Menschen eine gesunde und entwicklungsfähige Unterlage bietet.

Dass die Auffassung Eurer Königlichen Hoheit bezüglich des Einflusses, den die gefangenen Internierten später in ihren Ländern im Sinne der guten Sache auszuüben berufen sind, sich mit der meinigen deckt, ist mir hohe Genugtuung.

Besonders erschwert wird leider heute jedes der Friedensatmosphäre vorarbeitende Wirken durch den Umstand, dass solches nur zu leicht Missdeutungen im eigenen, wie im derzeitig feindlichen Lager ausgesetzt ist. Im eigenen Lande wird jeder geistige Annäherungsversuch nur zu gern in seinen Motiven verdächtigt und geschmäht (es sei nur an Romain Rolland erinnert), in Feindesland werden Anregungen von privater Seite als versteckte Fühler der Regierung diskontiert: Letzthin z. B. Prinz Alexander Hohenlohe in der "Morning Post".

R. S-R.

FREIHERR VON ROMBERG
Deutscher Gesandte in Bern.

Zürich, 14. Juni 1915.

In dem ersten Morgenblatt der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 12. d. M. gelangte aus meiner Feder ein Aufsatz, betitelt „Hohe Ziele", zum Abdruck. Die Arbeit enthält Gedankengänge, die wohl ohne Ausnahme bereits in der deutschen Literatur oder in Vorträgen von Männern anerkannter politischer Einsicht, unter der derzeitigen Zensur frei ausgesprochen und vertreten worden sind.

Mir waren meine Ausführungen weit mehr eine Bismarck- als eine politische Betrachtung; in der Praxis greifen beide Gesichtspunkte allerdings eng ineinander.

Ich verfüge über genügende politische Schulung und Persönlichkeit, um für meine Veröffentlichungen wie im übrigen die Namenszeichnung ergibt, jeder kompetenten Stelle gegenüber die volle Verantwortung zu tragen.

Von dem zu Ihrer Behörde ressortierenden, derzeitigen Legationssekretär Herrn von Simson ging mir im Zusammenhang mit dem obigen Artikel ein Schreiben zu, von dem ich eine Kopie hier anfüge. Ich habe den Brief unter Beifügung meiner Karte dem Absender zurückgestellt und ist die Angelegenheit, soweit diese eine persönliche Seite hat, für mich hiermit endgültig erledigt.

Aber ich würde es zum Zwecke einer wohlverstandenen praktischen Pressepropaganda gleich wie im nationalen Sinne für überaus bedenklich halten, wenn wie im vorliegenden Falle von einer beamteten Persönlichkeit aus eigener Entschliessung, noch dazu im schroffen Gegensatz bekannter

eigener Anschauungen, in der hier betätigten, und wie ich weiss, nicht vereinzelt dastehenden Weise — selbst Neutralen gegenüber — ungebeten belehrend bezw. unbefugt tadelnd vorgegangen wird.

Dieser Gesichtspunkt macht es mir zur Pflicht, Euerer Exzellenz den Vorfall hiermit zu unterbreiten, mit der Anheimgabe, zu dem innern Werte und der Berechtigung einer solchen befremdenden Zuschrift wie die in Frage stehende, geeignet erscheinende Stellung zu nehmen.

Noch bemerke ich, dass ich im Auswärtigen Amt in Berlin wohl bekannt bin.

R. S-R.

* * *

Zürich, 12. Juni 1915.

Gerade im Begriff, Ihrer und Ihrer Gattin liebenswürdiger Aufforderung zu folgen und mich bei Ihnen anzusagen, lese ich in der N. Z. Z. Ihren Artikel „Hohe Ziele". Sie werden es mir umso weniger verübeln, wenn ich Ihnen meine Meinung darüber offen ausspreche, als ich damit bezwecke, Ihnen die Erklärung dafür zu geben, dass ich Ihrer freundlichen Einladung nicht mehr folgen kann. Das wird Ihnen gewiss sehr gleichgültig sein, aber ich möchte nicht, dass Sie denken, ich hätte aus unbegründeter Unhöflichkeit Ihre Liebenswürdigkeit unbeachtet gelassen.

Wie Sie wissen, stehen die tatsächlichen Ansichten, die Sie in Ihrem Artikel ausgesprochen haben, den meinigen nicht ganz fern. Wir sprachen neulich darüber. Auch ich bin kein Anhänger der Nibelungen-Politik, auch ich bin im allgemeinen der Ansicht, dass eine Verständigungspolitik mit England möglich gewesen wäre, wenn ich auch eine solche mit Russland für wichtiger gehalten hätte.

Aber im Augenblick ist es die Aufgabe und Pflicht des patriotischen Deutschen, mit gegebenen Tatsachen zu rechnen, und der Regierung, die nach dem Willen unseres Allerhöchsten Herrn die Verantwortung dafür trägt, dass wir zu einem baldigen ehrenvollen Ende dieses Krieges kommen, ihrer Aufgabe mit allen Kräften, mit Einsatz des Lebens (für die, die es dürfen), mit Einsatz der Existenz, wenn es nicht anders geht, zu erleichtern. Wer sich von anderen Motiven — der Erhaltung seiner Stellung im feindlichen Ausland oder sonstigen — leiten lässt, wird auch in Ihren Augen abgetan sein. Aber ich verurteile scharf auch den, der glaubt, berufen zu sein, in der Öffentlichkeit während des Krieges dem Auslande das Schauspiel zu bieten, dass er als Deutscher die Politik der eigenen Regierung angreift. Zu denen gehört für mich der — auch im übrigen wenig empfehlenswerte — Verfasser von „J'accuse", und nun muss ich leider auch Sie dazu rechnen.

Ich kann nichts in diesem Vorgehen erkennen, was sich für jemand, der dem Vaterland wirklich helfen will, rechtfertigen liesse. Schon aus dem Grunde ist eine solche Kritik zu verwerfen, weil sie sich ohne grosses Risiko dem überlegenen Ton des Rechthabens geben kann. Der Kritiker kann — wie die Verhältnisse liegen — nie in die Verlegenheit kommen, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen anzutreten. Sie ist aber auch aus dem Grunde nicht im vaterländischen Interesse, als sie im Augenblick eine

Änderung nach den Wünschen des Kritikers gar nicht herbeiführen kann und es nach dem Krieg erst Zeit ist, seine Stimme warnend zu erheben, wenn man die innere Verpflichtung dazu fühlt. Aber auch dann nicht in der Öffentlichkeit, solange es sich vermeiden lässt, und solange man so gute Beziehungen zu massgebenden Persönlichkeiten hat, wie sie Ihnen bisher zu Gebote standen.

Was mich besonders verletzt, ist die Tatsache, dass — während wir uns (wie Sie wissen), ich speziell, uns alle Mühe geben, in der neutralen Presse Sympathien für das durch seine Regierung repräsentierte Deutschland zu gewinnen —, Sie sich ein neutrales, zum mindesten nicht deutsch-freundliches Blatt aussuchen, um gegen unsere Regierung im neutralen und feindlichen Ausland Stimmung zu machen.

Sie werden meine Ansicht nicht teilen, denn ich bezweifele nicht, dass Sie geglaubt haben, aus edlen Motiven zu handeln. Aber Sie werden es verstehen, dass ich auf die Freude verzichten muss, bei Ihnen und Ihrer Frau Gemahlin als Gast zu erscheinen. Die hiesigen Deutschen und jeder, der den Begriff der „Lehnstreue“ zum Vaterlande objektiv zu beurteilen vermag, würden es mit Recht mit meiner hiesigen Stellung unvereinbar finden.

SIMSON.

* * *

Der General-Konsul von Faber du Faur, Zürich, schrieb mir auftragsgemäss am 21. Juni 1915: „dass der Herr Gesandte keinen Anlass sieht, dienstlich zu dieser seiner Ansicht nach durchaus privaten Angelegenheit Stellung zu nehmen. Hierbei kann ich Ihnen nicht verhehlen, dass auch Freiherr von Romberg durch die Veröffentlichung sehr unangenehm berührt wurde.“

* * *

Zürich, 7. Mai 1918.

Euere Exzellenz wollen mir gestatten, im Nachstehenden zu den derzeitigen deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen eine persönliche Erwägung ergebenst zu unterbreiten.

Kein Teil der deutschen Nation hat durch den Krieg so schwer und nachhaltig gelitten wie die Auslandsdeutschen. Ihr hoher kultureller und eminent wirtschaftlicher Wert für das Mutterland bedarf einsichtigen Beurteilern keines Beleges.

Die Schweiz ist noch eines der recht wenigen Weltgebiete, in denen die Deutschen jenseits der eigenen Grenzpfähle ihrem Berufe nachgehen können. Von wo aus nach Kriegsschluss der in Grund und Boden zerstörte deutsche Welthandel seine mühselige Wiedergeburt begehen kann. Zahlenmässig stehen die Deutschen unter der ausländischen Bevölkerung der Schweiz weitaus an erster Stelle. Sie wirken erfolgreich, nicht selten seit Generationen auf allen Gebieten des Erwerbs- und Geisteslebens. Der Krieg hat ihre Lebensbedingungen bereits erheblich erschwert. Sie werden heute vielfach zufolge ihrer Nationalität verfolgt und aus ihrem Arbeitskreise verdrängt, ohne dass ihnen seitens der Heimat eine gleichwertige Entschädigung geboten werden könnte. Die Ententekreise üben in dieser Richtung einen zielbewussten und schonungslosen Druck aus.

Werden nun von deutscher Seite bei den gegenwärtigen Verhandlungen die wirtschaftlichen Bedingungen der Schweiz über Gebühr erschwert, so sind es in allererster Linie die hier bodenständigen, auf sich selbst gestellten Auslandsdeutschen, die dafür zu leiden haben. Die Folgen wären eine weitere Erschwerung der bereits genugsam belasteten Existenzbedingungen bis zu völligem Ruin.

Es ist nicht einleuchtend, wie für diesen unermesslichen Schaden zwischen dem allzu scharfen, der Schweiz gegenüber beabsichtigten Wirtschaftszwange und den wohlverstandenen nationalen Interessen ein nützlicher Ausgleich geschaffen werden kann. Um so weniger als das gedachte Abkommen in seiner extremsten Auslegung der realen deutschen Sache keine nennenswerten Dauervorteile, der Entente nur geringe Unbequemlichkeiten, der Schweiz hingegen unberechenbaren politischen und materiellen Schaden mit Sicherheit erbringen wird.

Unter letzterem Gesichtspunkte müssen hier im Lande die bereits erheblich geschmälerten Sympathien für Deutschland schwere Einbusse erleiden. Es wäre ernstlich zu bedauern, wenn diese nicht immer voll gewürdigten Imponderabilien politischer Prosperität einem bescheidenen Augenblickserfolge geopfert würden.

Andererseits scheint die Annahme durchaus berechtigt, dass durch eine schonende und soweit angängig fördernde Stellungnahme der Schweiz gegenüber, die Neigungen für das Deutschtum, sehr zum Nachteil der Gegner, schnell wieder steigen und sich in etwas festigen werden: Ein moralischer Erfolg von weittragender Bedeutung.

Als Auslandsdeutscher, dessen persönliche Interessen durch den vorliegenden Fall nicht berührt werden, erachte ich es als eine gebieterische Pflicht, Euerer Exzellenz meine Bedenken freimütig auszusprechen.

R. S-R.

* * *

Bern, 17. Mai 1918.

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich, auf das gefällige Schreiben vom 7. Mai d. J. ergebenst mitzuteilen, dass ich die grosse Bedeutung der von Euer Hochwohlgeboren dargelegten Gesichtspunkte durchaus anerkenne. Insbesondere ist gerade in letzter Zeit die Frage des Schutzes der deutschen Interessen in der Schweiz eingehend erörtert worden, so dass zu hoffen steht, dass es in Zukunft möglich sein wird, dieselben wirksam gegen feindliche Übergriffe zu verteidigen.

ROMBERG.

* * *

von Schubert, Legationsrat der Deutschen Gesandtschaft in Bern.

Ragaz, 17. Juni 1916.

Von einer Reise nach Berlin zurückkehrend, erhalte ich leider erst hier Kenntnis von einem Aufsatze der „Kreuz-Zeitung" (3. d. M.), betitelt „Literarische Hochverräter", der auch meinen Namen zitiert.

Da es sich um eine Zuschrift aus der Schweiz handelt, und wissend, dass Ihre Behörde zu der Mehrzahl der Korrespondenten Beziehungen unterhält, möchte ich Sie gebeten haben, den in Frage stehenden Verfasser bezw. Auftraggeber zu seinem wohlverstandenen Interesse in einer Ihnen geeignet erscheinenden Weise darauf aufmerksam zu machen, dass, wenn ich für dieses Mal davon Abstand nehme, die ohne die geringste Beweisführung erhobene anonyme Anschuldigung öffentlich zu entkräften, ich mich in erster Linie von nationalen — ich vermeide das verschandelte und zu Tode gehetzte Wort „patriotischen" — Erwägungen leiten lasse. Dass allerdings auch die von den der „Kreuzzeitung" nahestehenden Kreisen in letzter Zeit gegen die höchsten Stellen im Reiche gesponnenen niedrigen Machenschaften, denen der Herr Reichskanzler eindrucksvoll entgegengetreten ist, mich einer scharfen Stellungnahme entheben.

Ich glaube, durch diese Zeilen, von denen ich Sr. Exzellenz dem Herrn Gesandten gütigst Kenntnis zu geben bitte, der Sache am besten zu dienen.

R. S-R.

ALBERT BALLIN, Vorsitzender des Direktoriums der Hamburg-Amerika Linie.

Ouchy, 6. Oktober 1914.

Ihr in der „Vossischen Zeitung" vom 29. v. M. — Nr. 494 — zum Abdruck gebrachtes Schreiben über das „Moratorium der Wahrheit" hat mich im gleichen Masse interessiert, wie der von Ihnen mitunterzeichnete Aufruf „Nachrichten ins Ausland".

Bezüglich des letzteren schrieb ich am 23. v. M. an Herrn Geheimrat Georg Arnold, wie aus der Anlage ersichtlich. Es sei noch bemerkt, dass es völlig aussichtslos wäre, wirksame Aufklärung in englischen Kreisen zu unternehmen. Eine hochgestellte Persönlichkeit Londons, die bisher eine leitende Stimme in der auf eine gesunde Annäherung zwischen Deutschland und England hinzielenden Bewegung hatte, schrieb mir kürzlich: „The man

who caused this wicked war deserves to be broken on the wheel — das arme Deutschland!!"[1])

An einen mir nahestehenden Herrn[2]) in führender Stellung schrieb ich am 26. v. M. nach Berlin zu gleichem Thema:

> „Ich entsinne mich, dass Sie sich in Friedenszeiten seit langem bereits weitsichtig, wenn auch vergeblich bemühten, deutscherseits einen selbständigen Nachrichtendienst nach dem Auslande grosszügig einzurichten. Der Ausbruch des Krieges fand dennoch bzw. somit nur eine den Ansprüchen des Auswärtigen Amtes anscheinend genügende Kombination Wolff-Reuter vor. In London hatte jedenfalls der letztere die ausschlaggebende Führung: Der Vertreter Wolffs — notabene der Verfasser von „Weltpolitik und kein Krieg" — in engster Fühlung mit der Botschaft und dieser die „Aussenwelt" darstellend, bezog auf dem Bureau Reuter seine Informationen; im gleichen Bureau arbeiteten Vertreter deutscher Zeitungen. Es klingt wie eine Ironie, wenn die „Times" jetzt den mir persönlich gutbekannten Baron Reuter wegen seiner Verbindung mit Wolff heftig befehdet!"

Doch gestatten Sie mir nach diesen Ausführungen kurz auf das dieses Schreiben auslösende Motiv einzugehen.

Es liegt in der Natur der Sache, und ich erkenne bis zu einem hohen, wenn auch nicht unbegrenzten Grade durchaus an, dass dem so sein muss, wenn heutigen Tages kein Volk bei einem Kriegsausbruch darauf verzichten kann, die auf mehr oder minder tiefer Überzeugung beruhende Begeisterung durch Aufpeitschung der Gegensätze lebenskräftig zu erhalten.

Doch wer sich dieser Aufgabe unterzieht, sollte mit feinem Verständnis für die Zeichen der Zeit auch den richtigen Augenblick zu erkennen wissen, da die öffentliche Meinung auf ruhigere, über die Gegenwart hinaus gerichtete Erwägungen zurückgestimmt werden muss. Er versetzt sich scharfen Geistes, dem Gange der Dinge um ein Beträchtliches vorausdenkend, aus dem Gewirr der Schlachten an die Pforte des Friedens — diesem vorarbeitend, ihm kräftige und segensreiche Grundlagen schaffend.

Kein Stand ist hierzu berufener als der des Erwerbslebens; kein Land der Welt verdankt diesem seinen bewunderungswürdigen Aufschwung in so ausgesprochenem Masse wie Deutschland. Ihm schlägt der Krieg, auch der erfolgreichste, die nachhaltigsten Wunden. Die Waffen, wenn auch siegend und den Gegner niederringend, sie zerstören für Jahrzehnte jene Sympathien und Interessenfäden, die der Kaufmann — wie ich Ihnen, dem die Welt das Tätigkeitsfeld bedeutet, nicht zu sagen brauche — in mühseliger, zäher Arbeit geknüpft und auf die er auch in Zukunft unter keinen Umständen verzichten kann.

Wie die Dinge sich entwickelt haben, scheint mir der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo ernste nationalgesinnte, selbstlose Männer erwägen sollten, wie sie ihren Einfluss, ihren weitschauenden Blick an massgebenden Stellen — durch eine gute, gesinnungstüchtige Presse im In- und Auslande zunächst

[1]) General Sir Alfred Turner, K. C. B.
[2]) Geheimrat R. Witting.

überaus vorsichtig und geschickt sondierend — nachdrücklich zur Geltung bringen, damit die Vorbedingungen wirtschaftlicher Gesundung nicht uneinbringbar geopfert werden.

Ende v. M. schrieb die „Westminster Gazette", Englands Ziel sei nicht die Vernichtung Deutschlands; jeder Frieden, der Wunden und Revancheideen zurücklasse, verfehle seinen Zweck, und darum sei England bereit, sofern Deutschland nach dem Grundsatze „Leben und leben lassen" handeln wolle, den glimmenden Hoffnungsfunken nicht auszulöschen.

Und Lord Roberts sprach sich letzthin im „Hibbert Journal" gegen die hässliche Sucht aus, den Feind zu beschimpfen. Die Engländer sollten an die Beschuldigungen denken, die gegen sie während des Burenkrieges erhoben wurden, jedenfalls aber gegen die Deutschen so kämpfen, dass sie deren Wohlwollen und deren Achtung gewinnen könnten.

Die diesen Artikeln innewohnende Grundnote verdient unter kraftvoller, wohl abgemessener Betonung deutscher Interessen weitergesponnen zu werden.

Wenn Sie dieser meiner Ansicht beipflichten und sie zu fördern vermöchten, so wäre der Zweck dieses Briefes bestens erfüllt.

Zum Schlusse möchte ich im Zusammenhange mit dem Vorstehenden vom „Moratorium der Wahrheit" auf die Schliessung der Börsen, der Austauschzentren des internationalen Verkehrslebens überlenken, um vergleichend zu sagen, dass wie diese kluge Massnahme einer völligen Desorganisation der materiellen Werte so wirksam vorbeugte, so hätte — wäre die Hypothese durchführbar — eine rechtzeitige Suspendierung der Auswärtigen Ämter und deren Organe (Carlton House Terrace nicht in letzter Linie) dem 20. Jahrhundert und der Welt diesen europäischen Massenkrieg mit stark orientalischem Einschlag — in einer Konstellation aller gegen einen — zweifellos erspart. Wiedereröffnung erst nach völliger dem Volksempfinden übereinstimmenden und einer den Forderungen des praktischen Lebens gebührend Rechnung tragenden Reorganisation!

Wird die Zukunft daraus heilsame Lehren ziehen und auf Staatsmänner, mit denen man Staat machen kann, hinarbeiten? Mein orientalisches Ich — das andere ist gut hamburgisch — antwortet mit: Inscha allah! Gott geb's.

R. S-R.

* * *

Hamburg, 14. Oktober 1914.

Ich habe Ihnen herzlich zu danken für Ihren Brief vom 6. Oktober. Ein besonders interessanter und kluger Brief, der in seinen Ausführungen mit meinen Gedanken im allgemeinen durchaus übereinstimmt. Die Mühe, der Sie sich unterzogen haben, indem Sie mir diesen Brief schrieben, wird, wie ich hoffe, keine vergebliche gewesen sein.

BALLIN.

* * *

Berlin, 23. März 1915.

Nachdem ich wieder längere Zeit auf neutralem Boden weilte, bin ich dieser Tage nach Berlin zurückgekehrt.

Bei unserer vor einigen Wochen gepflogenen Unterredung durfte ich Ihnen gegenüber meine Anschauungen über die mit gebieterischer Notwendigkeit nach Ablauf dieses Krieges in Angriff zu nehmende mühselige Arbeit des Wiederaufbaues zum Ausdruck bringen.

Je länger das Völkermorden dauert, um so nachhaltiger die Zerstörung der während vieler Jahrzehnte in schwerer Arbeit gemünzten nationalen wirtschaftlichen Werte.

Deutschland verdankt seine Weltstellung in ausschlaggebendem Masse der Entwicklung seines überseeischen Handels.

Wird heute der Grundsatz aufgestellt und verfochten, dass der Krieg dem deutschen Erwerbsleben keine merklichen Wunden schlage, so ist dieser bedenkliche Trugschluss weitschauend dahin richtigzustellen, dass die hohen industriellen und kommerziellen Erfordernisse eines jede Voraussage in den Schatten stellenden Krieges in der Tat alle heimischen Wirtschaftskörper mit wenigen Ausnahmen transformiert, absorbiert und beschäftigt, dass aber mit dem Friedensschlusse eine schnelle, den früheren normalen Zuständen entsprechende Rückbildung folgen muss. Diese wird indes den bisher auf den Export eingestellten Kräften, wenn sie nicht zum unermesslichen Schaden des bereits stark gefährdeten Volkswohlstandes brachliegen sollen, die gigantische Aufgabe stellen, ihre inzwischen von Dritten belegten Absatzgebiete gegen eine nicht zu unterschätzende Welt von Abneigungen aufs neue mit Geschick — individuellem und geschäftlichem — wieder zu erobern

Ich bin Ihrer Zustimmung gewiss, dass diese Lage der Dinge für die weitere Belebung und Entwicklung Ihres Lebenswerkes, wie kaum ein anderes Erwerbsunternehmen, von einschneidender Bedeutung ist — wenigstens soweit es sich darum handelt, die mächtigste Handelsflotte der Welt auf guter geschäftlicher Grundlage der nationalen Sache nicht nur zu erhalten, sondern ihr auch fernerhin fördernde Dienste zu leisten.

Bei den auf die Gestaltung der Zukunft gerichteten Erwägungen fällt demgemäss der Hamburg-Amerika Linie eine in sich um so günstigere führende Stellung zu, als die eigenen materiellen Werte mit den nationalen Interessen auf das glücklichste Hand in Hand gehen. Die HAPAG wird um so leichter ihren Standpunkt nachdrücklich zu vertreten wissen, als mit Recht geltend gemacht werden kann, dass gewaltige, von der Reichsregierung gern gesehene und deren Zwecken dienliche Aufwendungen sich nur durch eine hohe Diskontierung der durch die gleiche Regierung zu schaffenden Zukunftschancen geschäftlich rechtfertigen liessen. Andererseits ist die Gesellschaft als Aktienunternehmen in der Lage, darauf hinweisen zu können, dass eine partielle Abstossung der Flotte angesichts des durch den Krieg im Auslande erzeugten Tonnenhungers wohl geeignet wäre, eine geschäftliche, durch nicht genügende regierungsseitige Unterstützung geschaffene Zwangslage zu beheben.

Wie die Reichsregierung ihre Politik weitsichtig zu orientieren hat, um den Aussenhandel, das Rückgrat des nationalen Wohlstandes, wirksam und

schnell zu beleben — schon damit in erster Linie den ungeheuren Kriegslasten in etwas ein Gegengewicht geschaffen werde — diese Frage verkörpert das einschneidendste Problem der Zukunft.

Meine Auffassung über die endgültige, zu einer dauernden Verständigung auf Basis der Gleichberechtigung führende Auseinandersetzung mit England ist Ihnen aus einer Denkschrift bekannt, die Sie von mir seinerzeit entgegennahmen.

Jede andere Friedenskonstellation, die Deutschland mit ihrem Endziele nicht England näherbringt, halte ich für eine schwere Schädigung der beiderseitigen politischen und wirtschaftlichen Zukunftsinteressen. Sie kann nimmermehr den Weltfrieden einleiten, sie kann unter keinen Umständen für die gebrachten und noch zu bringenden Opfer auch nur eine bescheidene Gegenleistung bieten.

Ich vertrat seit langem die Ansicht, und der Gang der Ereignisse bietet meiner Urteilskraft eine wehmütige Genugtuung, dass die deutsche Orientpolitik, in deren mystischem Banne wir uns nur allzu lange bewegten, wertvolle Anhaltspunkte im Westen vernichtete, ohne den deutschen Interessen greifbare Vorteile zu bieten. Ob es dem isolierten deutschen Geldmarkte praktisch möglich sein wird, den überaus hohen Anforderungen der völlig heruntergewirtschafteten Türkei in Zukunft zu begegnen, ist ernstlich zu bezweifeln.

Wie dieser Weltkrieg mit den mittelalterlichen und doch so ernst genommenen Scheinbegriffen des „Panislamismus" und des „Heiligen Krieges" gründlich — leider zu spät — aufräumen wird, so sind die Opfer, die Deutschland gegenwärtig bringt, zu gross, die Zeiten zu bitter ernst, um eines Wahnes wegen, wie ihn die zeitweise zum Drehpunkt unserer auswärtigen Politik gemachte Bagdadbahn darstellt — die im günstigsten Falle, ohne nenneswerte nationale Dauergewinne, einer beschränkten Interessentengruppe einen guten Finanzvorteil bedeutet — noch fernerhin hypnotisch nach Osten zu schauen.

An Stelle eines nicht lebensfähigen Schienenstranges von geringem nationalem Werte im verbindungsfernen, den ungünstigsten Wechselfällen ausgesetzten Osten, hat nach dem Kriege — wie immer er ausgehen möge — der auf eigener fester Grundlage stehende, stetig Werte vermehrende und schaffende, seegehende, die Heimat mit allen Weltteilen einende Frachtenfahrer zu treten.

Wie weit die Regierung durch eine zielbewusste Handelspolitik die Wege hierzu ebnen wird, bleibe dahingestellt. Aber es darf heute wohl schon ausgesprochen werden, dass mehr wie bisher, wenn es sich um Lebensfragen der Nation handelt, die aus den Interessentenkreisen herauswachsende, bestimmenden Einfluss ausübende Initiative an Organisation und Kraft wesentlich zunehmen muss. Auch hier scheint es mir nicht fraglich zu sein, welches Unternehmen im wohlverstandenen eigenen Interesse beizeiten die Führung zu ergreifen hat.

R. S-R.

* * *

Hamburg, 24. März 1915.

Ich danke Ihnen vielmals für Ihren Brief vom 23. März, dessen Ausführungen ich mit wärmstem Interesse gefolgt bin.

Ich stimme vollkommen mit dem überein, was Sie über England und die Notwendigkeit sagen, in friedlicher Zusammenarbeit sich mit diesen Feinden nach dem Kriege wieder zusammenzufinden; dagegen kann ich nicht Ihre Ansicht teilen mit Bezug auf unsere Politik im nahen Orient.

Die Kriegslage, wie sie sich heute gestaltet hat, ist vorwiegend ein Kampf um Konstantinopel geworden. Gelingt es uns, Konstantinopel zu halten, so bietet sich meines Erachtens in Klein-Asien für uns eine reiche Chance kolonialer Tätigkeit. Wir sollten also den Wert des nahen Orients für uns nicht unterschätzen, und ich bin deshalb der Ansicht, dass man das eine tun und das andere nicht unterlassen sollte, mit andern Worten, dass man eine wohlwollende Zusammenarbeit mit England anstreben und eine Erweiterung unserer Interessen in Klein-Asien dabei nicht aus dem Auge verlieren darf. Da, wo ich Ihnen in Ihrer grossen patriotischen Arbeit nützlich sein kann, werden Sie mich immer an Ihrer Seite finden.

BALLIN.

* * *

Berlin, 29. März 1915.

Ich danke Ihnen verbindlichst für Ihr liebenswürdiges Schreiben vom 24. d. M.

Angesichts der Gleichartigkeit unserer Anschauungen lege ich Wert darauf, meine bezüglich des nahen Ostens geäusserten Ansichten dahin zu präzisieren, dass mir nur diejenigen deutschen wirtschaftspolitischen Bestrebungen, die jenseits Kleinasiens liegen, als über das Mass der realpolitisch nützlichen und leicht handlichen hinauszugehen scheinen. Ich werde bei dieser Auffassung allerdings auch von der Erwägung geleitet, dass die südlich anschliessenden Gebiete der arabischen Welt ausgesprochenermassen in die durch viele Jahrzehnte unter grossen Opfern aufgebauten, politisch umworbenen Zonen Englands und Frankreichs fallen. Selbstverständlich muss für die kommerzielle deutsche Expansion nachdrücklich gefordert werden, dass das Prinzip der „offenen Tür" — sie bestand bereits vor dem Kriege à perfection — in jenen Ländern wiederum einwandfrei stabilisiert und beachtet wird.

Ich verhehle mir keineswegs, dass ich im Eifer des Politisierens mit meinen Ansichten der Entscheidung über die Dardanellenfrage, die auch ich für den Brennpunkt der mit Problemen übersättigten Gegenwart beachte, um ein Gutes vorauseile.

R. S-R.

* * *

St. Moritz, 5. November 1915.

Das hiesige Agentur-Bureau der Hamburg-Amerika Linie hat mit Kriegsausbruch seine Tätigkeit eingestellt. Verabsäumt wurde, die Flagge einzuziehen. So hat letztere länger denn ein Jahr „in splendid isolation" wohl als die „Allerhöchste" ihrer Art — über 1850 Meter — die Gesellschaft, wie die anliegende Photographie zeigt, hier versinnbildlicht.

Der wehmütig-leidende Zustand der Fahne erregte mein Mitgefühl; einer zweiten Winterkampagne hätte dieselbe, bereits in der Auflösung begriffen, nicht standgehalten.

So habe ich sie am 1. November eigenmächtig, aber überzeugt, im Sinne der HAPAG zu handeln, abwickeln bzw. einziehen lassen und erlaube mir, Ihnen diese Kriegstrophäe gleichlaufend per Postpaket zu übersenden.

R. S-R.

* * *

Hamburg, 10. November 1915.

Ich danke Ihnen vielmals für Ihre freundlichen Zeilen vom 5. November und ganz besonders dankbar bin ich Ihnen für die freundliche Sorge, welche Sie unserer Flagge gewidmet haben. Es wird mich sehr freuen, mit Ihnen zusammenzutreffen, wenn Sie mir, sobald Ihre Reisedispositionen feststehen, Kenntnis davon geben.

BALLIN.

* * *

Unterredung mit Herrn Ballin Ende November 1915 in Hamburg.

Siehe meine Aufzeichnungen bezüglich der dem Unterstaatssekretär Wahnschaffe behändigten Denkschrift (Seite 9).

Wir sprachen über die Schwierigkeit, mit prominenten Engländern in Fühlung zu treten. Er erzählte mir, dass von Kühlmann vom Haag aus die verschiedensten Versuche nach dieser Richtung unternommen habe, aber überall taube Ohren fand.

Kühlmann hatte ihn auf einen kurzen Urlaub von Konstantinopel aus, wo er zu jener Zeit als Botschaftsrat fungierte, zu Weihnachten 1914 besucht und u. a. Herrn von dem Bussche als für den Gesandtenposten in Bukarest wenig geeignet bezeichnet; wohl weil er selber damals auf diese Stellung reflektierte.

R. S-R.

* * *

Hamburg, 6. Januar 1916.

Ich danke Ihnen vielmals für Ihren freundlichen Brief vom 31. Dezember, der erst heute hier eingeht, und erwidere herzlichst Ihre freundlichen Neujahrswünsche. Hoffentlich bringt uns das neue Jahr den ersehnten, glücklichen, siegreichen Frieden!

BALLIN.

* * *

St. Moritz, 29. August 1916.

Den in der Abendausgabe des „Hamburger Fremdenblatt" vom 15. d. M. an leitender Stelle veröffentlichten Aufsatz des Herrn Dr. Siegfried Heckscher „Von Englands stärkster Waffe" erhielt ich von mir befreundeter Seite zugestellt.

Der Inhalt des Artikels war mir zuvor bereits durch die „Times" vom 23. d. M. bekannt geworden. Der Umstand, dass dieses Blatt in Überschrift und Besprechung die Ausführungen des Herrn Heckscher mit Ihrer Persönlichkeit und den durch Sie vertretenen grosszügigen Interessen in Verbindung bringt, veranlasst mich — bezugnehmend auf unseren bisherigen gleichgesinnten Gedankenaustausch — Ihnen zu sagen, wie sehr ich es zum wohlverstandenen nationalen Interesse bedaure, dass derartige Ausführungen im gegenwärtigen Moment in die Öffentlichkeit gelangen.

Gewiss stimme ich mit Herrn Heckscher darin überein, dass England (wie jeder Feind) nur erfolgreich durch die Tat hart zu bekämpfen und wenn möglich niederzuringen ist. Der leidenschaftslose Politiker, der nüchtern abwägende Geschäftsmann sollte allerdings jede Handlung, bevor er für dieselbe befürwortend eintritt, peinlichst auf das zu erwartende Ergebnis im Sinne der eigenen Zukunftsinteressen in seine Erwägungen einstellen. Nach dieser Richtung bieten die Erfahrungen dieses Krieges doch wohl genügende, des Überdenkens werte Anhaltspunkte.

Dass ich den für Deutschland günstigsten Abschluss dieses Krieges in einer liberalen, unseren berechtigten Interessen voll entsprechenden Verständigung mit England gesehen habe, dass ich für diese Idee offen eingetreten bin, ist Ihnen bekannt. Dass meine Erwägungen in ihrem Ergebnis den deutschen Schiffahrtsgesellschaften eine baldige nutzbringende Wiederaufnahme ihrer dem Welthandel und der Weltpolitik dienenden Tätigkeit ermöglichen sollten, war mein Ziel.

An die Möglichkeit eines solchen günstigen Ausganges habe ich auf Grund guter Unterlagen bis vor einigen Monaten glauben können. Heute halte ich nach Lage der Dinge einen solchen kaum noch für durchführbar. Die deutscherseits unternommenen Schritte zu einer Annäherung sind in der Wahl der Mittel und der Persönlichkeiten allerdings nicht frei von Missgriffen gewesen.

Das Sündenregister, welches Herr Heckscher den Engländern — vermutlich im deutschen Interesse — vorzuhalten für gut befindet, ist mehr temperamentvoll und umfangreich als für den Wissenden überzeugend. Er scheint zu übersehen, dass England — so bedauerlich es für uns ist — jedenfalls die Majorität der Sympathien auf seiner Seite hat und hier die Erklärung dafür liegt, dass es sich so viel „herausnehmen" darf. Die Beziehungen der Völker sind nun einmal den gleichen Gesetzen wie denjenigen der Einzelwesen unterworfen: Neigungen lassen sich nicht erzwingen, sie wollen erworben sein.

Herr Heckscher unterstreicht zum Schluss seine Ausführungen durch einen Ausfall gegen das „perfide England". Wie sagte doch Fürst Bülow in der alten Ausgabe seiner „Deutschen Politik":

„Es wäre töricht, die englische Politik mit dem zu Tode gehetzten Worte vom „perfiden Albion" abtun zu wollen. In Wahrheit ist diese angebliche Perfidie nur ein gesunder und berechtigter nationaler Egoismus, an dem sich andere Völker ebenso wie an anderen grossen Eigenschaften des englischen Volkes ein Beispiel nehmen können."

Allerdings steht dafür recht bezeichnend in der während des Krieges revidierten neuen Ausgabe:

„Für die Erreichung des einen Zwecks englischer Politik (Seeherrschaft) sind den Engländern zu allen Zeiten alle Mittel recht gewesen. Das beweist dieser Krieg aufs neue."

Was ich an dem Heckscherschen Artikel besonders beklage, ist die Tatsache, dass derselbe ohne ersichtlichen Nutzen für die eigene Sache dazu angetan ist, im feindlichen Auslande diejenigen Kreise des führenden deutschen Erwerbslebens zu beschatten, die berufen sein sollten, nach Einstellung der Feindseligkeiten das wirtschaftliche Band unter gewiss nicht leichten Bedingungen wieder verständnisvoll zu knüpfen.

Der im „Berliner Lokalanzeiger" letzthin veröffentlichte, in der „Times" vom 21. d. M., sowie im „Journal de Genève" entsprechend kommentierte Gwinnersche Brief an seinen Neffen fällt leider gleichfalls erschwerend, wenn auch weniger überraschend in dasselbe Gebiet.

In Kriegszeiten mögen viele von der Gepflogenheit des Friedens abweichende Massnahmen für heimischen Bedarf Nutzen versprechen, aber jenseits der Kampfpsychose sollte man doch nicht vergessen, dass derartige Mittel im feindlichen Lager bei übelwollender, oft entstellender Kritik zumeist das Gegenteil des Gewünschten in höchst unerfreulicher Weise auslösen. Man entsinne sich nur der fast ausnahmslos unglücklichen, noch immer nicht zur Ruhe gekommenen politischen Betätigung der deutschen Professorenwelt während dieses Krieges — sollte das nicht trotz der erschreckend um sich greifenden Gehirnverhärtung zum ernsten Nachdenken anregen?!

Ich schreibe Ihnen dieses so freimütig, da es mir am Herzen liegt, dass im Feindesland Ihrer Persönlichkeit gleich wie der HAPAG für die so überaus schwere Aufgabe, die — wie Sie sich selbst eingestehen werden — noch Ihrer harrt, nicht unnötigerweise das bereits recht seichte Wasser noch völlig abgegraben wird.

Wird doch heute mehr denn hinlänglich vernichtet — Sie haben die Pflicht Ihre wertvollen Kräfte für den Wiederaufbau zurückzustellen. Das wird im Zeichen der unausbleiblichen Entnüchterung die Nation Ihnen vielfältig danken.

R. S-R.

* * *

Hamburg, 3. September 1916.

Ich danke Ihnen vielmals für Ihren freundlichen Brief vom 29. August. Ich stimme vollkommen mit dem überein, was Sie in diesem Briefe ausführen. Jener Artikel des Herrn Dr. Heckscher, der bei uns die sozialpolitische Abteilung leitet, ist ohne meine Einflussnahme und auch ganz ohne meine Kenntnis veröffentlicht worden.

BALLIN.

* * *

Zürich, 17. April 1917.

Die Wirren der gegenwärtigen Zeit wirken lähmend auf jeden schriftlichen Gedankenaustausch; daher mein langes Schweigen. Aber heute wollte ich Ihnen doch mit diesen Zeilen gesagt haben, dass ich mehr denn je auf Grund dessen, was man greifbar sieht, und der mir hier zur Verfügung stehenden vielseitigen Informationen der Überzeugung bin, dass meine Ihnen von Anbeginn bekannten Anschauungen und Befürchtungen im Vollumfang berechtigt waren.

Ich darf diese Ansicht um so freimütiger vertreten, als ich von jeher an den massgebendsten Stellen gewarnt habe, im völligen Mangel psychologischen Völkerverständnisses die Zeiten gegen uns arbeiten zu lassen. Wie gross und bewunderungswürdig auch vieles sein mag: Ohne tiefgründige Weltkenntnis und feines Verständnis für die Aussenwelt kann nur Kirchturmpolitik getrieben werden. Darüber geht die Weltwirtschaft, mit so vielen Mühen einst kraftvoll aufgebaut, nachhaltig in die Brüche; am mitteleuropäischen Krammarkt wird niemand genesen.

Kann die HAPAG nicht wieder mit voller Tonnennutzung westwärts steuern, so ist jede Mühe umsonst gewesen.

Letzthin wurde ich bei Zimmermann entsprechend vorstellig und bot Mittlerdienste an, für die ich gute Ansatzpunkte habe. Er telegraphierte: „Angebot verfrüht"; mir eine autoritative Beruhigung, da ich es schon für zu spät glaubte. Man wird ja bald klarer sehen.

Inzwischen verbleibe ich unter den Foltern seelischer Qualen etc. etc.

R. S-R.

* * *

Luzern, 10. September 1918.

Ich weiss mich mit Ihnen eins in dem Bedauern, dass es der hilf- und trostlosen Staatskunst unserer Tage bisher nicht gelungen ist, aus dem immer enger gezogenen Stacheldrahtgehege des Dauerkrieges den erlösenden Weg ins Freie zu finden.

Die Binsenweisheit, dass in einem so gigantischen Ringen der Weltanschauungen Waffenerfolge wie auch Misserfolge nie einen nützlichen Frieden zeitigen werden, habe ich, wie Sie wissen, von Anbeginn vertreten. Kühlmann konnte in seiner Schaukelpolitik noch über solch zaghaft vorgetragene Bekenntnisse stürzen — durch den kurzsichtigen Ostfrieden hatte er sich bereits selbst nach Westen hin ausgeschaltet — heute tönt dies Lied aus allen Ecken des praktisch stets unmöglich gewesenen und politisch nicht einmal wünschenswerten „Mitteleuropa". Exzellenz Solf fand leider erst jetzt Gelegenheit, das öffentlich zu sagen, was er auf Grund reicher Erfahrungen und offenen Blickes seit Jahren zu seinem Glaubenssatze gemacht hatte; Czernin streicht nunmehr die gleiche Note, und auch die türkischen Staatsmänner desavouieren die Waffen der Macht: Von der Utopie des durch weltfremde Koran- und Talmudkenner entdeckten, sowie von politischen Abenteurern gemünzten „Heiligen Krieg" ernüchtert.

Der Krieg ist solchergestalt an einem Wendepunkt angelangt, und es wird sich bald erweisen, ob es gelingt, über diese relativ günstige Konstellation

dem Endpunkte schnell und zielklar zuzusteuern. Dem kompassfesten Seemanne sollte eine solche Aufgabe Anreiz bieten. Aber er muss mit Volldampf kielsicher vorausgehen und keine Unterwasserpolitik, die bisher stets versagte, treiben wollen.

Bei all diesen Bestrebungen darf die starke und einer Verständigung abgeneigte, fast unerbittliche Gegenströmung der anderen Seite, über die ich mich auf Grund guter Unterlagen keines Zweifels hingebe, allerdings nicht unterschätzt werden.

Da ist es einleuchtend, dass nach Friedensschluss der ökonomischen Neubelebung Deutschlands sich nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten entgegenstellen werden. In erster Linie von der in ihren Sympathien nachhaltig abgewandten und in Rohstoffen selbst notleidenden gewaltigen Umwelt. Dann aus Momenten heraus, zu denen der „Hamburger Ausschuss für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft" letzter Tage so treffend und erfrischend — dass mein republikanisch-demokratisches Hanseatenherz (mit internationalem Einschlage) frohlockte — Stellung genommen hat. Die Einsicht wird sich doch wohl noch durchsetzen, dass uns vielstellige Tonnenzahlen weitaus nötiger sind als ferngelegene, widerhaarige Quadratkilometer. Diesen Leitsatz möchte man im jetzigen Zeitlaufe gern einmal von massgebender Stelle, auch wenn sie nicht regierungsseitig ist, als Programm vertreten sehen. Eine solche Umwertung würde zweifellos entspannend wirken.

R. S-R.

* * *

Bad Eilsen, 17. September 1918.

Ich habe Ihren freundlichen Brief vom 10. September hier empfangen und mit ganz besonderem Interesse Kenntnis genommen von Ihren Mitteilungen, denen ich im wesentlichen durchaus beistimmen muss. Ich gebe Herrn von Holtzendorff Ihren Brief weiter.

Hoffentlich sehe ich Sie bald wieder einmal in Berlin.

BALLIN.

* * *

A. von Holtzendorff, Direktor der Hamburg-Amerika Linie.

Luzern, 14. November 1918.

Es drängt mich Ihnen zu sagen, wie sehr mich die Nachricht von dem Ableben des Herrn Ballin erschüttert hat, und doch: Er ist glücklich zu preisen, aus dieser Welt abberufen zu sein in dem Augenblicke, da sein prächtiges Lebenswerk als Opfer einer unseligen Politik den Todesstoss erhielt.

R. S-R.

* * *

Berlin, 21. November 1918.

Für Ihre so freundlichen Zeilen vom 14. d. M., die ich heute erhalte, und Ihre warmherzigen Worte zum Tode meines verehrten Chefs und gütigen Freundes Herrn Ballin danke ich Ihnen herzlichst. Der Verlust dieses wirklich grossen Mannes trifft nicht nur die H.A.L. und mich selbst sehr hart, sondern meines Erachtens auch unser liebes Vaterland, denn er hätte jetzt gerade in den schwierigen Zeiten und bei den künftigen Friedensverhandlungen uns unschätzbare Dienste leisten können. Unserm armen, lieben Deutschland bleibt eben nichts erspart!

HOLTZENDORFF.

GEORG ARNHOLD
Geheimer Kommerzienrat, Dresden.

Ouchy, 26. Oktober 1914.

Ich habe Ihr so freundliches Schreiben vom 21. ds. M. zu Dank erhalten. Gleich diesem boten mir die Anlagen lebhaftes Interesse; besonders willkommen war der Brief des mir wohlbekannten Professors Quidde, den ich bisher nur im Auszug gesehen hatte. Das Davidsohnsche Elaborat hat mich seinerzeit nicht nur als politisch unklug, sondern auch als im hohen Grade taktlos überaus unsympathisch berührt.

Da Sie mich in liebenswürdiger Weise zur Fortsetzung unseres Gedankenaustausches ermuntern, gehe ich heute gern auf das ein, was Sie über die bisherigen Friedensapostel sagen. Sie heben mit Recht die über jeden Zweifel erhabene Ehrenhaftigkeit der prominenten Friedensfreunde hervor. Ich möchte aber hier ausgesprochen haben, dass, wenn nach Einstellung der Feindseligkeiten die Verkünder friedenverheissender Theorien — wie vorauszusehen — pilzartig wieder in die Öffentlichkeit schiessen, diese besonders scharf daraufhin unter den Scheinwerfer zu nehmen sind, welche Rolle sie während des Krieges gespielt haben; speziell ob dieselben bei dieser Gelegenheit die Feuerprobe für charakterfestes Eintreten zugunsten ihrer zuvor gehuldigten Anschauungen bestanden haben. Wenn nicht, weise man sie energisch zurück· Es sind falsche und somit — unbeschadet ihrer Ehrenhaftigkeit — der verantwortungsvollen Schwere ihrer Mission nicht gewachsene Propheten. Von den wenigen Vorteilen, die ich mir aus dem Kriege mehr erhoffe als verspreche, ist die Ausmerzung der Halbmenschen aus dem politischen Leben aller Völker eine der hervorstechendsten. Sie haben, in Zahl sowie Geschlossenheit überlegen, gegenüber den unorganisierten „Zielbewussten . . ." und doch — da unter dem Einflusse feinerer und selbstloserer Schwingungen stehend — so schnell Entmutigten, bisher für sich nur zu erfolgreich und für die allgemeinen Interessen so verhängnisvoll das Feld behauptet.

R. S-R.

MATHIAS ERZBERGER, Mitglied des Reichstages.

Berlin, 5. Oktober 1914.

Herr Geheimrat Arnhold übersandte mir den Brief, den Sie ihm unter dem 23. September in Sachen zur Verbreitung der deutschen Wahrheit im Ausland zugesandt haben. Den meisten Ihrer Bemerkungen kann ich zustimmen und weiss vollauf zu würdigen, wie schwer es ist, in Kriegszeiten nachzuholen, was im Frieden versäumt wurde. Doch möchte ich nicht jede Hoffnung aufgeben, dass die Wahrheit sich doch Bahn brechen muss. In England zeigt sich bereits eine heftige Reaktion gegen die Masse der unwahren Nachrichten.

M. ERZBERGER.

* * *

Ouchy, 12. Oktober 1914.

Ich habe Ihr wertes Schreiben vom 5. d. M. zu Dank erhalten und ergreife in Erwiderung gern die Gelegenheit, um mich mit Ihnen über Dinge, die uns beide gleichermassen beschäftigen und die im gegenwärtigen Moment von höchster nationaler und kultureller Bedeutung sind, zu unterhalten.

Noch ein Wort über den von deutschen Forschern, Dichtern und Künstlern erlassenen „Aufruf an die Kulturwelt". Die Kommentare, die ich bisher in ausländischen Blättern — neutralen und feindlichen — zu dieser Stellungnahme gesehen habe, vermochten mich von der Wirksamkeit solcher auf „Es ist nicht wahr" gestimmten Beteuerungen nicht zu überzeugen.

Ich für meine Person glaube mich von der nüchternen Linie bisher nicht entfernt zu haben; ich verweise u. a. auf meinen vor dem Plenum des letzten in Berlin getagt habenden Kolonialkongresses gehaltenen Vortrag: „Die gemeinsamen Interessen Deutschlands und Englands in der Kolonialpolitik und auf dem Weltmarkte". Im übrigen tröste ich mich mit dem Passus eines Briefes, den Ramsay Mac Donald am 1. d. M. in der „Times" an Sir Valentine Chirol richtete:

> „It shows the boundless credulity and the utter subordination to imaginative impulsiveness under which many who in normal times are moved by both common sense and reason are now labouring."

Mein Interesse, ich glaube sagen zu dürfen: Mein gutes Rüstzeug, liegt in ausschlaggebendem Masse auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, deren Fragen sich zurzeit in der Richtung einer Wiederannäherung der Völker konzentrieren. Diese ebenso schwierige wie lohnenswerte Aufgabe scheint mir für unsere gedeihliche und aussichtsreiche Zusammenarbeit die besten Unterlagen zu bieten.

Ich kann mir, der ich mich bemühe, den für Kultur und Menschheitswerte so bedeutsamen Dingen von den verschiedenen Standpunkten und Gesichtswinkeln aus gerecht zu werden, nicht versagen, hier noch eine Gegenüberstellung einzuflechten.

Das preussische Kriegsministerium veröffentlichte Ende August Richtlinien für die älteren Jahrgänge der Jugendabteilung, in denen u. a. gesagt wird:

„Vor allen Dingen aber ist auf die Herzen der Jugend durch Erzählung von den Grosstaten der Väter einzuwirken, durch Mitteilungen von Kriegsnachrichten der Zorn gegen den Feind zu entfachen, der, zumal im Osten, wo er deutschen Boden betritt, alle Dörfer in Flammen aufgehen lässt und die Einwohner vertreibt oder tötet."

NB. Die Tatsachen haben gelehrt, dass derartige Vorkommnisse nicht auf den östlichen Kriegsschauplatz beschränkt geblieben sind.

Das Educational supplement der „Times" brachte am 6. d. M. einen Aufsatz über „School children and the war". Die „Times" bespricht denselben in einem Leitartikel wie folgt:

„We publish to-day in our Educational Supplement an interesting article by Mr. F. W. Goldstone upon the manners in which the war is being dealt with in our elementary schools. We are glad to be told that it is being used by our school teachers *neither to pervert nor to excite their pupils*, but to make real to them those Christian lessons which so often seem a mere matter of routine in times of peace. They are being taugth *not to hate Germans*, but to help Belgians; and the war is being made for them an occasion of self-sacrifice rather than of self-satisfaction."

R. S-R.

* * *

Berlin, 17. Oktober 1914.

Ich danke Ihnen bestens für Ihr Schreiben vom 12. Oktober und die darin zum Ausdruck gebrachten Gesinnungen. Es ist ohne weiteres zuzugeben, dass auf dem Gebiete der Aufklärung des Auslandes manche Fehler gemacht worden sind, und der „Aufruf an die Kulturwelt" wird auch in deutschen Kreisen nicht als besonders glücklich bezeichnet. Wenn Sie einmal hierher kommen, so wird es mich sehr freuen, Ihre persönliche Bekanntschaft zu machen. Sie gestatten mir aber, dass ich Ihnen heute folgendes unterbreite:

Der bekannte Kolonialschriftsteller Dr. Carl Peters, der jahrelang an einer Verständigung zwischen Deutschland und England gearbeitet hat, bringt im heutigen „Tag" Mitteilungen, welche mir auf den ersten Blick kaum glaublich erscheinen. Er schildert nämlich das geradezu unmenschliche und brutale Verhalten gegenüber den Deutschen, die, ohne Kriegsgefangene zu sein, in England in Erwerbsstellungen tätig waren. Wenn die Behauptungen von Herrn Peters wahr sind, so ist dieses Verhalten Englands die grösste Schmach, die es in diesem Kriege auf sich geladen hat. Bei uns in Deutschland werden nicht nur die englischen Kriegsgefangenen im höchsten Grade anständig behandelt, sondern englische Männer und Frauen, die hier weilen, können ruhig weiter ihrem Erwerbsleben nachgehen. So gross auch die Abneigung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes gegen

England ist, so will man doch nicht so weit gehen, das einzelne Glied dieses Volkes in so unmenschlicher Weise zu treffen, wie es England gegen einzelne Deutsche beliebt.

M. ERZBERGER.

* * *

Ouchy, 23. Oktober 1914.

Neu ist mir, was Sie über die „jahrelange Verständigungsarbeit" des Herrn Dr. Carl Peters sagen.

Ich weiss, dass er sich vor vielen Jahren England zur zweiten Heimat wählte und später mit wenig Erfolg bemüht war, englisches Kapital für sein Goldland-Unternehmen — Ophir — grosszügig zu gewinnen. Persönliche Fühlungen zu den leitenden deutschen und englischen Kreisen Londons — ich vermag nur über die letzten fünf Jahre zu urteilen — hatte er nicht. Auf der Botschaft galt er als ausgesprochener Englandfeind; als solcher wurde er auch, wenn er sich gelegentlich durch Publikationen ins Gedächtnis zurückrief, von englischer Seite eingeschätzt.

Ich entsinne mich eines in schroffer antienglischer Tendenz gehaltenen Aufsatzes aus seiner Feder, der vor mehr als zwei Jahren an leitender Stelle im „Tag" erschien; die Materie desselben ist mir nicht mehr gegenwärtig. Seitens des damaligen Botschafters wurde ich gebeten, den Artikel zu widerlegen. Der „allen Meinungen zugängliche Tag" verweigerte unter nichtigem Vorwand die Veröffentlichung — soviel ich weiss, hat dieser Zwischenfall seinerzeit das Auswärtige Amt beschäftigt.

R. S-R.

* * *

Ouchy, 24. Oktober 1914.

Dass es auch in England noch nüchterne und rechtlich denkende Stimmen bezüglich der Deutschen gegenüber begangenen Ausschreitungen gibt, ist aus den Ausführungen der „Daily News" — siehe „Berliner Tageblatt" 22. d. M. mgs. — ersichtlich.

Eine gewichtige Erwägung drängt sich auf: Wenn gleichlaufend mit dem für die Engländer ungünstigen Kriegsergebnis in der deutschen Presse über bisher vereinzelte Ausschreitungen allzu lebhafte Anklage geführt wird, so müssen dafür in allererster Linie die gewaltige Zahl der Auslandsdeutschen empfindlich leiden. Dadurch wird das Los dieser Unglücklichen nur noch härter gestaltet. Man bedenke: Es gibt in England und seinen Kolonien Hunderttausende von Deutschen, hingegen in Deutschland nur Engländer — wenigstens soweit sie auf Erwerb angewiesen sind — die nach Dutzenden zählen.

R. S-R.

* * *

Zürich, 12. Dezember 1917.

Im Sinne unserer letzthin gepflogenen Unterredung habe ich Ihre Äusserung in der „Westminster Gazette" und deren Veröffentlichung in den hiesigen Tageszeitungen lebhaft begrüsst. Verspreche ich mir von derartigen Er-

klärungen führender Parlamentarier doch eine erhebliche Förderung der Friedensfrage. Überall regt sich der Wunsch, neben den oft recht gereizten Stimmen der Regierungen die Ansichten der Völker bzw. ihrer berufenen Vertreter zu hören; schliesslich sind diese im Lauf und Wechsel der Ereignisse doch relativ stabil und über die Gegenwart hinausdenkend. Aus dieser Erwägung heraus hatte ich auch den Brief des Herrn Wolfgang Heine in der „Neuen Zürcher Zeitung"[1]) veröffentlicht. Der Wortlaut wird Ihnen bereits vorgelegen haben; er ergänzt und bestätigt Ihre Ausführungen auf das Glücklichste.

R. S-R.

* * *

Berlin, 18. Dezember 1917.

Besten Dank für Ihr sehr gefälliges Schreiben vom 12. Dezember, das mir heute zugegangen ist. Ich habe die Erklärung für die „Westminster Gazette" gern abgegeben, da auch ich der Auffassung bin, dass manche unrichtige Meinung hierdurch zerstreut werden könnte. In dieser Auffassung machen mich auch die flegelhaften Angriffe der Alldeutschen nicht irre.

M. ERZBERGER.

* * *

Zürich, 27. Mai 1918.

Ungewöhnliches Interesse hat Ihr Aufsatz „Macht oder Recht" in der „Germania" vom 23. d. M. bei mir erweckt. Ich habe an Herrn de Jong geschrieben und seine Aufmerksamkeit für die von ihm herausgegebenen „Stimmen der Vernunft" erbeten.

Da ich im Vollumfange auf dem Boden Ihrer Ausführungen stehe, da ich überzeugt bin, dass nur eine wohlverstandene Versöhnungspolitik, nur ein Rückbekennen zu den Leitsätzen von Recht und Moral dem Weltelende Einhalt zu gebieten vermag, weil ich mich dafür einsetze, dass aus dem Frieden gesunde kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten für Deutschland wieder erstehen sollen — deshalb bin ich des Glaubens, dass Festhalten am bzw. Rückkehr zum Geiste der Friedensresolution vom Juli v. J. der weitsichtigen politischen Klugheit Richtschnur bleiben muss.

Ich werde in dieser Auffassung bestärkt durch den Einblick, der mir hier — wie kaum einem anderen — in neutrale und gegnerische Mentalität geboten ist. Dieser Geistes- und Willensrichtung wird leider an den heimischen Stellen, vielleicht zufolge unzureichender Informationen, noch immer nicht genügend Rechnung getragen.

Man wird dieses einst um so lebhafter beklagen, je mehr sich die Einsicht durchsetzt, dass die schaurige Weltkatastrophe — von deren Schuld sich kein Teil völlig freisprechen darf — letzten Endes nicht durch die Waffen, sondern nur durch die ausgleichende und aufbauende Geistesarbeit zu befriedigendem Abschluss gelangen kann.

[1]) Siehe den Aufsatz „Zur Mehrheitspolitik des Reichstages".

Es genügt, auf zwei für Deutschlands künftige Weltstellung fundamentale Begriffe hinzuweisen, die zum Nachdenken ernstlich anregen sollten: „Auslandsdeutsche“ und „Rohstoffe“. Alle Machterfolge werden weder den ersteren einen gangbaren Weg zu nützlich-nationaler Betätigung in die Werte bietende Ferne bahnen, noch die letzteren entsprechend dem Erfordernis in den Verbrauch führen.

Dieses Ergebnis ist nur von einer westlichen Orientierung zu gewärtigen — Ersatzrichtungen wie „Hamburg-Herat“ führen auf steinigen Pfaden offensichtlich in eine Sackgasse.

R. S-R.

* * *

Berlin, 1. Juni 1918.

Ihre Zuschrift vom 27. Mai habe ich erhalten und danke Ihnen bestens für die Mitteilungen. In der Anlage sende ich Ihnen einige Exemplare meiner Broschüre „Macht oder Recht“ zu. Ich würde es namentlich für gut halten, wenn Herr Dr. de Jong auch die Sache aufnehmen würde. Was Sie dort für die Verbreitung dieser Auffassung tun können, wird dem deutschen Volke nützen.

M. ERZBERGER.

* * *

Bern, 10. Juni 1918.

Wie Sie gesehen haben, habe ich mich sofort beeilt, die besten Teile des ausgezeichneten Erzbergerschen Artikels in den „Stimmen der Vernunft“ zu veröffentlichen. Er wird jetzt ins Englische übersetzt und auch diese Woche noch in „Words of Reason“ nach England und Amerika geschickt werden.

DR. B. DE JONG VAN BEEK EN DONK.

* * *

Luzern, 16. September 1918.

Wenn man sich im neutralen Lande sein Urteil über den Gang der Weltdinge geformt hat und mit der Geistesrichtung in beiden Lagern wohl vertraut ist, dann wirken die Ausführungen, wie die Ihrerseits dem Vertreter des „Az Est“ gegenüber geäusserten, besonders sympathisch. Es bedarf keiner Prophetengabe, um vorauszusagen, dass Ihre Ansichten durch den Gang der Ereignisse volle Rechtfertigung erfahren werden. Besonders sympathisch war mir Ihre Absage gegen die „Faustpfand-Theorie“. Ich habe Anfang August das gleiche Thema in der „Neuen Zürcher Zeitung“[1]) behandelt. Exzellenz von Mühlberg tadelte den Artikel mir gegenüber als „abscheulich“.

Die Gefahren des „Weltbolschewismus“ sind in der Tat nicht zu unterschätzen. Es will mir scheinen, als ob man sich deutscherseits mit dieser

[1]) Siehe den Aufsatz „Faustpfandpolitik“.

bedenklichen und unfruchtbaren Geistesrichtung durch ein zu enges politisches Zusammengehen mit den Lenins und Trotzkis bereits bedenklich weit — wohl zu weit — vorgewagt hat. Es wäre mir lieber gewesen, nach Osten eine chinesische Mauer aufgerichtet zu sehen, als auf Landbesitz und Thronbesetzungen gerichtete Bestrebungen am Werke zu beobachten.

Die gestern bekannt gewordene Einladung der österreichisch-ungarischen Regierung zu Friedensverhandlungen entzieht sich bei der Vielartigkeit der eingeschlossenen Probleme, sowie den zu gewärtigenden Hemmungen einer breiteren schriftlichen Beurteilung. Immerhin vermag ich nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse, sowie der nicht zu unterschätzenden Stimmung der massgebenden Entente-Faktoren noch nicht an einen baldigen günstigen Ausgang des Krieges zu glauben. Es will mir scheinen, dass es frischer Köpfe und anderer Mittel bedarf, um aus der Sackgasse den Weg ins Freie (nach links) zu finden.

R. S-R.

* * *

Luzern, 25. September 1918.

Mit lebhaftem Interesse verfolge ich den Gang der deutschen innerpolitischen Ereignisse, da nach meiner festen und wohlbegründeten Überzeugung von deren Ausgang die Friedensfrage in ausschlaggebender Weise beeinflusst werden muss. Die Parlamentarisierung, die Demokratisierung, die erkennbare Ausschaltung des Grossen Hauptquartiers in den inner- und ausserpolitischen Fragen: Das sind im Verein mit einem Ausgleiche des deutschen und des Entente-Sozialismus — speziell bezüglich des Schadenersatzes für Belgien und einer tiefgründigen Revision des Ostfriedens — die Voraussetzungen für einen schnellen und gerechten Frieden.

Soweit die innerpolitische Neuordnung in Frage kommt, wird es meines Erachtens jedoch nicht genügen, wenn nur der § 9 der Verfassung aufgehoben wird. Die Umwelt erwartet, dass zum mindesten die Artikel 11 und 68 dem gleichen Geschick verfallen.

In den massgebenden politischen Kreisen der Gegenseite werden ihre Entschliessungen, sowie die ihrer Freunde — zu denen auch Herr von Richthofen zählt — mit unverkennbarem Interesse verfolgt. Ich glaube voraussagen zu können, dass sich ihre durch den Gang der Ereignisse voll gerechtfertigten Anschauungen je länger je mehr durchsetzen werden.

Heute sind die Augen der Welt auf die Verhandlungen des deutschen Reichstages gerichtet. Seine Massnahmen werden als Barometerstand für die Friedensmöglichkeiten peinlichst registriert. Dieser Umstand leitet mich zu der Auffassung hin, dass es gegenwärtig von eminenter Bedeutung ist, wie die politischen Schaltbretter in den neutralen Ländern — speziell Schweiz und Holland — funktionieren. An diesen für die heimischen Anschauungen über die Weltlage, sowie für die mit der Gegenseite geschickt zu unterhaltenden Fühlfäden so ungemein wichtigen Ausschauposten sollten Männer gestellt werden, die mit den Führern der Mehrheitsparteien in engen und verständnisvollen Beziehungen sind, sowie im feindlichen Lager einwandfreie Fühlung unterhalten oder doch wenigstens durch ihr ganzes Auftreten während des Krieges nicht kompromittiert sind.

Andererseits wäre alle weitere „Propaganda", die bisher — wenigstens in der Schweiz — zumeist das Gegenteil des Bezweckten erreichte, die vielfach in falscher Personen- und Mittelswahl ungeschickt und herausfordernd auftritt, deren Kosten unverhältnismässig hohe sind, jetzt einzustellen. Jede alldeutsche Bestrebung, zumal wenn von beamteter Seite ausgehend (dieser Fall ist durchaus nicht vereinzelt), müsste kategorisch unterbunden werden.

Ich bitte Sie, diese skizzenhafte Anregung, der Sie die Berechtigung gewiss nicht versagen werden, in ihren Konsequenzen überdenken zu wollen.

R. S-R.

* * *

Luzern, 15. Oktober 1918.

Euer Exzellenz wollen versichert sein, dass mir Ihre während dieser ernsten Zeit erfolgte Berufung in die Regierung bei der Gleichartigkeit unserer Anschauungen hohe persönliche Genugtuung bedeutet. Möge es Ihnen durch Ihre Mitarbeit vergönnt sein, das schwergeprüfte deutsche Volk einem baldigen erträglichen Frieden entgegenzuführen. Alsdann wird für alle Vaterlandsfreunde der schwierigste Teil der Arbeit wohl erst anbrechen: Der mühselige Wiederaufbau nachhaltig vernichteter kultureller und materieller Werte.

Unter dem 26. v. M. — wie Sie mir mit Schreiben vom 11. d. M. gütigst bestätigten — legte ich Ihnen meine Ansichten über die deutscherseits nunmehr im neutralen Auslande zu befolgende Politik dar. Ich bin der wohlbegründeten Auffassung, dass, wenn nicht bald ein durchgreifender und zielbewusster Wandel stattfindet, wir auch mit dieser Massnahme, die sich als für unsere Stellung in Gegenwart und Zukunft so einschneidend erweist, um ein Erhebliches zu spät kommen werden.

Die in Berlin aufgestellten Grundsätze sollten sich recht offensichtlich jenseits der Grenzen widerspiegeln. Das wäre dem keineswegs behobenen Misstrauen der Gegenseite ein einwandfreier Beweis für die ernstliche Umstellung der politischen Leitsätze.

Daraus, dass ich hiermit auf diese Frage erneut zurückkomme. wollen Sie deren Dringlichkeit — gemäss meiner Überzeugung — bewerten. Auch wenn ich dieselbe, von mehrjährigem vergeblichem Warnen ermüdet, nicht weiter vertiefe.

R. S-R

* * *

Luzern, 28. Oktober 1918.

Durch den Gang der Ereignisse bin ich in meiner Ihnen wiederholt unterbreiteten Ansicht — 25. September bzw. 15. Oktober — bestärkt worden, dass zum nationalen Interesse ein unverzüglicher Wandel in der hiesigen deutschen Vertretung Platz greifen sollte Es genügt für die zukünftige Stellung des schwergeschädigten Deutschtums im neutralen Auslande keineswegs, dass nach einem mehrjährigen Sympathiesturze endlich in Deutschland unter dem gebieterischen Drucke der Verhältnisse ein Abbau verfehlter Systeme beschlossen und dessen Durchführung im Lande selbst begonnen wird. In den wenigstens noch äusserlich neutralen Ländern, denen von der Gegenseite besondere, zurzeit erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt wird,

erwartet man, dass die Systemänderung auch durch einen umfassenden Personenwechsel unzweideutig kundgetan wird.

Für die Schweiz käme in Betracht:

1. Schonende Abberufung des Gesandten.[1]) Der gegenwärtige Missionschef hat während der ganzen Kriegsdauer die bisher betriebene, so erheblich kompromittierte, von militärischer Stelle stark beeinflusste Auslandspolitik vertreten müssen. Dadurch ist er mit der landläufigen Auffassung in unlöslichen Konflikt geraten. Die Presseangriffe haben in letzter Zeit unter dem Eindrucke des recht unsympathischen Zürcher Bombenprozesses (deutsches Generalkonsulat) einen unerfreulichen Umfang angenommen. Der einwandfrei-lautere Charakter des betreffenden Herrn, seine unter den schwierigsten Verhältnissen unermüdlich geleistete, gleich umfassende wie aufreibende Arbeit verdient allerdings seitens der heimischen Behörden vollste Anerkennung und Kompensation.

Als Nachfolger sollte nur eine Persönlichkeit in Betracht kommen, die bereits in der Schweiz über bekannten und guten Namen verfügt und der Gegenseite zum mindesten ein unbeschriebenes Blatt bedeutet. Ich denke an aufrechte, gemässigt-demokratische Männer umfassenden politischen Wissens und gesellschaftlich sichern Auftretens, wie Professor Fr. W. Foerster oder Dr. Muehlon.

2. Abberufung des Militärattachés.[2]) Dieser ist durch seine terroristische Geschäftsführung derartig belastet, dass es unfassbar ist, wie man denselben nicht schon längst seines Postens enthoben hat. Gleichzeitig wären die vielen unklaren Existenzen, die sich „im Dienste der Heeresverwaltung" hier recht unangenehm bemerkbar machen, heimzubeordern.

3. Entlassung des für die Kriegszeit als „Legationssekretär" eingestellten Beamten der Kruppwerke, Ed. v. Simson. Ich selbst habe bereits verschiedentlich auf die gemeingefährliche agitatorische Tätigkeit dieses politischen Schädlings hingewiesen. U. a. im Schreiben an den frühern Staatssekretär Dr. Zimmermann vom 29. Dezember 1915 bzw. 6. Oktober 1916.

4. Bereinigung des unverhältnismässig zahlreichen diplomatischen Beamtenapparates von Elementen, die bei hohen Bezügen wenig leisten und nach Alter und körperlicher Konstitution unter das Militärgesetz fallen.

5. Durchleuchtung des Konsularkorps.

Die im obigen aufgestellten Punkte sollten meines Erachtens in kurzer, energischer Durchführung sicherer Beschlussfassung schnellste Regelung finden.

Dem derzeitigen Staatssekretär des auswärtigen Amtes, Dr. Solf, böte sich hier eine gute und dankbare Gelegenheit, den seiner Person im Auslande entgegengebrachten Zweifel zu widerlegen. Er selbst wird nicht verkennen, dass u. a. sein Brief an den Hamburger Grosskaufmann Riedel vom 7. September 1914, den letzthin die „Times" vom 5. d. M. aufgriff, ferner die

[1]) Freiherr v. Romberg.
[2]) Major v. Bismarck.

Tatsache, dass er, obgleich der Regierung bereits vor Kriegsausbruch angehörig, für seine liberalen und westlich orientierten Anschauungen nicht früher mit seiner Person eintrat — dass diese Unterlagen das gegnerische Misstrauen bisher nicht voll beheben konnten.

Da ich nicht erst seit Versagen des Waffenglückes und der Diplomatenschliche zu den offenen, wenngleich gemässigten Kritikern des alten Systems gehöre, darf ich wohl erwarten, dass meine im Vorstehenden gegebenen, auf guter Einsicht der Verhältnisse beruhenden Anregungen keine Missdeutung finden.

R. S-R.

Dr. ALFRED H. FRIED, Laureat des Nobelpreises, Herausgeber der „Friedens-Warte".

Ouchy, 9. November 1914.

Ihre ehrende Aufforderung, meine Feder in den Dienst der „Friedens-Warte"[1]) zu stellen, weiss ich voll zu schätzen. Wenn ich dennoch für jetzt Ihrem Wunsche nicht entspreche, so geschieht es ausschliesslich aus Gründen, die ich Ihnen gegenüber offen auszusprechen mich für verpflichtet halte.

Ich habe es mir in politischen Fragen bisher zur Richtschnur gemacht, im Sinne einer Revolution von oben, meine Ideen nicht quantitativ durch breite Publikationen, sondern möglichst qualitativ durch direkten Meinungsaustausch mit massgebenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, zu denen ich in vielen Ländern und in vielen Lagern weitgehende Beziehungen unterhalte, relativ wirksam zu propagandieren.

Es handelt sich mir darum — in Wertschätzung der Individualität und in Abneigung gegen die Masse — wenige Dutzend in ihren Ansichten scharf einseitig festgelegte Männer, die heute das Geschick der Welt in Händen halten, denen Millionen im voraus überzeugter, urteilsloser und leicht lenkbarer Herdenwesen gegenüberstehen, von der vermeintlichen Nützlichkeit und Durchführbarkeit meiner Anschauung zu überzeugen.

Ich muss ferner meine Stellung zum Pazifismus folgendermassen präzisieren: Habe ich auch bisher der pazifistischen Bewegung ferngestanden, so hat doch meine während der letzten Jahre auf die Herbeiführung einer wohlorientierten, zu einer internationalen Verständigung führenden auswärtigen Politik gerichtete Tätigkeit einem der Friedensbewegung identischen Endziele — wenn auch vielleicht auf anderen Wegen — zugestrebt.

Wir kämpfen für dieselbe grosse Kulturaufgabe, und das Ergebnis unserer Arbeit wird gewiss nicht geschmälert, wenn wir dem Erfolge mit wechselseitiger Einsicht und Förderung auf zunächst konvergierend-getrennten Bahnen entgegenstreben.

R. S-R.

* * *

[1]) Siehe den Aufsatz: „Freiheit der Meere."

St. Moritz, 21. Januar 1916.

Bereits als ich Ihren Aufsatz „Die Technik des Friedensschlusses" in der „Neuen Zürcher Zeitung" (auch abgedruckt in der „Engadiner Post") gelesen hatte, wollte ich Ihnen schreiben, um Sie meines vollsten Einverständnisses mit Ihren so überzeugend klar dargelegten Auffassungen zu versichern.

Inzwischen erhalte ich das Januarheft der „Friedens-Warte", mit der Sie mir eine grosse Freude, gleich wie eine anregende, unter Tränen lachende Lesestunde von bleibendem Wert bereitet haben. Herzlichen Dank!

Alles, was jemanden bewegt, der — wie Sie und ich — die Welt in ihren Höhen, aber auch in ihren grausigen Tiefen zu genau kennt, um nicht hassen, wohl aber verachten zu können, ist zu uferlos, um in den Rahmen eines Briefes gespannt zu werden.

Ich bin in dem abgelaufenen Jahre, noch zuletzt im Dezember, dreimal in Deutschland gewesen; habe an massgebenden Stellen unter vier Augen — oft zu meiner Überraschung — vieles gehört, was sich mit meinen Ansichten völlig deckte. Und doch: Wie wenige haben heute den Mut, ihrer als richtig erkannten Gesinnung Ausdruck zu geben. Allerdings verkenne ich nicht, dass Zensur und Belagerungszustand — gegen deren mittelalterliche Handhabung erfreulicherweise endlich einige Stimmen sich im Reichstage erhoben — bleiern und einschüchternd auf den Gemütern liegt und auch praktisch die Betätigung einer nicht behördlich konzessionierten Gedankenrichtung so gut wie unmöglich macht.

Während man dem „Feinde" zu Hunderttausenden die Schädel, aber ausnahmslos die falschen, einschlägt — ein hochgottgefälliges und allen Lobes und Ehren wertes patriotisches Unterfangen — herrscht daheim der zum „Durchhalten" (lese: Mundhalten) unentbehrliche Burgfrieden.

Vielleicht wird es noch einmal anders kommen, wenn die Menschen nicht mehr ein Gemisch von begeisterten Hammeln und kaltberechnenden gewissenlosen Schurken sind — beide Gruppen gleich unsympathisch.

R. S-R.

* * *

Bern, 22. Januar 1916.

Vielen Dank für Ihr freundliches Schreiben nach langer Zeit. Schade, dass ich so selten in die Lage komme, ein solches zu erhalten, da mich Ihre Ausführungen immer interessieren.

Über Ihre Eindrücke und Erfahrungen aus Deutschland hätte ich gern mehr gehört. Ich kann sie leider nicht an Ort und Stelle sammeln, da man mir dringend abgeraten hat, dahin zu reisen.

Dr. ALFRED H. FRIED.

* * *

Bern, 12. November 1918.

Ihr Gedenken an meinen Geburtstag hat mich ebenso erfreut wie überrascht. Für die warmen Worte, die Sie mir widmen, sage ich Ihnen herz-

lichsten Dank. Eine Genugtuung ist es wohl, jetzt die Postulate, um derentwillen man früher verlacht wurde, anerkannt und als Rettung bewertet zu sehen. Aber es ist doch eine traurige Genugtuung. Wäre es unserer Aktion gelungen, die Leute zu überzeugen, das wäre etwas anderes gewesen. Aber so haben sie erst, wie das vernunftlose Tier, vor der Mauer Halt gemacht.

Was wird jetzt noch werden? Wenn den sadistischen Rachetrieben der Entente-Militärs kein Hemmnis entgegengesetzt wird, geht die Welt ja doch am Militarismus zugrunde, von dem wir sie errettet wähnen; nur am Militarismus der anderen Seite, was den Untergehenden schliesslich egal sein kann.

Unter andern Umständen hätte ich es als besondere Freude empfunden, dass der Weltkrieg, möglicherweise mit ihm das kriegerische Zeitalter überhaupt, gerade an meinem Geburtstag zu Ende ging. Am 11. November, 12 Uhr M. E. Z.

Haben Sie nochmals besten Dank für Ihre Zeilen. Sie waren ja auch einer, der in diesem Krieg nicht umgefallen ist, und die man nach dem Friedensschluss suchen wird müssen. Wie viele unkompromittierte Menschen gibt es denn, die erhobenen Hauptes in eines der bis jetzt feindlichen Länder werden gehen können?

Dr. ALFRED H. FRIED.

FR. W. FOERSTER
Professor an der Universität München.

Zürich, 7. April 1916.

Ihre Aufsätze in schweizerischen Zeitungen und Zeitschriften waren mir stets ein Labsal, im besonderen auch Ihre Beurteilung des englischen Weltreiches und seiner moralischen Faktoren. Ihr neuester Aufsatz gegen die mitteleuropäische Schützengrabenpolitik[1]) ist mir wieder aus der Seele geschrieben. Ich denke, ich kann manches aus Ihrer reichen Welterfahrung in Deutschland nutzbringend verwerten.

FR. W. FOERSTER.

* * *

Nach Unterredung mit einem mir befreundeten deutschen Parlamentarier.

Zürich, 19. April 1917.

Inmitten der zweifellosen Gescheitheit des Herrn frappierte mich die spezifisch preussische, unüberwindliche Borniertheit betr. Zensur. Wir dürfen die politische Zensur nicht aufheben, weil dann die Alldeutschen noch weit gefährlicher werden! Es ist typisch, dass der deutsche Liberale eigentlich nie wirklich an den Liberalismus glaubt, ihn nie durchgedacht hat, etwa so wie dies J. H. Mill in seiner Schrift über „Freiheit" oder John Morley in seinem Buch „On compromise" getan haben. Gewiss werden die Alldeutschen

Siehe den Aufsatz: „Quo vadis?"

sich ausquatschen, aber die Gegenseite kann sich dann auch rückhaltslos aussprechen, das Antitoxin entwickelt sich eben in der Freiheit, und das Ausland und das Inland merkt plötzlich, dass es doch auch noch ein anderes Deutschland gibt. Wie will man den Liberalismus durchsetzen, ohne in diesem Sinne an die allein rettende Macht des freien Sichmessens der Kräfte zu glauben? Kein Mensch darf ja heute wirklich die Alldeutschen angreifen und widerlegen und eben dies gibt ihnen die Macht über das urteilslose Volk und lässt sie als massgebende Majorität im Auslande erscheinen.

Vielleicht versetzen Sie ihm noch eins in diesem Sinne!

FR. W. FOERSTER.

Prof. Dr. FRIEDRICH WILHELM VON BISSING
München.

Von befreundeter französischer Seite war ich gebeten worden, Erkundigungen über die Familie C. einzuziehen.

Brüssel, 7. April 1916.

Die Erkundigungen über die Familie Closon in Lüttich, Place St-Jean 13, haben ergeben, dass die Familie, die in guten Verhältnissen lebt, gesundheitlich sich recht gut befindet. Der Inhalt des an mich gerichteten Schreibens ist Herrn C. durch die Kommandantur vermittelt worden. Ich bemerke noch, dass ausnahmsweise derartige Erkundigungen eingezogen sind, um Ihnen persönlich gefällig zu sein.[1]

Hier im Lande hat die Rede des Reichskanzlers in den weitesten Kreisen der Einwohner Genugtuung erweckt; man weiss nun, dass Deutschland Flandern nicht seinem Schicksal und englischer Ausbeutung überlassen wird. Die Einsicht der Niedertracht Englands wächst bei Flamen wie Vallonen, hoffentlich auch bei den Welschen in der Schweiz.

FR. W. FREIHERR VON BISSING.

* * *

---

[1]) In gleicher Angelegenheit ging mir noch folgendes Schreiben zu:

Bern, 28. April 1916.

Auf das an Seine Exzellenz des Herrn Unterstaatssekretär Dr. Zimmermann gerichtetes Schreiben Euer Hochwohlgeboren vom 19. v. M., die Familie Closon in Lüttich betreffend, beehre ich mich auftragsgemäss ergebenst mitzuteilen, dass es nach einer Auskunft des Herrn Verwaltungschefs bei dem Generalgouverneur in Belzien dem Ehepaar Maurice Closon, sowie den beiden Kindern gut geht. Sie waren erfreut zu vernehmen, dass sich die Eltern der Frau Closon, das Ehepaar Marchand in Paris wohlbefinden.

Der Kaiserliche Gesandte
i. A.
GRAF EINSIEDEL.

München, 14. Mai 1917.

Die stille Teilnahme Tausender von Belgiern an den Überführungsfeierlichkeiten abends, am Tag darauf und sogar in der Kirche, hat gezeigt, dass das Werk meines Vaters in Belgien wohl verstanden wurde. Fast alle trugen am Tag des Kondukts zur Bahn schwarz!

FR. W. FREIHERR VON BISSING.

Professor Dr. L. QUIDDE
Mitglied des Bayrischen Landtages, München.

Ouchy, 20. November 1914.

Es wird Ihnen nicht entgangen sein, dass die Firma Krupp in ihrer Aufsichtsratssitzung vom 16. d. M. beschlossen hat, das Aktienkapital um 70 Millionen — auf 250 Millionen Mark — zu erhöhen.

Die Kapitalbeschaffung wird sich voraussichtlich im Rahmen der Familie halten. Dennoch bin ich der Auffassung, dass, wenn dieser Weltkrieg nicht zu einer beschleunigten und rücksichtslos durchgeführten Verstaatlichung der privaten Waffenfabriken führt, er eines seiner wesentlichsten Nützlichkeitsmomente — es sind deren nicht viele — verlustig geht. Und in diesem Sinne sollte meines Erachtens in Deutschland beizeiten vorbeugend Stellung genommen werden. Vielleicht bietet Ihnen als Politiker und Parlamentarier diese Anregung in etwas Interesse.

Mit Genugtuung nehme ich wahr, dass sich in Deutschland die Stimmen der ruhigen Überlegung, soweit die Beurteilung der Gegner in Frage kommt, vermehrt durchsetzen. Besonders sympathisch war mir der vornehm-verständige Aufsatz von Wolfgang Heine: „Vernunft und Gerechtigkeit" im „Berliner Tageblatt" vom 13. d. M.; er verdient, insonderheit da, wo er sich gegen die Schürung der abstossendsten und unweisesten Gefühlsform — des Hasses — richtet, weitgehende Beherzigung.

Die Münchener „Jugend" hat ja eine Hymne auf den Engländerhass gebracht. Desgleichen las ich mit Befremden in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" — der deutschen „Daily Mail" — vom 10. d. M., dass seitens des Münchener Generalkommandos ein Gedicht „Hass gegen England" unter den Truppen verteilt wurde. Ein Chemnitzer „Kirchenmusikdirektor" — natürlich auch Professor! — soll dieses Elaborat „vertont" haben.

R. S-R.

GEORG GOTHEIN, Mitglied des Reichstages.

Luzern, 10. September 1918.

Ihre in dem Aufsatze „Der Weg zum Frieden" („Berliner Tageblatt", 28. v. M.) niedergelegten Anschauungen decken sich im wesentlichen mit dem, worüber wir bei unserer letzten Begegnung einen Gedankenaustausch gepflogen haben. Inzwischen sind die bedenklichen Folgeerscheinungen des Friedens von Brest-Litowsk recht klar hervorgetreten, und ich für meinen Teil bewundere die Zuversicht in die Stabilität der gegenwärtigen, abwärtstreibenden Verhältnisse, die durch Zusatzbestimmungen ein dauernd erspriessliches Verhältnis mit dem Lande wildester Desorganisation glaubt anbahnen zu können. Es kann nicht genug durchdacht und hervorgehoben werden, dass die Verfolgung dieser Ostpolitik den uns von den Westmächten trennenden Abgrund immer unüberbrückbarer gestaltet.

Ihre Absage an „Mitteleuropa" beweist mir aufs neue, dass diese so nachdrücklich propagandierte Selbstauskreisung in eine heute von allen Beteiligten peinlich empfundene Sackgasse geführt hat.

R. S-R.

WOLFGANG HEINE, Mitglied des Reichstages, Berlin.

Luzern, 28. September 1918.

Seit unserer letzten Begegnung, unmittelbar vor Beginn der Frühjahrs-Offensive, hat sich die Weltlage nicht unwesentlich zugespitzt und drängt zu einer Lösung. Der Herr Reichskanzler, sowie andere Vertreter der Regierung bezeichneten die Situation als ernst. Verschliesst man sich nicht den tatsächlichen Verhältnissen, so muss man ihnen unumwunden zustimmen.

Meine Auffassung über die aussenpolitische Lage, unabhängig von dem Waffenergebnis, ist Ihnen bekannt. Bei der zwischen äusserer und innerer Politik nahen Wechselwirkung habe ich die seitens der sozialdemokratischen Partei formulierten Forderungen — als Voraussetzung für deren Eintritt in die Regierung — auf das Lebhafteste begrüsst.

R. S-R.

* * *

Luzern, 14. November 1918.

Inzwischen haben die Verhältnisse eine ebenso schnelle wie durchgreifende Entwicklung genommen. Dass mich dieselbe nicht überrascht hat, wird Ihnen natürlich erscheinen.

Hoffentlich wird sich die Neuordnung der Dinge ohne nachhaltige Erschütterung, ohne ins Extreme auszuarten, zu gutem Ende durchführen lassen.

Unabhängig von der im gegenwärtigen Zeitlaufe für die inneren Verhältnisse gebotenen Stabilisierung wird das Urteil der Umwelt, sowie deren uns so nötige Sympathien wesentlich davon beeinflusst werden, inwieweit das deutsche Volk in der Lage ist, seine politische Neuordnung durchzuführen, ohne mit den geltenden Anschauungen über Recht und Macht, Leistungen und Besitz in Konflikt zu geraten.

R. S-R.

THEODOR WOLFF
Chefredakteur des „Berliner Tageblatt".

Ouchy, 11. Dezember 1914.

Für Ihre im Leitartikel des „Berliner Tageblatt" vom 7. d. M. niedergelegten kritischen Ausführungen über „Die intellektuelle Kriegsneurose" weiss ich Ihnen um so mehr Dank, als ich von einem neutralen — d. h. heute von belgischen Sympathien stark beeinflussten — Beobachtungsposten aus seit Kriegsbeginn mit Bestürzung wahrgenommen habe, dass sich bei einem erheblichen Teile der Vertreter deutschen Geisteslebens mit Allgewalt eine schier unverständliche, hemmungslose Umwälzung im Denken, Fühlen und Handeln vollzogen hat.

Wenn zutreffend gesagt wird, dass im gegenwärtigen Kriege Armee und Flotte berufen seien, die verhängnisvollen Sünden einer mehr als unzulänglichen, erstaunlicherweise nur zu lange geduldeten Diplomatie wettzumachen, so kann mit gleichem Rechte behauptet werden, dass die bisher errungenen hervorragenden militärischen Erfolge, die wirklich keines Kommentares bedürfen, durch das kopf- und ziellose Draufgängertum der Professorenwelt ernstlich gefährdet erscheinen.

Man sollte sich doch in den verantwortlichen Kreisen je eher je besser darüber klar werden, dass die durch diesen Krieg so jäh zerstörten, während Menschenaltern sorgsam aufgebauten und verständnisvoll gehüteten internationalen Beziehungen, die unserem auf die Dauer nicht zurückschraubbaren Zeitalter gefällige Form und reichen Inhalt boten — wie auch immer das Kriegsergebnis sich gestalten möge — wieder feinsinnig anzubahnen sind.

Unabweislich muss eine Anknüpfung der schroff, vielfach über Gebühr zerrissenen Fäden des kulturellen Geisteslebens, dem völkische Grenzen fremd, wenn auch unter überaus schwierigen Verhältnissen erneut eingeleitet und zu dauernd befruchtender Wechselwirkung pflegsam durchgeführt werden.

Unter diesem Gesichtspunkte ist es auf das Lebhafteste zu beklagen, dass die in ihren Spezialgebieten so unerreichten Führer deutschen Geisteslebens, denen der Weltkreis seine Anerkennung zollte, sich unter ernstlicher Gefährdung ihrer Bewertung, selbst in den Augen des neutralen Auslandes von olympischer Höhe in das ihnen wesensfremde Kampfgewühl der delikaten politischen Polemik stürzten.

Es ist zu befürchten, dass die leitenden Männer der Wissenschaft sich solchergestalt den gigantischen Forderungen ihrer eigensten und vornehmsten Mission: Nach Einstellung der Feindseligkeiten als sicher befundene, ruhig abwägende Fundamente des geistigen Brückenschlages zu dienen, nicht nur entfremden, sondern sich auch des Rüstzeuges ihrer schweren Aufgabe zum Schaden hoher nationaler Werte leichtfertig entschlagen.

Die Macht in ihrer brutalsten Form regiert die Stunde. Dennoch wird der Tag kommen, an dem für Deutschlands Stellung im Kreise der Völker der Bodensatz an werbenden Sympathien, den lebens- und entwicklungsfähig zu halten die weitschauende Gegenwart fordert, nicht weniger schwer, als die Waffentat ins Gewicht fällt.

Dort aber, wo sich unter dem bedenklichen Einflusse der Kriegsmentalität der aufrechte Waffengang mit den niedrigen und unwürdigen Instinkten des blind-leidenschaftlichen Hasses paart, werden diese idealen Zuneigungsmomente, deren fühlbare Rückwirkung auf das Wirtschaftsleben ich Ihnen gegenüber nicht hervorzuheben brauche, auf lange hinaus keinen Nährboden finden. Dessen sollten die „Intellektuellen" verantwortungsvoll eingedenk bleiben.

Wenn das „Berliner Tageblatt" fortfahren wird, im Sinne Ihres so zeitgemässen Aufsatzes auf die öffentliche Meinung klärend einzuwirken, so leistet dasselbe der nationalen Sache weitschauend die denkbar wertvollsten Dienste.

* * *

Berlin, 15. Dezember 1914.

Für Ihre freundlichen Zeilen danke ich Ihnen bestens. Dem Artikel gegen Lasson, Haeckel usw. waren übrigens andere ähnliche Artikel, auch gegen den Aufruf „An die Kulturwelt", vorangegangen.

Erfreulicherweise hat jetzt die Akademie der Wissenschaften hier energisch Stellung gegen Lasson genommen.

THEODOR WOLFF.

GEORG BERNHARD
Direktor des Ullsteinschen Zeitungsverlages.

Telegramm. Château Ouchy, 3. September 1914.

Redakteur Bernhard, Berliner Zeitung Mittag, Berlin.

Gestatten Sie mir durch Ihr Blatt gegen die Gefangennahme als Geisel[1]) meines greisen Freundes Ernest Solvay in Brüssel nachdrücklichst zu protestieren. Es handelt sich um einen Mann, der durch sein Lebenswerk, seine

[1]) Diese Zeitungsnachricht stellte sich später als unwahr heraus.

opferfreudige, geräuschlose Förderung der Wissenschaften, seinen mustergültigen Wohlfahrtseinrichtungen, seine schlichte Lebensführung, seinem vornehmen Edelsinn nicht nur Belgien, sondern der ganzen auch in Kriegszeiten lebendigen zivilisierten Welt zur höchsten Zierde gereicht. Deutschland verdankt seiner industriellen Tätigkeit vieles. Eine solche seltene Persönlichkeit muss auch den Feinden seiner unglücklichen Heimat unantastbar sein.

Saidruete.

* * *

Ouchy, 11. Dezember 1914.

Wie alles, was Ihrer sachkundigen Feder — ganz besonders, wenn es sich um finanztechnische Probleme handelt — entstammt, habe ich Ihren Aufsatz in der „Vossischen Zeitung" vom 6. d. M. über „Englands offene Türen" mit lebhaftem Interesse gelesen.

Wenn ich auf denselben im Nachstehenden näher eingehe, so gewährleisten mir unsere angenehmen persönlichen Beziehungen, dass Sie auch eine gelegentlich abweichende Ansicht nicht als eine Polemik Ihrer Auffassungen, sondern als den Versuch eines Meinungsaustausches zwischen dem Ihren Grundanschauungen Gleichgesinnten einschätzen werden.

Auch wollen Sie mir zugute halten, dass ich sowohl mit den Verhältnissen Englands, als auch denen des nahen Ostens — insonderheit Ägyptens, wo ich mehrere Jahre lebte — in etwas vertraut bin.

Überaus sympathisch ist mir, was Sie in der ersten Hälfte des letzten Absatzes Ihres Artikels über das Pharisäertum, das Grundübel unserer Zeit sagen und gerne mache ich mir dieses realpolitisch-nüchterne Urteil als Leitmotiv meiner Ausführungen zu eigen.

Sie zitieren den Khediven. Ich verkenne nicht — und habe für mein Urteil gute persönliche Unterlagen — die gewinnenden individuellen Eigenschaften des Vizekönigs; aber den Engländern gegenüber ist Abbas Hilmi doch, wie nur natürlich, zu prononciert Parteimann, als dass sein Urteil im Rahmen internationaler Würdigungen uneingeschränkt zum Richtspruch erhoben werden könnte. Es liegt in der Natur der Sache, in dem durch die Engländer systematisch betriebenen Zurückdrängen seiner Machtbefugnisse, dass der gegenwärtige Statthalter des Sultans weit weniger Landesvater als geschäftskundiger — in englischer Wortdeutung: very smart and unprincipled — wenn auch nicht immer glücklicher Verwalter seines Privatbesitzes ist. Es ist ihm sicherlich nicht leicht gemacht worden, sich bei seinen Landeskindern „populär" zu machen; aber die Gerechtigkeit fordert zu sagen, dass er dem Herzen der ägyptischen Bevölkerung nicht allein durch die Schuld Dritter seit langem entrückt ist.

Die Tatsache, dass Englands Herrschaft in Ägypten nicht „zu Recht besteht", ist zweifellos; immerhin ist der gegenwärtige Zustand auch deutscherseits in aller Form anerkannt worden. Wie dem auch sei: Hätten die Engländer sich nicht — wenn auch gegen die dehnbaren Regeln des „Völkerrechtes" — in Ägypten festgesetzt, wäre „Ägypten den Ägyptern" überlassen geblieben, so hätte das im türkischen Geiste völlig heruntergewirtschaftete Niltal nicht in verhältnismässig kurzer Zeit eine ungeahnte Wiederbelebung und Festigung seiner ökonomischen und administrativen Kräfte erfahren.

Vergegenwärtigt man sich, dass zufolge jahrtausendlanger Unterjochung dem Ägypter der Sinn für opferfreudige Vaterlandsliebe — ich nehme einige mit den unklaren, theoretischen Ideen des Café de la Paix/Paris durchsetzte „Jungägypter" aus — nie erweckt wurde, so ist es auch verständlich, dass dem Fellachen die Welt an seiner Dorflisière endet, dass ihm nach den schmerzhaften, noch in guter Erinnerung lebenden Erfahrungen der Osmanenherrschaft nur zwei Fragen, die für seine Loyalität ausschlaggebend sind, bewegen: Welche Steuerbeträge und zu welchem Zeitpunkte muss er entrichten, findet er gegen etwaige willkürliche Vergewaltigungen rechtlichen Schutz? Dieses Problem hat ihm die englische Herrschaft zu seiner Zufriedenheit — cum grano salis, aber gegen die Vorzeit über Erwarten — gelöst. Somit ist der Hauptfaktor der „Ägyptischen Frage" in der ihm eigenen genügsamen Weltanschauung mit seinem Geschick durchaus zufrieden. Wer vermag ihm Besseres zu bieten?!

Nur die durch die Engländer geschaffenen geordneten und gesicherten Verhältnisse haben es ermöglicht, dass das deutsche Wirtschaftsleben während der letzten Jahrzehnte — und noch dazu recht erfolgreich — im Pharaonenlande kräftig pulsieren konnte. Ich verfüge hier über kein statistisches Ein- und Ausfuhrmaterial, doch halte ich es nicht für ausgeschlossen, dass die Ihrerseits gegebenen Zahlen insofern vielleicht zu irrigem Schlusse führen, als die nicht unbeträchtlichen, auf englischen Dampfern ein- und ausgehenden deutschen Güter von der Statistik für Grossbritannien reklamiert wurden.

Wenn es den kühnen Türken wirklich gelingen sollte, sich in Ägypten wieder festzusetzen, so bezweifle ich doch, dass die deutschen wirtschaftlichen Interessen unter dem Zeichen des Halbmondes eine gleich gute und stabile Rechnung finden werden, wie es denselben — nach dem bisher fast einmütigen Urteil aller Interessierten — unter englischer Herrschaft beschieden war. Es ist dies eine der allzuvielen offenen Fragen, die heute in Ausschaltung des Bestehenden wohl angeschnitten, aber noch nicht durch Ersatz an Gleichwertigem oder Besserem gelöst sind. Also auch hier: Wait and see.

R. S-R.

Dr. HUGO GROTHE
Vorsitzender des „Deutschen Vorderasienkomitee", Leipzig.

St. Moritz, 10. Oktober 1915.

Ihr Schreiben vom 2. d. M. in Sachen „Deutsches Vorderasienkomitee", mit dem Sie die Güte hatten, mich aufzufordern, für die Schriftensammlung „Länder und Völker in der Türkei" einen Beitrag zu liefern, wurde mir hier zugestellt.

Ich habe von jeher Ihre rührige Orientarbeit mit lebhaftem Interesse verfolgt, gern in bescheidenem Masse an derselben teilgenommen — reiche Belehrung und vielseitige Anregung aus Ihrem Schaffen gezogen.

Wenn ich dennoch Ihrem Ansinnen im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu entsprechen vermag, so bin ich Ihnen hierfür eine Erklärung schuldig, die ich Ihnen um so lieber gebe, als sie Ihnen zeigen wird, dass nur rein sachliche Gründe meine Ablehnung bedingen.

Sie wissen, ich gehöre zu den ältesten und eifrigsten Vorkämpfern einer deutschen wirtschaftlichen Expansionspolitik im nahen Osten. Mit Absicht unterstreiche ich beide Worte, habe ich doch stets auf das — meiner Auffassung nach — Unzweckmässige zu weitgehender politischer Aspirationen und einer grossfinanziellen Betätigung im mittleren Orient, der für mich mit der arabischen Welt beginnt, hingewiesen.

Bei dieser Stellungnahme liess ich mich von der Anschauung leiten, dass Kleinasien noch auf viele Jahrzehnte hinaus berufen sei, den deutschen wirtschaftlichen und kulturellen Ausdehnungsbestrebungen ein reiches und lohnendes Feld zu bieten, ohne dass die hochwertigen Beziehungen zu den europäischen Westmächten, die im mittleren Osten an guter Arbeit sind — eine Arbeit, die auch der Kulturwelt im allgemeinen zu Nutzen war — gefährdet wurden.

Aber ich sagte mir auch, dass gute und vertrauensvolle Beziehungen mit England und Frankreich unseren Bestrebungen im Osten förderlich sein mussten, dass beide Länder für die Erschliessung der asiatischen Türkei — wir dürfen uns den politischen und wirtschaftlichen Tiefstand dieses Landes eingestehen — wertvolle Bundesgenossen und über Exekutivmacht verfügende Garantiestützen des nach Osten abfliessenden deutschen Kapitals seien. Deshalb trat ich z. B. auch für eine internationale Finanzkonstruktion der — wie es mir scheinen will — in ihrer nationalen Bedeutung erheblich überschätzten Bagdadbahn mehrfach mit Nachdruck ein.

Nun der Weltkrieg unsere Beziehungen mit den Westmächten auf lange hinaus unterbunden hat, befürchte ich, dass — selbst unter Annahme eines für Deutschland denkbarst günstigen Kriegsausganges — ein zu weites Ausgreifen nach Osten leicht enttäuschend sein könnte: qui trop embrasse, mal étreint. Möge ich mich irren!

Das ist so ungefähr die Grundnote meiner derzeitigen Auffassung, die mich davon abhält, im Nebel der Gegenwart zu den Orientfragen öffentlich Stellung zu nehmen. Auch will mir die Lage im Südosten noch zu wenig geklärt scheinen, um mit positiven Zukunftsideen hervorzutreten.

R. S-R.

* * *

Die Redaktion der Zeitschrift „Der Panther", Berlin, hatte mich unter dem 2. Oktober 1915 gebeten, für eine geplante „Balkan-Nummer" einen Beitrag zu liefern. Ich erwiderte: „Für mich persönlich haben die Fragen des nahen und mittleren Ostens, seitdem die Möglichkeit einer Lösung in engerer Zusammenarbeit mit England und Frankreich in unabsehbare Ferne gerückt ist, wesentlich an Interesse verloren. Die internationale westeuropäische Basis schien mir bisher für das Türkenproblem — insonderheit in Asien — als das Geeignetste. Vielleicht werde ich noch umlernen; inzwischen sehe ich dem Gegenbeweis entgegen." (9. Oktober 1915.)

R. S-R.

GEHEIMRAT ALOIS BRANDL
Präsident der deutschen Shakespeare-Gesellschaft.

Ouchy, 18. September 1914.

Ich habe Ihren Aufsatz in der „Vossischen Zeitung“ vom 6. d. M. über „Das englische Rätsel“ mit lebhaftem Interesse gelesen. Er rief mir die Unterhaltungen, die ich mit Ihnen bezüglich Englands und der Engländer pflegen durfte, in angenehme Erinnerung zurück.

Sie wissen, dass ich mich seit Jahren ernst und geräuschlos für eine gesunde deutsch-englische Verständigung redlich bemühte. Eine eingehende Kenntnis der englischen Verhältnisse, der Psyche der Briten und weitgehende persönliche Beziehungen, die mich durch ihr Vertrauen ehrten, kamen mir zustatten.

Es ist müssig, heute, wo die Waffen sprechen, darüber breit diskutieren zu wollen, weshalb es so ganz anders kam als mit mir Tausende und Abertausende der Besten der Nation ersehnten, und wie es, im Gegensatz zu meiner — auch öffentlich ausgesprochenen — Auffassung die irregeführte Meinung in Deutschland während der schädlichen Ära Lichnowsky bereits vertrauensvoll zu glauben anfing.

Unbeschadet der right- or wrong-Frage glaube ich aber annehmen zu dürfen, dass Sie die durch den Krieg verursachte Zerstörung der während Menschenalter sorgsam gepflegten deutsch-englischen Kulturwerte, die im Dienste der Menschheit segensvoll wirkten, ebenso schmerzlich bedauern, als Sie — wie wenige — zu deren Aufbau erfolgreich beigetragen haben. Wie auch immer das Kriegsergebnis ausfallen möge, von beiden Seiten muss unabweislich eine Anknüpfung der schroff zerrissenen Fäden des Geisteslebens, wenn auch unter schwierigen Verhältnissen, eingeleitet und zu dauernd befruchtender Wechselwirkung durchgeführt werden. An dieser gleich schönen wie wehmütigen Aufgabe werden Sie sicherlich im vordersten Treffen als einer der Berufensten freudig mitzuwirken bereit sein.

Deshalb wende ich mich an Sie, um Ihnen zu sagen, wie sehr ich es unter diesem Gesichtspunkte bedaure, dass einige Glieder der zur Mitarbeit berufenen wissenschaftlichen Welt — wie es mir scheinen will: über das Mass des Nötigen hinausgehend — durch Niederlegung ihrer englischen Würden einem späteren Brückenschlag die Fundamente abgraben.

Ich bin wirklich gespannt, ob die Kreise, die sich durch Jahre eifrig darum bemühten, für ihre Söhne eine wohldotierte scholarship der Cecil Rhodes-Stiftung in Oxford zu erhalten, auch jetzt in logischer Folge den materiellen Gegenwert zurückvergüten werden.

Man muss sich darüber klar sein, dass alle diejenigen, die heute ohne zwingenden Grund — aus ehrlicher Überzeugung oder ohne diese — an der Aufpeitschung der Gegensätze arbeiten, sich eine schwere Verantwortung der Zukunft gegenüber aufladen.

Hier mässigend und aufklärend einzugreifen, scheint mir weitsichtige Pflicht und Verdienst derer, denen es vergönnt war, auch die unbestreitbaren Lichtseiten der heutigen Gegner kennen und würdigen zu lernen.[1])

R. S-R.

Prof. Dr. GEORG SCHWEINFURTH
Mitglied der Landeskundlichen Kommission des Reichskolonialamts.

Schöneberg (*Berlin*), *14. Juni 1915.*

Mit England kann man immer noch Frieden schliessen, und es wird immer noch die gewaltigste Macht der Welt bleiben. Aber Russland muss zerstückelt, ganz mürbe geschlagen werden, was nur in Petersburg möglich ist (Sommer 1916!), sonst ist allein schon Ostpreussen nie sicher!! Dort können 30,000 Russen einige Dutzend Güter zerstören, wenn man an der Grenze nicht aufpasst. Dass solche Überfälle, wie der von Memel, nicht wiederkommen, dazu muss man den Rücken sichern.

Was sind die kleinen Missverständnisse mit Englands „komplizierter Mentalität" im Vergleich zu der russischen Hydra! Was helfen alle Siege, von denen ein einziger schon zu Friedrich des Grossen Zeit ausgereicht hätte, um den siebenjährigen Krieg unmöglich zu machen — gegen diese immer wieder von Neuem sich hinter der Front massierende Macht. Trotz jämmerlicher Mittel ausgezeichnete Strategie. Der reine Vampyr! Man schlägt ihn tot, so steht er wieder auf!

Mit Rohrbach bin ich durchaus nicht einverstanden, Vergleiche mit Bismarck zu machen; eine alldeutsche Schwäche. Bismarck hätte jetzt auch versagt, und Peters hatte einmal ganz recht, dass er behauptete, Bismarck würde die Welt ganz anders verstanden haben, hätte er nur den Suezkanal einmal sehen können. B., der mit ernstester Gebärde sagte (wie Dr. Hammacher mir berichtete), dass niemals, niemals wir Krieg haben würden mit Russland!

Sie gehören also zu denen, die es ein Glück genannt haben würden, wenn es nicht zum Kriege gekommen wäre. Der Standpunkt ist berechtigt, scheint es schon wegen der vielen, vielen wertgeschätzten Freunde in den drei oder vier fremden Ländern. Aber jetzt ist zwischen uns das Tischtuch zerschnitten, diese Freunde existieren gar nicht mehr, seit Deutsche für die Existenz des Reiches fechten müssen! Ich halte es für ein Glück, dass es zum Kriege kam, denn nur ein Krieg konnte uns aus dem Sumpf befreien, in den unsere Gesamtgesittung hineingeraten war! Das müssen auch Sie anerkennen! Denken Sie nur an den Verfall der Künste (mit den „Kunst-

---

[1]) Siehe Fussnote Seite 21.

malern"), an die entartete Geschmacklosigkeit der Neuzeit mit ihrer elenden Musik, an den Amerikanismus, den haar- und zahnlosen!, an die in Musik gesetzte Kreuzersonate Tolstois (Parsival) usw. usw.

Wie wir vom englischen Freihandelsprinzip glänzend profitiert haben, führen Sie richtig aus.[1]) Englands Kolonien waren im merkantilen Sinne auch die unsrigen; nicht die Frankreichs. Ägypten ein ganz richtiges Beispiel. Da hiess es aber vor allem, glänzenden finanziellen Staatshaushalt zu zeigen. Da siegten in freier Konkurrenz die Vorteilhaftesten.

Am meisten Gutes hat Ägypten dem Lord Kitchener zu verdanken (5 Feddan-Gesetz).

G. SCHWEINFURTH

* * *

Schöneberg (Berlin), 18. September 1915.

Wer will denn die Weltherrschaft in Deutschland? Wir wollen doch gerade diejenige korrigieren, die sich England nach dem überall befolgten Maxim „quod licet iovi, non licet bovi" angemasst hat. Hat man denn schon das Gedicht vergessen, mit dem Schiller den Antritt des neuen Jahrhunderts begrüsste, das für uns bereits das vorige ist?

Der Schwerpunkt unserer Expansion wird vielleicht für die nächsten hundert Jahre gar nicht im Westen von uns liegen, sondern in den neu erschlossenen Siedelgebieten von Littauen und Livland, d. h. das Land von der Memel bis zur Narva. Da sind unausrottbare siebenhundertjährige Wurzeln unserer Kraft, vorhandene Vorbildungen, die nicht erst ex ovo geschaffen werden müssen. In der Schweiz und anderswo blickt man wohl immer nur nach Westen. Aber Sie begreifen, was ich als geborener Rigaer empfinden muss, wenn ich jetzt die Kriegsberichte lese. An der Düna, an meiner alten Düna wird sich vielleicht die Hauptsache entscheiden, und nicht die Elsässer, wie 1870, sondern wir Balten haben jetzt das grosse Wort. Selbst die Polen scheinen bessere Partnerschaft des Deutschtums zu versprechen, als die Belgier.

Ich gestatte mir, Ihnen meinen in der Kolonialnummer der „Süddeutschen Monatshefte" erschienenen Aufsatz (auf Veranlassung von Exzellenz Solf) „Vom beliebten und unbeliebten Deutschen" zu senden.

G. SCHWEINFURTH.

Professor Dr. MAX CORNICELIUS
Herausgeber der „Internationalen Monatsschrift", Berlin.

Ouchy, 9. November 1915.

Mit lebhaftem Interesse habe ich das erste und zweite Kriegsheft der „Internationalen Monatsschrift" gelesen. Dieselben bringen Aufsätze aus

[1]) Siehe den Aufsatz: „Hohe Ziele".

der Feder führender Männer deutschen Geisteslebens zu den vielseitigen Fragen des Krieges. Sie alle befassen sich mehr oder minder mit den schwierigen Problemen der internationalen Politik, soweit dieselben den Ausbruch der Feindseligkeiten nach sich zogen.

Es bietet mir Anreiz, aus der Zahl der Abhandlungen in willkürlicher Wahl diejenige von Wilhelm Wundt: „England und der Krieg" (Heft 2) herauszuheben.

Der einleitende Satz stellt fest, dass der Hauptschuldige bei der Anfachung des Weltbrandes England gewesen ist. Und später wird nochmals gesagt: „England aber ist und bleibt der Hauptschuldige. Für England gibt es keine Entschuldigung. Den teuflischen Plan zur Vernichtung Deutschlands, England hat ihn entworfen." Es ist dies die in Deutschland allgemein verbreitete, wenn auch nicht immer schlüssig belegte Anschauung und die folgerichtige Motivierung des mit elementarer Gewalt ausgebrochenen blindleidenschaftlichen Britenhasses. Allerdings dieser Auffassung widersprechend, sagt Dietrich Schäfer im gleichen Heft: „Es war Russland, das den Krieg brauchte." Aber das ist schliesslich nur eine individuelle, wenn auch nicht vereinzelte Anschauung. Hingegen möchte ich auf die seitens der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 16. Oktober dieses Jahres veröffentlichten Aktenstücke über die politischen und militärischen Beziehungen der Entente-Mächte hingewiesen haben. In diesen wird unzweideutig ausgesprochen, dass die englischen Politiker von der russischen und französischen Diplomatie planmässig überrumpelt worden seien.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit in historischer Würdigung noch auf einen gleichartigen, nicht minder schwer verständlichen Widerspruch, den dieser Krieg auslöste, hinweisen. Es ist in Deutschland eine feststehende, regierungsseitlich unterstrichene Tatsache, dass die Franzosen entgegen der von ihrer Regierung am 31. Juli abgegebenen Erklärung entschlossen waren, die belgische Neutralität zu brechen. Sonach wäre logisch zu folgern, dass Frankreich auf einen Einfall Deutschlands durch Belgien gefasst gewesen wäre. Damit ist aber eine Veröffentlichung des Grossen Hauptquartiers nach der Einnahme von Charleroy nicht in Einklang zu bringen, die besagt, dass der französische Generalstab auf einen durch belgisches Gebiet geführten Angriff unvorbereitet war.

Wundt sagt ferner: „Wo sind aber in England die Männer gewesen, die gegen diesen Krieg protestiert hätten?" Und weiter: „Warum hat John Burns nicht vor Ausbruch des Krieges seine Arbeiterscharen aufgeboten, um sich einmütig gegen ihn (den Krieg) zu erklären?" Nun ich glaube, dem scharfen Protest einer Zahl englischer Universitätsprofessoren vor der Kriegserklärung, dem Rücktritt dreier Kabinettsmitglieder anlässlich des Kriegsausbruches und der gewaltigen Massendemonstrationen gegen den entfachten Krieg sind in keinem anderen Lande nur annähernd ähnliche Äusserungen des selbständigen gegen die Entschliessungen der eigenen Regierung gerichteten Willens an die Seite zu stellen. Es ist auch schlechterdings nicht einzusehen, weshalb das eigene Volk geschlossen in den Krieg willigen, die gegnerische Nation einmütig den Krieg laut verurteilen sollte.

Ist die Bildung der „Union of Democratic Control" unter Leitung eines ausgeschiedenen Kabinettsmitgliedes während der ersten Kriegswoche nicht

eine der Anerkennung werte politische Tat, auch ein Beleg für die freiheitlichen Auffassungen eines Landes, die solches Vorgehen ermöglichen? Hier nur ein Satz aus dem aufgestellten Programm: „Deshalb sind Massregeln zu treffen, um eine demokratische Aufsicht über die auswärtige Politik zu gewährleisten." Man wird hierbei an den Ausschuss des Senats für auswärtige Angelegenheiten in den Vereinigten Staaten erinnert. Der Vorschlag erscheint angesichts des völligen Versagens der Diplomatie, die als ultima ratio den Krieg auslöste, der internationalen Beachtung wert. In seinem zu Berlin am 6. September über die geschichtlichen Ursachen des Krieges gehaltenen Vortrage sagte von Wilamowitz-Möllendorff: „Auf dem Felde der Diplomatie sind wir glatt geschlagen und unsere Heere haben nur die Aufgabe, das auszubessern."

Wundt frägt weiter: „Wo die Männer, die schon Jahre zuvor gegen diesen Bund eines freien, hochzivilisierten Landes mit dem despotischen und trotz seiner grossen Dichter barbarischen Russland Verwahrung eingelegt hätten?" Während der letzten Jahre brachten in England fast alle führenden Zeitungen, fast jedes Monatsheft Zuschriften und Aufsätze, die sich in schärfster Weise gegen die russenfreundliche Politik aussprachen.

Wundt klagt darüber, dass zwei stammverwandte Völker sich heute in Waffen gegenüber stehen. Aber die Geschichte kennt leider derartige Konstellationen in grosser Zahl; ich darf an 1866 erinnern. Noch dicker als Blut sollten allerdings im zwanzigsten Jahrhundert, dem die Lösung des internationalen Problems vorbehalten wurde, Kultur- und Menschheitswerte sein.

Wundt nennt die Belgier waghalsig und verblendet. Aber höchster Achtung wert ist ihr zähes Kämpfen auch. Eine von den Schwingungen der Gegenwart losgelöste Zeit wird hierüber klar zu urteilen vermögen.

Wundt verurteilt Bergson. Haben deutsche Gelehrte von Rang nicht auch Worte schärfsten Angriffes gegen die zur Zeit feindlichen Völker, mit denen sie bisher in oft bezeugter und wechselseitig befruchtender, verständnisvoller Achtung verbunden waren, geschleudert? Hat Wundt z. B. — um eine Stichprobe zu geben — den „Brief über die Grenze" im „Zeitgeist" (Berliner Tageblatt) vom 7. September von einem deutschen Gelehrten in Wien, Dr. Friedrich Hirth, gelesen? Konnte er dem Gedicht von Ludwig Fulda, „Trauriger Glanz", das deutsche Fürstinnen auf fremden Thronen schmähte (Mitte Oktober, Berliner Tageblatt) beistimmen?

Wundt wendet sich scharf gegen Russland. Dasselbe Russland, welches deutsche Staatskunst (!) bis zuletzt übereifrig umwarb. Wie lobend wurde dieses Land und seine Institutionen in den offiziellen Communiqués bewertet. Hat Deutschland nicht mit dem aller wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf gleicher Basis feindlichen Russland das Potsdamer-Abkommen getroffen, welches in der leidigen, bei geschickter staatsmännischer Behandlung zu einer Verständigung zwischen Deutschland und England berufenen Bagdadbahnfrage die Spannung zwischen beiden Ländern noch erhöhen musste? Hat Deutschland es nicht jahraus, jahrein widerspruchslos geduldet, das seine Ausfuhr nach Persien durch den russischen Transitzoll so gut wie unterbunden wurde?

Zum Schluss widmet Wundt einige einschränkende Worte der englischen kolonisatorischen Tätigkeit. Bisher ist meines Wissens von einsichtigen

Männern des praktischen Lebens, welche die englischen Kolonien aus eigenster Anschauung kennen, nur rühmlich über die den Ländern selbst und den in diesen angesiedelten Fremden zugute kommenden Kolonisationsarbeiten geurteilt worden.

Es wäre ernstlich zu erwägen, ob die auf ihren Spezialgebieten so unerreichten Führer deutschen Geisteslebens sich nicht bereits allzu eifrig und schroff negierend („es ist nicht wahr!“) unter Gefährdung ihrer Einschätzung in das Kampfgewühl vorwagten.

Sie wollen es meiner Gesinnungstreue zugute halten, dass ich diese in normalen Zeiten banal-selbstverständliche Ansicht hier so freimütig ausspreche, wo sich doch heute mit Allgewalt ungeheure Umwälzungen im menschlichen Empfinden — die sich zurückbilden werden und müssen — vollzogen haben.

Nichts liegt mir ferner, als mit dieser Zuschrift die Anschauung Wundts, den ich persönlich zu kennen nicht die Ehre habe, dessen wissenschaftliche Bedeutung von Weltruf ich höchste Achtung zolle, in übelwollendem Sinne einer Kritik zu unterwerfen. Ist es doch mein Grundsatz, jede ehrliche Auffassung zu achten, und mich zu bemühen, dieselbe aus dem ihr unterliegenden Standpunkt, Gesichtswinkel und Erfahrungen heraus zu verstehen.

Ich bin durchaus damit einverstanden, wenn Sie Herrn Wundt dieses Schreiben, welches nicht als Trennungs- sondern Bindemittel gedacht ist, zugängig machen. Ich zweifle nicht, er wird es dem Sinne, nicht dem Buchstaben nach, entgegen nehmen. Als ein ihm völlig Fremder bedarf es einer Leipziger Referenz: Geheimrat Prof. Dr. Hans Meyer.

Ich müsste noch anführen, dass ich ein Deutscher bin, unter Hochhaltung meiner Nationalität seit mehreren Jahren in England — zuvor in Ägypten — lebte, und die deutsch-englischen Beziehungen sowie die politischen und wirtschaftlichen Fragen des nahen Ostens zu dem Gebiet meiner Spezialstudien machte. Ich schätze, wie es bisher Legionen — heute allerdings zum grössten Teil verstummter — Deutscher getan haben, die Vorzüge Englands und bin durchaus nicht blind gegenüber den Schattenseiten dieses Landes, die im übrigen — wir dürfen es uns eingestehen — wohl keinem Volke fehlen.

Ich habe in bescheidenem Masse zu den beiden Fragen meines Interesses öffentlich Stellung genommen, wenngleich ich mir behufs Austausches und Propagandierung von Ideen mittelst direkter Fühlungnahme mit im öffentlichen Leben massgebenden Persönlichkeiten, zu denen ich in den verschiedensten Lagern und in vielen Ländern gute Beziehung unterhalte, ein weitaus besseres — schon weil geräuschloseres — Ergebnis verspreche.

R. S-R.

AN EINEN FREUND.

Luzern, 4. Oktober 1918.

Meine Ansichten über eine öffentliche — natürlich massvolle und sachliche — Betätigung im neutralen Auslande habe ich bei einer früheren Veranlassung[1]) einmal ausgesprochen. Ich werde in dieser Auffassung noch durch den Umstand bestärkt, dass die meinen politischen Anschauungen entgegengesetzten Kreise (Alldeutsche und Hurrahpatrioten; die allerdings heute mit langen Gesichtern einhergehen) bisher eine recht bedenkliche und lichtscheue Presstätigkeit durchaus hemmungslos hier zu Lande ausübten. Da schienen mir Gegengewichte, wollte man seinen Ansichten zum Siege verhelfen, geboten.

Dabei darf ich mir zu Gute halten, dass meine Publikationen in neutralen Blättern erheblich zurückstehen gegen die Ausarbeitung von Denkschriften sowie dem Briefwechsel und den persönlichen Unterredungen, die ich seit Kriegsbeginn mit den massgebendsten Stellen in Deutschland hatte.

R. S-R.

VON EINEM FREUND.

Basel, 12. November 1918.

Ich habe viel und oft gerade in der letzten Zeit an Sie gedacht, obwohl ich nicht dazu gekommen bin zu schreiben. Die Ereignisse da draussen in Ihrem grossen Vaterland rufen unwiderstehlich diejenigen Männer Deutschlands in Erinnerung, die weitsichtig genug waren, das jetzt Geschehene vorauszusehen. Jetzt kommt die Geschichte mit dem alten Vorwurf: zu spät .... Die Lawine ist ins Rollen gekommen und kann nicht leicht wieder zum Stillstand gebracht werden .... Fürwahr — ein tragisches Schicksal eines allem zu Trotz tapferen Volkes.

Und die Lawine geht weiter — vielleicht werden wir die Weltrevolution früher als wir glaubten erleben. Und die Menschheit — die Kultur .... alles geht inzwischen zu Grunde. Die ganze Welt ruft nach Rache über diejenigen, die dieser den schrecklichsten Krieg der Menschheit entfesselt haben.

Dr. K. R.

[1]) Siehe den Aufsatz „Zum Kampfe um Bethmann“, Seite 148.

II.

FRIEDFERTIGE KRIEGSAUFSÄTZE

„Vergeblich hatten deutsche Patrioten, im Auslande frei — wir nennen nur zwei Männer, die in der „N. Z. Z." ihre Stimme gegen die verderbliche Politik der militärischen Mittel erhoben: Prinz Alexander zu Hohenlohe und Said-Ruete — in ihrer Heimat von den Fesseln der Zensur beengt, aber unerschrocken — wir nennen nur den einen Theodor Wolff — gewarnt."

Neue Zürcher Zeitung, Nr. 1343. 11. Oktober 1918.

HOHE ZIELE.

Nr. 729, Neue Zürcher Zeitung, 12. Juni 1915.

Hohe Ziele — man wäre versucht, „weitgehende Ziele" zu sagen — nennt die „Neue Zürcher Zeitung" in ihrem Artikel vom 8. dies (zweites Morgenblatt) den von Paul Rohrbach in seinem Buche „Bismarck und wir"[1]) niedergelegten Gedankengang.

Ich habe während der letzten Jahre als ein in England lebender Deutscher zu aktives Interesse an der Herbeiführung dauernd-gesunder realpolitischer deutsch-englischer Beziehungen genommen, als dass ich es mir versagen könnte, zu den England betreffenden Ausführungen des mir befreundeten Verfassers, dessen tiefem Wissen und warmherzig nationalem Empfinden ich höchste Achtung zolle, an dieser Stelle das Wort zu ergreifen. Ich tue dieses unbeirrt um die erstaunlich gewaltigen Umwälzungen, die sich in allen Ländern mit elementarer Gewalt im Fühlen, Denken und Handeln der breiten Masse wie des einzelnen — mit wenigen Ausnahmen — seit Kriegsausbruch vollzogen, bis heute eher gefestigt als zurückgebildet haben.

Meine stete Abneigung gegen alle oft nur zu geräuschvollen Versuche der sentimentalen oder auch Eigenzwecken nachgehenden, redselige Gastfreundschaft bietenden und nehmenden Verständigungsgenossen, hat durch den Gang der Dinge ihre Rechtfertigung gefunden. Sie, denen die Psyche der Gegenseite stets fremd geblieben, die andernfalls dazu berufen gewesen wären, nach Einstellung der Feindseligkeiten als erprobte Fundamente des so bitter nötigen, zunächst geistigen Brückenschlages zu dienen, sie sind plötzlich nicht nur — was begreiflich wäre — verstummt, sondern schmähen zum Teil in völligem Wandel nie gefestigter Gesinnung, das ihnen betätigte Vertrauen nicht selten missbrauchend, mit am heftigsten.

Dieses vorausgeschickt, wende ich mich der Grundnote des Rohrbachschen Buches zu: Die heutigen Zeiten, die aus ihnen gebornen politischen Bestrebungen würden Bismarcks Zustimmung gefunden haben.

Den Beweis des Gegenteils schlüssig zu führen, ist schlechterdings unmöglich. Aber ich stehe für meine Person nicht an, zu behaupten, dass unter der klaren, zielbewussten Leitung eines staatsmännischen Geistes von Bismarckscher Tiefe und Wucht nie und nimmermehr eine die äussersten Konsequenzen ziehende Konstellation Deutschland-Österreich-Ungarn-Türkei — in stark fallender politischer und wirtschaftlicher Machtproportion genannt — gegen eine Welt in Waffen, bezw. einseitig-neutraler Abneigungen möglich gewesen wäre.

Mit scharfem Blick für die Zeichen der Zeit hätte er erkannt und entsprechend zu operieren gewusst, dass der Weltfrieden, die hohen Werte der

[1]) Verlag F. Bruckmann A. G., München.

Kultur, nicht in letzter Linie die wohlverstandenen und wohlumgrenzten deutschen Interessen nur durch eine kooperative deutsch-englische Gleichberechtigungsverständigung, deren Formulierung auch heute nicht an Aktuellität verloren hat, gesichert und entwickelt werden konnten. Weder allzu eifriges, mit Äusserlichkeiten durchsetztes Freundschaftswerben, noch impulsive, das Ergebnis ernster Arbeit um Jahre zurückwerfende Beunruhigungsmomente wären die Etappen auf dem Pfade zu völligem Zerfall gewesen. Er hätte das für Deutschlands Grösse und Entwicklung Nötige selbstbewusst zu fordern, und da, wo dieses Gegenleistungen bedingte, auch auf Grundlage eines beiderseitig nützlichen Kompromisses durchzusetzen gewusst.

Die Verbindung mit der Downing Street wäre im Zeitalter schärfsten Wettbewerbes erprobten Männern überzeugt-modernen — nicht reaktionär-radikalen — Denkens, denen England kein Neuland, die komplizierte Mentalität der Engländer kein Buch mit sieben Siegeln bedeutet, die durch ihre ganze Persönlichkeit, ihr umfassendes Wissen, ihr Verständnis für die Fragen des praktischen Lebens an beiden Seiten des Kanals Vertrauen auslösten, übertragen worden. Die Ambitionen der Aristokraten — sie sind in ihrer Majorität jedenfalls durch Aufzucht und Tradition für diplomatische Missionen geeigneter als die erstgeborne Generation des Geldadels —, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, hätten fern von dem für die Geschicke der Nation verantwortlichen Getriebe in einer glanzvollen Hofstellung unschädlichere Befriedigung gefunden.

Wenn Bismarck, wie Rohrbach ausführt, an eine ernstliche Feindschaft Englands nicht dachte und das Helgoland-Sansibar-Abkommen nie gutgeheissen hat — mir selbst gegenüber sprach er einmal von dem „trostlosen Helgolandvertrag"[1] —, so wäre es falsch, diesen Umstand als politische Kurzsichtigkeit zu münzen. Vielmehr sollte es logischer dahin gedeutet werden, dass er eben, wie vorstehend ausgeführt, eine zur Weltkatastrophe führende Konstellation rechtzeitig und weitschauend umzustellen gewusst hätte.

Und nun gar die Frage Ägyptens. Bismarck wusste sehr wohl, weshalb er den Engländern bei der Besetzung des Niltales kein grundsätzliches Hindernis in den Weg legte. War es doch einleuchtend, dass die Türken, für deren Rückkehr Rohrbach jetzt eintritt, im Pharaonenlande gründlich abgewirtschaftet hatten, und dass es nur eine Macht der Welt gab, die die Mittel und Fähigkeit besass, das Land selber sowie die dort vertretenen vielgestaltigen europäischen wirtschaftlichen Interessen zu fundieren und ungehindert zu entwickeln. Dass dieses den Engländern über Erwarten gut gelungen, weiss jeder, der vorurteilsfrei und offenen Blickes seinen Fuss auf ägyptischen Boden setzte.

Nur die durch die Engländer geschaffenen geordneten und gesicherten Verhältnisse haben es ermöglicht, dass das deutsche Wirtschaftsleben während der letzten Jahrzehnte — und noch dazu recht erfolgreich — im Pharaonenlande kräftig pulsieren konnte. Man vergegenwärtige sich, dass bis zum Kriegsausbruch Deutschland sich recht stattlicher Erfolge bei der Vergebung von Regierungsausschreibungen und Konzessionen erfreute. Ich verweise nur auf die mit dem Bau des gigantischen Stauwerkes bei Assuan, dem Hafen von Suakim zusammenhängenden, sehr umfangreichen Lieferungen und In-

[1]) Bei einem Besuche in Friedrichsruh Sommer 1893.

stallationen, auf die Aufträge der deutschen Lokomotivfabriken, auf den Bau der Eisenbahn Kenneh-Assuan, dem Kleinbahnnetz im östlichen Delta. Im Verwaltungsrat der Ägyptischen Nationalbank hat ein Deutscher Sitz und Stimme. Die Deutsche Orientbank arbeitet mit mehreren Filialen, ein Deutsches Hypothekeninstitut placiert deutsches Kapital, eine Deutsche Baumwollpresse wirtschaftet nutzbringend in Alexandrien, in der Nilschifffahrt, in Kohlendepots ist deutsches Kapital interessiert. Deutsche, in Ägypten etablierte Handelshäuser von Weltruf zogen hohen Gewinn aus ihrer Tätigkeit.

Es ist nicht ersichtlich, inwieweit die englische Kontrolle des Suezkanals für Deutschland bisher nachteilige Folgen gehabt hätte. Die jährlich beträchtlich steigende deutsche Tonnenzahl, die nach England im Durchgangsverkehr den zweiten Platz — seinem führenden Rivalen stetig näherkommend — belegte, spricht in der Tat eine eindrucksvolle Sprache.

Die Ansichten darüber, wie der Platz an der Sonne, den Deutschland erstrebt, beschaffen sein soll, harren in ihrer weitauseinandergehenden Deutung — vom herrenlosen Neuland bis zum wohlentwickelten Besitz Dritter — noch der Klärung. Vergegenwärtigt man sich die den Weltkreis umfassende gewaltige wirtschaftliche Expansion Deutschlands während der letzten Jahrzehnte, so könnte man zu dem Schlusse gelangen, dass es auch für weitgehende Wünsche bereits recht sonnige Gebiete liberaler Betätigungsmöglichkeit gab. Welch guten Nutzen hat der deutsche Handel bisher im besondern aus den Ländern gezogen, wo die englische Flagge weht; wo die Engländer zuvor grosse Opfer an Blut und Geld brachten, und wo der deutsche Kaufmann alsdann mit dem Spazierstock in der Hand und dank dem Rüstzeug seines Wissens und emsiger Arbeit einen lohnenden — und zumeist auch dankbar anerkannten — Nährboden für schnelles Fortkommen, hohen, nach der Heimat reflektierenden Wohlstand und liberale Lebensführung fand.

Längst bevor Deutschland daran dachte, eine Seemacht ersten Ranges zu werden, als England ungleich mehr denn heute noch der unbestrittene Herrscher aller Meere war, setzte Bismarck die Erwerbung grossen afrikanischen Kolonialbesitzes durch. Und als Gladstone im englischen Parlament das Wort zu dem Eintritt Deutschlands in den Kreis der Kolonialmächte ergriff, da bewillkommnete er die junge Kolonialmacht mit gleich warmen wie ermunternden Worten. Angesichts dieser Tatsache bedarf es keines Hinweises auf den Wandel der Zeiten, die den Stempel ihrer leitenden Männer tragen.

Hat Bismarck auch die Stufenleiter deutscher Erfolge, die in der Schaffung und Festigung des Reiches nach aussen und innen ihr hohes Ziel und ihren harmonischen, der gebrachten Opfer werten Abschluss fanden, im wesentlichen auf den Schlachtfeldern gezeitigt, so war er doch zu sehr der auf der Höhe seiner Aufgaben stehende Staatsmann, um nicht mit sicherem Griffe zu verhindern, dass die Waffenergebnisse durch eine alle Zuneigungen entwurzelnde, allgemeine Entfremdung gefährdet wurden. Es kann in klarer Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse nicht ausser acht gelassen werden, dass Sympathien zu den Imponderabilien der Weltpolitik gehören. Eine Welt von Abneigungen darf bei Aufstellung der kriegerischen Zwischenbilanzen und der politisch-wirtschaftlichen Zukunftsrechnung keinesfalls unterwertet werden; ist sie doch dazu angetan, bei Wiedereinsetzung normaler Beziehungen ein gutes Stück der Gewalterfolge zu absorbieren.

Die Zeiten sind zu ernst, um die Rohrbachschen Bemühungen, Bismarckschen Geist für die gegenwärtige Weltlage — soweit sie Deutschland betrifft — zu reklamieren, nicht dahin zu berichtigen und zu erweitern, dass Deutschland im wohlorientierten eigenen Interesse seine zukünftige Entwicklung in weit höherem Masse als bisher im Rahmen Bismarckscher Gedankengänge, mit starkem, durch den Wandel der Verhältnisse gebotenem liberalem Einschlag, zu nehmen haben wird. Nur so können die tiefen Wunden, die der Krieg — wie jedem Lande — auch Deutschland schlägt, wenn auch nach langwierigem und grösste Sorgfalt erforderndem Heilungsprozess, vernarben, ohne nachwirkende, zehrende Schwächeerscheinungen zu hinterlassen.

INTERNATIONALE GEDANKENGÄNGE.

Wissen und Leben, 1. August 1915.

Auf je niedrigerer Kulturstufe ein Volk oder ein Gemeinwesen steht, um so kleiner ist der Radius nicht nur seines geistigen, sondern auch seines örtlichen Gesichtskreises. Der letztere findet dort, wo weder Eisenbahnen noch Verbindungswege den Verkehr mit der Aussenwelt erleichtern, in der Regel an der Dorflisière seinen hermetischen Abschluss. Dementsprechend ist in einer solchen Welt völliger Isolierung, gefördert durch stete körperliche und geistige Inzucht, der Unterschied zwischen Mensch und Tier nach Lebensgewohnheit und seelischen Schwingungen — von dem Sprachvermögen und dem aufrechten Gang des ersteren abgesehen — nicht übermässig gross.

Derartige Verhältnisse sind bei den Völkern, die man, unbeschadet ihrer zumeist recht harmlos-friedlichen Lebensführung, als „Wilde“ zu bezeichnen pflegt, noch die vorherrschenden. Nicht anders hat man sich auch die primitive Urstufe der heutigen Kulturvölker vorzustellen. Der Wandel vom weltverlorenen und weltabgeschiedenen Höhlenbewohner der grauen Vorzeit zum Zivilisationsmenschen unserer Tage, mit seinen weitverzweigten internationalen Beziehungen und Interessen, war kein plötzlicher. Ein stetes Aufgehen in grössere und enger gefügte Gemeinschaftsverbände, eine expansive Fühlungnahme mit entlegeneren Weltgebieten war die Voraussetzung dieses Aufstieges. Jene über Jahrtausende gehende Entwicklung hat, gefördert durch den, Raum und Zeit in ungeahnter Weise zusammendrängenden und ausgleichenden Ausbau des Geisteslebens, der Wissenschaft, Kunst und Technik, dazu geführt, dass der Nationalismus durch den Internationalismus eine den Weltkreis umfassende Erweiterung und Bereicherung erfuhr.

Man vergegenwärtige sich, um ein naheliegendes Beispiel zu wählen, wie mit der Geburtsstunde des preussischen Staates der märkisch-brandenburgische Standpunkt, der sich aus in steter Fehde begriffenen, engbegrenzten Feudalsitzinteressen herausgebildet hatte, verblasste; wie sich Preussen durch die Aufrichtung des Deutschen Reiches in ein höheres Staatengebilde unter

zunächst theoretischer, mit der Zeit steigender, praktischer Ausschaltung partikularistischer Bestrebungen eingliederte. Derartige Entwicklungsstufen lassen sich unschwer für die meisten Staatenverbände nachweisen. So logisch und nützlich eine solche Hinausschiebung der nationalen Grenzen rückblickend erscheint, so ist es doch Tatsache, dass die den Verhältnissen vorauseilenden Gedankengänge immer der unduldsam-einseitigen zeitgenössischen Verurteilung anheimfielen.

Streng nationale Anschauungen, die in intoleranter, selbstgefälliger Auslegung an den Landesgrenzen ihre unübersteigbaren Schranken fanden, konnten im Zeitalter freizügigen Weltverkehrs nicht aufrecht erhalten werden. Sie wurden ferner durch die Bündnispolitik der Staaten oft recht bunt und gewaltsam beeinflusst. Die letzten Jahrzehnte sahen demgemäss auf allen Gebieten, insonderheit auf denen des Wissens und des Handelns, eine gewaltige, anregend und befruchtend wirkende, kraftvoll ausgreifende Ausdehnung und feinmaschige Verknüpfung. Nur so war es beispielsweise möglich, dass die den materiellen Wohlstand wie die internationalen Wechselbeziehungen der Völker wiederspiegelnden Ein- und Ausfuhrziffern aller in gesunder Entwicklung begriffenen Staaten eine erfreulich aufsteigende und freudig begrüsste Richtung nahmen.

Die solchergestalt gesponnenen geistigen und wirtschaftlichen Interessensfäden führten zu gern gepflegten, vielseitige Anregung bietenden, persönlichen Beziehungen. Man begann vorurteilsfrei in der Seele der anderen Völker zu lesen, und wurde gewahr, dass Verschiedenheit durchaus keine Minderwertigkeit bedeutet. Die Auffassung brach sich durch, dass die noch vielfach innerhalb der eigenen Landesgrenzen kultivierte, pharisäerhafte Monopolisierung alles dessen, was gut und edel ist, den tatsächlichen Verhältnissen gegenüber nicht Stich hielt, dass im Gegenteil die enge Berührung mit andern Völkern aufklärend, abschleifend und ergänzend wirkte.

Die im Auslande lebenden Angehörigen der verschiedenen Staaten, insonderheit soweit dieselben an ihrer Nationalität festhielten, haben in erheblichem, häufig nicht hinlänglich gewürdigtem Masse dazu beigetragen, dass zwischen dem Lande ihrer Geburt und ihrer zweiten Heimat eine geistige, das gegenseitige Verständnis erleichternde Brücke geschlagen und materiell hochwertige, wechselseitige Geschäftsbeziehungen angebahnt und ausgebaut wurden. Diese Pioniere ihrer Nationalität haben durch den Ausbruch des, auf das Individuum schonungslos übergreifenden Krieges in einer nicht nur hohe Sympathien, sondern auch tatkräftige Unterstützung und machtvolle Vertretung ihrer Interessen heischenden Weise materiell und seelisch schwer gelitten — ihre Existenzbedingungen und mit diesen die Voraussetzung ihrer vermittelnden Kulturmission sind zum grossen Teil vernichtet worden! Es wird eine der vornehmsten Aufgaben der mit Problemen übersättigten, nach dem Kriege anbrechenden Zeit sein, in wohlverstandenem Eigeninteresse diesen Märtyrern eines überzeugungstreuen Nationalbewusstseins unverzügliche und ausgiebige Förderung angedeihen zu lassen und ihnen mehr denn zuvor, zum — von Überhebung freien — Selbstbewusstsein des *civis romanus sum* den Rücken zu stärken.

Der Staat, der den Weltkreis seinen wirtschaftspolitischen Interessen erschliessen will, kann auf die Tätigkeit seiner im Auslande wurzelnden Söhne

keineswegs verzichten, und es ist an ihm, dafür zu sorgen, dass jene ihrer Nationalität nicht verloren gehen, dass sie sich auch in der neuen Heimat gern zu ihrem Vaterlande, diesem Sympathien werbend, bekennen.

Wenn man annahm, dass die Auffassung, jemand könne ein guter Staatsbürger und gleichzeitig auch ein guter Weltbürger sein, so fest gewurzelt sei, um die Kriegsstürme zu überstehen, denselben nach mancher Richtung ihre Schärfe zu nehmen, so hat der Gang der Ereignisse vielfach eine andere Auslegung geboten. Dieses internationale — heute in Verkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse noch so oft als antinational geschmähte und dennoch im Zeitalter der nicht zurückschraubbaren intensiven geistigen und kommerziellen Wechselwirkungen, höchstnationale Verständnis ist unter dem Zeichen der Kriegsmentalität leider den meisten, vielfach auch den Berufensten hemmungslos abhanden gekommen. Es wird dort, wo der Waffengang sich mit den niedrigen und unwürdigen Instinkten des blindleidenschaftlichen Hasses paarte, auf Jahre hinaus keine pflegsame Stätte finden.

Kirchturmpolitik ist unvereinbar mit Weltpolitik.

Wenn dieser, die Zeiger der menschlichen Aufwärtsentwicklung auf lange zurückstellende Krieg den Nährboden des Weltbürgertums nicht völlig unterpflügt, so muss — im Sinne einer, späteren Generationen tiefen Lebensinhalt bietenden Zukunft — neben dem Wurzel-festigenden und Triebkraft spendenden, aber doch scharf begrenzten Begriff des Vaterlandes, derjenige der Heimat — ausgreifend und befreiend — sich wiederum machtvoll und stetig weitere Kreise ziehend, durchsetzen.

Die Freizügigkeit des Individuums, gleich der der Gedankenwelt, kann durch eine von eng-empfindenden, kleinlich-selbstsüchtigen Geistern geschürte Agitation wohl zeitweise behindert und verlangsamt werden, wird sich aber allen Hindernissen zum Trotz für die Dauer sicherlich nicht aufhalten lassen. Sonst würde die Welt aus kraftvoll frischem Leben in die Zeiten lähmenden Vegetierens zurückgeworfen werden. Man kann in unauslöschlicher Dankbarkeit das Bild des Elternhauses im Herzen tragen, man kann mit allen Schwingungen seelischen Empfindens an der Stätte seiner Kindheit hängen — und doch wird man sich das Recht nicht schmälern lassen wollen, nach freier Entschliessung — dort seinen Wohnsitz, sein Betätigungsfeld zu wählen, wohin des Lebens Wechselfälle, wohin Neigung und Interessen, sei es innerhalb der nationalen Grenzen, sei es über Länder und Meere, uns führten.

Zwei internationale Faktoren, von denen man annahm, dass sie rücksichtlich ihrer weitverzweigten materiellen Interessen bezw. ihrer eingeschworenen politischen Leitsätze kriegverhindernd wirken würden, haben bei Ausbruch der Weltkatastrophe die Voraussagen Lüge gestraft: der Kapitalismus — wenigstens so weit er sich noch nicht auf das politische Intriguenspiel, den Raubbau und die Kriegsindustrie verlegt hat — und der Sozialismus. Vor einer lauten, kriegstreibenden Minorität haben sie widerstandslos und getrübten Blickes die Segel allzu schnell gestrichen. Einer späteren, den Schwingungen der Gegenwart entrückten Zeit, muss es vorbehalten bleiben, diese Tatsache zu deuten und zu würdigen. Es wird interessant sein, zu beobachten, wie die Vertreter dieser diametral-wesensfremden Interessen sich

zu ihren früheren Grundsätzen zurückbekennen oder unter dem Drucke mangelnder Gegenliebe in neue enggezogene Bahnen einlenken. Welche der Richtungen — die frühere oder die anbrechende — für die Eigen- und Allgemeininteressen die nützlichere ist, muss die Zukunft lehren.

Noch ein Wort über die persönlichen Beziehungen. Wohl haben viele der im breiten und bequemen Strome Schwimmenden geglaubt, mit Ausbruch des Krieges alle Freundschaften in Feindesland, seien sie auch noch so bewährt und treu gewesen — als ob sie sich dessen schämten — kurzerhand kündigen, das Tischtuch kurzsichtig zerschneiden zu müssen. Andere haben das Persönliche vom Sachlichen getrennt, haben sich gesagt, dass ihre Freunde an dem Kriegsausbruche ebenso unschuldig sind, wie sie selbst — ja ihn verdammen, und fühlen sich mit denen, die ihnen nahe standen, auch jetzt noch, während der Kriegsperiode, im Geiste verbunden. Sind die letzteren auch in erheblicher Minderzahl und ihr Verhalten vielfach Verdächtigungen und Missdeutungen ausgesetzt, sie dürfen sich mit dem Worte Ibsens trösten „L'homme le plus solitaire est l'homme le plus fort!"

Die Zukunft, der Wiederaufbau eines gesunden Internationalismus, wird aufrechter und starker Charaktere, die des Krieges Feuerprobe mannhaft bestanden, mehr denn je bedürfen. Mögen sie zum Segen des Weltkreises keiner Nation fehlen.

MORGENRÖTE.

Internationale Rundschau, 10. August 1915.

Die abgelaufenen, an Ereignissen so reichen Wochen haben im Rahmen der deutschen Kriegspolitik Massnahmen von grundsätzlicher und weittragender Bedeutung gezeitigt.

Zu Mitte des vorigen Monats brachte der dem Auswärtigen Amte besonders nahestehende „Berliner Lokalanzeiger" einen im In- und Auslande vielbeachteten Aufsatz, dessen Grundnote auf eine Abschwächung der durch den Unterseeboot-Krieg einerseits und die amerikanische Munitionslieferung andererseits geförderten amerikanisch-deutschen Gegensätze gestimmt war. Wohl nicht mit Unrecht wurden diese Anschauungen als mit denen der Wilhelm-Strasse mehr oder weniger übereinstimmend bewertet und erweckten dementsprechend weitgehendes Interesse und lebhafte, vielfach heftig ablehnende Kommentare.

So trat die „Deutsche Tageszeitung" für die Fortführung des Unterwasserfeldzuges in der bisherigen rücksichtslosen Handhabung scharf ein und wollte auch, selbst auf die Gefahr hin, einer kriegerischen Verwicklung mit Amerika zuzutreiben, nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht wissen, da diese ihrer Ansicht nach nur als rückgratlose Schwäche gedeutet werden könnten.

In Verfolg dieser schroffen, in ihrer Adresse nicht misszuverstehenden Stellungnahme wurde, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am

22. Juni bekannt gab, seitens der Zensur das Erscheinen der „Deutschen Tageszeitung" untersagt. Dieses Vorgehen lässt darauf schliessen, dass sich an leitender Stelle im Bismarckschen Geiste die Erkenntnis von der gebieterischen Notwendigkeit, auch während des Krieges militärische Massnahmen der festen staatsmännischen Kontrolle unterzuordnen, erfolgreich durchgesetzt hatte. Zu der nur allzu lange auf „Mehr Feind, mehr Ehr'" — „Immer feste druff" gestimmten kurzsichtigen Tendenz öffentlich ablehnende Stellung genommen zu haben, ist ein hohes Verdienst der für die zukünftige Gestaltung der deutschen auswärtigen Politik verantwortlichen, gewiss keiner leichten Aufgabe gegenüber gestellten Männer.

Inzwischen war in den letzten Junitagen Dr. Meyer-Gerhard in einer Spezialmission in Berlin eingetroffen. Es verlautet, dass ihm seitens des Botschafters, Grafen Bernstorff, der Auftrag geworden war, den massgebenden Kreisen über die in Amerika gegenüber Deutschland gehegte Stimmung authentische Aufklärung zu geben.

Sein feinsinniger Aufsatz „Deutschland und Amerika" war in der Tat bestens dazu angetan, den Ideengang der Amerikaner, der sich in vielen Punkten mit denen anderer Nationen deckt, den Deutschen, soweit sie sich zu informieren wünschen, näher zu bringen, und somit aus der bedrohlichen Sackgasse gegenseitigen Misstrauens und stetig wachsender Missverständnisse einen gangbaren und allen Teilen gleich nützlichen Ausgang zu weisen.

Es wäre zu wünschen, dass zur Aufklärung — nicht Belehrung — der öffentlichen Meinung Amerikas dort im gleichen, vom Verständnis für die Geistesrichtung der anderen Seite getragenen Sinne gewirkt würde.

Gewiss ist der gegenwärtige Zeitpunkt, da nach schwerem Ringen der Boden der verbündeten Zentralmächte fast frei vom Feinde ist, dazu angetan, alle in der Notwehr ergriffenen und durch diese gerechtfertigten Massnahmen, nach der hüben wie drüben erfolgten wilden Aufpeitschung der Leidenschaften, im Sinne eines den Frieden vorbereitenden geistigen Waffenstillstandes — soweit es die Eigeninteressen nur irgend zulassen — abzutönen.

Unter diesen Gesichtspunkten muss die Stellungnahme der deutschen Regierung freudig begrüsst, ihr Festhalten an dem einmal dokumentierten Standpunkt zuversichtlich erhofft werden.

Während einer schweren innerpolitischen Krisis, als die Macht das Recht zu beugen drohte, hat der Reichskanzler von Bethmann Hollweg sich im Reichstag schon einmal zu dem Rostandschen Leitsatze „Si on veut redoubler la force il faut redoubler la grâce" bekannt. Dieser Weisheit Nutzanwendung wird auch in den gegenwärtigen Weltwirren einen verheissungsvollen Lichtstrahl werfen.

SI VIS PACEM PARA PACEM.

Wissen und Leben, 1. Oktober 1915.

Eine politische Betrachtung, die ich zur Zeit der dem Balkanfrieden recht kurzlebig dienenden Londoner Botschafterkonferenz veröffentlichte, klang unter dem Hinweis, dass die dem Altertum entlehnte Formel „si vis pacem para bellum" einer durchgreifenden zeitgemässen Revision bedürfe, in die als Kopflinie gewählte Variante aus. Noch entsinne ich mich einer Zuschrift von massgebender Seite, die mir diese Umstellung eines eingeschworenen Leitsatzes zum Vorwurf machte und ausführte, dass wenn der Friede des Friedens willen gepflegt würde, es dann schon in sicherer Voraussage des Kommenden folgerichtiger heissen müsse: si vis bellum para pacem.

Über die Stichhaltigkeit dieser letzteren, gleichwie der durch die Grundlagen der Logik gestützten, von mir verfochtenen These, können die Meinungen schon deshalb auseinanderfallen, als in der Praxis beide Formeln bisher ihren Berechtigungsnachweis nicht erbrachten — nach Lage der Dinge nicht erbringen konnten. Andererseits hat der Ausbruch der gegenwärtigen, die schwärzesten Voraussagen in den Schatten stellenden Weltkatastrophe dem einsichtigen und unbefangenen Beobachter auf das schlagendste bewiesen, dass eine stetige, fieberhaft anschwellende Kriegsbereitschaft, die sich nur zu leicht der staatsmännischen Einwirkung entzieht, zu einem gewaltsamen Bersten, einer völligen Vernichtung aller segenspendenden Friedensbande führen muss. Dieses Ergebnis vermochte nur den zu überraschen, der im paradoxen Ideengange, entgegen allen Naturgesetzen, wähnte, aufrichtende Stützen durch drückende Belastung vorteilhaft ersetzen zu können.

Eine ständige Alarmbereitschaft stellt je länger, je mehr die Nervenschwingungen auf das Eintreten derjenigen Erscheinungen ein, denen die Summe der getroffenen Vorbereitungen gilt. Ein hypnotisches, durch die Scheuklappen vorgefasster Meinung verschärft konzentriertes Hinstarren auf den Punkt „da es so kommen muss", führt in völliger, jeder ruhigen Überlegung abgewandten Verblendung schliesslich dazu, dass das Auftauchen eines nur in losen Umrissen erkenntlichen Phantoms — ohne dessen Gestaltung ruhig wägend abzuwarten — die aufgepeitschten, nach Betätigung ringenden Kräfte im Sinne der gehegten Hoffnungen bezw. Befürchtungen hemmungslos freigibt.

Eine spätere, lichtere, hoffentlich nicht allzu ferne Zeit wird es unfasslich finden, dass die Geistesrichtung unserer Tage, befangen im Glauben an die „Unvermeidlichkeit des Krieges", in überwiegendem Masse auf eine Blut- und Tränenströme auslösende, mühsam gehäufte Kulturwerte vernichtende Betätigung eingestellt sein konnte, dass die unorganisierten Vertreter entgegengesetzter Auffassungen in charaktermüder Schwäche — wohl da bequemer — verzichteten, sich durchzusetzen.

Von den Dienern einer geläuterten Kirche, die die Grundsätze hoher Moral über verstaubten Dogmenglauben stellen und sich zu ihnen in unerschütterlicher Festigkeit bekennen, wird man alsdann billigerweise fordern,

dass sie getreu ihrer Auffassung und unermüdlich gegen den Krieg, den heute in namenloser Verblendung noch viele „heilig" nennen, eifern.

Den Verkündern der Wissenschaft wird es, losgelöst von staatlicher Abhängigkeit, obliegen, auf die heranwachsende Jugend dahin einzuwirken, dass sie das Gute und Edle jenseits willkürlich gezogener und dem Wandel unterworfener Landesgrenzen verstehen, achten und zu fruchtbarer Entwicklung in sich aufzunehmen lernen.

Eine neue Zeitströmung wird dem zum wirksamen Grenzschutz berufenen Kriegsministerium ein in seinen Zielen über Länder und Meere greifendes Friedensministerium, welches sich auf die Errungenschaften des aufbauenden internationalen Geisteslebens stützt, folgerichtig und ergänzend gegenüberstellen. Dieses wird sich zum verheissungsvollen Auftakt seines Wirkens die zwangsweise Verstaatlichung aller Waffen- und Munitionsfabriken, unter Einstellung deren bisher ausgeübten gewinnbringenden Exporttätigkeit und unheilvollen Pressebeeinflussung wählen. Ferner werden im Sinne opferfreudiger Betätigung die fürstlichen Apanagen, sowie die Gehälter der Offiziere und Beamten einschliesslich der Pensionen während eines Krieges — bei ausgiebiger Naturalverpflegung der im Felde Stehenden und guter Versorgung der zurückgebliebenen Familien — zugunsten der Invaliden auf die Hälfte reduziert. Dem gleichen vaterländischen Zwecke werden die Bezüge der parlamentarischen Volksvertreter, sowie die sonst als Tantiemen zur Ausschüttung gelangenden Beträge der Erwerbsgesellschaften dienstbar gemacht. Die Heereslieferungen müssen zum nachweisbaren Selbstkostenpreis zuzüglich eines Interessenutzens in Höhe des Zinsfusses der Kriegsanleihe effektuiert werden. Im Bewusstsein des die Armeen bis zum letzten Manne beseelenden Heldengeistes wird davon Abstand genommen, denen ein sichtbares Zeichen ihrer Tapferkeit zu verleihen, die durch die Gunst der Verhältnisse eine Gelegenheit zur Betätigung kriegerischer Tugenden — vor dem Feinde oder daheim — fanden. Der Mut der persönlichen Meinung findet als Gemeingut Aller auch fernerhin seinen Lohn in der Stille eigener Befriedigung.

Das Pressegesetz wird dahin erweitert, dass — zur Vertiefung des Kontaktes zwischen Schriftsteller und Leser — jedem politischen Leitartikel das Bildnis und der Lebenslauf des Verfassers anzufügen ist.

Die Leitung der auswärtigen Politik, in enger Fühlung, aber nicht unter willenloser Führung der haute finance, wird einer straffen Kontrolle der Parlamente unterworfen. Dazu wird es Voraussetzung sein, dass in die Volksvertretungen mehr wie bisher Männer entsandt werden, die über weiten Blick und internationales Verständnis verfügen, die in der Lage sind, die am Regierungstische abgegebenen Erklärungen tiefgründig nachzuprüfen, weitgehende Auskünfte zu fordern, falsche Massnahmen, ungeeignete Personenwahlen zu verhindern — mit einem Worte, an dem Getriebe der auswärtigen Politik aktiven, auch auf eine Vereinfachung der Formen hinzielenden Anteil zu nehmen. Dann wird es sich nicht wiederholen können, dass die Gestaltung der wechselseitigen Beziehungen zwischen den Ländern, den nicht immer auf der Höhe ihrer Aufgabe stehenden Staatsmännern vorbehalten bleibt, dass diese dem Wandel der Gunst und Zeiten unterworfenen Platzhalter durch kurzsichtiges Beginnen Völkerschicksale auf Generationen hinaus leichtfertig vernichten. Es wird zur Unmöglichkeit, dass die Entfesselung der Kriegs-

furie der Entschliessung Weniger überlassen ist — wo doch ruhig wägende, von gutem Willen beseelte Männer durch rechtzeitige, freimütige, von gegenseitigem Verständnis getragene Aussprache in der Lage wären, Reibungsflächen zu beseitigen, überstürzten Massnahmen vorzubeugen.

Solchergestalt würde den verhängnisvollen Geheimverträgen, die heute den Weltkreis zwingen, sich den Folgen eines schwere Lasten involvierenden Abkommens zu beliebig gegebenem Zeitpunkte blindlings und in weitgehendstem Masse zu unterwerfen, endlich ein Ziel gesetzt — Verträgen, deren geistige Urheber reich an billigen Ehren und kindlich anmutenden Äusserlichkeiten durch den Ablauf ihrer Lebensuhr bezw. Amtsperiode der irdischen Verantwortung — die, da in der Praxis nicht wirksam festgelegt, sie nie übermässig drückte — längst entzogen, nur noch den schmerzlosen Keulenschlägen der Geschichte erreichbar sind.

Im Glauben, das „europäische Gleichgewicht" zu fördern, nahmen die Diplomaten, die Väter dieses umstürzenden Begriffes, ihre Zuflucht zu einer wahllosen Bündnispolitik, die in ihrem aggressiven Ausbau nicht davor zurückschreckte, selbst die eigenen vitalsten Interessen zu gefährden. Eine Politik, die es meisterhaft verstand, im stillen Strome natürlicher Entwicklung den Unruhebazillus pflegsam zu verpflanzen und in ihrem Ergebnis zur „grossen Zeit" des Massentötens führte.

Für kein Gebiet des öffentlichen Lebens ist die Forderung nach tiefgehender und endgültiger demokratischer Umwälzung somit so gebieterisch geworden, wie auf dem der auswärtigen Politik. Darüber hat der gegenwärtige Krieg wohl die Augen aller, soweit sie nicht durch kleinliche Sonderinteressen getrübt sind, weitblickend geöffnet.

In der nach Abschluss der Feindseligkeit sicherlich schnell einsetzenden Ernüchterung der zufolge herber Erfahrungen geläuterten öffentlichen Meinung, wird bei Abwägung des Gewinn- und Verlustkontos, der durch wechselseitiges Verständnis geadelte status quo ante als die „gute, alte Zeit" wehmütiger Erinnerung wieder zu Ehren kommen. Ein zeitlicher Rückschritt wird sich möglicherweise als Basis sachlich harmonischen, dauernden Fortschrittes erweisen.

Könnten Tote reden und würde der Kummer und das Elend der um ihre Söhne trauernden Eltern, der Witwen und Waisen, der des Lebens Frohsinn beraubten, unzureichend versorgten Invaliden, der grossen Zahl in ihrer Existenz vernichteten Familien, die sich als Pioniere und Märtyrer ihrer Nationalität in „Feindesland" eine zweite Heimat gegründet hatten, nicht von denen übertönt, die auf der Blutsaat leichte Ernte halten, so wäre der Krieg nicht nur verdammt, sondern auch zur Unmöglichkeit geworden.

Für dieses hohe Ziel des Friedens schon heute aufrecht und wahr einzutreten, heisst sich allen Gegenströmungen zum Trotz in den Dienst der Menschheit stellen.

ENGLANDS „KRIEGSSCHULD".

Wissen und Leben, 15. Februar 1916.

Wäre die Frage der Kriegsschuld von einer über den sich bekämpfenden Parteien stehenden, allseitig anerkannten autoritativen Instanz — wie sie in dem Haager Friedenskongress so schön gedacht war — einwandfrei festgestellt, so hätte das Massenmorden längst seinen Abschluss gefunden.

Anders die Wirklichkeit: jede Seite ist felsenfest davon überzeugt, dass dem derzeitigen Gegner der Friedensbruch ausschliesslich zur Last zu legen sei und ihn somit die volle Verantwortung für alles Grauen vor der Weltgeschichte treffen wird.

Bei ruhiger Überlegung möchte man gerade aus diesem Umstande den im Sinne der Zukunft immerhin versöhnlichen Schluss ziehen, dass keine Partei sich fleckenloser Unschuld zu rühmen berechtigt ist, dass jede bewusst oder unbewusst zur Auslösung der Weltkatastrophe das ihrige beigetragen hat.

In unzähligen Schriften und Gegenschriften hat jede Regierung versucht, die ihr zur Last gelegten Anklagen zu entkräftigen. In Wirklichkeit sind all diese Bemühungen ergebnislos geblieben; ja, man darf behaupten, dass sich im Nebel vorgefasster Meinungen die Überzeugung „Qui s'excuse s'accuse" in zunehmendem Masse befestigt hat.

Und doch ist eine Klärung der Schuldfrage in allen Ländern unerlässlich zu dem Zwecke, falsche Anschuldigungen auf das gebührende Mass zurückzuführen. Nur so lässt sich eine vorurteilsfreie Atmosphäre schaffen, der es zum Übergang in normale Wechselbeziehungen der Völker unbedingt bedarf.

Wer sich dieser für die künftige Weltlage so ernst-wichtigen Aufgabe unterzieht, wird seinen Zweck nicht leichten Weges erreichen. Dennoch soll im Nachstehenden von einem mit den englischen Verhältnissen wohl vertrauten, von der Vortrefflichkeit der liberalen Institutionen des Inselreiches überzeugten Deutschen, der die Zukunft seines Vaterlandes nicht in einer nach Osten gravierenden kontinentalen Konstellation, sondern in einem westlichen, Kultur und Handel dienenden Zusammenschluss gesichert glaubt, der Versuch unternommen werden, die Behauptung, dass England für den Ausbruch des Krieges die Hauptverantwortung trage, auf Grund einwandfreier Feststellungen der Zentralmächte zu entkräften.

Es geschieht dieses in der Hoffnung, dass diejenigen Kreise, die bis in die jüngste Zeit, zufolge irriger Anschauungen und mangelnder Einsicht, mit unwürdigem Hass auf dem Felde der Unehre kämpften, sich eines Besseren besinnen und sich zu jener von pharisäerhafter Überhebung freien Auffassung der Versöhnung — tout comprendre c'est tout pardonner — der ein gesicherter und guter Friede als Vorläufer nicht entraten kann, emporarbeiten.

Deutsche Urteile.

Das bei Kriegsausbruch veröffentlichte Weissbuch besagt:

„Schulter an Schulter mit England haben wir unausgesetzt an der Vermittlungsaktion fortgearbeitet" ... (Seite 11).

„Während in der Zeit vom 29. bis 31. Juli diese unsere Bemühungen um Vermittlung von der englischen Diplomatie unterstützt, mit steigender Dringlichkeit fortgeführt wurden" ... (Seite 11).

... „die Entscheidung, ob ein europäischer Krieg entstehen soll, (liegt) nur bei Russland," ... (Anlage 10a).

... „die Verantwortung für eine eventuelle Störung des europäischen Friedens durch eine russische Intervention (ruht) allein auf Russland" (Anlage 10b).

... „Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne *d'accord avec l'Angleterre* était appliqué à accomplir un rôle médiateur" ... (Anlage 26).

Der Generaldirektor der Hamburg-Amerika Linie, Albert Ballin, sagt in einer am 1. August nach London gesandten Depesche (veröffentlicht in der Times vom 23. April 1915):

„Unermüdlich hat er (der Kaiser) an der Erhaltung des Friedens gearbeitet und mit England zusammen seinen ganzen Einfluss aufgeboten, eine friedliche Lösung zu finden ..."

Rede des Deutschen Reichskanzlers im Reichstage vom 4. August 1914:

„Inzwischen sucht England zwischen Wien und Petersburg zu vermitteln, wobei es von uns warm unterstützt wird."

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 16. Oktober 1914 veröffentlichte zur Vorgeschichte des Krieges eine Reihe amtlicher Aktenstücke über die politischen und militärischen Beziehungen der Ententemächte. Wie einleitend ausgeführt, entstammen dieselben verschiedenen Berichten deutscher diplomatischer Vertreter im Ausland, bei denen aus „naheliegenden Gründen" die Bezeichnung der Abgangsstelle und des genaueren Datums fallengelassen wurde.

In einem Dokument vom März 1913 finden sich die folgenden Stellen:

„Immer enger werden die Maschen des Netzes, in die es der französischen Diplomatie[1]) gelingt, England zu verstricken."

„Inzwischen hat die Haltung der englischen Regierung ... sich als ein ebenso kritikloses wie gefügiges Werkzeug der französischen Politik erwiesen."

Ein Bericht vom Mai 1914, anlässlich des Besuches Sir Edward Greys in Paris, enthält nachstehenden Passus:

„Es ist zu befürchten, dass der englische Staatsmann ... französischen Einflüssen in Zukunft noch in höherem Grade unterliegen wird, als das bisher schon der Fall war."

Ein Aktenstück vom Juni 1914 besagt:

„... trotz der zahlreichen Beweise für den gänzlichen Mangel an Widerstandskraft der englischen Politik gegen Einflüsse der Entente ..."

---

[1]) „Wir vertrauen auf Frankreich, mit dem wir uns in dem Wunsche um die Erhaltung des europäischen Friedens eins wissen"... (Weißbuch, Anlage 10a, 26. Juli 14).
„Dass auch Frankreich sich auf die Seite unserer Gegner gestellt hat, konnte uns nicht überraschen." (Thronrede vom 4. August 14.)

„Die Befriedigung der russischen und französischen Diplomatie über diese erneute Überrumpelung der englischen Politiker ist gross.“

Der derzeitige Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Professor Helfferich, kommt in seiner Studie „Die Entstehung des Weltkrieges“ zu dem Schlusse, dass:

„Die massgebenden Kreise Russlands haben den Krieg gewollt und haben ihn mit verdoppelter Brutalität gewollt, als sich die Aussicht auf einen friedlichen Ausgleich erschloss.“

„Russland ist als Brandstifter, Frankreich und England sind als die Mitschuldigen erwiesen.“

Der Berliner Historiker, Geheimer Rat Professor Dr. Meinecke, stellte am 30. Juni v. J. in einem Vortrage Russland als die eigentlich treibende Kraft gegen Deutschland und Österreich-Ungarn dar, während er England eine mehr sekundäre Rolle zuwies.

Österreich-Ungarische Urteile.

Das seitens des Ministeriums des Äussern „Zur Vorgeschichte des Krieges mit Italien“ veröffentlichte Material besagt:

„... dass der Angriff vielmehr von Russland ausging ...“ (Seite 5).

Das Österreichisch-ungarische Rotbuch II führt aus:

„Wir müssen mit allem Nachdrucke betonen, dass der gegenwärtige grosse Krieg uns und Deutschland von Russland aufgezwungen wurde“ .. (Nr. 35).

Dr. Alexander Redlich kommt in seiner Arbeit „Der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Russland“ zu dem Schlusse, dass „nur Russland diesen Krieg brauchte“.

Graf Julius Andrassy sagt in seiner mehrsprachig veröffentlichten Darstellung „Wer hat den Krieg verbrochen?“: „Die russische Angriffslust und Orientansprüche waren die aktiven Förderer und die wahren Ursachen des Weltkrieges.“

Türkisches Urteil.

Die am 20. November 1914 aufgestellte Erklärung des Geistliches Rates zu Konstantinopel über den Glaubenskampf führt aus:

„Die russische Regierung hat auch die Regierungen von England und Frankreich nach sich gezogen ...“ (türkische Fassung).

„... sie (die Russen) haben heute diesen Weltkrieg in Europa entzündet und haben die Franzosen und Engländer nach sich gezogen ...“ (arabische Fassung).

Es hiesse die vorstehenden Urteile in ihrer bündigen Beweisführung schwächen, wollte man denselben ein Kommentar anfügen.

Doch im Sinne der Sachlichkeit sei kurz noch auf folgendes hingewiesen:

Wenn England tatsächlich diesen Krieg langer Hand, wie heute von seinen Gegnern behauptet wird, vorbereitet hätte, so würde die bewährte

deutsche Diplomatie dieses Ränkespiel wohl rechtzeitig durchschaut und die ihr anvertrauten hohen nationalen Interessen entsprechend zu schützen gewusst haben. Aber gerade in den der Weltkatastrophe vorausgehenden Monaten wurde das hohe Lied der deutsch-englischen Freundschaft[1]) in allen Tonarten ventiliert und von den verantwortlichen Stellen bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten jede von England drohende Kriegsgefahr in Abrede gestellt.

Nachdem durch achtzehn lange Monate die „Kulturwelt" sich mit den Waffen brutalster Zerstörung und den jedem ethischen Empfinden hohnsprechenden Ausflüssen der niedrigsten Instinkte — ohne deren die „Kriegsbegeisterung" sich schlechterdings nicht strecken liesse — für „hohe Ziele" zerfleischt, sollte der Zeitpunkt gekommen sein, da sich die allerorts skrupellos vergewaltigte Wahrheit, das Gefühl für Recht und Billigkeit wiederum kraftvoll durchsetzten. Denn ihnen muss und wird, wie immer der Schlachten Ergebnis sich gestalten möge, die den Frieden endgültig sichernde Siegespalme zuteil werden.

Die vorstehenden, zur Feststellung der tatsächlichen Verhältnisse gemachten Ausführungen sollen einem Frieden, der nicht nur den Krieg beendet, sondern entsprechend den von allen Schichten der Bevölkerung gleichmässig gebrachten Opfern eine hoffnungsfrohe Zukunft zum Segen der über allen nationalen Fragen stehenden Menschheit einleitet, bescheidene Ansatzpunkte bieten.

DIE POTSDAMER ENTREVUE.

Wissen und Leben, 1. März 1916.

In seiner bedeutsamen Reichstagsrede vom 19. August l. J. hat von Bethmann Hollweg bei Erörterung der deutschen auswärtigen Beziehungen, wie dieselben vor Kriegsausbruch bestanden, auch des mit Russland in 1911 anlässlich des Zarenbesuches getroffenen Potsdamer Abkommens Erwähnung getan. Dasselbe bezweckte die Klarstellung derjenigen Fragen, die sich bezüglich einer späteren Fortführung der von Bagdad nach Chanikin an der persischen Grenze geplanten Abzweigung der Bagdadbahn in der Richtung auf Teheran ergeben konnten. Es setzte fest, dass Russland ein Vorrecht für den Bau und Betrieb gedachter Strecke, die sich mit einem vom Kaukasus über Täbris vorgetriebenen Schienenstrange in der persischen Hauptstadt vereint hätte, eingeräumt wurde, dass diese Option, falls innerhalb eines

[1]) „Ich darf Sie daran erinnern, dass diese Probe deutsch-englischer Verständigung (betreffend die Bagdadbahn) wie sie seit längerem von berufener und unberufener Seite recht selbstzufrieden angekündigt und von der breiten Masse bereits ungeprüft diskontiert wurde, ohne dass der nüchterne Beobachter diese trügerischen Wetterzeichen auf eine reale Unterlage zurückzuführen vermöchte..." Aus Vortrag R. S-R. März 1914 vor der Internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Berlin über „Das internationale Finanz-Problem des Balkans und der Asiatischen Türkei." Abgedruckt in den Blättern dieser Vereinigung, Mai 1914.

gewissen Zeitraumes nicht genutzt, an Deutschland zurückfallen sollte. Es ist nicht bekannt geworden, dass der Nächstbeteiligte, die persische Regierung, zu dieser für die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes so einschneidenden Absprache herangezogen worden wäre.

Der Eindruck, dass das Abkommen weniger aus einer zwingenden Notwendigkeit, als zu dem Zwecke, der Monarchenbegegnung einen nach aussen wirkenden Inhalt zu geben, getroffen wurde, konnte damals nicht von der Hand gewiesen werden.[1]) Lag der Bau dieses Verkehrsweges doch noch in recht weitem Felde und war ferner alles, was mit der Bagdadbahn, die sich in weitgehendem Masse zum Drehpunkte der deutschen auswärtigen Politik ausgewachsen hatte, zusammenhing, weit eher dazu geeignet, einen Gedankenaustausch und eine spätere Zusammenarbeit mit England anzubahnen, dessen schwerwiegende, durch viele Jahrzehnte liberal aufgebauten Interessen in Mesopotamien und Südpersien immerhin Beachtung heischten.

Ein greifbares und für die deutschen Zwecke sofort nützlich diskontierbares Abkommen bezüglich Persiens wäre jedenfalls die Aufhebung des jeden Ausfuhrhandel lahmlegenden russischen Transitzolles auf die nach Persien bestimmten Güter gewesen. Wie Deutschland sich einer solchen, seine Exportmöglichkeiten unterbindenden Massnahme unterwerfen konnte, ist in der Tat schwer verständlich. Diese weitgehende, Russland gegenüber geübte Toleranz findet nur ein Gegenstück an der wohlwollenden Duldung der in Deutschland wirkenden politischen Polizeiorgane des Zarenreiches. Bevor viele Millionen russischer Staatswerte Zutritt zum deutschen Markt erhielten, wäre eine für die eigenen Interessen zufriedenstellende Regelung dieser Frage bei entsprechender Energieentfaltung wohl ohne erhebliche Schwierigkeiten möglich gewesen.

Seitdem England und Russland unter Hintansetzung tiefeinschneidender Interessenkonflikte zu den, nur aus der gegen Deutschland gehegten Abneigung erklärlichen Abmachungen über Persien gekommen waren, musste die Leitung der deutschen auswärtigen Politik sich sagen, dass, nachdem sich die Kreise der Triple-Entente immer enger zogen, die eigene diplomatische Tätigkeit zielbewusst darauf einzustellen sei, in diese widernatürliche Freundschaft[2]) einen stetig sinkenden Keil zu treiben. Selbstverständlich hatte man von Haus aus darüber klar zu sein, mit welchem der beiden Partner das verbindende, real-nützliche, die Zukunft sichernde Band zu flechten war. Dass eine von berechtigtem Selbstbewusstsein getragene deutsch-englische Verständigung den beiderseitigen Ländern gleichwie dem Weltkreise die gegebene Lösung bedeutete, war politisch klar blickenden Männern von jeher ein Überzeugungssatz, den Bethmann Hollweg sich in der eingangs angeführten Rede ja auch zu eigen machte. Also konnte die Wahl nicht schwer sein. Nur galt

[1]) Es sei hier nur des von der „öffentlichen Meinung" überaus beifällig aufgenommenen, bereits bei früherer Veranlassung erfolgten Austausches von Schulterschnüren zwischen den beiden Kaisern und der wechselseitigen Akkreditierung der Militärattachés bei der Person der Herrscher gedacht.

[2]) "England with her ancient dreams, with her ancient traditions and ideals of higher freedom, the larger justice, summons the aid of Russia to help her to govern or misgovern Persia!"

J. A. Cramb, late Prof. of modern history, Queens College, London: „Germany and England" 1914.

es im Gegensatz zu allseitigem Liebeswerben, das nach keiner Richtung überzeugend und Vertrauen auslösend wirkte,[1]) zu einer zielsicheren Entschliessung zu kommen. Zugunsten einer deutsch-englischen Annäherung sprach ferner der Umstand, — der, geschickt genutzt, berufen war, Vermittlerdienste zu leisten — dass in der breiten Masse der englischen Bevölkerung die Freundschaft mit Russland starker Abneigung begegnete. Es sei nur auf die zahlreichen moskowiterfeindlichen Aufsätze in den englischen Tageszeitungen und Monatsheften, auf die wiederholten Kundgebungen des Persia Committee, sowie einzelner namhafter Politiker hingewiesen, die auch vor dem Parlament immer und immer wieder auf die für Asien drohende Gefahr und auf die in Russland herrschenden rückständigen, innerpolitischen Verhältnisse aufmerksam machten. Es ist noch in aller Erinnerung, welche leidenschaftlichen Proteste der letzte Besuch des Zaren in England auslöste und dass dieser infolgedessen nur zu einer eiligen, kurzbemessenen Motorfahrt an Land kommen konnte.

Die Abmachungen der Potsdamer Entrevue mussten in England naturgemäss verstimmend wirken, da in der delikaten Frage der Bagdadbahn-Endstrecke gegen Erwarten Russland, der unbequeme politische Nebenbuhler am Persischen Golf, als höchst unwillkommener Dritter auf den Plan gebracht wurde. Dieses Abkommen war nicht dazu angetan, eine Verständigung zwischen Deutschland, England und der Türkei zu erleichtern — eine Basis zu schaffen, die den Interessen des osmanischen Staates, der deutschen Konzessionsinhaber und der englischen, unter namhaften Opfern planmässig ausgebauten wirtschaftspolitischen Aspirationen im Mündungsgebiete des mesopotamischen Doppelstromlandes gerecht wurde.

Der wirtschaftlich schwer geschwächten Türkei bedeutete die nach einem entlegenen, politisch nichts weniger als fest angefügten, für Warentransporte auf den natürlichen Wasserweg verwiesenen Reichsgebiete projektierte Bahn, der recht erhebliche kilometrische Baukosten zugrunde lagen, eine unverhältnismässig hohe Zinsbelastung, durch welche schwer entbehrliche Einnahmen auf lange hin gebunden werden. Die Konzession war unter Aufwendung bedeutender dépenses utiles dem alten Regime des geschäftskundigen

[1]) "During my last pleasant visit to your hospitable shores I tried to make your Authorities understand what the drift of the German Naval policy is. But I am afraid that my explanations have been either misunderstood or not believed, because I see the 'German Danger' and the 'German Challenge to British Naval Supremacy' constantly quoted in the different articles . . . . I therefore deem it advisable as Admiral of the Fleet to lay some facts before you to enable you to see clearly."

From a letter of the German Emperor to the late Lord Tweedmouth, then First Lord of the Admiralty, Feb. 14, 1908.

„Er (Sasonow) weiss, welche freundliche Haltung Deutschland während des japanischen Krieges Russland gegenüber beobachtet, und welche Dienste Kaiser Wilhelm dem Zaren geleistet hat, als es für Russland galt, mit Ehren aus dem Manschureiabenteuer, welches dem Lande ungeheure Opfer an Menschenleben und Geld gekostet hatte, herauszukommen. Aus den Akten seines Ministeriums muss Herrn Sasonow bekannt sein, dass Deutschland nach dem Frieden von Portsmouth den Augenblick für gekommen hielt, in seinen seit dem russisch-türkischen Kriege und dem Berliner Kongress getrübten Beziehungen zu Russland eine neue Seite aufzuschlagen und diese Beziehungen auf die Basis aufrichtiger gegenseitiger Freundschaft zu stellen. Von Russland hing es ab, die ihm engegengestreckte Freundeshand zu ergreifen."

Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 22. Jan. 1916.

Abdul Hamid und seiner geldgierigen Umgebung abgewonnen worden; — einer verantwortlichen und ihrer Verantwortung bewussten parlamentarischen Vertretung gegenüber hätte sie im vollen Umfang kaum standgehalten.

Im Verhältnis zu den eine halbe Milliarde übersteigenden Turbanwerten, die auf deutschem Markte ohne internationale Stützung Aufnahme suchten, bedeutete die in ihrer politischen und wirtschaftlichen Bedeutung vielfach überschätzte Bahn einer beschränkten Interessentengruppe verlockenden Baugewinn. Diese Tatsache konnte aber schwerlich rechtfertigen, dass die diplomatischen Kräfte sich durch lange Jahre unter Beeinträchtigung nicht minder wichtiger Aufgaben für dieses nüchterne Finanzgeschäft einsetzten — dass solchergestalt, England und Frankreich gegenüber, politische Reibungsflächen von unverhältnismässiger Schärfe geschaffen wurden.

Die an Wechselfällen reiche Geschichte des Unternehmens — es sei hier nur an den geplanten Gesamtverkauf an England, sowie an die Suche nach amerikanischem Kapital erinnert — weist nur geringe Züge von bleibendem deutsch-nationalem Werte auf. Um so mehr wäre die Bagdadbahn geeignet gewesen, den Ausgangspunkt einer deutsch-englischen politischen Annäherung und erspriesslichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu bilden. Doch hierzu hat es auf beiden Seiten leider an Logik und Entgegenkommen gemangelt.

Deutsches Kapital in der Majorität auf der Linie Konstantinopel-Bagdad; englischer Aktienbesitz vorherrschend auf der Strecke Bagdad-persische Grenze und südlich der Kalifenstadt bzw. in der wirtschaftlich wertvolleren und den dürren türkischen Staatssäckel ungleich weniger belastenden Flussschiffahrt nach dem persischen Golf. Deutsches und englisches Geld gemeinsam an der Wiederherstellung und dem Ausbau des alten babylonischen Kanalsystemes arbeitend, wodurch ein Fruchtland von unermesslichem Reichtum zum greifbaren Nutzen der Türkei und der Mittelgeber erschlossen worden wäre.

Ein dieser Skizze entsprechendes, an die Stelle der Potsdamer Entrevue gedachtes Abkommen, dessen Abschluss bei richtigem Prozedieren und beiderseitig gutem Willen durchaus im Rahmen des Möglichen — da *allen* Beteiligten Vorteile bietend — lag, hätte der Weltkonstellation ein zukunftsfrohes Gesicht gegeben und würde der Entspannung der deutsch-englischen Beziehungen einen realpolitischeren Ausgangspunkt geboten haben, als die am denkbar untauglichsten Objekte der Abrüstungsidee — diese hätte sich letzten Endes automatisch realisiert — unternommenen Versuche.

Mögen die auf die Gestaltung einer lichtvollen Zukunft gerichteten Erwägungen der derzeit leitenden Staatsmänner beider Länder aus den teueren Lehren der Vergangenheit die erspriessliche Nutzanwendung ziehen.

* * *

„Alle diejenigen, die es von der Hand weisen, dass jemals Deutschland wieder gemeinsame Sache mit England machen könnte, ja, die es als einen frevelhaften Wahn hinstellen, auch nur die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, dass England später ein Bündnis mit Deutschland wünschen werde, sie alle laden darum die grosse Schuld auf sich, unbewusst auf ein künftiges Bündnis zwischen Deutschland und Russland hinzuarbeiten, sie trifft die Verantwortung, wenn dereinst diese von ihnen entschieden bestrittene Gefahr Wirklichkeit geworden sein wird."

Rudolf Goldscheid, „Deutschlands grösste Gefahr" 1915.

QUO VADIS?

Wissen und Leben, 1. April 1916.

Die bis ins kleinste gehende Technik der deutschen Organisation hat in diesem Kriege ungeahnte, auch von den Feinden rückhaltlos anerkannte Triumphe gefeiert. Es steht ausser Zweifel, dass in einem so gigantischen Kampfe wie dem gegenwärtigen Weltstreite die wohldurchdachte, gewissenhafte Vorbereitung, das chronometerhafte Funktionieren aller Massnahmen, das mechanische Zusammenwirken Aller von einschneidendster, wenn nicht direkt ausschlaggebender Bedeutung sind. Es ist jedoch nicht zu verkennen, dass ein das Selbstbestimmungsrecht des einzelnen völlig ausschaltender Zustand, so willig ein jeder sich in Zeiten grösster, unter ernster Gefahrdrohung gebotenen Kraftentfaltung demselben unterwirft, für normale, d. h. friedliche Verhältnisse den selbständigen Naturen, die auf eine gewisse Freiheit des Handelns und Denkens nicht verzichten wollen, keineswegs das Ideal bedeutet. Der durch äussere Einwirkung geschaffenen Organisation der Massen wäre vielmehr die Disziplin der in sich selbst gefestigten Persönlichkeit, wie sie wohl in bester Form durch den Engländer vertreten wird, alsdann wieder befreiend und ergänzend gegenüberzustellen.

Doch wie dem auch sein möge: Deutschland hat es während dieses Krieges meisterhaft verstanden, seine Bundesgenossen organisatorisch zu durchdringen; ihnen jene Pille der konzentrierten Willens- und Kraftäusserung in den Blutkreis ihres Verwaltungs- und Heereskörpers zu administrieren, die zur Überwindung jedweder Hindernisse befähigt. Sonst würden aller Wahrscheinlichkeit nach die Russen noch heute in den Karpathen nisten, die Dardanellen wären, trotz der unglaublich laienhaften und planlosen Operationen der Engländer, nicht so souverän, wie tatsächlich geschehen, verteidigt worden, die Bulgaren schwerlich aus ihrer Neutralität zu schnellem Siegeszuge herausgetreten.

Deutschland darf demgemäss die Waffenerfolge der Zentralmächte in berechtigtem Selbstbewusstsein und ohne solchergestalt seinen derzeitigen Bundesgenossen zu nahe zu treten, im wesentlichen auf sein Konto buchen. Dadurch erwächst Deutschland aber auch das Recht und die Pflicht, sich seine einwandfreie Vormachtstellung im Zentralblock unter keinen Umständen schmälern zu lassen. Dieses um so weniger, als es genötigt war, für seine Waffengefährten auch die gewaltigen materiellen Lasten des Krieges — teilweise bzw. im Vollumfange — zu tragen.[1]

Es hiesse eine verhängnisvolle Gefühlspolitik wiederholen, wollte Deutschland sich unter diesen Verhältnissen das Recht zukünftiger Orientierung, wie sie seine Interessen am besten erheischt — wenn erst die Waffen ruhen — beeinflussen lassen.

[1] Österreich-Ungarn hat mit einem deutschen Bankenkonsortium eine Anleihe abgeschlossen, deren erste Rate im Betrage von 200 Millionen Mark im Januar und Februar d. J. bezogen wurde.

Die seitens Deutschland der Türkei bisher gewährten Vorschüsse belaufen sich auf ca. 43 Millionen türkische Pfund.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass der österreichisch-ungarischen Monarchie aus der immer erneut betätigten deutschen Nibelungentreue aussergewöhnliche Vorteile, denen wesentliche Gegenleistungen fehlen, erwachsen sind. Ohne Schwertstreich konnte sie sich in den Besitz von Bosnien und der Herzegowina setzen, ihr Wirtschaftsleben fand an dem deutschen Geldmarkte eine stets hilfsbereite Stütze, in dem diesen Weltkrieg auslösenden Konflikte mit Serbien machte Deutschland ihre Sache vorbehaltlos zu der seinigen, und wenn heute die Russen wieder jenseits der Grenze stehen, auch Serbien unterworfen ist, so hat Deutschland zu diesen Waffenerfolgen ganz erheblich beigetragen.

Wesentlich prononcierter steht es um die Türkei. Die erst vor wenigen Jahren von den Bulgaren schwer geschlagene, heute ihr eng verbündete Armee zog gleich der Flotte ihre bisherigen Erfolge aus der zielbewussten, weitverzweigten deutschen Leitung.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Türkei, als sie zu den Waffen griff, in den Augen ihrer leitenden Männer recht wenig zu riskieren hatte: war doch ihre politische und wirtschaftliche Lage damals eine fast verzweifelte. Die jungtürkische Regierung bedurfte bei der ihr im eigenen Lande entstandenen gewichtigen Gegenströmung, wollte sie sich am Ruder erhalten, einer starken Ablenkung nach aussen. Enver Pascha, dem zufolge rücksichtsloser politischer Betätigung die Beziehungen zu Berlin aufgekündigt waren, verstand es jetzt geschickt, seinen Einfluss der deutschen Sache dienstbar zu machen und durch schnelles Handeln die Türkei zum Anschluss an die Zentralmächte zu bestimmen. Wie weit der Krieg durch eine Ausschaltung der Türkei räumlich und zeitlich hätte begrenzt werden können, wie weit die Türkei durch eine geschickte Neutralität im Endergebnis ihren Eigeninteressen möglicherweise gedient hätte, soll hier nicht erörtert werden.

Tatsache bleibt, dass die deutsch-türkische Waffenbrüderschaft sich zu einer Herzlichkeit von ungewöhnlicher Expansion entwickelte. Zu einer Interessenamalgamation, wie sie zuvor, unter selbst günstigeren Vorbedingungen, nie möglich gewesen wäre. In einem Tempo, in einem Eifer sich für die Zukunft festzulegen, die zu ernsten Bedenken Veranlassung geben.

Bedingt doch eine dauernde einseitige Freundschaft mit der Türkei für Deutschland nach den Wandlungen dieses Krieges neben unverhältnismässigen Lasten einen schwer überbrückbaren Interessengegensatz zu den Ländern der Entente. Diese Perspektive ist keine erfreuliche. Man mag über die noch nicht lückenlos erwiesene Kriegsschuld des Dreiverbandes denken wie man will, und ihm unter dem Einflusse der das ruhig-sachliche Urteil beeinträchtigenden leidenschaftlichen Verhetzung selbst bitter grollen, so muss dennoch die Auffassung sich durchsetzen, dass Deutschlands politische und wirtschaftliche Zukunft auf einen von Missverständnissen freien Zusammenschluss mit den Westmächten gebieterisch hinweist.

Dass diesem mit Bestimmtheit zu erwartenden Vorteile entsprechende Nachgiebigkeit beim Friedensschlusse zu bezeugen wäre — il faut casser des œufs pour faire une omelette — ist dem staatsmännischen Denken banale Selbstverständlichkeit. Hier nur ein Hinweis: könnte beispielsweise die Verleihung einer der Selbstverwaltung nahekommenden Verfassung an Elsass-Lothringen dem heutigen deutsch-französischen Gegensatze nicht vieles an

Schärfe nehmen, ohne dass die deutschen, bisher mannigfachen Reibungsflächen ausgesetzten Interessen im Reichslande dadurch geschmälert würden?

Doch zurück zu der Türkei. Deutschland, welches zu Beginn der achtziger Jahre weniger als 5% der türkischen Staatsschuld beherbergte, hatte vor Ausbruch des Krieges ca. 30% — etwa 26½ Millionen türkische Pfund — placiert. Dieser gewaltige „Aufschwung" ist nicht zuletzt auf das Bestreben, die türkische Regierung für die mit der Bagdadbahnkonzession[1]) verbundenen Lasten willfährig zu machen, zurückzuführen. So wurde jede Etappe dieses Finanzgeschäftes, abgesehen von der serienweisen Auflegung der Bahnanleihen, durch die Übernahme neuer türkischer Staatsschulden gekennzeichnet. Mit der Hereinnahme der Halbmondwerte hielt die Entwicklung des deutschen Handels zur Türkei, der vielfach hinter die diplomatisch gestützten Finanzgeschäfte zurücktreten musste, keineswegs Schritt. In 1910 führte Deutschland nach der Türkei für 105 Millionen Mark (einschliesslich der umfangreichen Materialsendungen für die Bagdadbahn) aus und bezog von dort Waren im Werte von 67 Millionen. Zahlen, die nur 0,4% bzw. 0,5% des gesamten deutschen Handels repräsentieren und recht augenfällig den realen Wert der deutschen Turbanpolitik kennzeichnen

Nun darf nicht ausser acht gelassen werden, dass dieser magere, durchaus nicht erschütterungssichere materielle Gegenwert einer von romantischen Ideengängen durchsetzten, weit ausgreifenden Politik gezeitigt wurde, als der Türkei noch die reichen Geldmärkte Frankreichs und Englands — besonders der erstere — bereitwilligst zugänglich waren, als Deutschland noch über bedeutendes Exportkapital verfügte, als letzteres noch unter dem unentbehrlichen Schutze der zwischen Türkei und Abendland geschlossenen, inzwischen von den Türken kurzerhand abgeschafften Kapitulationen stand. Trotz dieser relativ günstigen Verhältnisse vermochten sich die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen Deutschland und der Türkei nur mühsam zu beleben. Es gebrach der Vorbedingungen: der geordneten innerpolitischen Verhältnisse, der Kreditunterlagen und des Kreditschutzes, der Kaufkraft und der Zahlungsfähigkeit.

An diesen Zuständen hat das selbstherrliche jungtürkische Regime nichts zu ändern vermocht. Die Zeichen der Unzufriedenheit haben sich im Lande seit dem unfreiwilligen Rücktritt des von Deutschland eifrig umworbenen Abdul Hamid wesentlich verschärft. Durch die weiten Gebiete der arabischen Welt geht seit langem das Streben nach einer Loslösung von türkischer Herrschaft. Die Regierung in Konstantinopel hat während der letzten Jahre den immer dringlicher werdenden Wünschen nach einer Dezentralisation der Verwaltung bedeutende Konzessionen machen müssen. Der Auflösungsprozess wird nicht aufzuhalten sein. Das sollten sich auch jene sagen, die durch einen Angriff mit den untauglichen und zweischneidigen Mitteln des Glaubenskampfes auf die Stellung Englands im nahen und mittleren Osten die deutschen Interessen glauben fördern zu können. Es sei zugegeben, dass sich in Ägypten und Indien Strömungen bemerkbar machen, die auf eine von England unabhängige Regierungsform hinarbeiten. Es wäre jedoch ein bedenklicher Fehlschluss, dieser von einer verschwindenden Minorität ge-

[1]) Siehe den Aufsatz: „Die Potsdamer Entrevue" Seite 101.

tragenen Bewegung die Absicht zu unterschieben, die englische Herrschaft etwa gegen die der Türken oder Deutschen einzutauschen. Ägypten den Ägyptern oder Indien den Indiern, geschweige denn Persien den Persern aber ist ein Unding. Es hiesse durch die Entflammung derartiger Bestrebungen eine sich im Sinne europäischer Kultur- und Wirtschaftsinteressen bestens bewährt habende Kontrollgewalt in ihrer nicht leichten, unter grossen Opfern weitsichtig aufgebauten Stellung zu untergraben, ohne etwas annähernd Gleichwertiges an deren Stelle setzen zu können.

Nur die Einsicht, dass eine territorial gut verkleinerte, aber politisch und wirtschaftlich auf internationaler Basis gestärkte Türkei, deren Grenzen sich im wesentlichen mit denen des reintürkischen Kleinasiens zu decken hätten, dem Osmanischen Reiche bei Aufbietung aller Kräfte eine ruhige und aufsteigende Entwicklung gewährleistet, wird die türkische Frage im Interesse des Landes und Europas zu gutem Ende in klarer Beantwortung lösen. Diplomatische Halbarbeit reicht hierzu keineswegs aus.

Jedenfalls wäre es ein verhängnisvolles Unterfangen, wollte Deutschland der, von richtiger Würdigung der ihr gewordenen Stützung baren Grossmannssucht der gegenwärtigen türkischen Regierung in der heraufsteigenden neuen Weltordnung Vorschub leisten.

Das dürfte zu peinlichem Katzenjammer führen, der auch durch die auf 23 über das osmanische Reich verteilten deutschen Schulen (gegen 530 französische, 273 amerikanische, 126 englische) aufgebauten, als Kulturfaktor gedachten Universität[1]) nicht gemildert werden wird. Daran würden auch die in Deutschland festlich begangenen Beiramfeste und Geburtstagsfeiern des Propheten, die auf der Türkenschanze bei Wien im Bau begriffene monumentale Moschee — dort, wo im Jahre 1683 der „kulturfeindliche" Ansturm der Osmanen zum Stehen kam! — das allerorts mit Eifer aufgenommene Studium der türkischen Sprache nichts ändern.

Die obigen Ausführungen werden zur Genüge dartun, dass der Schaffung eines von Hamburg nach Bagdad gedachten „Mitteleuropa", ein Begriff, der bis zu den äussersten Konsequenzen peinlichst durchdacht zu werden verdient, recht ernste Bedenken, soweit die deutschen Zukunftsinteressen in Frage kommen, entgegenstehen.

Charity begins at home; nicht minder selbstsüchtig müssen nationale Fragen bewertet werden. Das deutsche Reich darf die seinen Lebensnerv berührenden Opfer des Krieges unmöglich zu einem sentimentalen institut de bienfaisance für sehr schätzenswerte, aber für schwere Friedensarbeit doch nicht voll-gleichstehende und keine hinreichende Ergänzung bietende Nationen umwerten.

„Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser." Somit hat nach dem Kriege — wie immer er auslaufen möge — der stetig Werte vermehrende und schaffende, seegehende, die Heimat mit allen Weltteilen einende, auf eigener fester Grundlage stehende, friedliche Frachtenfahrer wieder in seine guten Rechte zu treten. Die Zwangsschöpfung eines von der

[1]) Es ist nicht uninteressant, dass der in Berliner Hof- und Regierungskreisen besonders geschätzte, früher in Bern wirkende ungarische Professor Dr. Ludwig Stein am diesjährigen Geburtstage des Deutschen Kaisers in Gegenwart hoher Würdenträger der Universität durch einen Vortrag über den „Moralbegriff" die festliche Weihe geben konnte.

Nordsee nach dem Persischen Golfe streichenden, liberalen Regierungsformen abholden, auf Inzucht gestimmten Schützengrabens, der in einen nicht lebensfähigen, ungünstigen Wechselfällen ausgesetzten Schienenstrang von geringem nationalen Werte ausläuft, kann nimmermehr die heute noch unübersehbaren Schäden, die der Krieg wie jedem, so auch dem deutschen Staatskörper schlägt, vernarben lassen.

Videant consules!

SZENENWECHSEL.

Wissen und Leben, 1. Mai 1916.

Die Zahl derer, die ihr Denken und Fühlen ausschliesslich auf die täglichen, schon zu lange Erfolge kündenden Berichte der Heeresleitungen eingestellt haben, wobei sie dem Weltenumsturz noch heute wie einer die Nerven kitzelnden Kinodarbietung folgen, ist im Schwinden begriffen.

Der Gegenwartsmenschen mit dem selbstgefälligen Rückblick und dem sie von der Zukunft trennenden Stacheldrahtverhau geistigen Unvermögens, ihrer harrt in der Werkstatt kommender Tage, wo aus edlem, schonungslos vergossenem Blut und lobgepriesenem Hasse eine neue und bessere Weltordnung hervorgehen wird, keine nutzbringende Betätigungsmöglichkeit.

Diesen Drohnen am mühseligen und wehmütigen Neubau menschlicher Gemeinschaftsordnung sollte in einer Flattermine gesunder öffentlicher Meinung beim Friedensläuten gründlich und nachhaltig der Garaus gemacht werden.

Über des Tages Not, die in ihren Tiefen zu ergründen und fest im Auge zu behalten ist, schweife schon jetzt der Blick ruhig und zielbewusst in die Ferne, in die Zeiten der Entnüchterung, da es gelten wird, sich unter nachhaltig schwierigen Verhältnissen zum gemeinsamen Handeln im Sinne der Menschlichkeit wieder zusammenzufinden.

Den charakterfesten Futuristen, die in einer Zeit staatlich einheitlich gestempelter Gesinnung die Feuerprobe eigener Denkbetätigung bestanden haben, diesen wird alsdann die geistige Führung der leidgeprüften Massen als Pflichtgebot zufallen.

Wer heute Zerstörung predigt, kann nicht morgen den überzeugungstreuen Versöhnungsapostel oder gar einen Vertrauen auslösenden Freund darstellen. Sie sollten auf ihr kriegszeitliches Vorleben hin peinlichst unter den Scheinwerfer genommen werden, jene Weltbeglücker, die beim Friedensnahen sich allerorts eilfertig in den Vordergrund drängen werden. Denn blutfrohe Hände und ein auf Vernichtung sinnendes Hirn sind alsdann am wenigsten geeignet, in ehrlicher Tendenz tragsichere Verständigungsbrücken zu schlagen.

Soll der Weltenwunsch nach einem gesunden und dauernden Frieden der Verwirklichung entgegengeführt werden, so wird die Forderung sich

gebieterisch durchzusetzen haben, dass der Völkerfrieden von Männern aufgebaut und gesichert wird, die an der Auslösung des Völkerschlachtens weder Verantwortung noch Anteil hatten.

Diese Prämisse lässt sich nicht wegdozieren: sie ist das Gebot der Stunde. Wo Millionen ihr Leben hingeben mussten, wo unberechenbare Kultur- und Materienwerte der Vernichtung anheimfielen, da müssen zunächst die leitenden Männer, die berufen und entlohnt waren, eine alles Grauen übertreffende Katastrophe zu verhindern, von der Szene verschwinden, bevor ein zum Frieden führender Gedankenaustausch mit einiger Aussicht auf Erfolg beginnen kann.

Wie könnte erwartet werden, dass A oder B oder andere zu einer den Interessen ihrer Länder dienlichen Verständigung gelangen, wenn sie sich gegenseitig als die treibende Kraft des Ausbruches und der Fortdauer des Krieges mit scharfer Rede und in leidenschaftlicher Pressfehde bekämpften, wenn sie im gegnerischen Lager, zu Recht oder zu Unrecht, als die Verkörperung alles Weltleides durch lange Monate geschmäht wurden?

Nur Persönlichkeiten, die ausser amtlichem Zusammenhang mit dem Kriegsbeginn stehen, können sich vorurteilsfrei und ihrer selbst sicher, zusammenfinden, um das Geschick der Länder von dem Fluche des Krieges und seiner zehrenden Folgen, soweit es noch möglich, zu entlasten. Bei dem elementaren, noch künstlich zurückgedämmten Friedenssehnen, das durch die Welt geht, würden solche in ihrem Vorwirken nicht kompromittierte Männer die einleitende Formel für einen versöhnlichen Frieden wohl unschwer finden.

Längst vor Kriegsausbruch war das politische Klagelied in allen Ländern darauf gestimmt, dass die Geschicke der Völker in Händen unzulänglicher Männer lagen. Das traf, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen, für ihre Fähigkeiten, das traf für ihre Auffassung nationaler Pflichten zu. Nun war es im Verlaufe des Krieges recht interessant zu beobachten, wie sich nach dieser Richtung in den verschiedenen Ländern das Verantwortungsgefühl, gepaart mit politischer Weisheit, betätigte. Der entschlossenen Ausschiffung ungeeigneter Regierungsmänner, der Erweiterung und Umformung der Kabinette durch Hinzuziehung bisher oppositioneller Elemente, der Mitarbeit der Parlamente stand ein starres Festhalten an den bisherigen Zuständen, in der Personenfrage, wie in der Geistesrichtung gegenüber. Einerseits: unter dem scharfen Lampenlicht der Kritik Rede und Antwort stehende, aus eigenen Ideen schöpfende Staatsmänner; andererseits: Lenker von Nationalgeschicken in eremitenhafter, verantwortungsscheuer Zurückgezogenheit

Hier die richtige Erkenntnis von der Tragweite neuer Weltgesetze, dort die verhängnisvolle Selbst- und Völkertäuschung, dass ein solches Weltbeben die innerpolitischen Verhältnisse unberührt lassen könnte, und dass man gewissen Forderungen, die logisch berechtigt und durch unerhörte Opfer geheiligt sind, die Bewilligung trotzig versagen könne.

In der Tat: das durch den brausenden Sturzbach menschlicher Irrungen getriebene Rad der Zeit bedarf eines neuen lebendigen Geistes, um die gewaltig erzeugte Schwungkraft in segenbringende Arbeitsnutzung zurückzuleiten.

Wissen und Leben, 15. Mai *1916.*

HUBER UND COX

ein zeitgenössisches Gespräch von Bernhard Guttmann. Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena 1916.

Von einem politisch fein geschulten Kopfe, einem der besten Vertreter deutschen Auslandjournalismus, dessen vertraute Kenntnisse und objektive Würdigung der deutschen sowie englischen Gedankenwelt sich in geistreicher Schärfe offenbart, hat die völkervergleichende Literatur durch die vorliegende Veröffentlichung eine Bereicherung dauernden Wertes erhalten.

Überaus feinsinnig ist das Gespräch zwischen einem Deutschen und einem Engländer durchgeführt. Die in beiden Lagern gepflegten, vielfach einseitigen Weltanschauungen sind meisterhaft, oft mit gesundem Humor geschildert. Auch die politischen Über- und Untermenschen der zwei Nationen kommen geschickt zum Wort.

An manchen Stellen wird man an die seit Kriegsausbruch mit mehr blinder Leidenschaft als realer Vernunft geführte Presskontroverse erinnert, jener wohlgefälligen Selbstberäucherung und intoleranten Schmähsucht, die ihre unheilvolle Wirkung noch lange nach eingetretener Waffenruhe ausüben wird. Aber wie schliesslich der Gedankenaustausch zwischen Huber und Cox in ein Vorahnen besserer, von gegenseitigem Verständnis und toleranter Würdigung getragenen Zeiten ausklingt, so belebt sich die Hoffnung, dass auch die beiden so hochwertigen Nationen hinter ihren hier gedachten Wortführern nicht zurückstehen werden.

Diese in nicht alltägliche Form gekleidete Veröffentlichung verdient somit weiteste und verständnisbereite Verbreitung. Sie ist in hohem Masse berufen, besonders in den Ländern der beiden Vettern, selbsterkennend, klärend und annähernd zu wirken.

R. S-R.

OFFENER BRIEF AN SIR EDWARD GREY.[1])

Nr. 808, Neue Zürcher Zeitung, 21. Mai 1916.

Sie wollen mir, hochgeehrter Sir Edward, gestatten, Ihnen im Nachstehenden meine Auffassung über den Inhalt der Unterredung, die Sie dem Vertreter der „Chicago Daily News" gewährten, und deren Wortlaut in der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 15. d. M. (Nr. 775) veröffentlicht wurde, zu unterbreiten.

Wenn ich zu Ihren an die deutsche Adresse gerichteten Ausführungen solchergestalt Stellung nehme, so darf ich darauf hinweisen, dass ich mich während der dem Kriegsausbruch vorausgehenden Jahre auf beiden Seiten des Kanals wiederholt im Sinne einer gesunden deutsch-englischen Verständigung öffentlich betätigt habe. Dass ich nach mehrjährigem Aufenthalte

[1]) Herr Said-Ruete, der nicht zum wenigsten durch seine Mitarbeit an „Wissen und Leben" in der Schweiz einen angesehenen Namen als Publizist gemacht hat, übergibt uns vorliegenden offenen Brief zur Veröffentlichung.

in Ägypten, freier Entschliessung folgend, meinen Wohnsitz in England wählte, ohne dass dadurch das freudige Zugehörigkeitsgefühl zu meiner deutschen Heimat gelitten hätte; da ich auch heute noch der festen Überzeugung lebe, dass das Wohl der zwei mir werten Nationen wie das des Weltkreises auf eine vorurteilsfreie Annäherung der beiden Länder gebieterisch hinweist — diese Tatsachen seien meinem Schreiben hinlänglich Begründung und Rechtfertigung.

In Ihren dem amerikanischen Journalisten gegenüber gemachten Darlegungen sehe ich die Formulierung derjenigen Gesichtspunkte, unter denen England bereit wäre, den Friedenspakt mit Deutschland zu schliessen. Ich darf Ihnen einleitend sagen, dass mir alle bisherigen plein air-Erörterungen über Friedensbedingungen, aus welchem Lager und von welcher Stelle sie auch kamen, als der Sache selbst kaum nützlich erscheinen. Sie kranken durchweg an einer im Lichte der Geschichte sicherlich nicht aufrecht zu erhaltenden Beteuerung eigener makelloser Unschuld, dem somit folgerichtigen Bestreben, die Kriegsverantwortung der Gegenseite im Vollumfang zu buchen und endlich stellen dieselben Maximalforderungen auf, wo doch nach Lage der Dinge nur Minimalbedingungen eine Verständigung von dauerndem Werte versprechen. So beurteile ich Ihre hier in Rede stehende Kundgebung, so bewerte ich bis zu einem gewissen Grade die letzte Reichstagsrede Bethmann Hollwegs.

Es handelt sich heute für beide Teile darum, unter Ausschaltung aller Gehässigkeitsmomente, in billiger Würdigung der gegnerischen Geistesrichtung, Annäherungsmöglichkeiten zu finden — nicht einseitig Forderungen zu stellen. Die letzteren führen zu einer Verhärtung der durch den Krieg bereits ins Masslose gesteigerten Gegensätze; die ersteren eröffnen die Möglichkeit zu weiterem Gedankenaustausch, der bei beiderseitig gutem Willen die mittlere Linie gesunder Wechselbeziehungen nicht unschwer ergeben wird.

Wollen Sie also Ihrerseits das Bestmöglichste tun, um diesen unseligen Krieg baldigst zu beenden und sich somit weitschauend und zielbewusst in den dankbaren Dienst des höchsten Menschheitssehnens aller Zeiten stellen, so sei Ihrer Erwägung anheimgestellt, ob die Technik des Friedensschlusses im Gegensatz zu den zum Fenster heraus gehaltenen Reden nicht in erster Ordnung die stille Arbeit vertrauenswürdiger Mittelsinstanzen heischt. Ergreifen Sie nach dieser Richtung die Initiative: der Fehlschlag eines solchen Schrittes würde nur die Gegenseite belasten. Lassen Sie sich nicht dadurch abschrecken, dass im deutschen Reichstage von amtlicher Stelle Vermittlungsvorschläge, die von holländischer Seite in England vor Jahresfrist unternommen worden waren, als undiskutabel erklärt wurden, auch dass die belgische Frage zunächst eine abweisende Beurteilung erfuhr. Jede wohlgemeinte Proposition, die, um mich Ihrer Worte zu bedienen, nicht den Wahnsinnsgedanken einer Vernichtung Deutschlands in sich birgt, muss heute, da es sich um den mühseligen Wiederaufbau schonungslos zerstörter Kultur- und Materienwerte handelt, der geneigten Erörterung Anreiz und Ansatzmöglichkeit bieten. Handelt es sich doch in den Hauptrichtlinien um Lebensfragen der Nationen, die (bevor eine Stellungnahme erfolgt) aus dem

engen Beurteilungskreise einzelner in die freie Atmosphäre öffentlicher Meinungsäusserung logischerweise hinübergeführt werden müssen.

Ich komme zu dem Kernpunkt Ihrer Darlegungen. Sie stellen dem Vierverband als Hauptaufgabe dieses Krieges die „Zerstörung des preussischen Militarismus". Ohne hier darüber diskutieren zu wollen, ob und in welchem Umfange der „preussische Militarismus", so wie er in England aufgefasst und ausgelegt wird, tatsächlich besteht, inwieweit er zur Auslösung des Krieges ausschlaggebend beigetragen hat, möchte ich doch ernstlich bezweifeln, dass einer solch gearteten Geistesrichtung durch äussere Zwangsmittel mit Erfolg befreiend zu Leibe gegangen werden könnte. Ich glaube vielmehr, dass die schmerzlichen Erfahrungen und herben Ernüchterungen dieses Massenmordens überspannten Machtgelüsten, wo immer sie gehegt wurden, der wirksamste Zuchtmeister sein wird. Hat der Glauben bestanden, dass brutale Gewalt das höchste Gesetz bedeute, so wird er an den eindrucksvollen Lehren dieses Krieges, an einer sich von innen heraus betätigenden, stetig schwellenden Gegenströmung, zerschellen.

Für die Gestaltung der Völkergeschicke sind Waffenerfolge heutigen Tages allein nicht ausschlaggebend. Sie werden im Zeitalter hochentwickelter, den Weltkreis umspannender wechselseitiger Handelsbeziehungen zu gutem Masse in ihrer Wirkung von wirtschaftspolitischen Momenten beeinflusst. Darüber vermag der periodische Notbehelf einer durch alle Adern pulsierenden, die Staatswirtschaft fast erdrückenden Kriegsindustrie nicht hinwegzutäuschen. Und noch eins: ohne die Imponderabilien der neutralen Sympathien vermögen sich die durch Blut und Eisen erzielten Vorteile nicht dauernd durchzusetzen.

Das Gespenst des Militarismus ist erst durch den Krieg aktuell geworden. Es bedarf wie sein Gegenstück, der Begriff von der Freiheit der Meere, zunächst exakter Definition, um als internationales Diskussionsobjekt seine Berechtigung zu erweisen. Militaristische Gelüste können nur dort einen Nährboden finden, wo es der starken staatsmännischen Faust zu deren Zügelung gebricht. Die Freiheit der Meere wurde erst in Frage gestellt, als die Kriegsfurie die Schlagbäume der Behinderung über nasse und trockene Grenzen senkte.

Sie sagen zutreffend: „Wenn die Menschheit nach diesem Kriege nicht gelernt hat, künftige Kriege zu vermeiden, dann war der Kampf umsonst." Mir will scheinen, als ob zur Erreichung dieses Zieles bereits genug gekämpft und vernichtet wurde. Ruhige Köpfe, die aus dem Ergebnis der im Blutstrome entschwundenen letzten 22 Monate eine Zwischenbilanz ziehen, dürften zu gleichem Schlusse kommen. Nicht die Fortsetzung des sinnenverwirrenden Krieges, sondern ein Abbruch des Streites wird erst die Geister klären und den Weg zu besonnenem Einlenken weisen, zu einem Zurückbekennen auf die Kulturwerte des Europäertums, die sich durch wahllose Anlehnungen nach Ost und West verflachten.

Das Osterfest hat Deutschland und England nicht ohne Mitwirkung ihrer Gegner ein unwillkommenes Kuckucksei in Gestalt der amerikanischen Note und des irischen Aufstandes beschert.

Ich wende mich im Namen aller derer, die einen vernunftsgemässen und somit auch ehrenvollen Frieden herbeisehnen, an Sie, hochgeehrter Sir Edward,

indem ich gern der Hoffnung Ausdruck gebe, dass, soweit es an Ihnen ist, nichts unterlassen werde, die Welt einem verheissungsvollen Pfingsten entgegenzuführen.

In aller Hochachtung

RUDOLPH SAID-RUETE.

MILITARISMUS.

Nr. 1064, Neue Zürcher Zeitung, 3. Juli 1916.

Die Entente hat sich, nach den Äusserungen ihrer Staatsmänner und Journalisten zu schliessen, die Vernichtung des „preussischen Militarismus" zum Kriegsziel gesetzt. Somit ist die Annahme berechtigt, dass der Vierverband die Waffen niederlegen und den Zentralmächten in geneigten Friedensbedingungen begegnen würde, sobald der Weltkreis von der — wie sie glauben — einer ruhigen und gedeihlichen Entwicklung der Völkerbeziehungen feindlichen Machtströmung nachhaltig befreit sei.

Bei diesem Stande der Dinge wäre es im nationalen Interesse gleich kurzsichtig wie verhängnisvoll, wollte man deutscherseits den Kampf gegen den Militarismus, als dieses Krieges nicht unwesentlichsten Drehpunkt, von hoher Warte ignorieren, seine Berechtigung kurzerhand und kommentarlos in Abrede stellen. Der unduldsame Streit der starren Geisteswelten, unter dessen schwülem Druck der Erdkreis heute erbebt, der in seinen weitreichenden Konsequenzen den Waffengang nicht nur kompliziert, sondern auch sein Ergebnis erheblich beeinflusst, macht die sachliche Erörterung des Militarismus zu einem Pflichtgebot derer, die sich allen Anfeindungen und niedrigen Machenschaften zum Trotz nicht scheuen, im Sinne der Menschheit zum Friedensproblem öffentlich Stellung zu nehmen.

Der Militarismus, aufgefasst als jene Geistesrichtung, die die staatsmännischen Entschliessungen militärischen Gesichtspunkten und Aspirationen unterwirft, anstatt diese zu dominieren, ist kein Hirngespinst der Phantasie — er ist eine Tatsache, mit der ernstlich gerechnet werden muss, zu deren Beseitigung noch schwere, zielbewusste Arbeit zu leisten sein wird. Dieselbe ist einwandfrei festgestellt und durch Bezeugungen aus allen Lagern belegt worden. Die Leser der „Neuen Zürcher Zeitung" werden die zu Ende Juli v. J. veröffentlichten geistesscharfen Aufsätze „Militarismus und Demokratie" noch in guter Erinnerung haben. Sind sie doch mit das Beste, was zu diesem Thema, soweit es sich um eine streng objektive Darstellung handelt, geschrieben wurde; sie haben bleibenden Wert.

Kann dem Sturmlauf gegen den Militarismus somit offenen Blickes die Berechtigung nicht abgesprochen werden, so sei doch logischerweise immer wieder darauf hingewiesen, dass es sich, wie Professor Fr. W. Foerster erst unlängst in den Spalten dieser Zeitung so treffend und klar ausführte, um

ein Erbübel handelt, dessen Wiege in Frankreich stand, dessen Entwicklung der imperialistischen Eroberungspolitik Napoleons zum Unheil Europas vorbehalten blieb. Die Tatsache, dass Frankreich diesen Schädling aus seinem Organismus inzwischen zum guten Teil auszusondern verstand, stellt dem durch herbe Erfahrungen geläuterten Klarblick der Nation allerdings ein anerkennenswertes Zeugnis aus.

Wie heute Frankreich im Bunde mit seinen Alliierten dieser Völkergeissel, entgegen der erwiesenen eigenen Vaterschaft, Fehde und Vernichtung kündet, so wird auch in Deutschland — wohl schneller als allgemein angenommen — der Tag kommen, da der Begriff des Militarismus seines Wohlklanges beraubt, in seiner den internationalen Wechselbeziehungen, dem eigenen inneren Aufbau hinderlichen Wirkung erkannt und verworfen wird.

Nur ist es ein fundamentaler Irrtum, wenn die Gegner Deutschlands dieses Ergebnis durch äusseren Druck, der nur stärkeren Gegendruck auslösen würde, glauben erzielen zu können. Der Wandel wird und muss sich von innen heraus, nicht elementar-überstürzt, sondern zielsicher-harmonisch durchsetzen. Nicht der Rat der Alten, der sich, da ihm zu einer neuen Weltordnung die Kraft der Anpassungsfähigkeit gebricht, an das Gewesene klammert, wird den Weg zu geläuterten Zeiten weisen. Nicht die Daheimgebliebenen, die den Blut- und Tatendurst am warmen und sicheren, vielfach recht einträglichen Feuer billiger Begeisterung nährten, werden das Signal zum Abbau und Umlernen geben.

Nein, wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird der Kampf gegen irregeleitete Machtbestrebungen aus den Reihen der Heere selbst aufgenommen und hoffentlich zu gutem Ende durchgeführt werden. Jene Männer, die dem Tode und der schonungslosen Vernichtung durch Jahre standhaft ins Auge schauten, die Familie und Beruf verliessen, um in schlichter Grösse für das Vaterland zu streiten, die die Blüte der Nation dahinsterben sahen, ihnen wird es heimkehrend zum Bewusstsein gelangen, dass die höchsten Güter weit wirkungsvoller durch eine erschütterungssichere, wohlkontrollierte Regierungsform als durch die Gewalteruption eines alle Missgriffe Weniger sühnen sollenden Massenmordens geschützt werden.

Die ernsten, erprobten Männer des Schwertes werden mit Nachdruck auf einen dauerhaften, gesunden Frieden drängen, der ihnen und späteren Generationen die Wiederholung einer solchen Weltkatastrophe erspart, der ihnen gestattet, in schwerer friedlicher Arbeit das Verlorene, wenn auch nur teilweise, wiederzugewinnen und auszubauen. Dies wird ihnen der höchste Preis für die gebrachten Opfer scheinen, und sie werden jene Etappen- und Heimkrieger, die ihre überspannten Friedensforderungen mit den Verlusten anderer zu motivieren suchen, abzufertigen wissen.

Aus den Schützengräben wird ein Geschlecht rückwandern voller Achtung für seine Gegner; es wird sich mit Widerwillen abwenden von der verwerflichen und niedrigen gegen den Feind gezüchteten Hassesstimmung, die ihnen daheim entgegenschlägt. Jene Millionen zu friedlichem Tun zurückflutenden Männer werden in allen Ländern im eigensten Interesse eifersüchtig darüber wachen, dass unter Zurückweisung jeglicher Sonderbestrebungen die Beziehungen zum Auslande wieder verständnisvoll geknüpft und in richtiger Würdigung der völkischen Eigenheiten gepflegt und gefestigt werden.

Diese Erkenntnis von dem, was sich unaufhaltsam zunächst noch unter der Oberfläche vorbereitet, sollte zu einer auf den Kriegsabschluss hinzielenden Neuorientierung führen: Der Militarismus, soweit er eine beständige Friedensgefährdung bedeutet, wird von denen am schärfsten bekämpft und niedergehalten werden, die in seinem Dienste zur Waffe greifen mussten.

Ein Lichtblick im Nebelmeer der Zeiten!

ZUM MILITARISMUS.

Wissen und Leben, 1. August 1916.

Hochgeehrter Herr Professor Bovet!

Ihre Bitte, mich in „Wissen und Leben" zu der Frage des „Militarismus" zu äussern, hat mich insofern in Verlegenheit gesetzt, als ich mich mit diesem Thema bereits letzthin in der „Neuen Zürcher Zeitung" — 3. Juli d. J. (Nr. 1064) — eingehend befasst habe.[1])

Doch da ich mit Ihrer Auffassung völlig einig gehe, dass im gegenwärtigen Moment eine sachliche und tiefgründige Erörterung dessen, was man in den Kreises von Deutschlands derzeitigen Feinden unter „preussischem Militarismus" versteht, aber auch wie derselbe im eigenen Lager beurteilt wird, auf alle Teile klärend und friedenfördernd einwirken muss — und da, wie Sie treffend bemerken, die Bekämpfung des „Militarismus" bei den Friedensverhandlungen und in alle Zukunft eine führende Rolle im Sinne einer gesicherten Weltordnung spielen wird, so glaube ich mich Ihrer ehrenden Aufforderung, Ihrem Appell an meine bisherige bescheidene Mitarbeiterschaft nicht entziehen zu sollen.

Es dürfte der Sache am besten dienen, wenn ich aus einer Denkschrift, die ich Herrn von Bethmann Hollweg Ende Mai d. J. unterbreitete, im Nachstehenden einen einschlägigen Passus wiedergebe.

Wie noch erinnerlich, hatte der Reichskanzler dem Vertreter der „New York World" als Antwort auf die seitens Sir Edward Grey der „Chicago Daily News" gemachten Ausführungen ein Interview gewährt.

Es verlohnt sich, die Äusserungen der beiden Staatsmänner bezüglich des Militarismus zunächst im Wortlaut gegenüberzustellen.

Sir Edward Grey hatte auf die Frage des amerikanischen Journalisten, was er unter „Zerstörung des preussischen Militarismus" verstehe, wie folgt geantwortet:

> „Preussens Ziel ist, wenn wir es recht verstehen, die Erkämpfung seiner Suprematie; es erstrebt ein nach seiner Auffassung gefügtes und von ihm beherrschtes Europa. Es will über unsere und die Freiheit seiner Nachbarn verfügen. Wir aber sagen, dass ein Leben unter solchen Be-

[1]) Siehe den Aufsatz: „Militarismus" Seite 114.

dingungen unerträglich wäre. Frankreich, Italien und Russland sagen dasselbe. Aber wir bekämpfen nicht bloss dieses Bestreben Preussens, ganz Europa zu behandeln, wie es das nichtpreussische Deutschland behandelt hat, sondern wir bekämpfen auch jenen deutschen Gedanken, welcher den periodisch wiederkehrenden Krieg für eine Wohltat, ja sogar für etwas Wünschenswertes erklärt. Unter Bismarck hat Preussen drei wohlüberlegte Kriege herbeigeführt. Wir aber wollen einen für Europa sicheren Frieden, der alle gegen einen Angriffskrieg schützt. Die deutsche Philosophie lehrt, dass ein wohlbegründeter Friede für den menschlichen Charakter Zersetzung, Entartung und Verlust seiner heroischen Tugenden bedeute. Setzt sich eine solche Denkweise mit den Mitteln der Gewalt in die Praxis um, dann bedeutet das eine ewige Beunruhigung, ohne Ende wachsende Rüstungen, die Verhinderung des Fortschrittes der Menschheit auf dem Gebiete der Zivilisation und der Humanität. Deshalb bekämpfen wir diese Philosophie. Wir glauben nicht, dass der Krieg die beste Methode zur Regelung von Streitfällen unter den Nationen sei; wir glauben, dass es bessere Mittel gibt, die immer zum guten Ende führen, wenn die Parteien guten Willens und nicht vom Geist des Angriffs beherrscht sind Wir glauben an den Wert der diplomatischen Verhandlungen, der internationalen Konferenzen. Wir haben eine solche Konferenz vorgeschlagen, bevor dieser Krieg losbrach. Deutschland hat unser Anerbieten ausgeschlagen."

Darauf erwiderte — wie Harden schrieb: „nicht in begnadeter Stunde" — der deutsche Reichskanzler:

„Und dann der Militarismus! Wer war es, der in den letzten zwanzig Jahren mit Militarismus Politik getrieben hat? Deutschland oder England? Denken Sie doch an Ägypten, an Faschoda. Fragen Sie die Franzosen, welche Macht damals Frankreich durch seine Drohungen die Demütigung auferlegte, die damals als die „Schmach von Faschoda" bitter empfunden wurde. Denken Sie an den Burenkrieg, an Algeciras, wo England nach der eigenen Erklärung Sir Edward Greys Frankreich zu verstehen gab, dass es im Falle eines Krieges auf Englands Hilfe rechnen könne, und die Generalstäbe beider Länder sich entsprechend zu verständigen begannen. Dann kam die bosnische Krisis. Deutschland war es, das damals den Krieg abwendete, indem es Russland zur Annahme eines Vermittlungsvorschlages bewog. England gab in Petersburg sein Missvergnügen mit dieser Lösung zu erkennen. Sir Edward Grey aber erklärte bei dieser Gelegenheit, wie mir zuverlässig bekannt ist, er glaube, die englische öffentliche Meinung würde, falls es zum Kriege gekommen wäre, die Beteiligung Englands an Russlands Seite gebilligt haben.

Dann Agadir. Wir waren im besten Zuge, unsere Differenzen mit Frankreich im Verhandlungswege zu schlichten, als England mit der bekannten Rede Lloyd Georges dazwischenfuhr und die Kriegsgefahr heraufbeschwor."

Nachdem aus meiner Feder ein „Offener Brief an Sir Edward Grey"[1]) in der „Neuen Zürcher Zeitung" — 21. Mai d. J. (Nr. 808) — in dem ich auch

[1]) Siehe Seite 111.

zu seinen Ausführungen über den „Militarismus" Stellung genommen hatte, veröffentlicht war, führte ich in der oben angezogenen, dem Reichskanzler übermittelten Denkschrift[1]) zu gleichem Thema folgendes aus:

„UND DANN DER MILITARISMUS!"

Die von Eurer Exzellenz angezogenen Belege für eine in England herrschen sollende militaristische Geistesrichtung erbringen den Beweis, dass der Begriff des Militarismus noch heute in beiden Lagern grundsätzlich verschiedene Auslegung findet. Die „Westminster Gazette" hat dieser Tage die in England allgemein anerkannte Definition des Militarismus, die von derjenigen Eurer Exzellenz erheblich abweicht, gebracht.[2])

Die Frage des Militarismus wird zweifellos im Vordergrunde der Friedensdiskussionen stehen. So verlohnt es, sich mit derselben tiefgründig zu befassen.

Es sei mir gestattet, zu deren Klärung aus dem eigenen und neutralen Lager einige Auslegungen zu zitieren.

Die „Frankfurter Zeitung" schrieb nach der Zaberner Affäre in einem „Militärstaat und Bürgerstaat" betitelten Artikel wie folgt:

> „Es geht dem Militär wie anderen menschlichen Einrichtungen: Ursprünglich notwendig und nützlichen Zwecken dienend, wird die Einrichtung selbstbewusst, bekommt ihre Sonderinteressen und, was zuerst ein dienendes Glied des Ganzen war, setzt sich schliesslich an Stelle des Ganzen und will ihm gebieten. Das drastische Beispiel dieser hypertrophischen Entwicklung bietet die Geschichte des Priestertums in der Kirche; ursprünglich die Diener der Gemeinde, sind die Priester schliesslich ihre Beherrscher geworden. Und so muss auch das Militär, wenn es über seinen ursprünglichen Zweck hinauswächst, zum Hemmnis und zum Nachteil werden. Der Staat ist etwas anderes als das Militär; beider Grundlagen und Ziele sind verschieden; ebenso die Methoden, nach denen sie handeln und zu handeln haben: das Militär braucht Zwang und Unterordnung, der Staat Freiheit und Einordnung; beim Militär herrscht Kommando, beim Staat Zustimmung, die sich auf Erkenntnis stützt."

Professor Munroe Smith von der Columbia-Universität veröffentlichte im vorigen Jahre in „Political Science Quarterly" eine vielbeachtete historisch-politische Studie: „Military Strategy versus Diplomacy", in der er u. a. sagt:

> „Was meinen wir in Wirklichkeit, wenn wir behaupten, dass ein Staat militaristisch sei? Es ist klar, dass ein Staat nicht notwendig militaristisch ist, weil er für den Krieg vorbereitet ist. Er ist nicht notwendig militaristisch, weil er wie die Schweiz die allgemeine Wehrpflicht hat, oder wie Frankreich seine Bürger zu drei Jahren Militärdienst verpflichtet, oder wie die Vereinigten Staaten eine mächtige Flotte besitzt.

[1]) Siehe Fussnote Seite 7.

[2]) „Was wir mit dem deutschen „Militarismus" meinen, ist das Säbelgerassel, das Stetsgepanzertsein, das Überallerscheinen in Waffenrüstung und der stete Argwohn, dass die friedlichen Unterhandlungen, die andere Mächte zur Regelung ihrer Konflikte führen, eine Beleidigung für Deutschland bedeuten müssen. Es ist für Europa unmöglich, eine friedliche und geordnete Existenz zu führen, solange es sich fortlaufend den deutschen Vorschriften und Kriegsdrohungen unterwerfen muss."

Noch ist er militaristisch, weil er einen grossen Körper von Berufsmilitärs hat, deren spezielle Aufgabe es ist, Pläne für den Krieg zu machen, und die den Krieg mit andern Gefühlen nehmen, als der gewöhnliche Bürger. Eine Nation ist gerade insoweit militaristisch, als die bei ihrer Armee und ihrer Flotte natürlichen und beinahe notwendigen Auffassungen und Gefühle von der Zivilbevölkerung, speziell von denjenigen, welche das nationale Denken leiten und das nationale Fühlen mitbestimmen, geteilt werden. Militarismus ist bei einer Nation, wie bei einem Individuum, eine Geistesverfassung (state of mind). Je mehr das nationale Denken militarisiert ist, desto schwieriger wird es für die politischen Leiter, die militärischen Rücksichten den politischen unterzuordnen. Sie werden sogar den politischen Rücksichten meist schon darum nicht das ihnen zukommende Gewicht zu geben vermögen, weil eben ihr eigenes Denken militaristisch geworden ist. Und wenn das der Fall ist, ist der Staat selber militaristisch geworden.

Der Militarismus, das Vorherrschen militärischen Denkens, die Kontrolle der Diplomatie durch strategische Rücksichten ist naturgemäss immer eine Gefahr für den Frieden. Es bleibt der diplomatischen Aktion nicht die nötige Zeit. Der militärische Berater wird meist überzeugt sein, dass der Krieg unvermeidlich und der unmittelbare Angriff notwendig ist. Für ihn ist es fast immer eine Frage von „Leben oder Tod." Für die betreffende Nation ist es in Wirklichkeit gewöhnlich nur eine Frage grösserer oder geringerer Chancen anfänglichen Erfolges. Für den Frieden jedoch bedeutet es immer den Tod."

Professor Jeremiah Jenks von der Universität New York (Rede Anfang 1915) sieht im Militarismus:

„Ein Geisteszustand, bei dem das rein militärische Denken etwas anderes nicht mehr zum Worte kommen lasse. Ein solcher Zustand aber könne nur in einem Staat Platz greifen, in dem der Staatsmann seine Stellung an den General und den Admiral verloren und das ganze Denken des Volkes selber in dieser Richtung hypnotisiert und dirigiert werde.".

Professor Bovet (Zürich) sagt in „Wissen und Leben" (15. Mai 1915):

„Unter ‚Militarismus' verstehen wir nicht etwa die Ausgaben für das Heer, sondern denjenigen Geist, der das Soldatische moralisch höher einschätzt als das Bürgerliche, der eine Soldatenehre besonderer Güte kennt, der dem militärischen Werturteile alle anderen rein menschlichen Begriffe unterstellt und sogar unterwirft. Dieser Geist arbeitet für den Krieg; wir arbeiten für den Frieden; sein Ziel ist die Herrschaft, unser Ziel ist die Freiheit. Von einer Kultur der organisierten Gewalt wollen wir nichts wissen; sie mag Schlachten gewinnen, Städte zerstören, nie wird sie in den Gewissen die Arbeit der Jahrtausende vernichten können. Mit dem alten Römer sagen wir: *cedant arma togae*: die Waffen haben dem Rechte zu gehorchen."

Diese Männer und die ihnen Gleichgesinnten können es nicht verstehen, wenn beispielsweise 93 Vertreter deutschen Geisteslebens in einem Manifest

dem Auslande unwidersprochen zurufen, dass „ohne den deutschen Militarismus die deutsche Kultur längst vom Erdboden getilgt wäre", oder wenn eine wissenschaftliche Autorität wie Ostwald (Monistische Sonntagspredigt 1. Dezember 1914) den deutschen Militarismus als „tatsächlich den höchsten Grad der bisher entwickelten Kultur darstellt" und ferner ausführt, „dass den Gegnern Deutschlands die Fähigkeit abgeht, Sinn und Charakter dieses neuen Kulturmittels zu begreifen".

Als „Militarismus" wird das Ausland wohl auch die Äusserung eines kommandierenden Generals bezeichnen, der auf eine Beschwerde erwiderte: „Wir sind das Ministerium, wir sind der Bundesrat, wir sind der Reichskanzler, wir sind der Reichstag!" (Sitzungsbericht Deutscher Reichstag, 24. 5. 16.)

Nach dem Vorstehenden möchte ich es der geneigten Erwägung Eurer Exzellenz ergebenst anheimstellen, zur Klärung der Anschauungen, dem Friedensproblem gut vorarbeitend, an sichtbarer Stelle in bürgerlicher Fassung zu der Frage des vielfach so falsch interpretierten „Militarismus" das Wort zu ergreifen.[1]) —

Es sollte mich freuen, wenn die vorstehenden Ausführungen in etwas geeignet wären, zur Klärung des Begriffes „Militarismus", zum Abbau seiner schädlichen Tendenzen beizutragen.

Im übrigen lebe ich der Hoffnung, dass die herben Erfahrungen dieses Krieges dem Militarismus, wo immer er sein Haupt wieder erheben sollte, gründlich den Garaus machen werden. Den militaristischen, d. h. vom Machtdünkel angekränkelten Militärs, den von jenen suggerierten, widerstandsschwachen Staatsmännern, den diese Strömung geschickt nutzenden Finanzkreisen wird der „frisch fromm fröhliche Krieg" in seiner folgenschweren Realität so dauernd unschmackhaft geworden sein, wie dem Kuchenbäcker die Schlagsahne.

In steter Wertschätzung und Ergebenheit

Ihnen verbunden

ST. MORITZ-BAD RUDOLPH SAID-RUETE.

"In Germany's foreign relations, it has led to a policiy which was meant to be firm but had an appearance of arrogance and aggressiveness and easily aroused suspicion. Suspicion of Germany led to her isolation. And her isolation has finally brought on the war."

Kuno Franke, Prof. at Harvard University in "The true Germany" published in "The Atlantic Monthly" (Boston) October 1915.

* * *

„Bei der grenzenlosen Macht der Trägheit in der Welt ist die Gefahr, dass eine vor der Zeit verkündete Wahrheit die Ruhe der Gesellschaft störe, verschwindend klein gegen die andere Gefahr, dass auch nur ein wahrer Gedanke infolge von Gewalt wieder verschwinde."

Heinrich von Treitschke: Historische und politische Aufsätze, III. Band (Das Recht der freien Persönlichkeit).

---

[1]) Als der Reichskanzler den gegen ihn von konservativer Seite inszenierten [illegible]haften am 5. Juni im Reichstage nachdrücklich entgegengetreten war, schrieb [illegible] Rotterdamsche Courant: „In den Worten, dass künftig in Deutschland mehr [illegible] nach militärischen Kreisen gehört werden soll, kann man indirekt ein [illegible] erblicken."

VERSTÄNDIGUNGSMÖGLICHKEITEN.

Nr. 1436, Neue Zürcher Zeitung, 11. September 1916.

In einer Unterredung, die Sir Edward Grey Mitte Mai d. J. dem Vertreter der „Chicago Daily News" gewährte, antwortete er auf die ihm gestellte Frage, ob es wahr sei, dass England, wie Herr von Bethmann Hollweg versichere, die Vernichtung des geeinten und freien Deutschland anstrebe: „Wir haben uns nie mit einem solchen Wahnsinnsgedanken getragen (we never were smitten with any such madness). Wir wünschen nichts Derartiges, und Herr v. Bethmann Hollweg weiss das".

Nun hat vor kurzem der bayerische Ministerpräsident Graf v. Hertling, der, wie hervorgehoben zu werden verdient, gleichzeitig Vorsitzender des deutschen Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist, dem Vertreter der „New York World" gegenüber sich wie folgt geäussert: „Wir wünschen nicht irgendein Volk zu vernichten oder irgendeine Nation zu zerschmettern".

Diese sich in ihrer Tendenz vollinhaltlich deckenden Aussprüche der leitenden und verantwortlichen Männer aus den führenden Ländern beider Kriegsparteien könnten — da Versicherungen, die im eigenen Lager Glauben heischen, auch von der Gegenseite die optima fides nicht abgesprochen werden darf — eine überaus wertvolle Grundnote für eine von gutem Willen getragene Verständigung ergeben.

Jeder einigermassen fähige Anwalt vermöchte auf Grund solcher Unterlagen zwei streitende Parteien in ihrem wohlverstandenen Interesse zu versöhnen, jeder geschäftskundige Mann würde aus der gegebenen Situation eine Basis für ferneres erspriessliches Zusammenarbeiten mit seinem zuvor hartnäckigsten Konkurrenten zu konstruieren wissen. Dabei wäre allerdings Voraussetzung, dass die bisherigen Gegner über soviel persönlichen Mut und Einsicht verfügen, um das Mass eigener, sei es auch nur passiver, Schuld bei der Verständigung vollwertig einzusetzen.

Nach den betrüblichen Lehren dieses Krieges zu schliessen, finden solche banalen Selbstverständlichkeiten in den Beziehungen der Völker zurzeit keinen Resonanzboden der Erwägungen. Man resümiert vielmehr, zumeist urteilslos nachglaubend, dahin, dass der eigenen einwandfrei-gerechten und friedfertigen Sache von ruchlos frevelhafter Gegenseite der Kampf bis aufs Messer, „bis auf den letzten Mann und bis zum letzten Notgroschen" aufgedrängt sei. Dass ein solcher Ausgang der Lösungen schlimmste und widersinnigste wäre, kommt der breiten Masse im Banne der Kampfpsychose nicht zum Bewusstsein; noch weniger, dass die Advokaten dieser Anschauungen ihr eigenes Leben, sowie ausgiebige (zumeist aus Staatsgeldern reichlich fliessende) Existenzmittel nicht gefährdet wissen.

Noch bedenklicher ist es, wenn in den kriegführenden Ländern eine skrupellose, mit den niedrigsten Mitteln betriebene Verhetzung selbst von Männern, die berufen wären, unter denkbarst schwierigen Verhältnissen beim späteren geistigen und wirtschaftlichen Brückenschlage im Interesse des

eigenen Volkes mitzuarbeiten, inszeniert und belebt wird. Eine wilde Aufpeitschung der Leidenschaften, die wohl geeignet ist, den „heiligen Zorn", der Gefahr läuft, abzuflauen, immer aufs neue zu entflammen, aber sicherlich nicht dazu angetan ist, der Kriegsfurie, die man beim Feinde laut bekämpft, in ihrem verbrecherischen Wüten Einhalt zu gebieten.

Hiermit nicht genug, wird den Völkern, je schwerer die bereits gebrachten Opfer waren, um so grössere endgültige Erfolge, die dem nüchtern Wägenden weit über das Mass des Erreichbaren bzw. Wiedereinzubringenden zu gehen scheinen, verheissen. Sie werden an Hoffnungen verankert, die selbst, wenn verwirklicht, nie und nimmer die erlittenen Verluste kompensieren; sie werden mit Befürchtungen geschreckt, die übertrieben und irreführend sind. Nach dieser Richtung muss und wird — je eher, je besser — ein Wandel, eine unausbleibliche Entnüchterung eintreten.

Die eingangs zitierten Äusserungen sollten im Strudel einer vergiftenden, gehirnverhärtenden, die elementarsten Lehren der Moral verneinenden Atmosphäre den berufenen Staatsmännern einen günstigen Ansatzpunkt bieten, um unter zielsicherer Ignorierung und Desavouierung anders gestimmter, zumeist unverantwortlicher und recht durchsichtiger Forderungen sowohl auf die öffentliche Meinung ihrer Länder als auch auf die Gegenseite hinsichtlich einer Verständigungsanbahnung geschickt einzuwirken.

Wird doch der Tag kommen, da die Leiter der Völkergeschicke — dessen sollten sie eingedenk sein — ohne Umschweife Rede und Antwort zu stehen haben, da sie den Beweis bündig erbringen müssen, dass eine den realen Tatsachen entsprechende Einigung, die den berechtigten Zukunftsinteressen der Nation nicht zuwiderlief, früher und unter günstigeren Voraussetzungen zu erzielen unmöglich war.

EUROPAS WIEDERGEBURT.

Nr. 1512, Neue Zürcher Zeitung, 24. September 1916.

Prinz Alexander zu Hohenlohe wirft mit einem in der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 20. d. M. (Nr. 1487) veröffentlichten, feinsinnigen Aufsatz „Europas Selbstmord" die Frage auf, welche Persönlichkeiten berufen und befähigt wären, durch zielsicheres, energisches Eingreifen die Kulturwelt noch in zwölfter Stunde vor sicherem Zusammenbruch zu bewahren.

Als solche, am blindwütenden Kriegsgetümmel nicht unmittelbar beteiligte Männer werden der Papst und Mr. Wilson genannt. Sicherlich hatten beide die hohe Aufgabe von dem Zeitpunkte an, da der Krieg ausgelöst wurde, ohne dass sie ihn verhindern konnten oder zu verhindern versuchten, ihre ganze moralische und materielle Macht in den Dienst eines baldigen Friedens unter scharfer Einschränkung des Kampfgebietes zu stellen.

Ein Papst von mittelalterlicher Wucht wäre vielleicht nicht davor zurückgeschreckt, hätte es mit den wohlverstandenen Interessen des Heiligen Stuhles

zweckdienlich vereinbar gefunden, denen, die des weltlichen Friedens reiche Segnung allen Mahnungen zum Trotz mit Füssen traten, den Fluch und Bannstrahl seiner geistigen Gewalt, zur Besinnung eindrucksvoll zwingend, entgegenzuschleudern.

Nichts von alledem geschah. Der Heilige Vater beschränkte sich darauf, den Werken der Nächstenliebe, diesen doch immerhin recht unzulänglichen Reflexäusserungen einer gleich grausamen wie unklugen Zerstörungswut, seine warmherzige Anteilnahme zu bezeugen, vielfach zu segensreichem Wirken die edle Anregung und tatkräftige Förderung zu geben.

Darüber hinaus hatte der Papst, soweit es sich mangels einer vatikanischen Dokumentenpublikation beurteilen lässt, keine besonders glückliche Hand. Als dieser Tage die vielbemerkte Abberufung des Nunzius in Wien, Scapinelli, erfolgte, musste offen zugestanden werden, dass diese Massnahme durch den völligen Misserfolg der päpstlichen Politik Österreich gegenüber bedingt wurde. Dass die Frieden heischende Macht der katholischen Kirche sich leider auch in andern Kriegsländern, selbst in ihren innern Streitigkeiten, nicht durchzusetzen vermochte, ist bekannt. Möglicherweise hätte ein gut inszenierter, von Rom ausgehender geist- und kraftvoller Appell an die Menschheit — voll innerer Wärme und kalter Entschlossenheit — bessere Dienste geleistet als die Pflege geheimnisvoll-diplomatischer Wechselbeziehungen, deren völliger Bankerott in weltlichen Dingen durch den Gang der Ereignisse bereits blutrot besiegelt war.

Die Stellung Amerikas zu der europäischen Selbstentleibung wird eines der interessantesten der noch zu schreibenden Kapitel dieses Weltkrieges darstellen. Sei auch der Begriff der Neutralität nicht so widersinnig aufgefasst, dass „wer nicht für mich ist, gegen mich ist", so dürfen die Zentralmächte doch wohl auf Grund guter Unterlagen feststellen, dass sie die Sympathien der neuen Welt nicht in der Majorität auf ihrer Seite haben. Das ist für sie beklagenswert; aber die Beziehungen der Völker sind nun einmal den gleichen Gesetzen wie diejenigen der Einzelwesen unterworfen: Neigungen lassen sich nicht erzwingen, sie wollen erworben sein. Deshalb sollte man auch in den noch neutral gebliebenen Ländern bei Auswahl der Mittel und der Persönlichkeiten besondere Vorsicht walten lassen.

Wie Prinz Hohenlohe richtig darlegt, würde der Krieg, wenn Amerika nicht die Munitionsversorgung des Vierverbandes auf das ausgiebigste gefördert hätte, bereits entkräftet sein. Hier sei an den im Sommer des vorigen Jahres zwischen den Regierungen Österreich-Ungarns und der Vereinigten Staaten bezüglich der Munitionslieferungen gepflogenen Notenwechsel erinnert. Damals erhielt Burian von seiten Lansings die Antwort, da Deutschland und die Doppelmonarchie während des südafrikanischen Krieges, trotz der Abgeschlossenheit des einen Kriegführenden vom Handelsverkehr, doch auch an Grossbritannien gewaltige Mengen von Munition geliefert haben, die Beschwerde nicht als stichhaltig anerkannt werden könne. Gleichzeitig wurde von Amerika die Meldung verbreitet, dass auch Deutschland dort erhebliche Munitionsaufkäufe ausführe zu dem Zweck, die Lieferungen an die Entente zu schmälern.

Es lässt sich kaum erwarten, dass Amerika seine bisher verfolgte Rolle wesentlich modifizieren dürfte. Leider wurde auch von übereifrigen Neutra-

litätsverfechtern schon mehrfach eine etwaige friedensvermittelnde Aktion Wilsons, da dessen Neigungen zu einseitig festgelegt seien, als unannehmbar rklärt.

Es ist somit wenig Aussicht vorhanden, dass die sehnsüchtig erwarteten Friedenstauben vom Vatikan oder Weissen Hause aus ihren verheissungsvollen Flug antreten werden.

Nach dem Stand der Dinge darf auf eine erfolgreiche Friedensaktion der Aussenstehenden, so nützlich sie hätte sein können, also kaum noch gerechnet werden. Ebensowenig praktisch-zufriedenstellende Arbeit werden die um Thron und Stellung nur allzu ängstlich besorgten kriegführenden Dynastien und Regierungen leisten. Beteuert doch jede, dass ihre weitgehend friedfertigen Vorschläge, deren konkrete Fassung aber der Öffentlichkeit vorenthalten wird, auf der Gegenseite keinen Resonanzboden finden. So werden weiter nach Millionen die billigen Menschenwerte vernichtet und zu Milliarden teure Kriegsanleihen neu in den Druck gegeben. Das Fleisch erweist sich so geduldig wie das Papier.

Soll ein Wandel eintreten, soll dem Selbstmord von oben eine Wiedergeburt von unten folgen, so muss der Wille zum Frieden weit eindrucksvoller als bisher von den Völkern selbst zur Geltung gebracht werden. Sie haben des Krieges und seiner Folgen Not voll auszukosten, sie haben ein vitales Interesse daran, dass ihnen ein dauernder und vernunftsgemässer Friede, der Erholungs- und Entwicklungsmöglichkeiten in sich birgt, beschieden wird — selbst auf die Gefahr hin, zunächst durch die reale Kriegsbilanz gebotene kluge Konzessionen machen zu müssen.

Wären heute nicht alle Anschauungen bis ins Masslose verwirrt, die Völker würden sich ihres Selbstbestimmungsrechts nicht blindlings und kurzerhand ohne Kontrollgewalt begeben. Sie würden den Dunstkreis der Lüge, der sie umgibt, zu sprengen trachten, sie würden die lauten „patriotischen“ Stimmungsmacher — „patriotism is the last refuge of a scoundrel“ (Samuel Johnson) — auf die Selbstlosigkeit ihrer Motive hin scharf unter den Scheinwerfer nehmen. Aus der Völker Mitte müssen die aufrechten Männer erstehen, die zu einem auf Wahrheit, nicht auf Macht fundierten Frieden den Weg weisen.

Die Wiedergeburt Europas wird sich unter dem flammenden Zeichen der Wahrheit vollziehen!

Magna est veritas et praevalebit.

AN DIE INTERNIERTEN KRIEGSGEFANGENEN.

Nr. 1552, Neue Zürcher Zeitung, 30. September 1916.

„Den Feind auch darf man nimmer anders hassen, als ob zum Freund er wieder werden sollte."

Ajax, im Drama des Sophokles.

Die lachenden Fluren, der Seen schimmernde Spiegel, die trotzig in die Schnee- und Eisregionen aufragenden Berge dieses gastlichen Landes — sie grüssen euch täglich aufs neue. Ihr müsst weit zurückgehen in der Erinnerung, um Eindrücke wachzurufen, die diese Umgebung gepaart mit der freiheitatmenden Luft in euch aufsteigen lassen. Wohl viele gedenken der längst verklungenen Erzählungen aus dem Märchenreich, da Leid von Glück abgelöst wurde, von dem die Mutter euch in der Kindheit sprach, denen ihr losgetrennt von der euch umgebenden Alltagswelt andächtig und im Zweifel befangen lauschtet. Und nun sind diese Anklänge frühester Jugend euch im Mannesalter nach schwerem Erleben zur Wirklichkeit geworden! Das verdankt ihr in erster Linie nächst der hochherzigen Anregung Seiner Heiligkeit des Papstes der unermüdlichen, opferfreudigen Liebestätigkeit der Schweiz. Diesem schönen, wie jedem Fremden bewusst, an mustergültigen Einrichtungen so reichen Lande und seinen prächtigen, charakterstarken Bürgern sollte diese vornehme Betätigung edler Menschlichkeit allzeit unvergessen bleiben! Hinter euch liegen die Zeiten des Kummers und der Entbehrung. Im Dienste und zum Schutze der höchsten Güter eurer geliebten Heimat habt ihr Familie und Freundeskreis, Beruf, Haus und Hof verlassen, seid pflichttreu hinausgezogen in den Kampf, musstet des Krieges seelisches und körperliches Weh in seiner ganzen Schwere auf dem Schlachtfelde und in der Gefangenschaft erfahren. Dafür ist euch des Vaterlandes bleibender Dank gewiss!

Über die in der Gefangenschaft gesammelten Erfahrungen und deren Nutzanwendung seien im Nachstehenden wenige Worte an euch gerichtet. Dem Manne selbständigen Fühlens und Denkens ist der Verlust der Freiheit mit Recht ein Begriff harten Leidens. Wieviel mehr muss es ein jeder unter euch empfunden haben, da er sich in langer, entbehrungsreicher Abgeschlossenheit von der Aussenwelt, die in ihrer bedrückenden Wirkung durch körperliche Schmerzen und geistige Qualen noch erhöht wurden, der Freiheit entgegensehnte. Oft mag in euch der Groll gegen den Feind, den ihr in den zu Wächtern gesetzten, gestrengen Männern verkörpert saht, lebendig geworden sein. Das wäre begreiflich und verständlich. Und doch: Heute, wo ihr, losgelöst von den unmittelbaren, aufreizenden Eindrücken der Gefangenschaft, erfrischten Geistes und in fortschreitender Genesung zurückdenkt an das, was die schonungslosen Gesetze des Krieges euch zu durchleben beschieden, werdet ihr euch sicherlich auch manchen edeln Zuges menschlicher Teilnahme, persönlichen Wohlwollens, gerechter Denkungsart entsinnen, denen ihr in einer rauhen Umwelt begegnetet.

Diese, wenn auch vielleicht nur schwachen aber doch lichtvollen Ansatzpunkte, die euch versöhnend mit der Vergangenheit binden, sollt ihr hiermit gebeten sein, in Erkenntlichkeit zu überdenken und zu pflegen. Solchergestalt werdet ihr, wenn eines hoffentlich nicht allzufernen Tages in die Heimat zurückkehrend, befähigt sein, der hohen Mission, die eurer harrt, und auf deren Erfüllung im Sinn eines dauernden Friedens alle Wohlgesinnten vertrauen, voll gerecht zu werden. Hat sich doch leider vielfach in den kriegführenden Ländern bei den Daheimgebliebenen unter dem stetig zunehmenden Druck der Zeiten — je länger je mehr — ein Strom unschöner Verleumdung und niedrigen Hasses wider den Gegner ausgelöst, wie er den meisten von euch im Angesicht des Feindes, den man bekämpfen und dennoch achten kann, erfreulicherweise fern geblieben ist. An euch wird es sein, auf Grund der in Feindesland erworbenen Anschauungen, in gerechter Würdigung der allerorten, auch in eurem eigenen Lande, durch den Krieg hervorgerufenen unerfreulichen Begleiterscheinungen, dieser irregeleiteten Stimmung aufklärend und ausgleichend entgegenzutreten.

Dadurch werdet ihr euch ein in hohem Grade dankenswertes Verdienst um die so bitter notwendige Schaffung einer versöhnlichen Geistesrichtung, die die schroff zerrissenen Beziehungen der Völker zu gegenseitigem Nutzen wieder unter gewiss nicht leichten Verhältnissen anbahnen helfen soll, erwerben. In diesem Sinne wird auf eure wertvolle Mitarbeit gerechnet. Sie wird euch, da ihr während der Zeit eurer Internierung erfahren durftet, was Nächstenliebe selbstlos zu bieten vermag, sicherlich nicht schwer fallen.

ZITATE ZUM IMPERIALISMUS.

Nr. 1639, Neue Zürcher Zeitung, 15. Oktober 1916.

In seinem Aufsatze „Imperialismus in Deutschland" (Nr. 1587 der „N. Z. Z.") beruft sich Herr Hartwig Schubart auf Bismarck, indem er diesen zur „Bewertung Englands" sagen lässt:

> „Die Engländer sind als Einzelwesen schätzenswert, aber als Nation von einer erschreckenden Immoralität."

Hier scheint dem Verfasser eine Verwechslung unterlaufen zu sein. Denn es war Kant, der sein Urteil wie folgt zusammenfasste:

> „Die englische Nation als Volk betrachtet, ist das schätzbarste Ganze von Menschen im Verhältnis gegeneinander, aber als Staat gegen andere das verderblichste, gewaltsamste und herrschsüchtigste und kriegserregendste unter allen."

Nach einer Lobspendung, die England über den Durchschnitt anderer Nationen stellt, wird hier von einem geistesscharfen Beurteiler, dessen Seelenadel anerkannt ist, der Vorwurf hochgradiger Immoralität in politischen Dingen mit aller Schärfe erhoben. Dass dieses vor mehr als einem Jahrhundert

gefällte Urteil, angesichts der heute allerorts mit nur geringer Nuancierung geübten zwischenstaatlichen Gepflogenheiten — auch von Nationen, die zu Kantscher Zeit noch nicht im Weltgetriebe wirkten — eine mildere Einschätzung für sich in Anspruch nehmen kann, darf jedenfalls zugestanden werden. Dass diese Anklage sich nicht nur gegen England richtet, wie hervorgehoben zu werden verdient, ergibt sich daraus, dass der Königsberger Gelehrte an anderer Stelle sagt:

> „Noch hat kein Philosoph die Grundsätze des Staates mit der Moral in Übereinstimmung bringen und doch auch keine besseren, die sich mit der menschlichen Natur vereinigen lassen, vorschlagen können."

Nietzsche sekundiert diese Auffassung:

> „Der Staat ist die organische Unmoralität."

Und ein Mann von dem politischen Scharfblick und der Urteilskraft eines Macauly schreibt:

> „Die Grundsätze der Politik sind so beschaffen, dass der gemeinste Räuber sich scheuen würde, sie seinem zuverlässigsten Spiessgesellen auch nur anzudeuten".

In seiner überaus lesenswerten, kurz vor Kriegsausbruch niedergeschriebenen, fein aufgebauten soziologischen Studie „Das Verhältnis der äussern Politik zur innern" erklärt Rudolf Goldscheid:

> „Die heutige auswärtige Politik ist nicht auf wechselseitiges Vertrauen begründet. Alle Schliche, Listen, Niedertrachten, die sonst im bürgerlichen Leben bereits verpönt sind, gelten dem internationalen Verkehr noch als erlaubt."

Aus allen diesen Belegen ist einzig der Schluss berechtigt, dass England, solange die überall befolgten und anerkannten niedrigen Gepflogenheiten der auswärtigen Politik in Kraft bleiben, sich seinen Rivalen gegenüber vielleicht auf „höherer Entwicklungsstufe" befindet.

Die Politik Englands wird von seiten seiner Gegner mit Vorliebe als „perfide" gekennzeichnet. Ist Schubart auch der Ansicht, dass Fürst Bülow dem unpolitischen deutschen Volke ein unpolitischer Kopf war — eine Auffassung, der hier nicht widersprochen werden soll — so sei doch aus dem von diesem früheren Lenker deutscher Geschicke herausgegebenem Werke ‚Deutsche Politik" hier folgendes Urteil zitiert:

> „Es wäre töricht, die englische Politik mit dem zu Tode gehetzten Worte vom „perfiden Albion" abtun zu wollen. In Wahrheit ist diese angebliche Perfiedie nur ein gesunder und berechtigter nationaler Egoismus, an dem sich andere Völker, ebenso wie an anderen grossen Eigenschaften des englischen Volkes, ein Beispiel nehmen können."

Allerdings steht hierfür in der nach Kriegsausbruch herausgegebenen Auflage recht bezeichnend:

> „Für die Erreichung des einen Zwecks englischer Politik (Seeherrschaft) sind den Engländern zu allen Zeiten alle Mittel recht gewesen. Das beweist dieser Krieg aufs neue."

Eine gleich interessante Redaktionsänderung findet sich nebenbei auch in dem Buche des als scharfen Kritiker Englands bekannten Grafen E. Reventlow über die deutsche auswärtige Politik von 1888 bis 1914:

Vor dem Kriege. Nachdem ausgeführt ist, dass von prinzipiellen englischen Angriffsabsichten nicht gesprochen werden könne, wird gesagt: „Genug, das heutige Grossbritannien wünscht einen grossen europäischen Krieg, wie die Dinge zum Schluss 1913 liegen, nicht." Nach Kriegsausbruch: „England hat seit Jahren die Welt organisiert und in Bewegung gesetzt, um den Vernichtungskrieg gegen ein friedliebendes Volk zu führen."

Wie Bismarck in bezug auf die Beziehungen zu England dachte, sagt sein langjähriger journalistischer Vertrauter, Hermann Hofmann, in dem Werke „Fürst Bismarck 1890 bis 1898":

„In bezug auf England war der grosse Staatsmann der Ansicht, dass die deutsche Politik am besten tue, sich mit diesem Lande auf den Fuss loyaler Respektierung der gegenseitigen Interessen zu stellen, und unnötigen Konflikten mit ihm auszuweichen."

Jedenfalls hat Bismarck diese Grundsätze in seiner Kolonialpolitik, speziell in Ostafrika, praktisch betätigt, und sicherlich hätte er sich auch nicht für die von Schubart genannten Baumwollgebiete Mesopotamiens eingesetzt.

Hiermit im Einklang konnte Bismarck am 14. Juni 1882 im Reichstage sagen:

„Wenn ich mir in der auswärtigen Politik irgend ein Verdienst beilegen kann, so ist es die Verhinderung einer übermächtigen Koalition gegen Deutschland seit dem Jahre 1871."

Schubarts Ausführungen über den „Militarismus" könnten zum Widerspruch herausfordern, wenn er nicht offensichtlich unter Militarismus das verteidigen zu müssen glaubt, was allgemein unter einer gut organisierten Armee verstanden und von einsichtigen Menschen auch stets im Vollumfang anerkannt wurde. Diese im Krieg und Frieden so bewährte Institution steht aber für die, die den Militarismus bekämpfen, durchaus nicht zur Diskussion; wie diese auch einen Vergleich zwischen kontinentalem Militarismus und der Zwangskonstruktion des insularen Marinismus nicht für sachlich möglich halten werden.

Solchen grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten gegenüber würde auch jeder Zitatenschatz versagen.

HEMMUNGEN DER FRIEDENSBESTREBUNGEN.

Nr. 1723, Neue Zürcher Zeitung, 29. Oktober 1916.

„Man gebe mir zehn Linien von einem Mann und ich werde ihn an den Galgen bringen." Fouché.

Die von Geoffroy-Dausay in Nr. 1679 der „Neuen Zürcher Zeitung" gegen die Veröffentlichungen des Prinzen Alexander zu Hohenlohe eingeschlagene Kontroverse fordert nach Inhalt und Form zu schärfstem Widerspruch heraus und darf im Interesse der spätern wechselseitigen Völkerbeziehungen keinesfalls unwidersprochen bleiben.

Es muss einmal gesagt und belegt werden, dass dem unabhängigen Politiker, der auf seine eigenen Anschauungen über die zukünftige zwischenstaatliche Weltordnung nicht kleinmütig verzichten will, dass diesem Kämpfer für die Wahrheit — nicht zuletzt im wohlverstandenen Interesse seines eigenen Vaterlandes — jedwedes Wirken heute von allen Seiten bitter schwer gemacht wird.

Ich will Geoffroy-Dausay nur hier an das Geschick seines Landsmannes Romain Rolland erinnern, der sich mit Kriegsbeginn als einer der Berufensten im Streit der Meinungen — ist ihm doch die deutsche Psyche wohl vertraut — mutig dafür einsetzte, dass die blinde Vernichtungswut nicht auch die durch Generationen mühsam geknüpften geistigen Verbindungsfäden mit rauher Hand zerstöre. Diesem Manne, vor dessen Seelenadel sich die Kulturwelt ehrerbietig neigt, wurde im eigenen Lande, als einem seiner besten Söhne, jedes Gehör verweigert, seine Motive unschön verdächtigt. Entmutigt und, was begreiflich wäre, wohl auch angewidert, ruht jetzt, sehr zum Schaden der Sache, die er edel und aufrecht vertrat, die geweihte Feder dieses Geisteshelden.

Es ist eine durchaus irrige Anschauung, dass, wie Geoffroy-Dausay anzunehmen scheint, das Manifest der 93 Männer aus den Kreisen deutscher Geisteswelt — aber keineswegs dessen berufene Vertreter — in Deutschland unwidersprochen geblieben wäre. Diese Entgleisung der politisierenden Wissenschafter, deren sich schon Bismarck erwehrte, indem er im Reichstag am 15. März 1884 sagte: „Die Politik ist keine Wissenschaft, wie viele der Herren Professoren sich einbilden, sie ist eben eine Kunst", hat seinerzeit starres Entsetzen in die Kreise der von der Kriegspsychose Unberührten getragen und auch in der politisch nüchternen Presse entsprechend scharfe Ablehnung gefunden. Die Akademie der Wissenschaften nahm energisch Stellung gegen Lasson, die Universität Leipzig desavouierte ihren frühern Lehrer Ostwald.

Keineswegs zutreffend ist es, dass sich erst nach Ende 1915 deutsche Stimmen im Sinne eines verständigen, baldigen Friedens, unter sachlicher Würdigung der gegnerischen Seite, öffentlich eingesetzt hätten. Beispielsweise begann ich meine Publikationen in der „Neuen Zürcher Zeitung", nachdem ich zuvor durch Jahre für eine deutsch-englische Verständigung auf Grund vernunftgemässer gegenseitiger Konzessionen eingetreten war, und auch seit Kriegsbeginn an massgebenden Stellen meine Anschauungen vorgetragen hatte, bereits im Juni 1915.

Ich hob in meinem ersten Aufsatz einige Momente hervor, die, zufolge der englischen Seeherrschaft bis Kriegsausbruch allen Nationen, auch der deutschen, zu gutem Nutzen waren. Das Kabinettstück eines Briefes, der mir am folgenden Tage von beamteter deutscher Seite[1]) auf diesen Artikel hin, allerdings im schroffen Gegensatz zu vielen Zuschriften einsichtiger Männer des praktischen Lebens, zuging, eignet sich jetzt noch nicht zur Veröffentlichung. Und wie verhielt sich die Gegenseite? Als der „Nieuwe Rotterdamsche Courant"[2]) meine Ausführungen einer geneigten Besprechung unterzog, schrieb die „Times"[3]): es handle sich bei meinem Artikel um einen offen-

[1]) Siehe Brief von Simson Seite 44. [2]) 6. August 1915. [3]) 10. August 1915.

sichtlichen Friedensfühler der deutschen Regierung; also sei entsprechendes Misstrauen sehr am Platze.

Nun widerfährt dem Prinzen Hohenlohe, mit dem zusammen ich vor einigen Monaten in der Berliner „Kreuz-Zeitung"[1]) von einem durchsichtigen Anonymus als „literarische Hochverräter" bezeichnet wurde, das gleiche Geschick in der „Morning Post", der jetzt in Geoffroy-Dausay ein temperamentvoller Sekundant erstanden ist.

Bei einem solchen Kesseltreiben bedarf es schon eines überaus festen Glaubens an die Dauerwerte der vertretenen Anschauungen, um seiner durch eine gute Kenntnis und in voller Achtung der sich bekämpfenden Geistesströmungen gegebenen Mission: der Aufklärung im eigenen und fremden Lager, der Versöhnung schroff entgegengesetzter Gedankenrichtungen, treu zu bleiben. Sicherlich ist es heute wesentlich leichter und persönlich vielfach nützlicher, unbekümmert um das Endziel im breiten Strom des Hasses und der Vernichtung zu Tal zu treiben.

Der kleinen Schar öffentlich Andersgesinnter auf beiden Seiten, die der Überzeugung leben, dass die Nationen durch den rohen Massenmord des Schlachtfeldes, wohl letzten Endes einem Kirchhoffrieden, aber nimmermehr einer erspriesslichen Zukunft entgegengeführt werden können, noch zum Schlusse ein Trostwort ihrer unsterblichen Geistesgrössen:

> „Nichts ist widerwärtiger als die Majorität, denn sie besteht aus wenigen kräftigen Vorgängern, aus Schelmen, die sich akkommodieren, aus Schwachen, die sich assimilieren, und der Masse, die nachtrollt, ohne im mindesten zu wissen, was sie will."
>
> GOETHE.

> „Ehre den kleinen Minoritäten, sofern sie echt sind. Ihr Kampf ist manchmal schwer, jedoch immer siegreich, wie der Kampf der Götter."
>
> CARLYLE.

BISMARCK UND DIE ENGLÄNDER.

Nr. 1745, Neue Zürcher Zeitung, 1. November 1916.

Bismarck und die Engländer. Herr Rudolph Said-Ruete schreibt uns: Dem in Nr. 1639 veröffentlichten Urteile Bismarcks über die Engländer bitte ich folgenden Ausspruch dieses Staatsmannes, den er am 3. Dezember 1850 als Landtagsabgeordneter tat, gegenüberstellen zu dürfen:

> „Die einzige gesunde Grundlage eines grossen Staates, und dadurch unterscheidet er sich wesentlich von einem kleinen Staate, ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik, und es ist eines grossen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinem eigenen Interesse angehört."

Noch sei in diesem Zusammenhange auf einen vielbeachteten Artikel: „Worin liegen die Gründe für die Erfolge Englands in der

[1]) Siehe Brief an v. Schubert Seite 47.

auswärtigen Politik?" hingewiesen, den die hochkonservative Berliner „Kreuz-Zeitung" zu Ende vorigen Monats veröffentlichen konnte, und in dem recht aktuell ausgeführt wurde:

> „Der erste grosse Grundzug der englischen Politik, der sie grell scheidet von vielen Epochen unseres deutschen Staatslebens, ist: Die englische Politik ist immer objektiv, nüchtern sachlich, aber niemals, wie die deutsche nur zu oft, sentimental. Der Engländer ist gewohnt, die Politik mit dem Verstande zu treiben, aber nicht mit dem Herzen oder gar mit der Phantasie. Der Engländer kennt weder Schwärmerei für fremde Völker, noch irgendeine ideale Aufopferung für die Interessen anderer Länder, soviel auch der bekannte englische „Cant" dies den Völkern der Erde vorreden mag. Während der Deutsche in der Politik immer sogleich Liebe oder Hass ist, bleibt der Engländer immer im Staatsleben der ruhig rechnende Geschäftsmann, der kühle Praktiker, der bei allen Erscheinungen der Weltlage stets die Frage voranstellt: Was hat mein eigenes Land von ihnen für Vorteile oder Nachteile? Kein anderes Volk der Erde erreicht in der Politik diese objektive Nüchternheit des Engländers."

Denen, die bei der Beurteilung zwischenstaatlicher Beziehungen so leicht bereit sind, den ersten Stein zu werfen, sagt Henri Lambert in seinem von Lord Courtney of Penwith mit einem Vorwort versehenen, geistesscharfen „International Morality and Exchange" (1916) recht eindrucksvoll und zum Nachdenken anregend:

> „Nichts ist moralisch verwerflicher als die heutige internationale Politik und ihr Werkzeug: die Diplomatie. Zwischen den Nationen „sind alle Mittel recht", und das, was im privaten Leben anrüchig und selbst verbrecherisch ist, wird hier empfehlenswert und verdienstvoll. Da steigern sich Eifersucht, Misstrauen und Furcht — der Verrat triumphiert. Wenn man in seinen persönlichen Beziehungen dieselben Methoden befolgen müsste, die in der Diplomatie notwendig sind, man würde dieselben mit Ekel von sich weisen."

GREY — BETHMANN — ASQUITH.

Nr. 1827, Neue Zürcher Zeitung, 15. November 1916.

"Where there is a will, there is a way."

Die Reden der für die Kriegspolitik der führenden Länder beider Kampfparteien verantwortlichen Staatsmänner, die diese am 23. Oktober und 9. November vor der Foreign Press Association, im Hauptausschuss des deutschen Reichstages bzw. auf dem Lordmayors Bankett in der Guildhall hielten, bilden ein historisches Ganzes und werden noch spätern Zeiten für

die Beurteilung der wechselseitigen Stellung zum Friedensproblem von höchster Bedeutung sein.

Viscount Grey führte aus, dass Englands Kriegsziel die Schaffung von Rechtssicherheiten sei, die den Ausbruch einer Weltkatastrophe wie die gegenwärtige in Zukunft verhindern sollen. Zu diesem Zwecke erbittet er, was bemerkenswert ist, die Mitarbeit der Neutralen.

Bereits seit anderthalb Jahren besteht in England, wie hier erwähnt sei, eine, auch im Parlament vertretene „League of Nations", die einen Zusammenschluss der Staaten auf Grund internationaler Rechtsabkommen anstrebt. Dieselbe entfaltet in letzter Zeit eine aktive, allerdings vielfach angegriffene Tätigkeit. Auf die Notwendigkeit einer klar umrissenen internationalen Rechtsordnung haben auch die Präsidentschaftskandidaten der Vereinigten Staaten zu wiederholten Malen in ihren Wahlreden bei Erörterung der zukünftigen Weltfragen (Wilson: „League of Nations for the prevention of war in future") hingewiesen. Dass der Kaiser von Russland als Initiator der Haager Konferenzen ein überzeugter Anhänger der Idee internationaler Abmachungen ist, kann nicht bezweifelt werden.

Nun hat v. Bethmann Hollweg in einer seiner frühern Reichstagsreden die deutschen Kriegsziele dahin formuliert, dass Deutschland gegen die Wiederholung feindlicher Überfälle zu seiner ruhigen, gedeihlichen Entwicklung reale Garantien verlangen müsste. Dieser immerhin dehnbare Begriff hat, da vielfach als weitgehende materielle Eigenforderung gedeutet, bei der Gegenseite keinen besonders geneigten Resonanzboden gefunden. Doch als der Reichskanzler am 28. September d. J. im Reichstage zu einer Rede Briands Stellung nahm, führte er aus:

> „Herr Briand äusserte in einer seiner jüngsten Reden, Frankreich kämpfe für einen festen und dauernden Frieden, in dem durch internationale Abmachungen die Freiheit der Nationen gegen jeden Angriff geschützt werde. Das wollen auch wir."

Also hier deutscherseits das sich mit den Anschauungen der gegnerischen und neutralen Seite deckende, für weitere Fühlungnahme wertvolle Bekenntnis, dass die oben erwähnten realen Garantien in den Methoden rechtlicher Ordnung zum Ausdruck gelangen sollen. Jetzt gibt Bethmann, indem er sich rückhaltlos für den von Grey vorgeschlagenen Internationalen Bund zur Bewahrung des Friedens bekennt, indem er offen ausspricht, dass Deutschland jederzeit bereit sei, diesem Völkerbunde nicht nur beizutreten, sondern sich auch an dessen Spitze zu stellen, die authentische Interpretation seiner frühern Ausführungen. Solchergestalt erzielte die deutsche Politik einen beachtenswerten, allen einem baldigen und gesicherten Frieden Wohlgesinnten hochwillkommenen diplomatischen Erfolg. Und Bethmann versteht ihn noch eindrucksvoll zu steigern: Mit klaren und mutigen Worten weist er die auf eine Annexion Belgiens hinzielenden, von einer kleinen, aber recht rührigen Gruppe gehegten Aspirationen von sich.

Diese wohlerwogenen Äusserungen haben Deutschlands Gegnern ihre wirksamste Waffe aus der Hand genommen, haben Deutschland diplomatisch aus der Lage des Angegriffenen in die des Angreifenden versetzt. Jetzt ist es Sache der Entente, mit ihren Vorschlägen zur Schaffung eines Völker-

bundes unverzüglich hervorzutreten; diese können nach der Bethmannschen Erklärung geneigter Aufnahme von seiten der Zentralmächte gewiss sein.

Eine Kritik muss sich die Rede des Reichskanzlers dennoch gefallen lassen. Sie berührt nicht den Inhalt, sondern den Zeitpunkt. Wer da weiss, welche politische Tragweite schon in Friedenszeiten der alljährlich mit Spannung erwarteten Rede des Premierministers oder seines Vertreters in der Guildhall zukommt, der musste wünschen, dass Bethmann, diesem Umstande gebührend Rechnung tragend, seine Programmrede bereits einige Tage früher und nicht erst am Morgen des Lordmayors Bankett der Öffentlichkeit übergeben hätte. Dann würde Asquith doch wohl entgegenkommendere, wärmere Töne gefunden haben und die Bereitwilligkeit eines erheblichen Teiles des deutschen Volkes, die Unabhängigkeit des schwergeprüften belgischen Landes wieder herzustellen, nicht als ein Scheinmanöver zur Herbeiführung eines Sonderfriedens gedeutet haben. Aber dieser Schönheitsfehler in der mise en scène lässt sich bei gutem Willen ja unschwer beheben.

Die Frage der rechtlichen Garantien müsste schon heute, damit man später in nützliche Verhandlungen eintreten kann, eingehend studiert und formuliert, auch die Presse aller Länder in objektiver Diskussion entsprechend eingestellt werden. Nach dieser Richtung enthält eine bisher zu Unrecht nur wenig beachtete, in mehreren Sprachen veröffentlichte Broschüre: „Internationale Organisation während des Krieges" besonders in dem „Entwurf einer Bundesverfassung" überaus klar durchdachte, staatsmännische Ideengänge von ungewöhnlicher Schärfe, die sich weit über den Durchschnitt der nur allzu zahlreichen Friedensprospekte erheben. Die Arbeit ist wert, öffentlich genannt und an kompetenten Stellen ernster, vorurteilsfreier Prüfung unterworfen zu werden. Der Verfasser, nach Familie und Lebenslauf besonders hochstehend, gehört national zur Entente.[1]) Wie hier nur kurz erwähnt sei, bedarf dieser Organisationsentwurf zum Zwecke der Erzielung wechselseitiger materieller Garantien noch einer Ergänzung: Die Hinterlegung einer nach dem Machtmasstabe festzusetzenden Summe gemünzten Goldes von seiten der Kontrahenten des Staatenbundes. Ohne auf diese Frage hier näher eingehen zu wollen, sei doch bemerkt, dass eine wohldurchdachte Studie — Dr. O. B.[2]) „Friede und Friedensgarantie", „N. Z. Z." (Nrn. 1765 und 1770) vom 5. und 6. November 1916 — bereits diskussionsreif vorliegt.

Da es allen Staaten im eigensten Interesse Anreiz bieten wird, dem gedachten Bunde — einer tatsächlichen „Liga gegen den Krieg" (Taft: „League to enforce Peace") — beizutreten, würde der „Neutrale Staat" bei der Stellungnahme zum Kriege sehr zum Nutzen der Allgemeininteressen fernerhin fortfallen.

Nach dem Vorstehenden liegen die Verhältnisse für eine gedeihliche Annäherung der kriegführenden Mächte zurzeit günstiger denn je — Gegner wie Neutrale sollen zielsicheren und versöhnlichen Geistes die Gelegenheit nutzen!

Quod Deus bene vertat.

---

[1]) F. v. Wrangel, Ascona.

[2]) Dr. Oscar Busch, Baden.

WIRTSCHAFTSFRAGEN DES KRIEGES.

Nr. 864, National-Zeitung, Basel, 9. Dezember 1916.

Aus den Verhandlungen des deutschen Reichstages über den vaterländischen Hilfsdienst, der auf eine durch die Zeitverhältnisse gebotene, scharfe Zusammenfassung und rationelle Verwendung aller wirtschaftlichen Kräfte für die Zwecke der Kriegsführung abzielt, sind zwei Diskussionspunkte, soweit die unumgängliche Neuordnung der staatswirtschaftlichen Grundsätze in Frage kommen, von besonderem allgemeinem Interesse. Diese: die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, sowie eine durchgreifende Handhabung der Kriegsgewinnsteuer sollen im Nachstehenden einer kurzen Betrachtung unterworfen werden.

Bereits in Friedenszeiten wurde in allen Ländern mit steigender Dringlichkeit auf das Zweckmässige einer staatlichen Kontrolle der Kriegsindustrie hingewiesen. Die Einsicht brach sich Bahn, dass die an sich natürlichen Erwerbsinteressen der privaten Waffenfabriken mit dem Friedenswunsch der Völker nicht in allen Punkten vereinbar waren. Peinliche Enthüllungen, die die nach innen und aussen weitausgreifenden, aufreizenden Einflussfäden der auf Rüstungen und Krieg angewiesenen Vernichtungsindustrie blosslegen, zeigten die unheilvollen Schattenseiten dieser, der staatlichen Aufsicht entzogenen — häufig die Regierungen meisternden — nur auf zahlenmässige Riesengewinne eingestellten Mammutsbetriebe.

Heute, wo zufolge des auf Tod und Leben blindlings geführten Völkerringens die Verstaatlichung der individuellen Arbeitsleistung, ja selbst des Denkvermögens systematisch durchgeführt wird, sollte es in der Tat eine der vornehmsten Aufgaben der Regierungen sein, von allen Betrieben, als einen der ersten, die Rüstungsindustrie in den Bannkreis ihres wirksamen Einflusses zu ziehen.

Es sei dabei weniger an eine im Vollumfange durchgeführte, die gute private Initiative ausschaltende Kapitalsablösung oder Arbeitsübernahme, als an eine schrittweise finanzielle Beteiligung mit der aus dieser sich automatisch ergebenden Betriebskontrolle gedacht. Hier ein Beispiel: Kurz nach Kriegsausbruch sah sich — um einen deutschen, natürlich auch in anderen Ländern sein Gegenstück findenden Fall zu wählen — die Friedr. Krupp A.-G. veranlasst, ihr Kapital von 180 Millionen Mark um weitere 70 Millionen zu erhöhen; im Sommer dieses Jahres wurden unter Führung der gleichen Firma die „Bayerischen Geschützwerke" mit einem Gesellschaftskapital von 25 Millionen Mark ins Leben gerufen. Es hat bei diesen und ähnlichen Veranlassungen nicht an Stimmen gefehlt, die da forderten, dass der Staat, im wohlverstandenen eigenen Interesse, wie bereits früher bei vereinzelten Fällen — es sei hier nur an die jüngst erfolgte Beteiligung Bayerns an der Donauschiffahrtsgesellschaft „Bayerischer Lloyd" erinnert — an diesen Kapitalsbeschaffungen mitwirken sollte.

Dadurch wäre dem Staat nicht nur die so wünschenswerte Kontrolle der Gesellschaft, auch über die Kriegszeit hinaus, erwachsen, sondern er hätte

gleichfalls für einen Bruchteil seiner überschuldeten Mittel, mit Rücksicht auf die bestens fundierte Geschäftslage der in Frage kommenden Unternehmen, eine sichere und hochverzinsliche Anlage geschaffen. Dieses Prinzip der kapitalistischen Betätigung im weitesten Masse auszubauen, sollte sich jeder Staat zur Hebung seiner durch den Krieg schwer notleidenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ernstlich angelegen sein lassen. Er muss in seiner modernen Zukunftsorientierung das Recht in Anspruch nehmen, sich bei jeglichem Erwerbsunternehmen, insonderheit der Schwerindustrie, den Banken, den Verkehrs- und Versicherungsgesellschaften, sowie den Bergwerksbetrieben nach Ermessen zu beteiligen.

Bezüglich der Kriegsgewinnsteuer, die den durch Kriegslieferungen erzielten hohen Nutzen von Gesellschaften und Einzelpersonen der Gesamtheit wieder dienstbar zu machen beabsichtigt, könnten noch weitaus wirkungsvollere Massnahmen als bisher leicht durchgeführt werden. Es käme in erster Linie darauf an, diese Gewinne mit sicherem Griff an der Quelle zu fassen, bevor dieselben sich nach allen Seiten verlaufen haben. Dazu wäre erforderlich, dass, eventuell mit rückwirkender Kraft, die Gesellschaften gehalten würden, keine höhere Dividende, denn der vor Kriegsausbruch liegende mehrjährige Durchschnitt beträgt, auszuschütten, auch nicht mehr als für den gleichen Zeitraum errechnete Abschreibungen — soweit dieselben nicht durch nachweisbare Kriegsverluste gerechtfertigt — vorzunehmen.

Würde das Mehrergebnis einem in Kriegsanleihe festzulegenden, besondern Reservefonds überwiesen, so könnte der Staat sich diesen, bei späterer Aufstellung seiner schwer passiven Kriegsbilanz alsdann teilweise oder ganz zusprechen. Die Gewinne von Einzelpersonen wären der staatlichen Kontroll- und Verfügungsgewalt sinngemäss zu unterwerfen.

Der Staat darf, wenn auch zurzeit durch die brennenden Fragen des Krieges voll in Anspruch genommen, deren engste Wechselwirkung mit dem Friedensproblem, das doch erst die Zauberformel für eine gesicherte Verzinsung und Amortisierung uferloser Papierwerte zeitigen soll, keineswegs aus dem Auge verlieren. Jedes Mittel, das zur Verringerung der staatlichen Schuldenlast unter gleichzeitiger Milderung des unausbleiblich harten, eine Aufwärtsbewegung hemmenden Steuerdruckes für den schwergeprüften Staatsbürger führt, sollte rechtzeitig benutzt werden.

Salus publica suprema lex est.

DIE FEHLGEBURT DES FRIEDENS.

Nr. 15, National-Zeitung, Basel, 8. Januar 1917.

„Es bedarf nur einer Anzahl mittelmässiger Köpfe, die als Minister an den in Betracht kommenden Posten in Europa sitzen, um zweihundert Millionen Menschen unglücklich zu machen."

Georg Brandes.

Seitdem Bethmann Hollweg durch seine Reichstagsrede vom 12. Dezember das Friedensangebot der Zentralmächte dem aufhorchenden Weltkreise ver-

kündete, wurde für endlos scheinende Wochen das seelische Empfinden der schwer geprüften Menschheit, zwischen Hoffen und Bangen der Entscheidung harrend, in stetig gesteigerte Fieberglut versetzt.

Heute, da die Entente scharf ablehnend gesprochen, der Papst bezeichnenderweise geschwiegen, auch Wilsons von der Schweiz und den nordischen Ländern wohlmeinend gestützte Note auf keiner Seite den angestrebten Resonanzboden fand, ist es bittertraurige Gewissheit, dass das anbrechende Jahr, wie nun schon drei seiner Vorgänger, durch die massenmordende Kriegsfurie gleichfalls entweiht und geschändet sein wird.

Wer auf eine, in Überspannung des Staatsbegriffs allzu eng-einseitige Vaterlandsmoral eingestellt ist, wer das befreiende Dogma der Menschheit rundweg verneint, der möge sich im Bannkreis der psychologischen Völkerkrise, unter Preisgabe seines autonomen Denkvermögens in „das Unvermeidliche" fügen, der wolle sich noch weiter auf den staatlich approbierten Krücken des Hasses und der Vernichtungswut dem unheilvollen Nebelmeer der Zukunft entgegenschleppen.

Wer aber der Überzeugung lebt, dass eine, in ihren alles vernichtenden Folgen lawinenhaft um sich greifende Weltkatastrophe, zu deren Auslösung — im Gegensatz zu weiser Verhinderung — es fürwahr keiner Fähigkeiten bedurfte, nur noch durch das zielsichere Eingreifen der vom breitesten Volksempfinden getragenen Staatsmänner, die titanenhaften Willen mit feinem Verständnis für die gegnerische Geistesrichtung vereinen, aufgehalten und in ihren unseligen Folgen gemildert werden kann — ein Politiker solcher Denkungsart darf in zwölfter Stunde die Frage nicht umgehen, ob tatsächlich alle verfügbaren Mittel restlos erschöpft wurden, um das Verständigungsband zwischen den Nationen wieder feinsinnig zu knüpfen.

Für Inhalt und Inszenierung des Friedensangebotes trägt der deutsche Reichskanzler die volle Schwere der Verantwortung. Wäre Bethmann Hollweg nicht noch in erfreulicher Frische auf seinem bereits im Frieden versehenen, dornenvollen Posten, man würde zufolge des in allen übrigen kriegführenden Ländern inzwischen erfolgten Wechsels an leitender Stelle zu dem Schlusse berechtigt sein, dass neue Verhältnisse neue Kräfte erfordern, dass es für die am Kriegsausbruch aktiv oder passiv beteiligten Staatsmänner schlechterdings eine Unmöglichkeit bedeutet, die heimgesuchten Völker dem ersehnten Frieden in persona et officio entgegenzuführen. Ist es doch eine unbestreitbare Tatsache, dass sich der Zorn und das Misstrauen der Feinde im wesentlichen an die Persönlichkeit dieser Leiter der Völker, gemäss ihrem Auftreten und Bekenntnis bei der Grablegung des Friedens verankert hat. Ragt somit der Reichskanzler in reckenhaft einsamer Grösse, auch als der letzte Überlebende seines ihn im August 1914 umgebenden Kabinetts, unter den Lenkern der Völkergeschichte hervor, so dürfte hiermit der Beweis für seine aussergewöhnliche Begabung, der deutschen Nation in schwerster Zeit als politisches Haupt vorzustehen, überzeugend erbracht sein.

Rufe man sich noch einmal die Geste und Sprache des für alle Zeiten denkwürdigen 12. Dezembers ins Gedächtnis zurück. Zur Bekanntgabe einer im Schosse des deutschen Bundesrates beschlossenen Handlung, deren Umwertung durch die Spalten jedes Regierungsorgans möglich gewesen wäre, wurde der Reichstag mit der ihm durch den Ernst der Zeiten gebührenden

Berücksichtigung feierlich entboten. Die Volksvertretung, der seit Kriegsausbruch der Parteien Unterschiede fremd, nahm die staatsmännische Botschaft, der eine ähnliche von einschneidenderer Bedeutung für das Geschick der Nation seit der Reichsgründung nicht an die Seite gestellt werden kann — wie bereits früher die durch die Presse in schlichter Form erfolgte Kundgebung über die Wiederaufrichtung des polnischen Reiches — kommentarlos entgegen. Erinnert man sich der erregten und schonungslosen Kritiken, denen die Regierungen anderer Staaten durch ihre Parlamente ausgesetzt sind, denen sie ohne Umschweife Rede und Antwort stehen müssen, so ist solche einmütige Selbstdisziplin des deutschen Reichstages nicht minder beachtenswert, als die der allseitigen Zustimmung im voraus sichere Politik der Regierung.

Es ist ausser Zweifel, dass die deutsche, aus weit vorgeschobenerDefensivstellung in kraftvollem Siegesgefühl erlassene Aufforderung zu Friedensbesprechungen ein volles Gelingen in versöhnlichem Geiste ehrlich anstrebte. Diese Tatsache vermag aber nicht über einige Regiefehler, zu deren Lasten der Misserfolg teilweise zu buchen ist, hinwegzutäuschen. In dem Augenblick, da in den führenden feindlichen Ländern einschneidende Ministerwechsel zu dem ausgesprochenen Zwecke, den Krieg in straffer Einheitlichkeit und mit allen Mitteln zu gutem Ende zu kämpfen, stattgefunden hatten, musste man darauf gefasst sein, mit einem, wie immer gearteten Friedensangebote auf heftigen Widerstand zu stossen. Die Verhältnisse mahnten, wollte man sich keiner Absage aussetzen, daher zu äusserster Vorsicht. Da hätte der Gedanke doch immerhin nahegelegen, zunächst unter Ausschluss der Öffentlichkeit durch eine geeignete Mittelinstanz festzustellen, ob es überhaupt möglich war, sich mit dem Gegner bezüglich der vitalsten Bedingungen unverbindlich und im Prinzip zu verständigen. Wäre diese tragsichere Basis erst geschaffen gewesen, so hätte alsdann mit beiderseitigem Einverständnis die Konferenzidee zur Einigung über alle verbleibenden strittigen Punkte proklamiert werden können. Wie sich zwei Menschen nach langem Streit zu gutem Bunde nicht auf offenem Platze unter dem Scheinwerfer zu nahen suchen, wie viel mehr kann diesem Weltkrieg der nachhaltige Todesstoss nur bei abgeblendeten Lichtern, in richtiger Würdigung der auf allen Seiten masslos gespannten, Rücksicht heischenden, innerpolitischen Momente versetzt werden. Sehr möglich, dass dieser Weg von der einen oder anderen Seite bereits früher mit untauglichen Mitteln und in falscher Personenwahl ergebnislos beschritten wurde. Daraus durfte aber nicht auf die Unzweckmässigkeit solchen Prozedierens geschlossen und kurzerhand dem spröden Gegner ein Antrag in publico, ohne sich eines auf die Mitgift eingestellten Reizmittels zu bedienen, übermacht werden.

Und noch eins: Die Begriffe Frieden und Belgien sind, wie immer das Kriegsglück sich noch wenden möge, als gegenseitige Voraussetzung unzertrennlich. Da musste aus realen Nützlichkeitserwägungen heraus, wollte man eine Verständigungsatmosphäre schaffen, in dem hart getroffenen Lande zunächst der Abtransport der Bevölkerung in die Arbeit und der Zwang der Steuerauflagen, so berechtigt beide Massnahmen unter den eisernen Kriegsgesetzen auch sein mögen, eingestellt werden. Ist es doch eine durch die Erfahrungen aller Kriege belegte Tatsache, dass diejenigen Armeen, die feind-

lichen Boden besetzt halten, unter dem Drucke der Verhältnisse den Landeseinwohnern ihre Gewalt gelegentlich schwer fühlen lassen und die Kulturdenkmäler nicht immer vor Zerstörung schützen können. Solche düsteren Begleiterscheinungen alles dessen, was Krieg bedeutet, wenden sich aber bei der Aufpeitschung der Leidenschaften seitens der Gegner, gleichwie in den Sympathien der Neutralen scharf und nachhaltig zuungunsten der Seite, die den militärischen Erfolg — diesen somit im Gesamtergebnis nicht unerheblich in Frage stellend — für sich in Anspruch nehmen kann.

Ist im Vorstehenden auf die seitens der Zentralmächte bei Behandlung des delikaten Friedensproblems begangenen Irrtümer, mit dem durch den Ernst der Lage gebotenen Freimut hingewiesen, so soll damit keineswegs gesagt sein, dass die Entente in ihrer abweisenden Stellungnahme guter Eingebung folgte. Es ist im Lichte der den Zentralmächten seit Anbeginn günstigen europäischen Kriegskarte nicht ersichtlich, wie die Entente noch ernstlich mit einer wesentlichen Verschiebung der militärischen Situation zu ihren Gunsten rechnen kann. Die Kriegsgesetze sind nun einmal zum Vorteil derer eingestellt, die es verstehen, die Machterfolge an ihre Fahnen zu fesseln. Diesem Umstande hätte die Entente nach schweren Fehlschlägen gebührende Rechnung tragen und selbst dann, wenn die Nebenerscheinungen des Friedensangebotes zu Bedenken Veranlassung gaben, zunächst den zu erwartenden Vorschlägen, die eine geschickte diplomatische Umstellung nicht ausschlossen, ihr Ohr leihen sollen. Dies konnte umso eher geschehen, als die offensichtlich ungünstige Schlachtfeldkonstellation in etwas durch andere kaum minder wesentliche Momente, es sei nur an die des überseeischen Wirtschaftslebens erinnert, ausgeglichen werden. Die bedingungslose Ablehnung der Regierungen dürfte sich auch mit dem begreiflichen Friedenswunsche der Bevölkerung, daheim und an der Front, auf die Dauer nicht vereinbaren lassen.

Doch da die Entscheidung in wenig begnadeter Stunde gefallen, muss leider, wenn eine durchgreifende Sinnesänderung sich nicht doch noch gegen Erwarten auf allen Seiten zufolge Vernunfts- oder Tatsachenerwägungen durchsetzt, mit der schonungslosen Fortführung des Vernichtungskampfes, keiner Seite zum Heil, gerechnet werden.

„Das französische Volk weiss gar nicht, wie gut der Friede ist, den es jetzt bekommen kann, und es wäre vielleicht besser, ihm das offen und öffentlich zu sagen, statt sich dieses Geheimnis für die vorgeschlagene Friedenskonferenz aufzusparen."

„Vorwärts" (Berlin), 27. Dez. 1916.

FALSCHES AUGENMASS.

Nr. 182, Neue Zürcher Zeitung, 31. Januar 1917.

„Und gedächte jeder wie ich, so stünde die Macht (des Geistes) auf gegen die Macht (der Waffen) und wir erfreuten uns alle des Friedens."

Goethe.

Es gehörte viel Optimismus dazu, um aus den seit Mitte Dezember unter Kriegführenden und Neutralen ausgetauschten, teilweise recht streitesfrohen Friedensnoten auf eine baldige Beendigung des Krieges zu schliessen. Diese Botschaften haben vielmehr auf allen Seiten den Entschluss zur Fort- und Durchführung des Kampfes nicht unerheblich gefestigt, sie haben in der Völker urteilslosen Tiefen die längst entschwundene Begeisterungswelle durch einen nicht minder schnell entfachten Entrüstungssturm abgelöst. Die angeschlagenen Töne, waren sie wohlwollend, herausfordernd oder weltfremd, sie fanden bisher nur einen ablehnenden, in Argwohn überreizten, ruhiger Erwägung fremden Resonanzboden.

Einige Punkte von besonders weittragender Bedeutung aus diesem Notenwechsel seien im Nachstehenden einer Erörterung unterzogen.

Mit Recht sind die Amerika gegenüber formulierten Territorialforderungen der Entente von den Gegnern als masslos und nicht diskutierbar zurückgewiesen worden. Diese Bewertung muss als umso zutreffender anerkannt werden, da es sich um Ansprüche handelt, denen die bisherigen Waffenerfolge nichts weniger als Berechtigung oder Unterpfand verleihen.

Es soll jedoch nicht bestritten sein, dass ähnliche uferlose Pläne auch in den Reihen der Zentralmächte — allerdings, wie hervorgehoben zu werden verdient, ohne regierungsseitige Sanktion — mit mehr Eifer als realem Verständnis propagiert worden sind. Da wurde z. B. von massgebender deutscher Seite befürwortet, dass „die Erwerbung eines grossen Kolonialbesitzes ohne kleinmütige Ängstlichkeit um so mehr geboten erscheine, als eine gleich günstige Gelegenheit sich dazu nicht so bald wieder bieten dürfte". Auch Kriegspolitiker, denen heute noch die so unheilvoll überschätzte Bagdadbahn den Dreh- und Zielpunkt deutscher Weltstellung bedeutet, die den weitgezogenen Begriff „Antwerpen-Basra" durch „Konstantinopel-Kiautschau" glauben ergänzen zu müssen und das anatolische Eisenbahnnetz als Voraussetzung für ein grosses deutsches Programm mit der Linie Kap-Kairo verbinden, die einem „Elbe-Äquator"-Reiche das Wort reden und einem „Mitteleuropa" ein „Mittelafrika" gegenüberstellen — solche begehrlichen, hinter der Front schwärmenden Imperialisten bilden, wenn sie unwidersprochen bleiben, eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die vorurteilslose Bewertung deutscher Friedensbestrebungen.

Ein Hauptmoment des von Wilson aufgestellten Programmes befasst sich mit der Freiheit der Meere, die als eine conditio sine qua non des Friedens hingestellt wird. Diese bereits so vielfach diskutierte Forderung, ein Steckenpferd internationaler Rechtsgelehrtheit, sollte in der Tat folge-

richtiger zu dem Rufe „Kampf dem Kriege“ umgewendet werden. Denn erst im Kriege hat die Behinderung der Meere ebenso rücksichtslos wie diejenige der Land- und Luftwege eingesetzt. Waren doch zuvor die „Hochstrassen“ der Welt auf das beste gesichert und kontrolliert, zog doch der Frachtenfahrer, wo immer er wollte, ungehindert und ungefährdet seine Bahn, nahmen doch die Schiffahrtsgesellschaften aller Länder in freier Konkurrenz, ohne den Schrecken der Blockade und Unterseeboote, gewaltigen, hohen Nutzen abwerfenden Aufschwung. Und ist heute von seiten der Kriegführenden der Verkehr über den Genfer- oder Bodensee, die doch keine Feinde trennen, etwa weniger eingeschränkt worden als derjenige der Ozeane?! Somit wird sich eine allen Verhältnissen gewachsene Formel, die der Meere ungehinderte Freiheit für Kriegszeiten sichert, nimmermehr finden lassen: sonst würde der bittere Ernst des mit wahllosen Mitteln auf schnelle Vernichtung hinzielenden Krieges zu einem harmlosen Waffengang ausarten, bei dem an den bedrohtesten Punkten, wie Dardanellen, Durchstich von Suez, Nord-Ostseekanal, Panama-Isthmus, auch Donauwasserweg, recht bedenkliche Friedensgewohnheiten — immer unter dem Gesichtspunkte der nun einmal geltenden Kriegsgesetze — gepflogen werden könnten. Selbst angenommen, dass in dem derzeitigen Stadium des Krieges jegliche Wasserwege dem Verkehr völlig freigegeben würden, so wäre doch bei dem Hungerbudget aller Länder, bei der Umstellung sämtlicher Fabriken in hochbeschäftigte Vernichtungslager, eine erhebliche Wandlung im Lebensmittel- und Rohstoffimport sowie in der industriellen Ausfuhr nicht zu gewärtigen. Ferner sei dahingestellt, ob es der kontinentalen Kriegspartei auch ohne maritime Behinderung von Anfang an überhaupt möglich gewesen wäre, gegen die Stimmung der England verbundenen oder zugeneigten Produktenländer, gegen die gewaltige Aufsaugefähigkeit des Inselreiches eine transatlantische Versorgung von Belang durchzuführen.

Die Entente hat in ihrer an Amerika gerichteten Note auch die Verdrängung der ottomanischen Herrschaft aus Europa gefordert. Der unrühmliche Ausgang der Gallipoli-Expedition, die Untätigkeit der Saloniki-Armee lässt darauf schliessen, dass dieses Ziel letzten Endes auf dem Verhandlungswege angestrebt werden soll. Erreicht Russland die freie Durchfahrt der Dardanellen — ein für den Friedensschluss auch von deutscher Seite in Befürwortung der Meeresfreiheit, logisch gestütztes Zugeständnis —, so hat der unverhältnismässige Kräfte absorbierende europäische Brückenkopf für die Türkei erheblich den Wert verloren. Dieser Verzicht zugunsten internationaler Abmachungen dürfte dem osmanischen Reiche umso leichter fallen, als es zur Folge des durch die Ereignisse in Arabien (Abfall der Prophetenstadt) erlittenen, schweren Prestigeverlusts in den Augen der mohammedanischen Welt, auf eine mit Unterstützung seiner Verbündeten durchzuführenden, politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung der, reiche Entwicklungsmöglichkeiten bietenden asiatischen Macht gebieterisch hingewiesen ist. Niemand anders als von der Goltz Pascha schrieb nach dem unglücklichen Ausgange des Balkanfeldzuges: „Die Frage der wahrhaften Versöhnung der arabischen Welt mit dem Kalifat der Osmanen-Sultane ist für die Türkei von viel grösserer Bedeutung, als wenn noch ein Stück Mazedonien oder Albanien verloren geht.“ Und an anderer Stelle: „Die Verlegung der Hauptstadt ist unerlässlich; Konstantinopel ist kein Ort zum Arbeiten.

Dort, wo sich das türkische mit dem arabischen Element berührt, ist der geeignete Punkt für den Sitz der Regierung, nämlich in Damaskus." Treitschke hat den gleichen Gedankengang vertreten, auch der vortreffliche Orientkenner, der Schweizer Guyer-Zeller kam in seiner vielbeachteten, um drei Jahrzehnte zurückliegenden Abhandlung über die Zukunftsgestaltung der Türkei zu demselben Schlusse. Ferner ist die Türkei während dieses Krieges, in Armenien und Syrien, nicht zuletzt unter dem Einflusse des so geräuschvoll inszenierten und doch nach aussen so völlig wirkungslosen Glaubenskampfes, den Beweis schuldig geblieben, dass sie befähigt wäre, in dem künftigen europäischen Konzert ohne Missklang, den Eigeninteressen dienlich, mitzuwirken.

Die vorstehenden Ausführungen dürften genügen, um die gewaltigen Schwierigkeiten der durch die Friedensnoten in den Vordergrund gerückten mannigfaltigen Probleme hinlänglich zu beleuchten. Es wird eines nicht ungewöhnlichen Masses staatsmännischer Kenntnis, Einsicht und nicht in letzter Linie Nachgiebigkeit bedürfen, um am grünen Tische die Richtlinien zu finden, die — vielfach in Divergenz mit dem Schlachtenergebnis — der erschöpften schwergeprüften Menschheit einen leidlichen Abschluss des Krieges, eine Zeit kulturdienlicher Selbstbesinnung und ungestörter friedlicher Betätigung sichern.

GEFÄHRLICHE UNENTSCHLOSSENHEIT.

Nr. 237, Züricher Post, 23. Mai 1917.

Wer während der letzten Wochen die leidenschaftliche Sprache verfolgt hat, mit der in Deutschland die führenden Blätter aller Richtungen eine Klärung der Kriegszielfrage seitens der Reichsregierung forderten, der wird an der Rede Bethmann Hollwegs vom 15. Mai jene scharfe und kraftvolle Stellungnahme vermissen, die als Auftakt zu aussichtsreichen Friedensverhandlungen, nach denen die Menschheit lechzt, zu denen sie sich den Weg nicht verlegen lassen wird, unumgänglich ist.

Mit Recht konnte man erwarten, dass der Reichskanzler sich nach einer mit den Ereignissen schwer vereinbaren, allzu langen Flucht vor der Öffentlichkeit, nunmehr ohne Umschweife über seine festgeformten Ziele in der innern und äussern Politik, die schlechterdings untrennbar und in engster Wechselwirkung, aussprechen würde. Nachdem die letzten Wochen eine Hochflut von geschäftigen In- und Auslandsreisen, abend- und morgenländischen Empfänge sowie einen die volle Übereinstimmung aller Anschauungen immer von neuem feststellenden Depeschenwechsel gebracht hatten, sollte es an ergiebigem politischem Programmstoff sicherlich nicht gefehlt haben.

Dennoch war dem nicht so. Der leitende Staatsmann erklärt, wenn seine Äusserungen von allem rhetorischen, einem genügsamen Auditorium Zustimmungsäusserungen entringenden Beiwerk entkleidet werden, nüchtern und trocken, dass er nichts sagen könne, nichts sagen wolle, sich aber — und

das wird auch dieses Mal geflissentlich unterstrichen — mit der obersten Heeresleitung in voller Übereinstimmung befinde. Letzteres Argument ist natürlich freudig zu begrüssen, soweit es sich um rein militärische Notwendigkeiten in ihrer Gegenwartsbedeutung handelt; aber über diese hinaus gibt es doch so viele und sicherlich nicht minder schwerwiegende Momente, für die der auf der Höhe seiner Aufgabe stehende Staatsmann die Verantwortung im Vollumfange allein zu tragen hat.

Wie immer man auch zu den so weit auseinander fallenden Kriegszielen stehen möge, mit diesem non possumus-Motiv vermag sich kein politischer Kopf, dem das Geschick der schwer geprüften Nationen über engherzige Sonderinteressen steht, abzufinden. Noch besitzt das starke und ungebrochene deutsche Volk, das seine Stellung in hartem Ringen gegen eine vielfache Feindesschar — deren stetiges, dem Maximalpunkt nahes Anschwellen durchaus nicht unabwendbar war — opferfreudig und heldenhaft behauptet hat, der Nerven genug, um dem, was da immer noch kommen mag, entschlossen ins Angesicht zu schauen. Aber es will und darf sich selbstverständlich des guten Rechtes nicht begeben, klipp und klar zu wissen, wohin die Reise eigentlich geht. Es kann unmöglich einer mit offensichtlichen Schönheitsfehlern durchsetzten Kriegsbilanz im voraus uneingeschränktes Vertrauen und bedingungslose Zustimmung entgegenbringen, ohne die einzelnen Posten, deren Lasten es im ganzen Umfange zu tragen haben wird, zunächst begutachtet, und wenn erforderlich. bevor der Schlussstrich gezogen wird, umgebucht zu haben

Aber noch wichtiger als dies ist es, hinsichtlich des feindlichen Auslandes sich zu einer klaren Stellungnahme den Friedensproblemen gegenüber zu entschliessen. Und da scheint man an den in Deutschland bisher nur allzu bedingt-verantwortlichen Stellen sich nicht genügend bewusst zu sein, dass im Schatten der russischen Ereignisse, die mit ihrer demokratischen Tendenz selbst weit nach Zentralasien ausstrahlen, die innerpolitische Neuorientierung Mitteleuropas nicht bei noch so verheissungsvollen Versprechen Halt machen darf, dass die feindliche Umwelt, bevor sie die Friedenshand entgegenkommend bietet und allzu hoch geschraubte Forderungen aufgibt, auf die Garantien innerpolitischer Entspannung, die sich folgerichtig in ein Aufgeben der nach aussen wirkenden Machtbestrebungen umsetzt, nicht verzichten will. Weise Voraussicht fordert, dass die den eindrucksvollen Lehren russischer Flammenzeichen entsprungene Osterbotschaft im auferstehenden Lichte des Pfingstfestes durch unzweideutige Taten durchgreifender, liberaler Verfassungsänderung unverzüglich eingelöst wird.

Die Welt will ferner wissen, welche scharf umgrenzten Ziele dem deutschen Friedensangebot zugrunde liegen. Hier sollte der Reichskanzler das erlösende Wort längst gefunden haben; denn bei den sich im eigenen Lager so diametral gegenüberstehenden starrsinnig verfochtenen Forderungen oder Verzichtleistungen muss die Regierung ihre Stellung, will sie leiten und nicht geleitet werden, endlich präzisieren und in den Konsequenzen vertreten.

Wer auf einem durch den Kriegsausbruch bereits erheblich belasteten Posten das heute, im schnellen Lauf der Zeit, weder nach innen noch nach aussen vermag, aber dennoch immer weitere Opfer an Gut und Blut

fordert, wer sich als berufener Führer des Volkes so eingeklemmt hat, dass er nach den grausigen Lehren eines fast dreijährigen Vernichtungstobens die politische und wirtschaftliche Zukunft der Nation ausschliesslich durch die passiven Waffentaten glaubt stützen und aufbauen zu können, der soll, den besten Traditionen des Staatsmannes getreu, die Verantwortung auch denen voll und in persona einräumen, deren Deckung er ängstlich sucht, über die er aber doch keinen bestimmenden Einfluss mehr auszuüben in der Lage ist. Was bedeutet denn heute ein Personenwechsel, an welcher Stelle er sich auch vollziehe, wenn dadurch Millionenschicksalen die völlige Vernichtung von nicht wieder einzubringenden nationalen Zukunftswerten erspart werden kann?

DEUTSCH-MITTELAFRIKA.

Nr. 1017, Neue Zürcher Zeitung, 6. Juni 1917.

Seit längerm ist die Diskussion über ein grosszügig gedachtes „Mitteleuropa", das die politischen sowie wirtschaftlichen Kräfte der Zentralmächte nach diesem Kriege dauernd binden und letztere von der zurzeit feindlichen Umwelt auch fernerhin unabhängig erhalten sollte, abgeflaut. Hierzu hat ausser erheblichen, innerhalb des Vierverbandes selbst bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die reale Zweckmässigkeit einer solchen starren Festlegung und Abschliessung auch wohl der Umstand beigetragen, dass mit der Einnahme von Bagdad die Engländer in Mesopotamien festen Fuss fassten, dass ferner China in den Krieg eintrat, und dass dadurch die auf den nahen und fernen Osten gesetzten Hoffnungen nicht unwesentlich beeinträchtigt wurden.

Einen vollwertigen Ersatz für das durch des Krieges Ungunst Gefährdete soll Deutschland nun in einem grossen zentralafrikanischen Kolonialreich finden. Dieser Gedanke wird in letzter Zeit besonders eifrig von Emil Zimmermann, der sich als Generaldirektor des rührigen Scherl-Verlages beachtenswerter Beziehungen zu den höchsten Regierungsstellen erfreut, vertreten. So dürfen die Ausführungen dieses Schriftstellers — er ist mit dem namhaften Kolonialpolitiker Dr. Alfred Zimmermann nicht zu verwechseln — vollste Aufmerksamkeit beanspruchen. Besonders eingehend entwickelt Zimmermann sein Programm in einem Aufsatz, den die von Prof. Hans Delbrück herausgegebenen „Preussischen Jahrbücher" in der letzten Februarnummer brachten. Er wird im Maiheft weitergesponnen und ist, da der Verfasser in der von seiten des deutschen Kaisers 1898 nach der Levante unternommenen Reise die Einleitung zu einer machtvollen deutschafrikanischen Politik glaubt nachweisen zu können, „Wilhelm der Orientfahrer" betitelt.

Zimmermann führt zunächst aus — und zwar zu einem vor der chinesischen Kriegserklärung liegenden Zeitpunkt —, dass die deutschen auf

Asien gerichteten weltwirtschaftlichen Ziele nach Afrika umzustellen seien. Die Linie Berlin-Persischer Meerbusen sollte nie Selbstzweck sein: „Mesopotamien könnte nur in der Hand Englands, wenn dieses nämlich fünf bis sechs Millionen Inder hinwirft und grosse Mittel bereitstellt, innerhalb eines Menschenalters annähernd etwas Ähnliches wie Ägypten werden; die Türkei aber nicht, und ebensowenig verfügen wir über das nötige Menschenmaterial, um dieses Ziel erreichen zu können." Der Weg wies nach dem fernen Osten: „Dass sich um 1900 die deutschen Zukunftshoffnungen auf China richteten, ist erklärlich." In der Tat hatten die mit China mühsam aufgebauten Handelsbeziehungen 1913 bereits einen Export von 123 Millionen Mark, dem ein Import von 130 Millionen gegenüberstand, aufzuweisen. Auch der Vorstand der Deutschen Kolonialgesellschaft hatte in seinen um die Mitte vorigen Jahres aufgestellten Leitsätzen ausgesprochen, dass ein in Afrika allein zu errichtendes Kolonialreich nicht genügen könne: „Zwar ist Afrika das zunächst gegebene Kolonialfeld; daneben aber verlangt die ausserordentlich grosse Zukunft Chinas die Festhaltung und Erwerbung von Stützpunkten im Gebiet des Indischen und Stillen Ozeans."

Die Aufgabe des asiatischen Wirtschaftsgebietes zugunsten eines grossen und blühenden deutschen „Vizekaiserreiches" in Mittelafrika begründet Zimmermann wie folgt: „Mir scheint, dass die Geschichte uns einen andern Weg führen wird, als er jahrzehntelang unserer deutschen Politik vorgeschwebt. Wir werden nicht über die Bagdadbahnlinie zum fernen Osten gehen, um dort die Grundlagen für ein grösseres Deutschland zu suchen; die Grundlagen dafür werden wir in Mittelafrika finden und in seiner Verbindung mit dem Araber- und Türkentum."

Die Erwartungen, die an Deutsch-Mittelafrika geknüpft werden, sind gleich hoffnungsvoll wie weitgehend. Ist dieser Zukunftsstaat auch noch nicht klar umgrenzt, so wird er sich doch über Gebiete erstrecken, die als Eckpfeiler eines bis zum Mittelländischen Meer reichenden gewaltigen Landkomplexes den frühern deutschafrikanischen Kolonialbesitz in sich schliessen. Teilweise im Einklang hiermit erklärte der Staatssekretär des Kolonialamtes Dr. Solf, dem Zimmermann dennoch den Vorwurf mangelnder Energie macht, zu Anfang dieses Jahres: „Wir haben unsere Kolonien nicht verloren! Die Besetzung durch den Feind bedeutet nicht ihren endgültigen Verlust. Wir werden unsere Kolonien wiedererhalten." Damit ist für Zimmermann („Deutsche Politik", August 1916) die deutsche Weltmachtstellung stabilisiert, denn von Zentralafrika aus wird auf alle politischen Fragen des schwarzen Erdteils, Kleinasiens und Südeuropas ausschlaggebender Einfluss genommen werden können.

Ein gewichtiges Argument für das mittelafrikanische Kolonialreich findet Zimmermann in der Notwendigkeit, der asiatischen Türkei eine starke deutsche Flankendeckung zu schaffen. Ohne diese erachtet er die der Türkei während des Krieges zur Verfügung gestellten Gelder, die sich bis jetzt auf etwa drei Milliarden Mark belaufen, für verloren. Denn nie vermöchte das Osmanische Reich diese Schulden abzutragen, wenn es an eine britische Besitzsphäre anschliesst, die, in ständiger Bedrohung, eine Vereinigung mit Indien über Arabien nach Südpersien anstreben würde.

In Mittelafrika werden die Vorzüge eines Siedelungslandes und Rohstoffgebietes auf das glücklichste vereint sein. Allerdings hatte Deutschland schon in Friedenszeiten keinen Überfluss, sondern erheblichen Mangel an Arbeitskräften; über 750,000 ländliche Arbeiter wurden alljährlich vom Ausland herangezogen. So kann, wie erst kürzlich der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Freiherr von Rechenberg, überzeugend nachwies, zumal nach den gewaltigen Verlusten dieses Krieges, schwerlich mit einer nennenswerten Auswanderung vom Mutterland her gerechnet werden. Zimmermann hat da einen Ausweg gefunden. Er erachtet Mittelafrika als das gegebene Zukunftsland für die durch den Krieg in ihrer Existenz vernichteten Auslanddeutschen aller Weltteile. Diese sind im Inland — immer nach Zimmermann — wenig zu brauchen und werden daher nur zu glücklich sein, gestützt durch die ihnen zu Lasten des Feindes zu gewährenden Entschädigungssummen, unter tropischen Breiten ein neues und aussichtsreiches Wirken entfalten zu können. „Ein Fehlschlag dieses Siedlungswerkes wäre ausgeschlossen" Dementsprechend prophezeit Zimmermann, dass nach einem halben Jahrhundert in Deutsch-Mittelafrika unter 50 Millionen Negern 500,000 Deutsche wohnen. Am Tschadsee, am Kongo, am Tanganjikasee werden sich dank den reichlich zuströmenden Kapitalien Grossstädte mit geschäftigem Leben entwickeln („Stanleyville wird dann Wilhelmstadt heissen"), die durch direkte Verkehrswege, wohl nach dem Vorbild der Bagdadbahn gedacht, mit Berlin in Verbindung gebracht werden. „Man wird in sieben Tagen von Berlin bis zum Kongo und Tanganjikasee fahren, in fünf Tagen zum Tschadsee; der Schnellverkehr wird über das Mittelländische Meer und Nordafrika gehen, der Frachtverkehr von den Nordseehäfen aus zu Schiff auf den alten Seewegen. Eine neue blühende Welt wird um das Mittelländische Meer entstanden sein."

Nach Zimmermanns Schrift „Die Bedeutung Afrikas für die deutsche Weltpolitik" wird Mittelafrika unter deutscher Verwaltung sehr schnell ein zweites Brasilien werden und jährlich mit Leichtigkeit für eine halbe Milliarde Rohstoffe produzieren.

Der gewaltige Unterschied gegenüber dem Ertrag des frühern deutschen Kolonialbesitzes, einschliesslich desjenigen von Kiautschau und der Südsee, ist in die Augen springend. Letzterer erforderte noch 1912 einen Reichszuschuss von über 25 Millionen Mark, er deckte nur 3% des heimischen Rohstoffbedürfnisses, repräsentierte in seinem Warenumsatz weniger als ½ % des deutschen Gesamthandels und hatte nicht mehr wie 300 Millionen Mark zu investieren vermocht. Wenn diese während der Hochkonjunktur der Friedenszeit bereits empfindlich passive Kolonialbilanz durch ein aus dem Krieg geborenes, reiche Werte erzeugendes Mittelafrika im Sinne der Zimmermannschen Voraussage abgelöst werden könnte, so müsste dies im Interesse des Mutterlandes in der Tat freudig begrüsst werden. Dann wäre auch der Beweis erbracht, dass der furor colonialis in seinem Endergebnis positive Arbeit zu leisten vermag.

RUDOLPH SAID-RUETE
Membre de l'Institut Colonial International.

AM SCHEIDEWEGE.

Nr. 262, Züricher Post, 7. Juni 1917.

Angesichts der von England und Frankreich hartnäckig fortgesetzten Kriegführung und nachdem Amerika sich noch mit seiner nicht zu unterschätzenden Macht auf deren Seite geschlagen, mehren sich in Deutschland die Stimmen, die bei Erörterung der auswärtigen Kriegsziele einem baldigen Sonderfrieden mit Russland, unter Aufgabe aller Annexions- und Entschädigungsforderungen, das Wort reden.

Diese gedachte deutsch-russische Verständigung wäre als eine sofort wirksame, wesentliche Erleichterung für die deutsche militärische Lage, grosse Heeresmassen anderweitiger Verwendung zuführend, gewiss sehr anreizvoll. Allerdings unter der Voraussetzung, dass die sich ergebende Konstellation einen gleich günstigen Ausblick für den schnellen Abschluss des Gesamtkrieges sowie hinsichtlich der spätern Zukunft eröffnen würde.

Um zu dem Problem eines solchen Sonderabkommens Stellung nehmen zu können, muss — bevor dessen Konsequenzen restlos durchdacht werden — zunächst die Frage Beantwortung finden, ob diese Lösung überhaupt praktisch möglich ist. Bekanntlich erhofft man deutscherseits, dass durch die eigene sozialdemokratische Partei eine Verständigung mit der aus der Umwälzung geborenen neuen russischen Regierung erzielbar sei. Dabei wird aber die gewichtige Tatsache übersehen, dass diese politische Gruppe im feindlichen Auslande, besonders bei der durch die Revolution selbst bewusst gefestigten russischen Linken, nur sehr bedingtes Entgegenkommen finden dürfte. Wird ihr doch seit Kriegsausbruch eine allzu weitgehende Abirrung von den internationalen Grundsätzen zum Vorwurf gemacht. Wohl vermag der unabhängige linke Flügel der deutschen Sozialisten darauf zu rechnen, dass ihm mit grösserem Vertrauen begegnet wird, doch ist gerade diese Fraktion infolge ihrer Rückbekennung zu offenkundig radikalen Anschauungen der eigenen Regierung nichts weniger als genehm. Ihre Vermittlertätigkeit könnte die ängstlich gepflegten innerpolitischen Grundsätze von althergebrachter Überlieferung nur allzu leicht gefährden. Politische Freiheitsbestrebungen finden von jeher „den höhern Beifall", wenn sie sich „im andern Lager" betätigen. Da wird sich eine erspriessliche Verständigungsatmosphäre nicht kurzer Hand ergeben.

Aber selbst angenommen, eine Annäherung wäre heute dadurch ermöglicht, dass die nach Abschüttelung autokratischer Willkürherrschaft noch ungeklärten innerpolitischen Verhältnisse Russlands sich — anstatt auf gesunder demokratischer Basis zu festigen — in ein anarchistisches Chaos auflösen, dann kann es fürwahr keinem Zweifel unterliegen, dass der deutschen Sache durch die Verkettung mit einem auf lange hinaus schwer desorganisierten Staate für einen vermeintlichen, übereilt erstrebten Vorteil — angesichts einer Umwelt der Abneigungen — unheilvoller und nachhaltiger Schaden erwachsen würde.

Entwickelt sich hingegen, wie im allseitigen Interesse zu wünschen, die Neuordnung Russlands in gefestigten Bahnen, so können für die Petrograder Regierung ausschliesslich die Imponderabilien der bisherigen Allianz massgebend sein. Es darf nicht übersehen werden, dass Russland, wenn es sich zu einem, den bei Kriegsbeginn eingegangenen Verpflichtungen zuwiderlaufenden Schritt bereit finden liesse, seine Bundesgenossen sich auf Generationen hinaus in unerbittliche Feinde verwandeln würde. Das müsste der russischen Sache, besonders im mittlern und fernen Osten, erhebliche politische Schwierigkeiten verursachen. Um so mehr als angesichts der geographischen Fernlage eine tatkräftige Unterstützung von mitteleuropäischer Seite, wenn eine solche nach der Erschöpfung des Krieges überhaupt möglich, ausgeschlossen wäre. Dieser Bedrohung gegenüber würde die jetzt erfolgende Einstellung des Waffenganges an der deutsch-ungarischen Front keinen Anreiz bieten, selbst wenn die Rumänische Frage, in der Russland hervorragend engagiert ist, ohne weiteres Blutvergiessen gelöst werden könnte.

Aber noch einschneidender werden materielle Rücksichten sich geltend machen. Russland ist seinen Verbündeten durch die mit dem Krieg zusammenhängenden Lieferungen schwer verschuldet und wird auf deren wirtschaftliche Unterstützung, will es seinen drückenden Verpflichtungen im In- und Auslande nachkommen und seinen natürlichen Reichtum langfristig mobilisieren, noch auf Dezennien hinaus angewiesen bleiben.

Nun ist allerdings von deutscher Seite geltend gemacht worden, dass Deutschland sich, falls ein Separatfrieden gezeitigt werden könne, den finanziellen Wiederaufbau und die wirtschaftliche Ertüchtigung Russlands angelegen sein lassen würde. Hier liegt unzweifelhaft eine Überwertung der eigenen Kräfte beziehungsweise eine Unterschätzung der zu lösenden Aufgabe vor. Ist es doch heute schon ein zufriedenstellender Lösung noch recht fernes Problem, wie Deutschland, gleich den meisten der sich bekämpfenden Länder, aus seiner Kriegsbilanz einen rationellen Verzinsungs- und Amortisationsdienst ohne nachhaltige Entwertung des Nationalvermögens aufbauen soll. Die Helfferichsche Zusage, die er — einst die Hoffnung der überzeugt liberalen Richtung — im Reichstage machte, bevor er die schwere Verantwortung seines kurzverwalteten Amtes im Schatzdienste auf andere Schultern legte, nämlich: dass das Bleigewicht der Kriegslasten (sie werden heute bereits auf nicht weniger als 120 Milliarden Mark geschätzt) vom Feinde zu tragen sei, wird sich kaum im Vollumfang erfüllen. Dann aber geht Deutschland in einer finanziellen Verfassung aus dem Krieg hervor, die auf lange hinaus kein Exportkapital verfügbar lassen wird, zumal die Quelle seines frühern gewaltigen Aufschwunges, der Welthandel — Bethmann Hollweg hat allerdings anlässlich der chinesischen Kriegserklärung dessen Wiederaufbau zu Lasten des Feindes vorausgesagt —, für jetzt so gut wie vernichtet ist. Auch bedeuten die den Verbündeten gegenüber eingegangenen Verpflichtungen schwere Zukunftssorgen. Es sei hier nur daran erinnert, dass der Türkei bis März dieses Jahres 142 Millionen türkische Pfund ohne Garantien und unter Stundung der Zinsen vorgeschossen wurden, dass Deutschland sich weiterhin anheischig gemacht hat, nach Kriegsabschluss der Türkei alljährlich für die Dauer von elf Jahren drei Millionen türkische Pfund in Gold zu

übersenden, um dem türkischen Papiergelde — heute werden drei Papierpfunde für ein Goldpfund hergegeben — den gleichen Kurs wie den deutschen Noten zu sichern. Ferner erwartet der Osmanische Schatz, gemäss einer vom Finanzminister im Senat abgegebenen Erklärung, zur Festigung des Bündnisses wie der Turbanwerte noch weitere 100 oder 150 Millionen Pfund: gewiss keine Kleinigkeit. Doch wie der Grosswesir nach Rückkehr von seiner mitteleuropäischen Reise letzthin im Parlament darlegte, hat er überall, ausser einer warmen Aufnahme, die tiefe Überzeugung von einer glänzenden Zukunft der Türkei gefunden. Unter diesen, durch Abschluss des deutsch-türkischen Vertrages bezüglich Aufhebung der Kapitulationen besonders lichtvoll scheinenden Verhältnissen wird es der notleidenden, auch politisch so wenig glücklichen Bagdadbahngesellschaft dank ihres weitreichenden Einflusses wohl noch gelingen, die angestrebte durchgreifende Hilfsaktion auf Kosten der deutschen und türkischen Regierung durchzusetzen

Sprechen die im Vorstehenden kurz dargelegten moralischen, politischen und wirtschaftlichen Momente gegen die Wahrscheinlichkeit, dass Russland sich zu einem Sonderfrieden bereit finden lassen wird, so kann durch einen solchen, wie die Dinge nun einmal liegen, auch der deutschen Sache kein Nutzen erspriessen. Es gehört wenig Prophetengabe dazu, um vorauszusagen, dass der Friedenspol der Entente nicht im Osten, sondern im Westen, nicht an der Newa, sondern an der Themse, wenn nicht gar jenseits des grossen Wassers liegen wird. Gewiss schliesst dieses nicht aus, schon jetzt mit feinem und biegsamem psychologischen Völkerverständnis, in guter Vorarbeit für den Weltfrieden an den Abbau der zwischen Deutschland und Russland bestehenden, keineswegs unüberwindlichen Reibungsflächen heranzugehen. Aber die vitalsten Interessen Deutschlands liegen nicht jenseits der Weichsel-, sondern der Rheinlinie, in jenen Ländern und in den von diesen kontrollierten Weltgebieten, wo deutsche Geistesarbeit, deutscher Fleiss und deutsches Wirken durch Jahrzehnte ein dankbares und weites Betätigungsfeld entgegenkommend gefunden hatte. In loyaler Erkenntlichkeit für das also Gebotene, hier wieder die Möglichkeit zu schaffen, in Gleichberechtigung neue Wurzeln zu schlagen, das ist die vornehmste Aufgabe, die dem Deutschtum harrt. Dazu wird aber kein Sonderfrieden, wohl aber ein Weltfrieden verhelfen, für den die Formel gefunden werden kann, da sie gefunden werden muss.

Hic Rhodus, hic salta!

ZUM KAMPFE UM BETHMANN.

Nr. 1270, Neue Zürcher Zeitung, 11. Juli 1917.

„Es steht in Gottes Händen, dass es einem Regenten gerate, derselbe gibt ihm einen löblichen Kanzler.“ Jesus Sirach 10, 5.

Eine im wesentlichen von der Schwer- und Kriegsindustrie betriebene alldeutsche Propaganda, die ein Trugbild der im Lande obwaltenden poli-

tischen Strömungen widerspiegelt, hat die gleich terroristische, wie ihr recht bequeme Formel aufgestellt, dass die von Auslandsdeutschen in neutralen Blättern an der Politik des Reiches geübte Kritik unpatriotisch, um nicht zu sagen vaterlandsverräterisch sei. Durch derartige einseitige Nützlichkeitsthesen, die lebhaft an die Lehren eines Simsons im Tempel der Philister erinnern, wird sich ein an selbständiges und verantwortungsvolles Denken gewöhnter Politiker nicht beirren lassen. Er stellt die gesicherte Weltordnung der Zukunft über flüchtige und offensichtlich der Umwertung unterworfene Gegenwartsmomente.

Es sei aber doch zur Erwägung gestellt, ob es nicht die Urteilskraft und politische Reife der Neutralen erheblich unterschätzen heisst, wenn man als gegeben voraussetzt, dass dieselben nach dreijähriger Kriegsdauer durch kritische Zeitungsartikel in ihren Ansichten beeinflusst werden könnten. Vermag doch, wer heute zu den Weltfragen Stellung nehmen will, auf die Meinungen aus allen Lagern — jede nach Standpunkt und Gesichtswinkel durchaus berechtigt — unmöglich zu verzichten. Nur so ist überhaupt eine ernste staatsbürgerliche Selbsterziehung denkbar.

Glaubt man denn wirklich, dass ein Neutraler, dem die Zeitungen seines Landes Tag für Tag die regierungsfreundlichen wie regierungsfeindlichen — diese oft recht schonungslosen — Presseäusserungen aus aller Herren Ländern wiedergeben, dem die fremdländischen Blätter und Zeitschriften unschwer zugänglich — dass ein solcher aus dem Gleichgewicht seiner Anschauungen geworfen werden kann, weil Angehörige eines kriegführenden Landes ihr in langjährigen Erfahrungen aufgebautes politisches Glaubensbekenntnis über den Wert und Unwert von Freund und Feind, über die Zweckmässigkeit der in der Welt vertretenen innerpolitischen Institutionen, in den gastlichen Spalten eines streng neutralen Blattes mit ihrer Person vertreten? Es müsste schlecht um eine Sache stehen, die nur unter abgeblendeten Lichtern diskutiert werden kann.

Aus diesen Gedankengängen heraus sei im Nachstehenden zu der sachlichen Notwendigkeit eines für Deutschland gebotenen Kanzlerwechsels, der sich im Interesse des baldigen Friedens je länger je dringlicher als unumgänglich erweist, Stellung genommen. Hierzu halte ich mich heute, da der Ausblick in die Zukunft düsterer denn je, für um so mehr berechtigt, als ich bereits früher in „Wissen und Leben" — „Szenenwechsel", 1. Mai 1916[1]) — unter internationalem Gesichtspunkte die gleiche Forderung freimütig und unpersönlich vertreten habe.

Von allem Anbeginn des Krieges war es undenkbar, dass dieselben Männer den Frieden schliessen könnten, unter deren Regierung der Krieg aktiv oder passiv ausgelöst wurde. Um nur einige zu nennen: Viviani und Salandra, Asquith und Goremykin, zuletzt Tisza, sind gegangen, um neuen Männern den Platz zu räumen.

Aus den vielen deutschen Pressstimmen aller Lager, die während der letzten Zeit ein durch die Wucht der Tatsachen scharf belegtes politisches Zwangsgesetz auch den Widerstrebendsten in Verständnis näher bringen, sei hier nur der geistesscharfe Georg Bernhard herausgegriffen, der am 29. Mai in der „Vossischen Zeitung" wie folgt „leitartikelte":

[1]) Siehe Seite 109.

„Es scheint ein Stück Schicksalsforderung in diesem Kriege zu sein, dass allmählich die sämtlichen Staatsmänner, die im Beginne der Kämpfe am Ruder waren, abwirtschaften. Es drängt sich einem immer mehr der Gedanke auf, dass diesem Kriege kein Frieden folgen kann, solange sich auch nur einer der verantwortlichen Mitunterzeichner der Kriegserklärungen noch im Amte befindet."

Es ist eine herbe Tragik dieses Dauerkrieges, dass infolge unselig versteifter Geistesrichtungen, dem krankhaften Anklammern an althergebrachten und doch längst überlebten Einrichtungen und Verhältnissen, die einfachsten, dem Frieden zustrebenden Binsenweisheiten einen unverantwortlichen Aufwand an kostbarer Zeit und somit an Blut und Gut erfordern. Setzen dieselben sich endlich durch, so hat sich die Allgemeinlage inzwischen wesentlich ungünstiger gestaltet, der gegebene Zeitpunkt ist vielfach verpasst worden.

Heute handelt es sich für Deutschland und seine Verbündeten darum, zu einer baldigen Verständigung mit der grossen und nicht zu unterschätzenden Zahl der Feinde zu gelangen. Jeder nach dieser Richtung bisher unternommene Schritt, für die der Reichskanzler die volle Verantwortung trägt, hat, wie die harten Tatsachen — leider auch in den neutralen Ländern — beweisen, das Gegenteil des Gewünschten gezeitigt. Anstatt Sympathien, die sich für die Zukunft weit wertvoller als alle partiellen Waffenerfolge erweisen werden, sorgsam zu gewinnen und das schwer erschütterte Vertrauen in die äussere und innere Politik der Regierungen zu festigen, stehen die Mittelmächte dank völligem Mangel psychologischen Völkerverständnisses einer Umwelt von Abneigung gegenüber. Diese lässt sich unmöglich länger als Ausfluss des Neides deuten; da müssen andere gewichtige Momente der Entfremdung mitsprechen.

Hier mit allen loyalen Mitteln auf unverzüglichen Wandel zu dringen, ist Pflicht aller derer, die mittelst einer zielbewussten, durchweitsichtiges Handeln geförderten Organisation der Sympathien der Sache ihres Volkes dienen wollen.

Am Vorabend des von Bismarck heraufbeschworenen Krieges gegen Österreich, am 15. Juni 1866, schrieb sein politischer Gegner, der Minister von Bethmann-Hollweg von Hohen-Finow, dem Stammsitze seiner Familie, aus an König Wilhelm:

„Jede Verständigung ist unmöglich, solange der Mann, der an Ew. Majestät Seite steht, Ihr entschiedenstes Vertrauen besitzt, der dieses Ew. Majestät bei allen andern Mächten geraubt hat. Legen Ew. Majestät die auswärtigen Angelegenheiten, also die Verhandlungen mit dem Auslande, in die Hände eines Mannes, der durch und durch Preusse und deshalb unfähig ist, Preussens Ehre etwas zu vergeben, aber imstande, dieses Vertrauen wieder zu gewinnen ... Aber es ist die elfte Stunde, und sind einmal die blutigen Würfel gefallen, so ist es zu spät."

Ein für die preussisch-deutsche Geschichte an Wechselfällen reiches halbes Jahrhundert ist seit jenem Briefe verflossen. Durch die Lande hallt der Ruf nach einem Bismarck. Nicht nach dem Vater des in historischer

Entwicklung auf Blut und Eisen eingeschworenen preussischen Junkertums, wohl aber nach dem Kanzler, der mit stahlhartem Willen und doch wohlerwogener Nachgiebigkeit die Zügel nach innen und aussen fest in der Hand zu halten wusste. Nach dem Staatsmann, der vor dem Reichstage (14. Juni 1882) mit Recht die Worte sagen konnte:

„Wenn ich mir in der auswärtigen Politik irgendein Verdienst beilegen kann, so ist es die Verhinderung einer übermässigen Koalition gegen Deutschland seit dem Jahre 1871."

Dieser Satz hätte im nationalen Interesse ein politisches Testament bedeuten sollen! In übereiltem und überspanntem Machtdrange ist es so ganz anders gekommen.

Wo sind die Männer, die heute im Bismarckschen Geiste und im Sinne des oben zitierten Bethmannschen Briefes dem Enkel Wilhelms I. bezüglich des Nachkommen des Herrn auf Hohen-Finow das gleiche mit nicht geringerer Berechtigung sagen?! Damit wäre der erste und — wenn logisch weitergehandelt — wichtigste Schritt getan, um Deutschland, wie sein Volk es verdient, aus schwerer Bedrängnis hoffnungsfrohen Zeiten entgegenzuführen.

RICHARD VON KÜHLMANN.

Nr. 1443, Neue Zürcher Zeitung, 6. August 1917.

Der neue Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes entstammt einer bayerischen Bürgerfamilie. Erst seinem Vater, der sich als verdienstvoller Direktor der Anatolischen Eisenbahnen (Deutsche Bank) in Konstantinopel ein ansehnliches Vermögen erwarb, wurde das erbliche Adelsprädikat verliehen.

In aussergewöhnlich jungen Jahren ist Kühlmann — er steht in der Mitte der Vierziger — auf einen besonders schwierigen Posten berufen worden. Während einer an Erlebnissen reichen, wechselvollen diplomatischen Laufbahn hat er Länder aller Zonen kennen gelernt. Am besten sollte er mit den englischen Verhältnissen vertraut sein, bekleidete er doch bis zum Kriegsausbruch durch mehrere Jahre den wichtigen Posten des Botschaftsrats in London. Zuvor war ihm in Washington Gelegenheit geboten, sich mit der Politik Amerikas bekannt zu machen. Eine vorurteilsfreie Nutzanwendung dieser ntimen Kenntnis der gewichtigsten zurzeit mit Deutschland verfeindeten Länder, gepaart mit einem guten Verständnis für die Dauerwerte westlicher Kultur müssten ihn befähigen, in aufbauendem Wirken der Friedenssache hervorragende Dienste zu leisten

Nahe und gerne gepflegte Beziehungen zu Finanz- und Handelskreisen haben Külhmanns Blick für den hohen wirtschaftlichen Vorteil, den Deutschland durch Jahrzehnte aus der liberalen Verbindung mit andern Nationen gezogen hat, geschärft und mit Recht kann er als ein überzeugter Freund gesunder deutsch-englischer Beziehungen zugunsten deutscher Welt-

wirtschaft angesprochen werden. Ein zu Anfang 1914 anonym erschienenes, in London entstandenes Buch „Deutsche Weltpolitik und kein Krieg",[1]) das beachtenswerte Gedankengänge bezüglich einer stabilen deutsch-englischen Politik entwickelte und berechtigtes Aufsehen erregte, deckte sich in mehr als einem Punkte mit seinem politischen Glaubensbekenntnis.

Es ist ferner kein Geheimnis, dass Kühlmann der Bagdadbahnpolitik, die allen Warnungen zum Trotz durch Jahre den gleich gefährlichen wie wenig zweckdienlichen Drehpunkt der deutschen auswärtigen Interessen bildete, nie das Wort geredet hat. Klaren Blickes erkannte er, dass die hypnotisch nach dem Persischen Golf orientierten uferlosen Bestrebungen folgerichtig zu einer Entfremdung mit dem in seinen vitalsten Interessen bedrohten England führen mussten. Nach dieser Richtung werden die als Botschafter in Konstantinopel während des letzten Jahres gewonnenen Einblicke in die tatsächlichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Osmanischen Reiches sein Urteil nicht beeinflusst haben. Sie dürften seinen Anschauungen über Ost und West eine wertvolle Bereicherung geworden sein. Will er jetzt den Weg zu einer wohlverstandenen Verständigung mit dem Inselreich anbahnen, so wird er sich weit energischer als seine Vorgänger zunächst von den vielseitigen Einflüssen der im Baugeschäft der Bagdadbahn hervorragend finanzierten, aber nur sehr bedingt national interessierten Bankkreise loszusagen haben.

Da Kühlmann sich bereit erklärt hat, das ihm angetragene Amt zu übernehmen, dürfte die Annahme berechtigt sein, dass er sich zuvor die Gewissheit verschaffte, die seiner harrende Friedensmission, die den Schwer- und Höhepunkt seines Wirkens darstellen wird, in den von ihm als richtig und gangbar erkannten Linien ungehindert durchführen zu können. Es sei hier daran erinnert, dass nach der noch zu Recht bestehenden deutschen Verfassung die Verantwortung für die auswärtige Politik — nicht etwa der Volksvertretung, sondern dem Kaiser gegenüber — dem auf die Persönlichkeit eines Bismarck zugeschnittenen Reichskanzler im Vollumfang zufällt. Bethmann Hollweg war nach seiner ganzen innerpolitisch eingestellten Laufbahn dieser Aufgabe durchaus nicht gewachsen: jenseits der schwarz-weiss-roten Grenzpfähle versagte sein Urteil nur zu oft. Der neue Reichskanzler[2]) bringt aus gleichen Gründen durchaus kein besseres Rüstzeug für das gegenwärtig wichtigste Gebiet seines weitverzweigten Pflichtenkreises mit. Da bedarf es in diesen schweren Zeiten um so mehr einer ganzen und unverbrauchten Kraft, die angesichts einer Umwelt von Feinden den Nachen der auswärtigen Beziehungen binnen kürzester Frist in ruhige und vor erneuten Aufwallungen sichere Gewässer leitet.

Im Rahmen seiner Behörde findet Kühlmann ein weites und dankbares Feld für durchgreifende Reformen vor. Er wird in unermüdlichem rage du métier dem anerkannt schwerfälligen und rückständigen Geist der Wilhelmstrasse ein volles Mass zeitgemässer Neuordnungen aufpflanzen müssen, um

[1]) Verfasser war der londoner Vertreter des Wolff'schen Telegraphen Bureaus, Dr. Hans Plehn. Die Arbeit hatte auffallend viele Parallelen mit der in meinem Schreiben an Bethmann Hollweg unter dem 26. April 1915 erwähnten Denkschrift (siehe Seite 3), von der ich eine Kopie dem damaligen Botschaftsrat v. Kühlmann gegeben hatte.

[2]) Michaelis. R. S-R.

das Auswärtige Amt zu einem brauchbaren Instrument für die deutsche Weltstellung nach dem Krieg zu gestalten.

Besondere Aufmerksamkeit wird Kühlmann auch jenen während dreier Kriegsjahre üppig ins Kraut geschossenen „Apachen der Politik" widmen müssen, die im In- und Ausland allzu geschäftig die verschiedensten Sonderinteressen vertreten und so wesentlich dazu beigetragen haben, dass man sich über die wahren Ziele der Regierung vielfach ein ganz falsches Bild formte.

All dieser Wandel wird sich, so dringend er auch ist, nicht über Nacht vollziehen lassen. Gespannt warten Freund und Feind auf die Taten Kühlmanns, der berufen ist, an hervorragender Stelle für die künftigen Beziehungen der Völker Erspriessliches zu leisten. Heute schon ein Urteil über den neuen Staatssekretär fällen zu wollen, wäre voreilig. Wenn er seine nicht alltäglichen Fähigkeiten mit festem Willen eint und diesen durchzusetzen versteht, wenn er die Zeichen der Zeit richtig zu bewerten weiss, dann wird es ihm an dankbarer Anerkennung aus allen Lagern — auch den jetzt noch gegnerischen — gewiss nicht fehlen.

„Denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist,
Der vermehret das Uebel und breitet es weiter und weiter.
Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich." GOETHE.

MACHT UND RECHT.

Nr. 1606, Neue Zürcher Zeitung, 31. August 1917.

„Deutsches Herz, verzage nicht,
Tu', was dein Gewissen spricht,
Dieser Strahl des Himmelslichts:
Tue recht und fürchte nichts!"
Ernst Moritz Arndt,
„Lieder für Teutsche" 1813.

Der Staatssekretär des Auswärtigen von Kühlmann hat in seiner vor dem Hauptausschuss des deutschen Reichstages am 22. August gehaltenen Einführungsrede die klugen Worte gesprochen: „In der Politik spricht die Macht, in der Politik spricht aber auch das Recht!" Es wäre allerdings noch wertvoller gewesen, wenn der Reichskanzler dieses persönliche Bekenntnis eines nach der Verfassung für die Richtlinien der Politik leider nicht verantwortlichen Beamten in von Missdeutung freier Weise vertreten und durch das Einverständnis der Obersten Heeresleitung, auf das er sich in nicht zu verkennender Abhängigkeit auch in den militärischer Machtbefugnis fernliegenden Fragen so gerne bezieht, unterstrichen hätte.

Oberstleutnant Michaelis hat sich bei Übernahme des Kanzleramtes in einer dem Fernstehenden nicht ganz einleuchtenden Weise zu der Erbschaft seines Vorgängers bekennen zu müssen geglaubt. Dadurch hat er besonders in der Schuld- und Friedensfrage, den Brennpunkten der Kriegselipse, auf eigene Auslegung und neue Initiative verzichtet. Aber er hat sich auch anderseits auf die Rede Bethmanns vom 4. August 1914 festgelegt, als dieser die

Kriegserklärungen vor dem Reichstage begründete und mit Bezug auf den Einfall deutscher Truppen in Luxemburg und Belgien ausführte: „Das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gut machen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist." Heute, da in gewaltigem Geistesringen die stetig schwellende Friedensströmung gegen den durch dunkeln Unverstand und niedrige Selbstsucht allerorts geschürten Kriegswahnsinn ankämpft, da Deutschlands Abwehrzwecke an allen Fronten gesichert sind, muss daran erinnert werden, dass diese Worte das „Sesam öffne dich", den Zauberspruch zur engen Friedenspforte bedeutet, an deren blutrot entweihter Schwelle das Elendsmeer einer Welt seit länger denn drei Jahren brandet.

Liest man in den jüngst veröffentlichten Memoiren Gerards die Unterredung nach, die er noch zu Ende Januar 1917 mit Bethmann über die Friedensfrage, speziell im Ausblick auf die Räumung Belgiens gepflogen hat, so wirken die mit Garantie- und militärischen Notwendigkeitsbedenken durchsetzten, ausweichenden Einschränkungen im Lichte des Unrechtsbekenntnisses geradezu erschütternd. Selbst angenommen, dass die Aufzeichnung des frühern amerikanischen Botschafters, dessen freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehungen zur deutschen Regierung der Staatssekretär Zimmermann um die letzte Jahreswende öffentlich gefeiert hat, in wesentlichen Punkten einem Missverständnis zum Opfer gefallen sind, so kann der ungünstige, Misstrauen gegen Deutschlands Pläne weckende Eindruck nur durch eine baldige und einwandfreie Erklärung umgestellt werden, die sich erneut auf den Boden des 4. August 1914 stellt und über die restlose Durchführung der gegebenen Verpflichtung keinen Zweifel lässt.

Der gegenwärtigen Regierung sollte dieses um so weniger schwer fallen, als der Mehrheitsbeschluss des Reichstages vom 19. Juli dieses Jahres sich wie folgt ausgesprochen hat: „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar". An diesem wohlerwogenen Leitsatz wird die Volksvertretung hoffentlich festzuhalten wissen und demgemäss nicht dulden, dass die ohne ihr Zutun eingesetzte Regierung sich solcher Willensmeinung durch ein Hinterpförtchen entzieht: es sei denn, dass sie einer andern, die dem Empfinden der Masse noch näher steht, den Platz räumen wolle.

Der angeführte Reichstagsbeschluss sagt treffend an anderer Stelle: „Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten". Dass der Wirtschaftsfriede, der nach diesem Kriege mehr denn je der Nationen Lebensnerv bedeuten wird, allein das Ergebnis einer auf gesunder Atmosphäre aufgebauten Verständigung sein kann, nie durch Machtgesetze zu erzwingen ist, bedarf keines Beweises. Dadurch wird in den wechselseitigen Beziehungen der Völker die Machtfrage — wenn erst die Waffen ruhen — einer erheblichen Entwertung unterworfen sein; gleich wie heute die Machterfolge den Geldwert nicht zu stützen vermögen. Das Recht wird sich im Morgenrot des nahenden Weltfriedens siegreich durchsetzen!

„Die Macht kann nicht milde genug aussehen."

Jean Paul (Richter) „Erziehungslehre" 1807.

DEUTSCHE WIRTSCHAFTLICHE FRIEDENSFRAGEN.

Nr. 1869, Neue Zürcher Zeitung, 7. Oktober 1917.

Die Antwort Deutschlands auf die Friedenskundgebung Seiner Heiligkeit des Papstes enthält im Gegensatz zu der österreichisch-ungarischen Note einen bemerkenswerten wirtschaftspolitischen Passus. Es wird gesagt: „Deutschland ist durch seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Bedürfnisse auf den friedlichen Verkehr mit seinen Nachbarn und mit dem fernen Auslande angewiesen". Dass diese Tatsache offen zur Diskussion gestellt wurde, ist zu begrüssen. Sie wird hoffentlich im eigenen Lande die gebührende Beachtung finden und die übergrosse Zahl derer, die heute noch immer im militärischen Geiste befangen, die Gestaltung der Zukunft ausschliesslich von den Waffenergebnissen erwarten, auf die realen Werte des Wirtschaftslebens hinlenken. Dass von massgebendster Stelle in dieser Richtung gut vorgearbeitet wurde, soll nicht unerwähnt bleiben. Als sich der Kriegsausbruch zum drittenmal jährte, sprach es der stellvertretende Generalstabschef von Freytag-Loringhoven aus: dass Siege, die einst unbedingt entscheidend gewesen wären, dass sogar die Eroberung ganzer Königreiche Deutschland dem Frieden nicht näher gebracht haben.

Im Vordergrunde der Wirtschaftsprobleme wird nach dem Kriege neben der Verzinsung und Tilgung der ungeheuren Schulden — zu deren Abtragung der Warenexport wiederum eine gewichtige Rolle spielen muss — die Frage nach Deckung der Rohstoffe und Nahrungsmittel stehen. Hatte Deutschland doch in 1913 fast drei Fünftel seiner Einfuhr in industriellen Rohstoffen bezogen, an Nahrungs-, Genussmittel und Vieh etwa 30%; sowie Fabrikate in Mengen, die über 60% der Ausfuhr betrugen, abgegeben. Dennoch hat man dank einer weitsichtigen und scharf durchgeführten Organisation es meisterhaft verstanden, trotz den hohen Anforderungen der Kriegsindustrie mit den verfügbaren Vorräten bisher hauszuhalten. Aber während einer Unterbindung des Aussenhandels von nun schon länger als drei Jahren ist natürlich auch ein ständig steigender Einfuhrhunger erzeugt, dessen Behebung eine gigantische Aufgabe bietet, und daher berechtigtermassen bei den Friedenserwägungen in die erste Linie gestellt wird.

Der Krieg hat Deutschlands Aussenhandel von jährlich 23 Milliarden Mark, der Millionen fleissige Hände ernährte, völlig suspendiert. Die statistischen Zahlen reden da eine eindrucksvolle Sprache von Deutschlands wirtschaftlichem Aufschwung während der letzten Jahrzehnte und bieten einen heute besonders der Beachtung werten Beleg dafür, dass wie die kulturelle, so auch die wirtschaftliche Blüte eines Landes von dessen quadratkilometrischen Grösse und Kolonialbesitz durchaus nicht immer ausschlaggebend bedingt wird. Der Aussenhandel Deutschlands repräsentierte bei Kriegsausbruch das Dreieinhalbfache von 1873 und wurde nur von demjenigen

Grossbritanniens übertroffen. Wenige Jahre weiterer friedlicher Entwicklung hätten Deutschland im Welthandel aller Wahrscheinlichkeit nach an die erste Stelle gebracht. Ein erstaunlich schneller Aufstieg, der im wesentlichen auf den unermüdlichen Schaffensdrang eines arbeitsamen Volkes zurückzuführen ist. Aber diese Umstände hätten doch nicht allein genügt, wären der gewaltigen Stosskraft der deutschen Volkswirtschaft nicht in hohem Masse jene natürlichen Vorbedingungen zuteil geworden, die erst der unheilvolle Krieg ausschaltete und heute von der Gegenseite, da nicht mit Machtmitteln zu erkämpfen, erst wieder zugestanden werden müssen: „Die offene Tür" und „Die Freiheit der Meere". Um diese erneut zu erlangen, werden entsprechende Konzessionen in der Abrüstungs- und Schiedsgerichtsfrage, wie sie ja erfreulicherweise durch die deutsche Note bereits klar zum Ausdruck kommen, unumgänglich sein.

Zur Belegung des Obigen sei aus der auf rund zwei Dutzend angewachsenen Zahl der Gegner Deutschlands hier beliebig ein einzelner herausgegriffen: China. Dieses Land rangierte 1913 in Deutschlands Ein- und Ausfuhr, in beiden nur 1,2% belegend, erst an zwanzigster, bzw. achtzehnter Stelle. Dennoch waren dort an 3000 Deutsche, davon allein in Tientsin 400, sesshaft. 270 deutsche Firmen betätigten sich im Handel; die kapitalkräftige Deutsch-Asiatische Bank war seit 1890 installiert und arbeitete mit gutem Nutzen. Die Deutschland zustehende, nunmehr eingestellte Entschädigung aus dem Boxeraufstande und aus fünf gemeinsam mit England gewährten Anleihen belief sich pro Jahr auf drei Millionen englische Pfund. Die nach China betriebene deutsche Schiffahrt bezog von ihrer Regierung seit 1886 eine Subvention von jährlich rund 2 Millionen Mark; seit 1898 war dieselbe verdoppelt worden. Eine rege, weitverzweigte Missionstätigkeit und Schulförderung stand der deutschen Sache nützlich zur Seite. Als Bethmann Hollweg Ende März d. J. im Reichstage zu der Kriegserklärung Chinas Stellung nahm, äusserte er sich wie folgt: „Für unsere Gegner handelt es sich darum, unsern Handel auch in China zu zerstören und sich das mühelos anzueignen, was deutsche Tüchtigkeit und deutscher Fleiss in Jahrzehnten dort errichtet hatten. Der Kriegsausgang wird, wie ich bestimmt hoffe, uns die Möglichkeit bieten, das Zerstörte, und zwar auf Kosten unserer Feinde, neu aufzubauen". Möge diese Voraussage sich erfüllen!

Würde Deutschland auf die Handelsbeziehungen mit seinen Verbündeten im Sinne „Mitteleuropas" beschränkt bleiben, so wäre die Ein- und Ausfuhr auf nur 9 bzw. 13% des letzten Friedensjahres, ohne Einsetzung der durch den Krieg an und für sich bedingten erheblichen Verminderung, zurückgeworfen. Hiegegen hätte es für die Gesamtkriegslasten einen Betrag aufzubringen, der die vor Kriegsausbruch auf 7 Milliarden Mark geschätzte jährliche Kapitalneubildung erheblich überschreiten würde. Somit sagt die deutsche Note mit Recht: „Kein Land hat mehr als das deutsche Anlass zu wünschen, dass an die Stelle des allgemeinen Hasses und Kampfes ein versöhnlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen zur Geltung kommt". Diese Worte müssten gleichzeitig den Verkündern des ebenso verwerflichen wie unklugen Hasses und der Entfremdung ihr unsauberes Handwerk legen und diese Schädlinge am Baume der Menschheit endgültig aus dem öffentlichen Leben verbannen!

Für Deutschland kommt ferner bei Regelung der Weltwirtschaftsfragen in Betracht, dass es bei Kriegsausbruch an 25 Milliarden Mark, davon nur 300 Millionen in seinen Kolonien, im Auslande angelegt hatte, die ohne hinreichende Kompensationen von den Gegnern zum grössten Teil beschlagnahmt wurden. In England allein ruhen für etwa 2 Milliarden Wertpapiere; das in Amerika investierte Kapital wird auf das Doppelte geschätzt.

Bezüglich der Zahl der Deutschen, die bei Kriegsausbruch im Auslande lebten, ist man, da genaue Erhebungen nicht vorliegen, auf weit auseinanderfallende Schätzungen — zwischen 3½ und 13½ Millionen — angewiesen, die um so mehr divergieren, je nachdem die Naturalisierten eingezählt werden oder nicht. Die dauernde Existenzvernichtung dieser bisher in der Heimat nicht hinlänglich gewürdigten und entsprechend geförderten Deutschen würde dem Mutterlande einen Verlust bedeuten, der uneinbringlich und unersetzlich wäre. Sind diese doch in ihrer überwiegenden Mehrheit, soweit sie Verständnis und Erkenntlichkeit ob des ihnen in der Fremde Gebotenen bekunden, dazu berufen, für die Weltstellung ihrer Nation unter oft recht schwierigen Verhältnissen Pionierdienste zu leisten. Es ist zu hoffen, dass die Frage der Auslanddeutschen bei den Friedensverhandlungen mit an erster Stelle steht und den kolonialen Erwägungen zum mindesten gleichgeordnet wird.

Für die fernern Wechselbeziehungen der Völker muss der Sinn des alten Hanseatenspruches auch Geltung behalten: „Navigare necesse est, Vivere non necesse est"

DIE FREIHEIT DER MEERE.

Die Friedens-Warte, Oktober 1917.

Die Frage bezüglich der Freiheit der Meere ist nicht erst durch diesen Krieg aktuell geworden. Sie lässt sich dokumentarisch um mehr als drei Jahrhunderte zurückverfolgen. In seiner „History of Elizabeth, year 1580" erwähnt Camden den Protest des am Hofe von St. James beglaubigten spanischen Gesandten Mendoza bezüglich des Eindringens englischer Schiffe in die westindischen Gewässer. Diesem Einspruche begegnete die Königin mit dem Hinweise, dass die Meere gleich der Luft Gemeingut wären, dass über den Ozean niemand einen Besitzestitel beanspruchen könne — dieses um so weniger, als die Allgemeininteressen solchen Forderungen entgegenständen.

Im Verein mit Holland hat England den spanischen und portugiesischen Anmassungen getrotzt; die Vereinigten Staaten von Amerika verdanken diesem Kampfe ihre Existenz und ihren Aufschwung, sowie ihre Sprachengemeinschaft mit dem Inselreich. Dem von Grotius aufgestellten Grundsatze wurde Geltung und Nachachtung verschafft, da jede Nation das Recht hat, mit einer andern in Verkehr und Handelsbeziehungen zu treten. Seit jenen Tagen hat die Freiheit der Meere ständige und schnelle Fortschritte gemacht, bis sie schliesslich für die normalen Zeiten des Friedens zum unbestrittenen

Grundbegriff wurde. Hatte doch Englands Flotte ein mare clausum nach dem anderen der Weltschiffahrt erschlossen: so erkämpfte sich beispielsweise die englische Flagge bereits den Zugang zum Persischen Golf, als noch über Deutschland die Schrecken des dreissigjährigen Krieges dahinzogen, bevor die „Mayflower" ihre Segel zur Fahrt nach Amerika setzte.

Als England der Eroberungspolitik Napoleons mit der Kontinentalsperre entgegentrat und dadurch der Macht des Kaisers an den Küstenlinien Europas erfolgreich Halt geboten wurde, da münzte der Korse das Wort von dem Kampf um die Freiheit der Meere. Fichte, der geistige Führer in Deutschlands Erhebung gegen die Fremdherrschaft, hat es in seinem Werk „Der Begriff des wahren Krieges" ausgesprochen, dass Bonaparte mit der Freiheit der Meere in Wirklichkeit die eigene Oberherrschaft über die Wasserwege angestrebt habe. Es wird hier noch ausgeführt werden, dass auch unter den heutigen Verfechtungsthesen zugunsten des Freiheitsbegriffes der salzigen Wässer sich einzelne hervortun, die eine gleiche selbstsüchtige Auslegung zulassen.

Durch den Weltkrieg ist die Frage bezüglich der Freiheit der Meere wieder aktuell geworden. Sie erhebt ihr Haupt in der Mehrzahl der diplomatischen Noten und der mit soviel Aufwand an Verleumdung und Gehässigkeit von Gegner zu Gegner geführten Kontroversen. Man möchte glauben, dass im wesentlichen um ihretwillen der Vernichtungskampf tobe und zu keinem Abschluss gelangen könne. Und doch wäre mit gleicher Zweckmässigkeit eine spitzfindige Erörterung jetzt darüber am Platze, ob der Brotkonsum dem Belieben des einzelnen oder der Staatskontrolle zu unterwerfen sei. Eine unliebsame, aber auch mit keinen vorbeugenden Regulationen wirksam zu umgehende Kriegsmassnahme wird je eher hinfällig, je schneller die Welt sich wieder geordneter Verhältnisse erfreut. Unter Ausschaltung alles Trennenden auf diese hinzuarbeiten, müsste daher das Ziel sein. Dennoch hat sich solche Einsicht im vierten Kriegsjahre noch nicht durchgesetzt; es genügt, zum Beleg auf die letzten Reden von Asquith (Leeds) und Tirpitz (Deutsche Vaterlandspartei) hinzuweisen.

Wer könnte es leugnen, dass das Meer vor Kriegsausbruch allen Nationen so frei war wie dem Vogel die Luft; dass selbst Länder mit überwiegend binnenländischer Lage hieraus weitgehendste, zahlenmässig leicht zu erhärtende Vorteile zogen?! So hat folgerichtig Deutschland in seiner Antwort auf die Papstnote klar zum Ausdruck gebracht, dass es zwecks Wiederaufbaues seines früheren weltumspannenden Aussenhandels ein erhebliches Interesse daran hat, mit seinen derzeitigen Feinden erneut in wirtschaftliche Wechselwirkung zu treten. Unter diesem Gesichtspunkte ist dem vielgeschmähten Wilson[1])

[1]) Die „Neuen Zürcher Nachrichten", deren unparteiisches Urteil zur Genüge bekannt, schrieben am 31. August d. J. (Nr. 240):

„Die öffentliche Meinung muss sich verwundert fragen: Woher diese Wandlung bei Mr. Wilson seit dem 22. Januar dieses Jahres, woher der mit einer Flut von schimpflichsten Vorwürfen vermengte unversöhnliche Hass gegen das deutsche Herrschertum? Es sind uns freilich seither Verlautungen aus völlig autoritativen amerikanischen Quellen zugegangen und von andern Seiten bestätigt worden, die den Bruch mit Deutschland, den Mr. Wilson am 3. Februar dieses Jahres vollzog, in einem anderen Lichte erscheinen lassen, fast wie ein finsteres, tragisches Verhängnis, herbeigeführt durch ganz unerhörte Missgriffe, die nicht bei Mr. Wilson oder auf amerikanischer Seite lagen und seine Hand-

bei Beurteilung der dem Papst auf sein Friedensdokument hin erteilten Gegenäusserung nicht hinlängliche Gerechtigkeit widerfahren und ein gewichtiges Einigungsfundament zu wenig beachtet und herausgehoben worden. Denn im wohltuenden Gegensatze zu den wirtschaftlichen Boykottbeschlüssen der Pariser Konferenz erklärte der Präsident, dass kein Friede dauernd sein könne, der sich auf Beschränkungen aufbaue, um einzelne Nationen zu begünstigen, andere zu benachteiligen und zu stören. Da die Bekanntgabe dieses Programms geeignet war, den mehr auf die Zukunft als auf die Gegenwart gerichteten Befürchtungen, die sich für die Zentralmächte durch den Eintritt Amerikas in den Krieg ergaben, vieles an Schärfe zu nehmen, so war hier eine Verständigungsmöglichkeit geboten, die kluge Würdigung heischte.

Anlässlich des Abbruches der diplomatischen Beziehungen mit Amerika umschrieb der offiziöse v. S.-Korrespondent in der „Neuen Zürcher Zeitung" (Nr. 231, 8. Febr. 1917) die deutschen Ziele bei Weiterführung des Krieges wie folgt:

> „zur Rettung seiner eigenen Lebensinteressen, aber damit verbunden zur Wahrung der wichtigsten Lebensbedingungen aller europäischen Staaten: zur Wahrung der Freiheit der Meere."

Während hier also ausgesprochen wurde, dass Deutschland die Kriegsopfer nicht nur aus selbstsüchtigen Existenzmotiven, sondern auch zum Heil Europas bringt, tritt in Deutschland eine ständig schärfere Trennung der Anschauungen über den Begriff der Freiheit der Meere hervor. Er wird vielfach als eine reine Begleiterscheinung des Krieges abgetan und dementsprechend für die Friedensdiskussion entwertet oder auch vereinzelt für selbstsüchtige Zwecke offen reklamiert. Hier stehen sich international orientierte demokratische und eng national gerichtete alldeutsche Auffassungen scharf getrennt gegenüber. Die ersten kamen u. a. bei der Reichstagdebatte über den unbeschränkten U-Bootkrieg Ende Juli d. J zum Ausdruck, als der Abgeordnete Haase ausführte:

> „Sie fordern, dass die Freiheit der Meere sichergestellt werde. Was verstehen Sie unter dieser Forderung? Der Aufschwung unserer Handelsflotte war vor dem Kriege der allerglänzendste. Stolz zog unsere Flotte

lungen von damals, wenn auch nicht rechtfertigen, wenigstens menschlich begreiflich erscheinen lassen. Wir unserseits haben seit jenen Orientierungen Hrn. Wilson für manches früher gefällte Urteil Genugtuung zu geben; so lange er jedoch selber die Bekanntgabe jener Missgriffe als Pfeil im Köcher behält, haben andere keine Ursache daran zu rühren. Als Mann von Gewissen muss er sich aber sagen, dass dieselben nicht im deutschen Regierungssystem oder im Monarchismus wurzeln, sondern in der Eigenart einer Persönlichkeit, für die Herr Wilson um so weniger jenes System oder gar das deutsche Volk büssen lassen darf, als er selber genau die nämliche Eigenart in hervorragender Weise besitzt und seit Februar dieses Jahres betätigt hat. Was am 12. Dezember 1916 und am 31. Januar 1917 geschah, berechtigt Herrn Wilson noch lange nicht, das tötliche Verdikt abzugeben: „Wir können das Wort derjenigen, die heute Deutschland regieren, nicht für geeignet halten, uns hinreichende Garantien für einen dauerhaften Zustand der Dinge zu liefern," trotzdem Herr Wilson sich damals mit einigem Grund als der zweimal in edelsten Bestrebungen bitter Getäuschte fühlen mochte. Gewiss: wäre es damals anders gegangen, so gegangen, wie Hr. Wilson wollte, hätte die Welt heute wahrscheinlich einen guten und sicheren Frieden. Er wird sich aber ehrlicherweise sagen müssen, dass doch mehr die tragische Verkettung der Umstände als jene persönlichen Missgriffe schuld daran waren, dass sie den Heissersehnten nicht erhielt."

durch alle Meere und niemand hinderte sie daran. Was bedeutet die Redensart: „Die Freiheit der Meere muss sichergestellt werden?“ Im Frieden ist diese Freiheit gewährleistet.“

Anders die Stimmen aus dem Lager der Schwerpatrioten. Sie, die den Suezkanal, die Strasse von Gibraltar und den Panamadurchstich „internationalisieren“ wollen, sie fordern für sich selbst teils Sonderrechte, teils die eigene Selbstherrschaft über die Meere. Sonderrechte z. B. an den deutscher Kontrolle unterworfenen Meerengen und Verbindungswege.[1]) So schreibt u. a. Paul Rohrbach in den Schriften der „Deutschen Politik“ (1916) mit Bezug auf die Dardanellen:

„Gewährleistung der freien Durchfahrt, Neutralisierung der Passage und dergleichen mehr, ist nur ein Rat von politischen Naiven an die Genossen ihrer Denkweise.“

Und Graf Reventlow fordert in den „Süddeutschen Monatsheften“ (Januar 1917) zu gleichem Thema:

„Selbstverständlich müsste die Pforte eben auch, weil sie die tatsächliche Macht dazu hat, die Meerengen in jedem ihr gefährlich erscheinenden Augenblicke zu sperren berechtigt sein, ebenso wie das Deutsche Reich seinen Nordseekanal nach eigenem Belieben sperrt oder öffnet. Die Meerengen und das Marmarameer sind türkische Hoheitsgewässer, und alle englischen Ansprüche, sie als internationale Gewässer zu behandeln, sind ebenso unberechtigt, wie die russischen Ansprüche auf Verfügung über ihre Schliessung und Öffnung.“

Noch weiter geht die alldeutsche Monatsschrift „Das grössere Deutschland“ in einer ihrer letzten Nummern, indem sie für Deutschland die Alleinherrschaft über die Meere verlangt und den Begriff „Freiheit der Meere“ als unehrlich und dumm abtut. „Die See ist nur frei für uns, wenn wir sie beherrschen,“ ruft das Blatt seinem beschränkten Leserkreise zu. Man glaubt den despotischen Eroberergeist Napoleons, wie er von Fichte seinerzeit definiert wurde, wieder aufleben zu sehen.

Soweit sich der Ruf nach der Freiheit der Meere gegen das seegewaltige England richtet, sei zum Schlusse noch erwähnt, dass dieses gleich Deutschland und den skandinavischen Ländern im Gegensatz zu Frankreich, Russland und den Vereinigten Staaten, sowie Japan die Küstenschiffahrt und die Verbindung nach den Kolonien nicht monopolistisch der eigenen Flagge vorbehält.

---

[1]) Graf Czernin hat sich in seiner Rede vom 2. d. M. zu Budapest dahin ausgesprochen, dass er für die Freiheit des hohen Meeres, nicht für die der Meerengen und der verbindenden Seestrassen eintritt.

VATERLAND UND HEIMAT.

EIN PROBLEM DES WELTBÜRGERTUMS UND DER VERSTÄNDIGUNG.

Vortrag, gehalten vor der Zürcher Freistudentenschaft am 22. November 1917.[1])

„In den Zeiten der Begeisterung für das Vaterland zu sterben, ist leichter, als in den nüchternen Tagen dafür zu leben mit Gedanken, Wort und Tat.“

So sprach ein Deutscher: der Dichter und Literatur-Historiker Otto von Leixner.

Vaterland und Heimat! Für viele, den stets Daheimgebliebenen, ein untrennbares Ganze; für eine grosse Zahl — denen, deren Lebensweg weitere räumliche Ziele gesteckt waren — zwei Begriffe voll des Ergänzenden, nicht selten des Gegensätzlichen. Und wiederum gar manchem, den des Geistes Schwingen über den Kreis seiner Stätte hinausgetragen, Worte innigen Verständnisses und dem seelischen Erfassen näher wie anderen, die oberflächlich hinaus in die Weiten der Welt gezogen waren.

Wir alle auf dieser Erdenrunde, wir haben ein Vaterland durch die nüchterne Tatsache unserer Existenz. Es ist für uns von allervitalster Bedeutung, denn ohne dass der Ort, da unsere Wiege stand, amtlich und einwandfrei beglaubigt sei, wäre jede persönliche Handlung zwischen den Meilensteinen des Lebens — vom Geburtsscheine über die heute so aktuelle Brotkarte bis zur Sterbeurkunde — eine praktische Unmöglichkeit.

Es sind der Deutungen gar viele für dieses schöne Wort „Vaterland“, der Scholle unserer Väter, dem Lande unserer Muttersprache, dem Tummelplatze unserer Kindheit. Da möchte ich Ihnen aus aller Fülle eine Schilderung herausgreifen — wahr und rührend in ihrer Schlichtheit — wie sie Leonhard Frank in seiner meisterhaften Skizze „Die Kriegswitwe“ einem Manne aus dem Volke in den Mund legt:

> „Das Vaterland ist eine Gasse, in der wir als Kinder am Abend gespielt haben, ist ein von der Petroleumlampe sanft beleuchtetes Tischrund, ist das Schaufenster des Kolonialwarenhändlers im Nachbarhause; das Vaterland ist im Garten der Nussbaum, auf dessen Früchte wir gewartet haben, ist ein Flusstal, die Biegung eines Flusstales; das Vaterland ist eine altersgraue Holzpforte an der Rückseite des Gartens, ist der Geruch von Äpfeln, die auf dem Ofen brieten, ist Kaffee- und Kuchengeruch im durchwärmten Elternhause; durch Wiesen ein schmaler Pfad, der zur Stadt zurück oder aus der Stadt hinausführt, ist ein Gang auf diesem Pfade, das Verklingen eines Kinderliedes, das Abendläuten an einem bestimmten Tage unserer Kindheit ..., die Erinnerung an freundliche Minuten der Kinderzeit, die Erinnerung an die von Hoffnungen noch verschönten Blicke ins zukünftige Leben.“

Wer erkennt da nicht, rückschauend in die beseeligende Erinnerungswelt des trauten Elternhauses jene so unscheinbaren Anhaltspunkte wieder, die in der Tat einem jeden das Saatkorn des Vaterlandsbegriffes bedeuten?

[1]) Als Sonderdruck im Verlage Orell Füssli erschienen.

So war es zu allen Zeiten, so ist es geblieben bis auf den heutigen Tag. Dieser lokal-sentimentale Einschlag, er bedeutete in den grauen Zeiten des Altertums das A und Z des Vaterlandes. Gewaltig hat sich mit dem Fortschreiten der raumverengenden Kultur die Vaterlandsidee geweitet. Die Einzelsiedelungen schlossen sich zu Dörfern, diese zu Städten, jene zu Gauen und Kantonen und diese wiederum zu Staaten und Reichen zusammen.

Von den prähistorischen Pfaulbautenbewohnern des Sees, über die vorchristliche Siedelung des unter Römerherrschaft gefallenen Turicums, über die mittelalterliche Zeit der Karolinger, über den Zusammenschluss mit Uri und Schwyz und endlich mit dem Eintritt in die Eidgenossenschaft ist an einem Beispiele der Weg gezeichnet, wie sich, für allerorts leicht nachweisbar, die Vaterlandsgrenzen dehnten.

Um den vaterländischen Miniaturbegriff noch anzutreffen, müssen wir schon heute zu jenen Völkern schweifen, die man vor dem Kriege glaubte, „die Wilden" nennen zu dürfen. Der Beduine der Wüste, ihm ist das Zelt und die Weidefläche seiner Tiere — wo immer das Wanderleben ihn hinführt — das Vaterland; dem Polynesier bedeutet das kleine Koralleneiland und der am Horizonte versinkende Meeresspiegel seine Welt; der Bewohner des Urwaldes ahnt nichts von den weiten Fernen jenseits der ihm vertrauten, im kleinen Umkreise Wohnung, Unterhalt und Schutz bietenden Baumriesen. Diese wenigen, noch beschaulich im Banne des Gesichtsfeldes, gegen eine nur in unklarer Vorstellung bestehende Umwelt sich abschliessenden engen Heimstätten — die andererseits mit dem Begriffe denkbar höchster persönlicher Ungebundenheit zusammenfallen — sie sind im schnellen Schwinden begriffen.

In unserem Zeitalter hat die Staatenorganisation den Vaterlandsbegriff wohl räumlich geweitet, ihn aber auch für das Individuum einheitlich starr und unduldsam festgelegt. Der Untertan, oder wie unserem Ohre weit wohlgefälliger: der Staatsbürger, er hat sich unter einer durch Generationen systematisch geübten Einwirkung des Staates und dessen werbenden Organen, wie Kirche, Schule, Wehrmacht und Presse zu diesem Dogma mit mehr oder weniger eigener Überlegung freudig bekannt und seine Gefühle dementsprechend verankert. Er variiert und bekennt: Ubi patria — ibi bene; wo das Vaterland, da ist es gut! So frommt es ihm, so fordert es die Umwelt, so heischt es die Obrigkeit. Wohl vermöchte ein jeder dem so skizzierten Aufbau, der Auslegung und der dem Staate zweifellos Einheit und kraftvolle Geschlossenheit bietenden Nutzanwendung des Vaterlandsbegriffes in den Grundzügen zuzustimmen. Hingegen fallen die Ansichten darüber erheblich auseinander, ob und inwieweit eine Kritik an den politischen Institutionen des Vaterlandes zulässig und zu billigen sei.

Dem denkenden Menschen vorgeschrittener Urteilskraft bedeutet der politische Rahmen seiner Lebensbedingungen — in den heutigen sturmgepeitschten Zeiten gewiss mehr denn je — den Gradmesser seines gesteigerten beziehungsweise verringerten seelischen Wohlbefindens. Gegen diese verblassen die mehr örtlichen Empfindungen der frühen Kindheit erheblich, sobald die Überzeugung sich durchsetzt, dass die Regierungsformen des eigenen Landes nicht Schritt halten mit den Idealen, die man für sein Volk, seine Familie, für sich selbst als die zweckmässigsten erachtet. Dieser Kampf um die Höhen der politischen Entwicklung hat zu allen Zeiten und in allen

Ländern gewogt und ist sicherlich nicht von den schlechtesten Gliedern der Volksgemeinschaft trotz schwerer Verfolgungen am hartnäckigsten verfochten worden. Die Geschichte aller Staaten weist achtunggebietende Namen auf, die zum Wohle ihres Volkes ihre eigene Regierung mit legalen Mitteln mutig und schonungslos bekämpften, die im Laufe der Zeit und unter veränderten Verhältnissen aus der überzeugten Anhängerschaft zur Staatsleitung in die schroffste Opposition wechselten. Diese Erscheinung ist umso häufiger und selbstverständlicher in Ländern, die sich einer auf alter historischer Entwicklung beruhenden tatsächlichen parlamentarischen Regierungsform erfreuen.

Lassen Sie mich hier an das Dioskurenpaar der 48er Revolutionsjahre, Carl Schurz und Gottfried Kinkel, erinnern. Der erstere entzog sich seiner Gefangenschaft in Rastatt durch die Flucht, gelangte nach der Schweiz, kehrte heimlich nach Deutschland zurück und befreite mit bewunderungswürdigem persönlichem Mute, mit jener auch heute noch so seltenen Zivilcourage, seinen Freund Kinkel aus dem Kerker der Spandauer Festung. Zwei Jahre später, 1852, begab er sich nach der Neuen Welt. Als Führer der Deutsch-Amerikaner stieg er zufolge seiner Tüchtigkeit und Redlichkeit am Ausgange der siebziger Jahre bis zu der Stellung eines Ministers des Innern empor. Von seinem Vaterlande geächtet, als es galt, für sein politisches Bekenntnis einzutreten, ist Schurz in seiner neuen Heimat dem Deutschtume ein anerkannt hervorragender Vertreter und Förderer geworden. Als er in vorgerückten Jahren sein Vaterland besuchte, da wurde ihm gegenüber mit Auszeichnungen nicht gegeizt — nicht in letzter Linie von seiten seines früheren politischen Gegners, des Fürsten Bismarck.

Nicht minder stolz durfte Deutschland auf seinen verstossenen Sohn Kinkel sein. Nach der Flucht aus der Gefangenschaft lenkte er, gleich Garibaldi, Mazzini, Kossuth und Carl Marx, seine Schritte nach dem von jeher Freiheit und Gastfreundschaft bietenden England. Als Lehrer der deutschen Sprache und Literatur am Westbourne College und der London University hat er seinem Geburtslande hohe ideale Dienste geleistet. Und als dieser Märtyrer seiner politischen Überzeugung später nach Zürich übersiedelte, wo er bis zu seinem Tode die Professur der Archäologie und Kunstgeschichte am Polytechnikum bekleidete, da hat er auch in dieser seiner schönen Schweizerheimat sich als eine Zierde deutscher Art betätigt.

Solche Beispiele des vaterländischen Verlust- und heimatlichen Gewinnkontos lassen sich aus den Annalen der Vergangenheit unschwer verallgemeinern und vervielfältigen. Sie werden auch in der Zukunft keine vereinzelte Erscheinung bleiben.

Wird der Begriff des Vaterlandes als höchster aller weltlichen Güter gefeiert, so muss es befremden, dass er dennoch nicht überall an erster Stelle steht. Dass er in monarchischen Staaten, ohne Widerspruch zu finden, der Personenfrage vielfach nachgeordnet wird. Uns allen geläufige Ausdrücke, wie „For king and country", „Für Kaiser und Reich", „Royal navy", „Kaiserliche Armee", „Ministerium des Kaiserlichen bezw. Königlichen Hauses und des Äusseren" — sie sagen nichts anderes, als dass dem Lande, den nationalen Institutionen, da wo sich Macht- und Personalinteressen vermählen, unter der heutigen Weltordnung durchaus nicht immer der Vortritt gelassen wird.

Diese Tatsache regt um so mehr zum Nachdenken an, als sie von Kreisen vertreten und geübt wird, die der misera plebs alle nationalen Pflichten und Opfer mit vaterländischen Geboten begründen und jede Auflehnung gegen dieses Dogma als die schwerste staatsbürgerliche Sünde unduldsam geisseln und schonungslos verfolgen.

Noch drastischer sind die Mittel, mit denen gewisse Kreise — vor allem in Zeiten wie den gegenwärtigen — sich das Vaterlandsempfinden zur persönlichen Schutzwehr formten und solchergestalt ihr Tun und Lassen der Kritik — sich selbst der Verantwortung zu entziehen versuchen. Hierzu leistet der so überaus dehnbare und unfehlbare Entrüstung auslösende Begriff des „Verrates“ treffliche Dienste. Es ist gemeinhin Auffassung aller rechtlich Denkenden, dass ein Individuum, das in der Tat und nachgewiesenermassen Verrat übt, das also dem Feinde eine Unterstützung leiht, die der Sache des eigenen Landes Schaden einbringt — dass eine solche Persönlichkeit sich ausserhalb der Gesetze und menschlicher Gemeinschaft stellt. Es darf aber nicht übersehen werden, dass der innerpolitische Missbrauch, der heutigentags vielfach mit dem Begriff des „militärischen Interesses“ und der „öffentlichen Sicherheit“ betrieben wird, allmählich zu einer allgemeinen Gefahr für die bürgerliche Freiheit geworden ist.

Wenn aber ein aufrechter und mutiger Charakter, der mit offenem Blick für die Zeichen der Zeit seinem Lande gegenüber — da er es liebt — es als Gewissenspflicht empfindet, an fehlerhaften Institutionen oder auch an Männern des öffentlichen Lebens sachliche, wenn selbst strenge Kritik, zu üben — wenn ein solcher mit billiger Geste und sprachlichem Superlativ als „Hochverräter“ abgetan wird, so mag das dem schüchternen Massen- und Vereinsmenschen wohl ein willkommener Ausweg aus der Sackgasse eigener Urteilslosigkeit, nicht selten selbstsüchtiger Nützlichkeitserwägungen bedeuten. In sich selbst gefestigte Naturen werden über solchen Anwurf leichten Herzens hinweggehen, und sie werden für ihre Gegner, die in ihrer Mehrzahl bei einem Systemwechsel doch als erste mit fliegenden Fahnen und eifrigen Lobpreisungen in das andere Lager überschwenken, nur ein Gefühl des Mitleides erübrigen. Aus der Geschichte aller Länder liesse es sich leicht belegen, dass die heute von wilder Meute zum „Vaterlandsfeind“ Gestempelten nur zu oft die Befreier und gegen ihren Willen Gefeierten von morgen sind.

Wohl vermag ein hohes Ziel, eine schwere Heimsuchung, schliesslich auch die Anwendung drakonischer Massnahmen den Pulsschlag politischer Bejahung und Verneinung zu verlangsamen, selbst scheinbar auszusetzen Aber gerade dieser Krieg hat es erwiesen, dass solche organischen und tiefeinschneidenden Störungen des öffentlichen Lebens nur zeitlich eng umrissen möglich sind, dass ein noch so feierlich proklamierter und mit überschwänglicher Zustimmung aufgenommener Burgfrieden, der nach aussen das Bild ungetrübter Einheitlichkeit spiegeln soll, nicht von Bestand sein kann. Ist es doch ein verhängnisvoller Trugschluss, zu glauben, dass die Gegenseite — selbst gewitzigt durch die Erfahrungen im eigenen Lager — nicht zu beurteilen vermöge, was hinter den ewigen Rosenmontag kündenden Ku'issen sich abspielt. Ja, es ist sogar nicht unschwer zu belegen, dass die allzulange Ausschaltung des Ventils oppositioneller Gegenströmungen letzten Endes zu einem elementaren Durchbruch der zurückgedrängten Kräfte führt. Dennoch

werden die Verkünder und Verfechter anderer Anschauungen, als sie von der zeitlich leitenden, die Macht meisternden Stelle proklamiert und gutgeheissen sind, unduldsam verfolgt, verdächtigt und geschmäht. Davon reden die Zensurmassnahmen, die Gesinnungsschnüffeleien, die Verschickungen, die überfüllten Gefängnisse, die vollzogenen Todesurteile eine eindrucksvolle, wenn auch nicht immer sympathische Sprache.

Aus all diesem müssen wir folgern, dass die Vaterlandsliebe nicht ausschliesslich als eine Sache der persönlichen Neigung und Auslegung angesprochen werden kann; sie ist vielmehr auch stabilisiert als ein staatliches Gebot von unerbittlicher Strenge. Von einem jeden wird eine Minimalleistung patriotischer Gesinnung und Betätigung, die eine gewissenhafte Erfüllung aller moralischen und materiellen Pflichten voraussetzt, gefordert. Der wirklich national empfindende Patriot bedarf des Anspornes nicht. Es handelt sich für ihn, solange er in seinem Vaterland eine Hochburg alles dessen, was gut, edel und recht ist, zu erblicken vermag, um eine Gewissenssache, für die er freudig sein Bestes, auch unter schweren Opfern, nur zu gerne einsetzt. So wurzelt die Liebe zu seinem Vaterland in Herz und Verstand; sie kann weder durch äusseren Druck noch Anreiz erweckt, gesteigert oder herabgemindert werden. Anders der Mann der Opportunität. Er entdeckt seine nationalen Regungen im Augenblicke, da diese ihm Vorteile versprechen, er trägt sie aufdringlich zur Schau: er „macht" in Patriotismus, wie der Bienenzüchter in Honig. Diesen Schwer- und Überpatrioten hat der Krieg eine Hochkonjunktur ohne gleichen geboten. An der ausgiebigen Staatskrippe und fern den Gefährnissen des Krieges, daheim und in verbündeten oder neutralen Ländern pflegen sie ihr eigenes Ich in wildem Toben gegen den Feind, von dem sie vor dem Kriege beachtet zu werden nur zu froh gewesen wären. Diese abstossende Form des Patriotismus, für die aus den Kriegserlebnissen heraus das Wort „Patriotitis" geprägt wurde, die es als ihre Hauptaufgabe betrachtet, den Feind zu lästern und der Instinkte niedrigsten, den Hass, zu pflegen, sie hat im Laufe dieses Dauerkampfes zu einer Vergiftung der geistigen Atmosphäre geführt, deren zersetzender Einfluss noch auf lange Jahre hinaus im Völkerleben weiterwirken und der Schaffung einer versöhnlichen Stimmung, sehr zum Schaden der Allgemeinheit, entgegenarbeiten wird.

Schärfste Selbstkritik, sowie tiefgründige Erforschung und mutiges Eintreten für das Gute und Wahre — banale Grundbegriffe der individuellen Erziehungslehre, die ein schonungsloses Blosslegen eigener Mängel und Schwächen zum Gebot erhebt — sie sind, soweit es sich um den Vaterlandsbegriff handelt, nur allzu oft noch unduldsamer Brandmarkung unterworfen. Schiller, dem Goethe einst schrieb, dass der Patriotismus so gut als das Pfaffentum und der Aristokratismus überlebt sei, nannte die Vaterlandsliebe „eine heroische Schwachheit". Ihn, der für eine Patriotenpartei oder einen Vaterlandsbund kaum Verständnis hatte, schwebte wohl die Scheu vor den Konsequenzen jenes geläuterten Patriotismus vor, der um der Menschheit willen, ungeachtet seelischer Qualen, sich verpflichtet fühlt, Vorzüge und Nachteile offen zu bekennen: der eigenen wie der anderen Nationen, von Freund und Feind, niemandem zu Liebe und niemandem zu Leide.

Der Vaterlandsbegriff wäre unzulänglich behandelt, wenn nicht seiner mehr aussenpolitischen Umwertung, des Nationalismus, Erwähnung geschehen würde. Ich beschränke mich darauf, die beachtenswerten Urteile weniger deutscher Zeitgenossen hier wiederzugeben. Sie erbringen den Beweis, dass man in Deutschland dieser für das erspriessliche Zusammenleben der Völker so wichtigen Frage keineswegs ablehnend gegenübersteht.

Der frühere Reichskanzler von Bethmann Hollweg sagte 1913 im Reichstage: „Der Nationalismus ist der ärgste Feind nicht nur Elsass-Lothringens, sondern unserer gesamten Politik, und jede Massregel, die bezweckt, diesem Nationalismus sein Handwerk zu erschweren, fördert das Wohl des Landes und des Reiches."

Der Berliner Historiker Friedrich Meinecke unterstreicht diese Auffassung mit den Worten: „Gerade der aufgeklärte Staatsmann muss aus Staatsraison gegen den Nationalismus sein, der die Kultur der Nation verengt und verärmert."

In Gustav Meyrinks jüngstem Roman „Das grüne Gesicht" steht zu lesen: „Der Nationalismus scheint für die meisten Menschen eine Notwendigkeit zu sein, aber es ist hoch an der Zeit, dass es endlich auch einen „Staat" gibt, in dem die Bürger nicht durch Landesgrenzen und gemeinsame Sprache zusammengehalten werden, sondern durch die Denkungsart, und leben können, wie sie wollen."

Die im September dieses Jahres erteilte Antwort der deutschen Regierung auf die Friedenskundgebung Seiner Heiligkeit des Papstes enthält folgenden vom Geiste wohlverstandenen Weltbürgertums getragenen Passus: „Kein Land hat daher mehr als das deutsche Anlass, zu wünschen, dass an die Stelle des allgemeinen Hasses und Kampfes ein versöhnlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen zur Geltung kommt. Wenn die Völker, von diesem Geiste geleitet, zu ihrem Heil erkannt haben werden, dass es gilt, mehr das Einigende als das Trennende in ihren Beziehungen zu betonen, wird es ihnen gelingen, auch die einzelnen noch offenen Streitpunkte so zu regeln, dass jedem Volke befriedigende Daseinsbedingungen geschaffen werden und damit eine Wiederkehr der grossen Völkerkatastrophe ausgeschlossen erscheint. Nur unter diesen Voraussetzungen kann ein dauernder Friede begründet werden, der die geistige Wiederannäherung und das wirtschaftliche Wiederaufblühen der menschlichen Gesellschaft begünstigt."

Masshalten bedeutet auf allen Lebensgebieten eines der wichtigsten Probleme. Im Ausblick auf die künftige Gestaltung vernünftiger und zweckmässiger Volksbeziehungen, die aus einem wirren Chaos neu geformt werden sollen, wird es angezeigt sein, den Überschwung an Vaterlandsvergötterung, gleichwie die ungezügelte Abneigung gegen alles, was ausserhalb der eigenen Grenzpfähle liegt, auf eine mehr nüchterne mittlere Linie zurückzuführen.

* * *

Von dem konzentrischen Begriffe des Vaterlandes wenden wir uns nunmehr zu der exzentrischen Idee der Heimat; soweit der Sprachgebrauch mit diesem Worte besagen will, dass der Mensch neben dem Lande der Geburt seine Sympathien sehr wohl noch anderen Erdgebieten zuwenden kann und

darf. Hier scheint aus dem Leben des Einzelnen die vergleichende Gegenüberstellung von Bluts- und Neigungsverwandtschaft nicht ganz unzutreffend.

In eines jeden Menschen Brust schlummern jene Keime, die bei entsprechender äusserer Anregung das Bekennen zu einer näheren oder ferneren, räumlichen oder geistigen Heimat auslösen. Dem Kinde, das bisher nicht weit über das Elternhaus hinausdachte und sich bewegte, wird, wenn auch nur für kurze Zeit an einem anderen Orte weilend, falls es dort neue Verhältnisse, neue Spielgefährten kennen und lieben lernte, neue Eindrücke der Natur freudig in sich aufnahm, es wird plötzlich zu der Erkenntnis gelangen, dass es ausserhalb seines bisherigen Gesichtskreises, der ihm alles bedeutete, eine zweite traute und werte Stätte gefunden hat. Diese Erfahrung wird sich im Laufe der Jahre steigern und auf immer weitere Gebiete übergreifen.

Bis dieser Krieg die Freizügigkeit des Einzelnen ertötete, galt es als eine Gunst des Schicksals, hinaus in die Fernen ziehen und aus dem reichen Buche der Welt Anregung und Belehrung schöpfen zu dürfen. Wir müssen hier unterscheiden zwischen den mehr realen ökonomischen Momenten, die den Mann des Erwerbslebens als Mitarbeiter am Aufbau der wirtschaftlichen Stärke seines Vaterlandes in fremde Zonen führten, und den feinverwobenen Verbindungsfäden, die geistige Interessengemeinschaften von Volk zu Volk gesponnen haben.

Expansionsdrang des Handels, Eroberungssucht und Glaubenseifer haben bereits in den Zeiten primitivster Verkehrsverhältnisse die Brücken über Länder und Meere geschlagen. Es sei hier nur an die Beziehungen zwischen den Phöniziern und den Gestaden der Ostsee, zwischen dem Niltal und den Hochländern Kleinasiens sowie der Euphrat-Tigris-Ebene, zwischen Persien und China, zwischen der Völkerwiege Arabiens und einem weitgesteckten Umkreise erinnert

Wie hatten sich die Wechselbeziehungen der Völker seit jenen Tagen bis zum Ausbruch des Krieges in Verwischung aller politischen und geographischen Grenzen entwickelt und befestigt! Der Erdball war der Menschheit zu freier Betätigung erschlossen. Ein Strom rühriger Männer, ein jeder seinem Lande wertvolle Pionierdienste leistend, ergoss sich in Flut und Gegenflut über die nahen und fernen Weltgebiete. Stolz war das Vaterland auf seine Söhne, die, in der Fremde fussend, in wirtschaftlich erspriesslicher Betätigung, die auf das Mutterland wiederum vorteilhaft zurückwirkte, den Namen ihres Landes in Ehren hielten und ihm Sympathien warben. Alle diese, sie hatten eine Heimat gefunden, an der sie mit Zuneigung und Dankbarkeit hingen. In dieses durch Jahrhunderte mühsam gewobene und befestigte feinmaschige Netz des Hin und Her, des Gebens und Nehmens, hat die Kriegsfurie, soweit es sich um Niederlassungen in verfeindeten Ländern handelt, mit schonungslos rauher Hand zerstörend und vernichtend eingegriffen.

Solcherart sind Millionen von Existenzen ohne eigenes Verschulden entwurzelt worden, die nach Lage der Dinge nur geringe Aussicht und auch wohl wenig Neigung haben, sich auf den Trümmern ihres Lebenswerkes unter aussergewöhnlich schwierigen Verhältnissen eine neue Betätigung — in des Wortes vollster Bedeutung zu erkämpfen. Der dem Mutterlande hierdurch verursachte Schaden ist nicht abzusehen. Eine Wiederaufnahme des Exporthandels, der in normalen Zeiten des Wirtschaftslebens Rückgrat bedeutete,

ist ohne wohlgelittene und durch reiche Erfahrungen vorgebildete Vertreter im Auslande eine absolute Unmöglichkeit. Ferner wird die grosse Zahl der heimflutenden, in ihrer Schaffenskraft gelähmten und sich nur schwer wieder einfügenden Elemente eine gewichtige Belastung der an und für sich schon hart geprüften Volkswirtschaft bedeuten. Ein Beleg dafür, dass wertvolle Glieder einer Nation, die ausserhalb der Grenzen ihres Vaterlandes diesem recht nützliche Dienste leisteten — wenn der ihnen alle Lebensbedingungen bietenden Heimat verlustig — nur schwer ein gleichartiges Arbeitsfeld wieder finden und somit auch dem Lande ihrer Geburt ein ernstes Problem bedeuten. Diese Situation ist um so tragischer, als ja gerade die Entheimateten ein Opfer ihrer treuen Anhänglichkeit an das Vaterland darstellen, denn sie haben der Versuchung, sich in der Fremde naturalisieren zu lassen und sich somit die Gewähr für dauernden Schutz in der neuen Zugehörigkeit zu sichern, doch zumeist aus Bedenken zugunsten ihres Ursprungslandes widerstanden. Hiermit soll durchaus kein absprechendes Urteil über diejenigen, die ihre Nationalität der neuen Heimat darbrachten, ausgesprochen werden. Ist es doch eine vielfach belegte Tatsache, dass die Aufgabe der angeborenen Staatsbürgerschaft und die Übernahme neuer Pflichten das Gefühl der dauernden Anhänglichkeit an das Geburtsland und die Pflege alter Beziehungen zu beider Länder Nutzen keineswegs ausschliesst. Will man aber unduldsam dennoch eine Schuldfrage konstruieren, so muss diese billigerweise in recht vielen Fällen zu Lasten des Vaterlandes, wenigstens teilweise, umgebucht werden. Bot dieses doch seinen Söhnen in der Ferne nicht immer jenen so nötigen Rückhalt und tatkräftigen Schutz, der die Voraussetzung für ein freudiges Bekennen zum „civis romanus sum" bedeutet. Je ungünstiger hier die Voraussetzungen liegen, um so zahlreicher ist, wie leicht nachweisbar, in der Praxis die Abkehr von dem Herkunftslande.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass die vielfach recht brutal durchgeführten und zufolge der Länge der Jahre besonders fühlbaren Kriegsmassnahmen gegen Angehörige feindlicher Nationalitäten, die seit langem im fremden Lande beheimatet waren und sich dort loyal und nützlich betätigten, die häufig dort geboren und nur durch den Zufall einer Heirat entrechtet waren — dass solche Behandlung bei den also Betroffenen schwere Enttäuschung und begreifliche Entrüstung auslöste. Gerade jene Eingriffe und Vergewaltigungen stehen im schreienden Widerspruch zu den immer von neuem bekräftigten recht problematischen Erklärungen, dass der Krieg sich nur gegen die Regierungen, aber keineswegs gegen die Völker richte. Eine eigenartige Umwertung des Schlagwortes von der „Völkerbefreiung", die in den meisten Fällen weder benötigt, noch erbeten wurde.

Der Heimatsberiff in der verbreitetsten und zugleich erhabensten Form liegt auf dem Gebiete der Geisteswelt. Auch hier hat leider das Wüten des Krieges seine verwirrende und verneinende Wirkung schon recht unklug und empfindlich betätigt. Aber wer unter der Zeiten Druck das Hoffen noch nicht völlig verlernte, pflegt gern den Gedanken, dass aus dem Trümmermeer der Gegenwart sich jene, wenn auch zunächst zarten, aber doch tragsicheren Fundamente herausheben und am Pulsschlage neuen Lebens festigen werden, von denen dann der von Land zu Land weitgespannte Brückenschlag der unvergänglichen Gedankenkreise sich wieder vollziehen wird.

Mag es unter den eisernen Gesetzen des Krieges auch möglich und unabwendbar sein, dass Länder und Staatengebilde in wirtschaftliche Inzucht zurückfallen und bei offensichtlich grossen Entbehrungen primitiven Fortbestand führen, so ist ein solcher Zustand für das Geistesleben, wenn dieses nicht seines grundlegenden schrankenlosen Begriffes verloren gehen soll, schlechterdings undenkbar. Das freie Spiel der Kräfte im Streite und in der Wechselwirkung der Geister ausschalten zu wollen, würde einer folgenschweren Selbstverarmung gleichkommen. Die Rationierung des Gedankenkreises ist, ebenso wie im Erwerbsleben die Erhebung „Nationaler Wochen" zum Dauerzustande, eine Unmöglichkeit. Die Gefahr einer geistigen Überfremdung hingegen wäre nur dort gegeben, wo die eigenen Trieb- und Schaffenskräfte erlahmen, wo die Organe gesunden Urteils beim Abwehr- und Ausscheidungsprozess des Schlechten und Unerwünschten — insonderheit den Versuchen verwerflicher Gesinnungsbeeinflussung gegenüber — versagen.

Die Geschichte aller Epochen bietet zahllose Belege für den Heimatsbegriff in seinen auslegungsreichen Formen. Bei der mir verfügbaren knappen Spanne Zeit seien nur einige wenige hier in unser Gedächtnis zurückgerufen.

Glaubensstarkes Festhalten an tiefwurzelnden religiösen Anschauungen vermochten ganze Gemeinden und Volksteile zum Verlassen ihres Vaterlandes zu bestimmen. Als in England um die Wende des 16. und 17. Jahrhunderts alle nicht zur Staatskirche, der high church, Gehörigen, alle Andersgläubigen, wie z. B. die Methodisten, Baptisten, Quäker und Irvingianer, schwerer Verfolgung anheimfielen, da waren es diese Nonkonformisten — auch Dissenters genannt —, die unter Zurücklassung von Hab und Gut die Weiten des Weltmeeres zwischen sich und ihrem Vaterlande legten. Zum grössten Teile gründeten sie sich in Nordamerika, in Neu-England, eine ihren Idealen entsprechende Heimat. Dort haben sie hochwertige Kulturarbeit geleistet und dadurch dem Lande ihrer Geburt, das sich ihnen so hartherzig entfremdete, schätzbare verbindende Dienste geleistet.

Gleiches lässt sich von den Hugenotten sagen. Nachdem Ludwig XIV. das Edikt von Nantes förmlich aufgehoben hatte, war denselben jede religiöse Übung verboten; auch die Auswanderung bei Galeeren- und Todesstrafe untersagt. Trotzdem gelang es mehr als 200,000 dieser Verfolgten, nach den protestantischen Nachbarländern zu entkommen, wo sie als Réfugiés — eine Bezeichnung, deren wehmütiger Klang uns in diesem gastlichen Lande heute wiederum so vertraut — freundliche Aufnahme fanden. Durch Arbeitsamkeit und ernsten Lebenswandel sich auszeichnend, bedeuteten sie einen wertvollen, schneller Assimilierung unterworfenen völkischen Zuwachs.

Religiöse Beweggründe waren es auch, die in neuerer Zeit, um die Mitte der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, Mitglieder der württembergischen Tempelgesellschaft nach Palästina und Syrien führten, um in der Nähe der biblisch geweihten Orte aus kleinen Anfängen — ihnen selbst und ihrem Vaterlande zur Ehre — blühende Kolonien zu entwickeln.

Die nämlichen Erscheinungen sehen wir in der Welt des Islams. Die sunnitischen Siedelungen in Mekka und Medina, die Gemeinwesen der schiitischen Perser im mesopotamischen Doppelstromlande zu Nedjef und Kerbela, sie erhärten die Tatsache, dass sich Glieder aller religiösen Bekenntnisse

dem irdischen Vaterlande entfremden, um in der Nähe geheiligter, mit dem Leben nach dem Tode eng verwobenen Stätten ihre Tage zu beschliessen.

Die kaum verklungenen Gedächtnisfeiern der Reformation haben in der Schweiz das Lebensbild Johann Calvins, in seiner hohen Bedeutung für die Welt des Glaubens, mit frischen und kräftigen Strichen, auf lichtem Grunde, herausgehoben. Als ein Sohn Frankreichs, das dem Kulturkreise so viele Männer zur Zierde gab, musste er um des Glaubens willen sein Vaterland flüchtend verlassen, um in Genf — auch dort nicht unangefochten — dem Reformationswerke mit eisernem Willen seine Lebensarbeit zu weihen. Es ist ein Lichtblick in dieser trüben Zeit, dass die Gestalten der Reformatoren, losgelöst von dem Hasse der Nationen, den Schleier der Entfremdung und Verfolgung siegreich durchdringen. In den evangelischen Gemeinden Frankreichs wurde anlässlich der Reformationsjährung den Manen Luthers die gebührende Ehrerbietung bezeugt, und andererseits haben die deutschen Truppen, bevor sie den Geburtsort Calvins — Noyon, in der Picardie — räumten, seinem Andenken eine Tafel der Erinnerung geweiht.

In nichts wird das Andenken dieser glaubensfesten Männer geschmälert, wenn man sich vergegenwärtigt, dass sie ihrer Mission erst gerecht werden konnten, nachdem sie sich gegen festgewurzelte Anschauungen auflehnten und diese mutig bekämpften. Auch für sie gelten die Worte Tolstois aus seinem „Christentum und Vaterlandsliebe", wenn er sagt:

> „Nicht Millionen von Rubel, nicht Millionenheere, keinerlei Institutionen, keine Kriege noch Revolutionen vermögen das hervorzubringen, was die einfache Äusserung eines freien Menschen über das, was er für recht hält, unabhängig von dem Bestehenden und von dem, was man ihm einflössen will, hervorbringen kann.
>
> Wenn ein einzelner freier Mensch ehrlich ausspricht, was er denkt und fühlt, inmitten von Tausenden von Menschen, welche durch ihre Handlungen und Worte ganz das Gegenteil behaupten, so könnte man glauben, dass der, der seine Gedanken offen ausspricht, vereinzelt bleiben müsste. Aber meist ist es der Fall, dass alle, oder die Mehrzahl schon lange dasselbe denken und fühlen und es nur nicht aussprechen, und das, was gestern die neue Meinung eines einzelnen Menschen war, wird jetzt die allgemeine Meinung der Mehrheit, und sobald diese Meinung aufgestellt wird, beginnen die Handlungen der Menschen sogleich unmerklich, nach und nach, aber unaufhaltsam sich zu verändern."

Nicht minder zahlreich, als an wenigen Beispielen soeben dargetan, sind im religiösen Kulte der Völker jene Stätten, die dem Geiste eine Heimat bedeuten, auch wenn es dem einzelnen nicht vergönnt war, den Wanderstab auf heiligen Boden zu setzen. Die Grabeskirche, die Tempelmauer Zions, der Ölberg und Golgatha, Bethlehem und die Gestade des Sees von Tiberias, der Dom St. Peters, Mekka und Medina, Kapilavastu, der Geburtsort Buddhas, Lu, die Grabstätte des Khungfutse — sie und viele andere bedeuten den Gläubigen der verschiedensten religiösen Bekenntnisse, denen nationale Gesichtspunkte keine Schranken ziehen, das Ziel ihrer heissesten seelischen Wünsche, mit denen sie sich unbeschadet räumlicher Trennung in ständig geistigem Kontakt befinden.

Neben der Religion sind es Wissenschaft, Kunst und Literatur, die dem Begriffe der geistigen Heimat fruchtbaren Nährboden formen. So hoch und achtunggebietend die Erfolge der einzelnen Nationen auf diesem Gebiete auch sein mögen: ohne entsprechenden Austausch, steter Anregung und Förderung seitens der Umwelt wäre die Aufwärtsentwicklung unserer geistigen Lebensfaktoren eine Unmöglichkeit gewesen. Dieser Prozess hat sich in grossen Zügen zwiefältig vollzogen. Entweder waren es die in der Fremde gewonnenen Eindrücke, die den einzelnen befähigten, seinem Vaterlande und somit auch der Welt neue Errungenschaften darzubringen, oder die Arbeit des Daheimgebliebenen strahlte über die Grenzen seines nationalen Kreises hinaus in die Weiten.

Goethe schöpfte und bot reiche Anregung und Belehrung aus seinen Reisen über die Alpen, die Werke Richard Wagners und Heinrich Heines sie fussen zum Teil auf französischem Boden. Nietzsche entlehnte der majestätischen Hochgebirgswelt des Engadins jene seelischen Kräfte, die ihn zu den Geistesfirnen seines leider nur zu stark auf Übermenschentum und Machtbetonung gestimmten „Zarathustra" führten. Byron erschloss seine in der Fremde, nicht zuletzt hier in der Schweiz, gewonnenen Eindrücke in vollendetster Sprachform einem weiten Kreise der Verehrer seiner Muse. Tolstois in der Einsamkeit des primitiven russischen Landlebens geschriebene und dort bodenständigdn Werke, sie sind Gemeingut der Kulturwelt geworden. Carlyle, der geistesscharfe Schriftsteller der französischen Revolution, konnte in insularer Abgeschlossenheit das hervorragendste aller Werke über Friedrich den Grossen schreiben. Schiller pries in seinem Wilhelm Tell meisterhaft die unvergleichlichen landschaftlichen Reize der Schweiz, ohne sie je mit eigenen Augen geschaut zu haben. Die seit länger als einem Vierteljahrhundert bestehende Deutsche Shakespeare-Gesellschaft, die um zwei Jahre ältere English Goethe Society, die internationalen Dante-Gesellschaften, sie haben reiche Geistesschätze von Land zu Land vermittelt. Die Kunststätten Italiens sind der Welt zum Wallfahrtsort geworden. Die deutsche Wissenschaft feierte bahnbrechende Erfolge, Frankreich belegte den ersten Platz auf dem Gebiet der schönen Künste, England übte bestimmenden Einfluss auf die Weltliteratur aus, Amerika wies der Technik neue Ziele.

Schopenhauer, der in seinem Dialog „Über Religion" die Liebe zum Vaterland eine „gar zweideutige Tugend" nannte, „indem Beschränktheit, Vorurteil, Eitelkeit und wohlverstandener Eigennutz grossen Anteil an ihr haben", er sagt an anderer Stelle, „dass der Patriotismus, wenn er im Reiche der Wissenschaften sich geltend machen will, ein schmutziger Geselle sei, den man hinauswerfen soll." — Wörtlich fährt er fort: „Denn was kann impertinenter sein, als da, wo das rein und allgemein Menschliche betrieben wird, und wo Wahrheit, Klarheit und Schönheit allein gelten sollen, seine Vorliebe für die Nation, welcher die eigene werte Person gerade angehört, in die Wagschale werfen zu wollen, und nun, aus solcher Rücksicht, bald der Wahrheit Gewalt anzutun, bald gegen die grossen Geister fremder Nationen ungerecht zu sein, um die geringeren der eigenen herauszustreichen."

Fürwahr: Wie es im Spiegel der Geschichte nie ein „auserwähltes Volk" gegeben hat, so ist auch keine Nation dazu berufen, an ihrer Art den Weltkreis genesen zu lassen.

Wer den Heimatsbegriff nicht rundweg verneint, der muss sich auch gegen jene Tendenz auflehnen, die heute in der Sprachenfrage alles über den gleichen Kamm schert und jedes Fremdwort, vielfach zugunsten ungewohnter und schwerfälliger Neubildung, auszurotten beabsichtigt. Schon Goethe wehrte diese Bestrebung ab, indem er sagte: „Die Muttersprache zugleich reinigen und bereichern, ist das Geschäft der besten Köpfe; denn es ist nichts bequemer, als von dem Inhalte absehen und auf den Ausdruck passen. Der geistreiche Mensch knetet seinen Wortstoff, ohne sich zu kümmern, aus was für Elementen er bestehe; der geistlose hat gut rein sprechen, da er nichts zu sagen hat. Wie sollte er fühlen, welches kümmerliche Surrogat er an der Stelle eines bedeutenden Wortes gelten lässt, da ihm jenes Wort nie lebendig war, weil er nichts dabei dachte?"

In diesem Sinne ist es freudig zu begrüssen, dass in Österreich letzthin durch Kaiserlichen Erlass der à tout prix betriebenen Sprachenreinigung entgegengetreten wurde.

Auf dem gleichen Gebiete bewegt sich die Frage bezüglich der Anwendung der deutschen und lateinischen Schrift, die ja auch gegenwärtig die Erziehungsbehörden der deutschschweizerischen Kantone beschäftigt. Es scheint sich hier in zunehmendem Masse die Überzeugung durchzusetzen, dass aus Gründen besserer Lesbarkeit der deutschen Schrift als Druckschrift, der lateinischen als Schreibschrift der Vorzug zu geben sei. Andererseits verdient erwähnt zu werden, dass seit kurzem eine streng national gesinnte deutsche Tageszeitung, die „Kölnische Volkszeitung", als erste ihrer Art aus Zweckmässigkeitsgründen, ohne Widerspruch zu finden, in lateinischen Lettern erscheint.

Gross ist die Zahl derer, die durch die Wechselfälle des Lebens an hervorragendem Platze im Auslande gestellt wurden und sich dort, in der richtigen Erkenntnis, dass das Leben in der Fremde wohlverstandene Konzessionen an Anschauungen und Sitten fordert, bestens bewährten. Der deutsche Gemahl der Königin Viktoria von England, die aus dieser Ehe hervorgegangene Princess Royal, spätere Kaiserin Friedrich, sie haben im Rahmen ihrer gewiss nicht immer leichten, wenn auch nicht direkten Konflikten unterworfenen Stellung Vortreffliches für das Land ihrer Wahl geleistet. In der Gegenwart ist es unter anderen die aus deutschem Hause stammende, hohe Achtung heischende Gestalt der Königin der Belgier, die aus dem ihrer neuen und schwergeprüften Heimat schuldigem Pflichtgefühl die Konsequenzen in herber Tragik restlos ziehen musste. Gleich diesen gekrönten Häuptern haben in ähnlicher Lage fern dem Vaterlande Tausende und aber Tausende von Männern und Frauen durch lange Jahre Hervorragendes ge eistet — müssen dieselben heute den Zwiespalt ihrer Empfindungen in der zur Heimat gewordenen Fremde täglich und stündlich in bitterster Form von neuem durchleben.

Ich brauche Sie hier nicht im einzelnen an die Männer zu erinnern, die dank ihrer Leistungen und Talente den Schweizernamen weit über die Grenzen getragen haben. Zwingli, Lavater und Pestalozzi, Gotthelf, Gottfried Keller und Conrad Ferdinand Meyer, Spitteler und Zahn, Böcklin, Segantini und Hodler, Hans Huber und Hegar, sie bedeuten nur wenige Blätter aus dem immergrünen Ruhmeskranze geistigen und künstlerischen Höhenlebens dieses Landes. Nicht minder zahlreich sind die Söhne der Eidgenossenschaft, die

ihre Dienste erfolgreich in die Erforschung und Erschliessung fremder Länder aller Zonen, von den Eisregionen Grönlands bis zu den tropischen Breiten des malayischen Archipels stellten. Besondere Würdigung verdient die ungewöhnliche Rolle, die Alfred Ilg als kluger, selbstloser und einflussreicher Berater am Hofe des Negus von Abessinien spielte — in gleichem Masse seinem Vaterlande wie seiner Heimat zu Ruhm und Nutzen. Diese wenigen und unvollständigen Daten belegen bestens, dass die wahre und bleibende Grösse eines Landes keineswegs ihren Ausdruck nur in den Quadratkilometern des Flächenraumes oder gar in den Machtfaktoren findet.

* * *

Ich stehe am Schlusse meiner Ausführungen. Es erfüllt mich mit stolzer Genugtuung, dass es mir vergönnt war, dieselben hier — wie ich gerne hoffe: frei von Missdeutungen — entwickeln zu dürfen. Auf Veranlasung eines Kreises, der dank seiner Jugend hochgesteckten, idealen Zielen besonders zugänglich ist, der daher wie wenige andere berufen und befähigt scheint, am Aufbau einer mittleren Richtlinie im Streite der Geister führend mitzuwirken. So werden Sie beitragen, die hohen Lehren der zum ergänzenden Ausgleich hinleitenden Vaterlands- und Heimatsidee aus den gegenwärtigen Zeiten begrifflicher Verwirrung in einer aus Blut und Tränen, aus Trümmern und Not mühsam aufsteigenden neuen Weltordnung, zu ihrem Rechte wieder zu verhelfen.

Dann werden die Worte erneut Verständnis, Geltung und Nachachtung finden, die Jean Paul Richter bereits vor einem Jahrhundert im Sinne des Weltbürgergedankens niederschrieb:

„Vaterlandsliebe ist nichts als eingeschränkter Kosmopolitismus; und die höhere Menschenliebe ist des Weisen Vaterlandsliebe für die ganze Erde.“

ZUR POLITIK DER DEUTSCHEN MEHRHEITSPARTEIEN.

Nr. 2316, Neue Zürcher Zeitung, 9. Dezember 1917.

Der sozialdemokratische deutsche Reichstagsabgeordnete Wolfgang Heine hatte anlässlich der zu Bern im vorigen Monat tagenden „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden“ nachstehenden Brief an einen namhaften österreichischen Politiker,[1] der gleichfalls der Konferenz beiwohnte, gerichtet. Von Herrn Heine ermächtigt, jeden mir nützlich scheinenden Gebrauch seines Schreibens zu machen, übergebe ich dasselbe hiermit der Öffentlichkeit. Ich lasse mich bei meiner Entschliessung von dem Gedanken leiten, dass es der Friedenssache nur dienlich sein kann, wenn über die Ziele der vielfach noch so falsch bewerteten innerpolitischen Neuorientierung

[1] Kommerzialrat Julius Meinl.

Deutschlands vollste Klarheit geschaffen wird. Es scheint mir bemerkenswert, dass die Ansichten des Herrn Heine sich — sowelt es mir festzustellen möglich war — durchaus mit denen seiner parlamentarischen Kollegen der Mehrheitsparteien decken.

RUDOLPH SAID-RUETE.

* * *

Ich habe den Eindruck, dass man in Österreich die Haltung des Flügels der deutschen Sozialdemokratie, zu dem ich gehöre, vielfach falsch beurteilt. So hat mir vor wenigen Tagen ein angesehener österreichischer Schriftsteller, der ein lebhaftes Interesse für Politik hat, ganz ernsthaft erklärt, es wäre die höchste Zeit, dass die deutsche Sozialdemokratie in die Opposition träte.

Nichts kann verkehrter sein. Die deutsche Sozialdemokratie im Reichstag hat zu allen Zeiten an ihrer alten Auffassung festgehalten, die sie bereits am 4. August 1914 ausgesprochen hat: Eintreten für den Krieg, nur weil und soweit Deutschland, d. h. seine staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Existenz in Gefahr ist, eine Gefahr, die uns zur Hilfe zwingt, ganz gleichgültig, welche Fehler früher oder noch während des Krieges auch auf deutscher Seite gemacht worden sein mögen. Möglichst baldige Beendigung des Krieges, Ablehnung jeder nationalen Vergewaltigung, jeder Annexion, jeder wirtschaftlichen Unterdrückung.

Gegenwärtig hat dieser Gedankengang, den die sozialdemokratische Presse und Partei ohne Schwanken vertreten haben, sich auch den bei weitem überwiegenden Teil des Bürgertums erobert. Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg war persönlich immer ein Anhänger massvoller Kriegsziele und arbeitete bewusst auf ein künftiges gedeihliches Verhältnis der Völker hin Das Schwanken seiner Äusserungen erklärte sich dadurch, dass es für einen preussischen Ministerpräsidenten ein neuer und unerhörter Schritt gewesen wäre, sich auf eine politische Parteigruppierung zu stützen, deren Führung die Sozialdemokratie gehabt hätte. Ich muss auch sagen, dass die Sozialdemokratie es dem Kanzler keineswegs leicht gemacht hat, einen solchen neuen Weg einzuschlagen. Infolgedessen nahm er immer wieder Rücksicht auf die Einflüsse der Schwerindustrie und ähnlicher Kreise.

Im Frühsommer 1917 war es so weit, dass auch die bürgerlichen Liberalen und die Zentrumspartei die Unmöglichkeit einer solchen unbestimmten Politik einsahen und sich uns anschlossen. Der Zweck unseres Vorgehens im Juli 1917 war, eine bestimmte feste Politik zu erzwingen, die in der Richtung unserer Erklärung vom 4. August 1914 läge.

Das ist uns nicht auf den ersten Anhieb gelungen, weil Michaelis durch seine bewussten Zweideutigkeiten die Wirkung der Juli-Erklärung abzuschwächen suchte. Stärker war schon unser Einfluss in der Antwort auf die Note des Papstes. Schliesslich haben wir Michaelis beseitigt, nicht etwa aus persönlicher Gekränktheit durch Helfferichs Ungeschicklichkeiten, sondern lediglich zu dem Zweck, ein weiteres Ausweichen unmöglich zu machen und eine Politik einer festen Linie im Sinne eines Verständigungsfriedens zu sehen.

Ich bin ganz sicher, dass die Mehrheit des Reichstages hierbei bleiben wird. Die Notwendigkeit innerer Reformen wirkt ebenso in dieser Richtung

wie die Abneigung des sozialdemokratischen Deutschland und eines sehr erheblichen Teiles der wirklich Gebildeten gegen chauvinistische Überhitzung. Nicht unterschätzen darf man auch den Einfluss, den der erheblichste Teil der katholischen Geistlichkeit im Sinne eines den universalistischen Grundgedanken der Kirche entsprechenden Friedens ausübt; diese Leute haben eine sehr enge Fühlung mit dem Volke selbst.

Man täuscht sich im Ausland vollkommen, wenn man diejenigen, die das Reich und Vaterland entschlossen verteidigen wollen, zusammenwirft mit den nationalistischen Phantasten der Vaterlandspartei. Ich bin der Überzeugung, dass der Grund dieser Bewegung nicht sowohl auf dem Gebiete der äusseren Politik liegt als auf dem der inneren. Nicht um Eroberungen wirklich zu machen, erheben die Führer der Vaterlandspartei ein solches Geschrei, sondern weil sie hoffen, dadurch die Sozialdemokratie und die anderen Mehrheitsparteien zu diskreditieren und auf diese Art innere Reformen, namentlich die Änderung des preussischen Wahlrechts, zu verhindern. Es ist klar, dass diese Gruppe zwar an Einfluss und Geld stark ist, dass sie aber an Zahl eine verschwindende Minderheit im Volke bilden muss, und dass sie, wenn es darauf ankommt, von dem Unwillen aller weggefegt werden wird, die von einer Verlängerung des Krieges keine Vorteile zu erwarten haben. Wir in Deutschland machen uns nicht die geringste Sorge, dass diese Partei wirklich einmal den Frieden hindern oder die innere Politik Deutschlands bestimmen könnte.

Ich kann auch kaum glauben, dass man im Ausland das Geschrei der Vaterlandspartei so ernst nehmen könnte, wie es vielfach geschrieben wird. Man sollte sich doch auch dort klar machen, dass hinter den Parteien, welche die Mehrheit des Reichstages bilden, die sich am 19. Juli für einen Verständigungsfrieden ausgesprochen und dies durch den Sturz Michaelis besiegelt hat, mehr als drei Viertel der deutschen Reichstagswähler stehen. Die Kriegsereignisse werden unzweifelhaft die Zahl der Anhänger dieser Parteien im Verhältnisse zur letzten Wahl von 1912 noch bedeutend erhöht haben. Man hat gar keinen Grund, zu bezweifeln, dass der Wille des deutschen Volkes dem der Reichstagsmehrheit entspräche, und dass die Mehrheit auch stark genug wäre, ihn durchzusetzen.

Die Aufnahme freilich, die die Reichstagserklärung bei der Entente gefunden hat, diese geradezu höhnische Ablehnung auch durch Sozialisten, nötigt uns zur Zurückhaltung, wenn sie auch für uns durchaus kein Beweis ist, dass der Beschluss vom 19. Juli ein Fehler gewesen wäre, vielmehr gerade seine Richtigkeit belegt. Wir werden nicht von unserem Vorhaben abgehen, aber es scheint mir doch, dass es jetzt Sache der Völker der Entente wäre, sich zu äussern, ob sie ebenso wie ihre Regierungen eine Fortsetzung dieses sinnlosen und unsittlichen Krieges ins Grenzenlose beabsichtigen. Es ist doch sehr auffallend, dass in Deutschland Bethmann bei seinem Abgange, Michaelis bei der Übernahme des Amtes, jetzt auch wieder Hertling, nicht darauf rechnen konnten, beim Reichstag Anklang zu finden, wenn sie sich nicht für den Verständigungsfrieden erklärt und Beseitigung der Einschränkungen der Meinungsfreiheit versprochen hätten. In den Ententeländern aber verlangen sogar demokratische Politiker von der Regierung, dass sie den Krieg bis zum äussersten und die Unterdrückung des freien Wortes,

sobald es für einen Frieden laut werden sollte, verspreche. Mir scheint wirklich, dass die Geistesverfassung des deutschen Volkes von der Sachlichkeit und der wahren Liebe zum Frieden, die allein aus diesem Weltelend heraushelfen können, mehr besitzt, als wir bisher Gelegenheit gehabt haben, von den Völkern der Entente zu vernehmen. Ich will mich gern eines Bessern belehren lassen, aber bis jetzt wartet mein Ohr vergeblich auf Klänge der Vernunft von dieser Seite.

Ich habe vom ersten Tage des Krieges an unermüdlich darauf hingearbeitet, der Völkerverhetzung zu begegnen, einen Frieden zu ermöglichen, die Annexionsgelüste zu bekämpfen, und glaube, nicht immer ganz ohne Wirkung gewesen zu sein. Ich betrachte diesen Krieg als das grösste Unglück und Unrecht, das eine verfehlte, durch grosskapitalistische und andere oligarchische Interessen geleitete Politik in allen Ländern der Menschheit zugefügt hat. Meine Stimme wird nicht verdächtig sein als die eines Imperialisten und Chauvinisten. Ich wünschte, dass in allen Völkern jetzt und für die Zukunft dieselben Gedanken vorherrschten, die in der Mehrheit des deutschen Reichstages vertreten werden. Aber es ist Zeit, dass man dies auf wirklich allen Seiten einsieht und sich dazu bekennt.

W. HEINE.

Die in Bern erscheinenden „*Stimmen der Vernunft*“ veröffentlichten am 26. Januar 1918 gemäss einer Rundfrage „Einige Äusserungen bekannter Persönlichkeiten zur Rede Wilsons“ (14 Punkte des Friedensprogrammes vom 9. Januar 1918).

Rudolph Said-Ruete, Zürich:

Ich betrachte Wilsons Friedensprogramm als nicht aussichtslose Unterlage für zunächst unverbindliche, von versöhnlichem, weltbürgerlichem Geiste getragene Aussprache zwischen Vertretern kriegführender Mächte am neutralen Konferenztische. Gemäss meiner bisherigen Stellungnahme bin ich mit Punkt eins: keine Geheimdiplomatie, Punkt vier: weitgehende Abrüstung, und besonders Punkt sieben: völlige Wiederherstellung Belgiens, durchaus einig. Bei Besprechung wäre vorauszusetzen, dass das demokratische staatsmännische Prinzip unbedingt militärische, machthungrige Einflüsse überall ausschaltet.

ZUR VERTEIDIGUNG DER „FRIEDENSOFFENSIVE“.

Nr. 869, Neue Zürcher Zeitung, 2. Juli 1918.

Nur schwer fliessen diese Worte aus der Feder zu einem Zeitpunkt, da die kriegerischen Operationen in ihrer schonungslosen und nachhaltigen Vernichtung, der die Vorstellungsgabe kaum noch zu folgen vermag, den Welt-

kreis in Atem hält. Scheint es doch, als ob die krampfhaft versteifte Mentalität in den kriegführenden Ländern das Heil der Zukunft bestimmt und ausschliesslich von dem Ergebnis der brutalen Waffengewalt erwartet.

Diese einseitige und kurzgesteckte Gedankenrichtung scheut nicht davor zurück, alle Bestrebungen, die im eigenen Lager über das Heute hinaussorgen, als direkt schädlich zu verwerfen, oder ihnen, soweit sie von der Gegenseite kommen, mit unverhohlenem Misstrauen zu begegnen. Dabei war das Ergebnis bisher immer das gleich betrübliche: Jede, auch noch so aufrichtig gemeinte und klug erwogene Friedensbestrebung sieht sich solchem Doppelangriff gegenüber im Keim erstickt — die Kriegsfurie rast immer schneller zu Tal. Ihr Würgen und Zermalmen wird von den Daheimgebliebenen, zwischen Begeisterung und Resignation, fast schon als Normalzustand hingenommen. Wo doch in Weisheit und Menschenpflicht jeder Nerv sich spannen, jedes Gehirn rastlos arbeiten sollte, um der nimmersatten Schlachtbank des Krieges weitere Opfer an Blut und Gut zu entreissen. Es scheint, als ob es heute mehr persönlichen Mutes bedarf, für die Sache des Friedens einzutreten, als sich den Feuerschlünden des Feindes entgegenführen zu lassen.

Letzthin brachte die „Neue Zürcher Zeitung" (Nr. 780, 14. Juni) aus der Feder ihres Berliner Korrespondenten einen sehr zeitgemässen und sachkundigen Aufsatz über die „Friedensresolution und Friedensoffensive", wie sie zurzeit in den deutschen politischen Kreisen und der Presse aller Richtungen zur Erörterung stehen.

Es sei hier daran erinnert, dass nach Ablauf der ersten grossen deutschen Angriffsbewegung zu Anfang Mai d. J. zuerst von englischer Seite auf die vermeintliche Gefahr eines zu gewärtigenden deutschen Friedensvorstosses hingewiesen wurde. Eindringlich warnte die Northcliffepresse; der Blockademinister Lord Robert Cecil stützte diesen Mahnruf durch ein vielbeachtetes Interview, das er amerikanischen Journalisten gewährte; in beiden Häusern des Parlaments fanden Debatten statt; die „Daily Mail" entstellte in tendenziös-grotesker Form eine flüchtige Unterredung, die in der Schweiz zwischen einem deutschen Parlamentarier und einem amerikanischen Gelehrten stattgefunden hatte — sehr zum Nachteil weiterer vertrauensvoller Fühlungnahme zwischen Vertretern der kriegführenden Mächte Ruhige Pressestimmen, wie „Westminster Gazette", „Manchester Guardian", „Daily News", einsichtige Männer wie Lord Lansdowne oder der kürzlich verstorbene Lord Courtney, Bestrebungen des englischen „radikalen Komitees", das einem Verhandlungsfrieden das Wort redet: sie blieben so gut wie unbeachtet. Die englische Presse wurde in ihrem Kampf gegen das angeblich drohende Friedensgespenst von einflussreicher französischer Seite wie z. B. dem „Temps" recht temperamentvoll unterstützt.

Man hätte erwarten sollen, dass im damaligen Zeitpunkt, als nach Lage der Dinge mit weitern deutschen Waffenerfolgen ernstlich zu rechnen war, die Führung der öffentlichen Meinung in den Ententeländern dem Friedens-Gedanken weniger grundsätzliche Abneigung entgegenbringen würde. Asquiths politisch-philosophischer Leitspruch „wait and see" schien hier wie selten am Platze. Setzte wirklich deutscherseits eine Friedensoffensive ein, für die damals noch nicht die geringsten Anzeichen vorlagen, so konnte doch immer-

hin mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass sich Ansatzpunkte für erspriessliche Meinungsäusserung ergeben würden. Und hierauf kommt es doch heute, wo die Gegensätze sich bis zum Extremsten gesteigert haben, so wesentlich an. Es kann billigerweise von keiner Seite erwartet werden, dass nach einem vierjährigem mit massloser Erbitterung und blindwütigem Hass geführten Weltkrieg ein Friedensprogramm auf die bluttriefenden Länder unvermittelt herniedertaut, das mit einem Schlage alles Unrecht sühnt und alle Gegensätze restlos ausgleicht. Die Bestie im Menschengeschlecht, die sich während eines allzulangen Moratoriums der Moral so hemmungslos und erschreckend auslebte, wird sich nur schrittweise und widerwillig in die Fesseln der Vernunft, in die Gebote einer geläuterten Weltordnung zurückfinden.

Den ernstesten und gewichtigsten Schritt, der von deutscher Seite zur Herbeiführung eines klugen und gerechten Friedens unternommen wurde, stellt unstreitig die Mehrheitsresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917 dar. Hier erklärten, gestützt auf mehr als drei Viertel der deutschen Reichstagswähler, in Bekräftigung des kaiserlichen Friedensangebots vom Dezember 1916 die Fraktionen des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie (mit Ausschluss der „Unabhängigen", die der rückhaltlosen Ehrlichkeit des Friedenswillens Zweifel entgegensetzten), dass: „der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar".

Das war angesichts der rücksichtslos agitierenden, über reiche Geld- und Machtmittel verfügenden alldeutschen Vaterlandspartei eine beachtenswerte Leistung parlamentarischer Einsicht und Geschlossenheit. Sie steigerte sich zu einer Kraftprobe, als es sich darum handelte, den in seiner Stellung schwankenden Reichskanzler Michaelis seines Amtes zu entheben und durch den Grafen Hertling, der sich als kluger Politiker vor Übernahme seines Postens des Vertrauens der Mehrheitsparteien versicherte, zu ersetzen.

Dass die Gegenseite sich dieser Friedensresolution des Mehrheitsblocks und den durch diese ausgelösten innerpolitisch befreienden Begleiterscheinungen gegenüber völlig ablehnend verhielt, war im Sinne eines allseitig zufriedenstellenden Kriegsausganges ein schier unverständlicher Fehler der sonst über so feinen politischen Instinkt verfügenden Ententeleitung. Er hat sich angesichts des Zusammenbruches Russlands und des aus diesem resultierenden weiteren Ganges der schliesslich unvermeidlich gewordenen militärischen Ereignisse bereits recht fühlbar gestaltet. Die Entente wurde und wird bei ihrer immer erneuten Zurückweisung deutscher Friedensfühler von einem kaum zu überbietenden, wenn auch durch der Zeiten Lauf in etwas verständlichem Misstrauen geleitet, das aus dem Ostfrieden neue Nahrung schöpfen zu können glaubte.

Man wollte zunächst den „Militarismus" der Zentralmächte zu Boden zwingen oder doch von innen heraus entwurzelt sehen, bevor man an das Friedensproblem herantrat. Dieser Erwartung lag der Irrglaube zugrunde, dass es praktisch möglich wäre, während eines gigantischen Krieges, da die straffe militärische Organisation bis in die Finger- und Zungenspitzen durch-

geführt ist, den auf die innerpolitischen Strömungen ausgeübten Machtdruck — zumal im Zeichen gewaltiger Waffenerfolge — zu beheben. Besteht doch noch heute im vollen Umfang zu Recht, was einst Kant so treffend in seiner geistesscharfen Abhandlung „Über die Misshelligkeit zwischen der Moral und der Politik" sagte: „Was aber das äussere Staatenverhältnis betrifft, so kann von einem Staat nicht verlangt werden, dass er seine, obgleich despotische Verfassung (die aber doch die stärkere in Beziehung auf äussere Feinde ist) ablegen solle, solange er Gefahr läuft, von andern Staaten sofort verschlungen zu werden; mithin muss bei jenem Vorsatz doch auch die Verzögerung der Ausführung bis zu besserer Zeitgelegenheit erlaubt sein".

Da wäre an Stelle schroffer und auch die Wohlgesinnten zu starkem und nachhaltigem Unwillen aufreizender Ablehnung, bei entsprechend vorsichtigem Prozedieren doch eine wenn auch zunächst unverbindliche Fühlungnahme sehr wohl am Platze gewesen. An deutschen Stimmen, die beanspruchen dürfen, ernst genommen zu werden, hat es gewiss nicht gefehlt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Wolfgang Heine hat in einem in der „N. Z. Z." veröffentlichten Briefe (Nr. 2316, 9. Dezember 1917)[1]) in klarer und überzeugender Weise dargetan, wie diese Reichstagsresolution zustande kam und wie seine Partei entschlossen sei, an ihr festzuhalten. Der Führer der Demokratie in Württemberg, Konrad Haussmann, sagt in einem Bericht, den er seinen Reichstagswählern im August v. J. erstattete: „Die Einsicht, dass nicht Pfiffigkeit und Bluff, auch nicht Krafthuberei, sondern nur Wahrhaftigkeit aus dem Wirrsal eines Weltkrieges führen, hat die Mehrheit des deutschen Reichstages geleitet, als sie am 19. Juli ihre geschichtlich bedeutsame Resolution gefasst hat". Zu Ende v. M. trat der Reichstagsabgeordnete Erzberger (Zentrum), dessen Stellung keineswegs so erschüttert ist, wie sie von seinen Gegnern geflissentlich hinzustellen beliebt wird, in der „Germania", dem führenden Blatte seiner Fraktion, den wider seine Person und seine Politik inszenierten Machenschaften der „Kölnischen Volkszeitung" entgegen. Dass letztere sich zum Sprachrohr für einen „Hindenburg-Frieden" gemacht hat, dürfte bekannt sein. In dem „Macht oder Recht" überschriebenen Aufsatze tritt Erzberger mutig und mit überzeugender Schärfe für das Parteiprogramm des Zentrums „Wahrheit, Freiheit und Recht" gegen „Zensur, Vergewaltigung und Macht" ein. Sein Kriegsziel ist ein ehrenvoller, dauernder und gerechter Friede; er will das Recht anderer Völker nicht mit Füssen getreten sehen, jede Vergewaltigung lehnt er ab.

Der zu Anfang dieses Monats zu Berlin tagende Zentralausschuss der Fortschrittlichen Volkspartei nahm in eingehender Verhandlung, an der auch der Vizekanzler v. Payer sich aktiv beteiligte, Stellung zu der politischen Lage im Reich. Es wurde ausgeführt, dass das mit der Regierung vereinbarte Programm, an dem gleichfalls die nationalliberale Partei beteiligt sei, an den Leitsätzen der Antwort auf die Papstnote (19. September bzw. 2. August 1917) festhalte. Da diese sich in den Grundzügen mit dem Julibeschluss der Mehrheitsparteien deckt, ja sich ausdrücklich auf diese beruft, da sie die moralische Macht des Rechtes anerkennt, so ist der Mehrheitsbeschluss in seiner Bedeutung hierdurch keineswegs beeinträchtigt worden. Im Gegensatz zu einem Verzichtfrieden wurde dem Sicherungsfrieden das Wort geredet.

[1]) Siehe Seite 173.

Dieser Begriff harrt noch der engumschriebenen Auslegung. Aber es ist einleuchtend, dass man im Zeitalter der Ferngeschütze und der Flugtechnik die Sicherung seiner nationalen Existenz nicht in weitausgreifenden Gebietvorlagerungen und Unterjochung fremder Völker, sondern in der Gewähr, die nur eine kluge und loyale Verständigung dauernd zu bieten vermag, suchen wird.

Wie sehr übrigens die so selbstsüchtigen Überpatrioten ins Hintertreffen geraten sind, hat die Wahl zum Präsidium des Reichstages wie der Verlauf der Wahlgesetzverhandlungen im preussischen Abgeordnetenhause klar und einwandfrei festgestellt. Hierauf hinzuweisen scheint um so angebrachter, als man im neutralen Auslande durch die von fast ausschliesslich alldeutscher und rüstungsindustrieller Seite betriebene Propaganda nur zu leicht ein völlig falsches Bild der tatsächlichen, einer liberalen Umwertung zutreibenden innerpolitischen Lage Deutschlands erhält.

Zu gleichem Zeitpunkte, als die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande sich im Sinne eines allgemeinen Verständigungsfriedens erneut zur Resolution vom Juli 1917 bekannte, veröffentlichte das Organ der extremsten rechtsstehenden Kreise, die „Kreuzzeitung", ihren aufsehenerregenden Artikel, in dem sie von der Regierung eine auf Verständigung mit dem Feinde hinauslaufende Friedensoffensive, behufs Klarlegung der Hauptkriegsziele gegen England forderte. Es könnte für die weltpolitische Einsicht des Blattes sprechen, wenn hervorgehoben wird, dass die Deutschen nach dem Kriege nicht fernerhin in Absonderung leben können, dass ihr Aktionsfeld weit über die Grenzen reichen müsse. Wie weit diese Ausführungen ernst zu nehmen sind, welche Motive sie möglicherweise verdecken sollen, um die Hände der Regierung anlässlich der gegenwärtigen militärischen Erfolge zu binden, wird die Zukunft lehren. Nach der bisherigen Stellungnahme der konservativen Partei mussten sie überraschen, und es kann nicht verwundern, dass die Ehrlichkeit ihrer Tendenz vielfach auf Zweifel stösst.

Wie dem auch sei, die Ansicht ist hier oft vertreten worden, dass Deutschland — beengt in kultureller und wirtschaftlicher Inzucht — selbst wenn ein Gebilde wie „Mitteleuropa" oder gar „Mittelafrika" praktisch durchführbar wäre, in seiner Aufwärtsentwicklung Schaden nehmen müsste. Der Staatssekretär von Kühlmann, dessen diplomatische Laufbahn von der zum Nachdenken anregenden Luft vieler Länder befruchtet wurde, hat es ja auch in einer Rede vor der Berliner Handelskammer ausgesprochen, dass — nachdem der Friede von Brest-Litowsk und Bukarest gezeichnet sei — Deutschlands Wiedergeburt auf die Wege des Ozeans gebieterisch hinweist. Die Statistik der vor dem Kriege getätigten deutschen Ein- und Ausfuhr spricht da eine eindrucksvolle Sprache und wird wohl auch unter dem Druck der einzulösenden Kriegslasten bei denen Verständnis finden, die im auskömmlich festen Gehalte und gesicherter Pension so leicht bereit sind, die führende Rolle des seegehenden Handels im Leben der Völker zu verkennen. Dass es für eine dahinzielende Verständigung der erforderlichen, von der Waffen Ergebnis nicht beeinflussbaren Verhandlungsatmosphäre benötigt, bedarf keines Hinweises. Der gesicherte Warenaustausch wird in Zukunft mehr denn je einwandfrei gewährleisteter politischer Unterlagen bedürfen.

Auch im Leben der Völker öffnen sich die Türen nur willkommenen Gästen, deren Gesinnung und Weltanschauungen dauernd erspriessliches Zusammenwirken verbürgen. Diesem Gesichtspunkte, dem die deutsche Antwort auf die Papstnote bereits in klaren Worten Rechnung getragen hat, Geltung zu verschaffen, ist — unbeirrt durch den Lärm der Waffen und allen anders gearteten Beeinflussungsbestrebungen zum Trotz — das Gebot der Stunde. Dann wird die soviel und heissumstrittene Friedensoffensive endlich den Weg zur Völkerverständigung weisen.

GEGEN DIE UNIFORMIERUNG DER WELTANSCHAUUNGEN.

Nr. 923, Neue Zürcher Zeitung, 14. Juli 1918.

„Dass Könige philosophieren oder Philosophen Könige würden, ist nicht zu erwarten, aber auch nicht zu wünschen: weil der Besitz der Gewalt das freie Urteil der Vernunft unvermeidlich verdirbt."

Imanuel Kant. „Zum ewigen Frieden".

Während dieses Krieges ist Hand in Hand mit der Waffen Vernichtungs-Werk kein Argument unbenützt geblieben, um die Gegenseite zu verunglimpfen. Die giftigen Gase haben in der skrupellosesten und niedrigsten Verleumdung eine ihrer würdige Ergänzung gefunden. Diese erreicht den Scheitelpunkt des Abstossenden durch die geflissentliche Hervorhebung der eigenen makelfreien Tugenden; wobei mit richtiger Einschätzung für die Urteilslosigkeit der breiten Masse selten verabsäumt wird, die himmlischen Mächte zum Zeugen anzurufen. Wie ja auch noch heute jede erfolgreiche Waffentat — aber auch nur diese — gleich in den Zeiten grausten Altertums dem Aktivum göttlicher Vorsehung und Fürsorge recht einseitig gebucht wird. Dass gegen diese fein ausgebildete, im eigenen Lager geübte Technik seelischer Verwirrung und Irreführung von berufener, dem religiösen Empfinden zum Schutze bestellter Seite nachdrücklich Einspruch erhoben wäre, ist nicht bekannt geworden. Die Mehrzahl der Geistlichen aller Konfessionen dürfte später einen schweren Stand haben, wenn sie über ihre während des Krieges eingenommene, häufig recht aufreizende Stellung denen Rechenschaft ablegen sollen, die sie erneut um die geschändeten Altäre des Friedenswerkes zu sammeln sich bemühen werden. Nur wenige vermögen alsdann nachzuweisen, dass sie in schwerer Stunde die Feuerprobe des Glaubens und der Überzeugung aufrecht bestanden haben. Das kann der Sache, der sie zu dienen berufen sind, weder zum Segen noch zur Festigung gereichen.

Mit Vorliebe werden die Schmähungen auf das Gebiet der Weltanschauungen hinübergespielt. Es wird u. a. die befremdliche These aufgestellt, aber nicht erwiesen — und, was noch schlimmer, vielfach mechanisch nachgeglaubt — dass Recht, Freiheit, Ehre und Sitte nur im Rahmen der eigenen Nation Geltung habe. Der Feind hingegen — in Friedenszeiten hörte man es anders — huldigt dem Götzendienst des Geldes und erniedrigt in selbstsüchtigen

Motiven die andern Völker zu sklavischer Abhängigkeit. Hier die fehlerlose Weltanschauung, dort die verwerflichsten Doktrinen des Lebens! Für beide ist der Weltkreis zu eng: eine muss unbedingt überwunden und ausgerottet werden. Vor die Wahl gestellt, kann man sich natürlich, wenn die Dinge tatsächlich so liegen, nur für die erstere und gegen die letztere entscheiden.

Zu einem Zeitpunkt, da die Welt sich in Fiebersehnsucht krampft und gespannt auf eine versöhnliche Botschaft verheissungsvoller Verständigung lauscht, sind solche Gegenüberstellungen doppelt gewichtig. Wären jene Worte so zu deuten, dass die eigenen Tugenden, dass die Schwächen der andern Seite in jedem Falle ein Monopol bedeuten — nicht als gleich verbreitete Eigenschaften gelten sollen — dann dürfte es schwer sein, dieselben im Spiegel der Geschichte zu belegen. In dem gegebenen Falle wird aber die Aufklärung eines so bedrückenden und schwerlich beabsichtigten Missverständnisses denen eine unabweisliche Pflicht, die ihre Weltanschauung auf Grund vielseitiger Kenntnisse und Erfahrungen dahin festgelegt haben, dass die Scheidung in Nationen keineswegs eine Trennung des Guten und Bösen in sich schliesst — die für eine gerechte Völkerverständigung als einzig gangbaren Ausweg aus diesem Weltkrieg eintreten. Wenn das Leitwort „Ich kenne keine Parteien mehr" in Umlauf ist, so bedeutet es nur eine folgerichtige Aufwärtsentwicklung zu dem allseitig angestrebten und gutgeheissenen Völkerbunde, falls die in den hohen Lehren des Menschentums fussende Parole „Verwerfung der trennenden nationalen und kulturellen Unterschiede" Geltung und Nachachtung findet. Hierfür bieten ja bereits die in diesem Kriege wahllos geschlossenen Waffenbündnisse zum Nachdenken anregende Unterlagen.

„Recht, Freiheit, Ehre und Sitte!" Fürwahr glücklich zu preisen ein Volk, dem diese inhaltreichsten und edelsten der Eigenschaften einst vom nüchternen Urteil der Nachwelt gepriesen werden können. Wohl alle Nationen streben mit mehr oder minder richtigem Erfassen jener Begriffe diesem höchsten aller Ziele zu. Wenn sie es nicht restlos erreichen, so trägt die Unvollkommenheit der menschlichen Natur, die vor keinem Volkskörper Halt macht, gewiss die Hauptschuld. Die Erfahrungen der Kriegsjahre können da kaum unbeachtet bleiben, und es liesse sich wohl die zunächst paradox scheinende Formel vertreten und belegen: dass des Charakters beste Eigenschaften dort weiteste Geltung haben, wo die staatlich approbierte Gesittung noch keinen Einzug hielt. Mit den Erlebnissen der Schlachtfelder und Meeresgebiete, die wir bejubeln, mit dem Widerspruch zwischen Wort und Tat unserer Tage würde bei den Naturvölkern jede Propaganda für die „gute Sache", um deren Willen „Kulturträger" sich zu Millionen zerfleischen und ertränken, elendiglich Schiffbruch leiden. Die Sendboten des Glaubens, soweit sie sich nicht auf dem näherliegenden Gebiete der inneren Mission betätigen, werden fernerhin, nicht nur bei den Kannibalen, einen schweren Stand haben.

„Götzendienst des Geldes, sklavische Unterjochung der Völker!" Heil dem Lande, dem diese Tendenzen fremd sind. Dem der Tanz um das goldene Kalb, um Titel, Orden und Ehren: ein Begriff des Unbekannten — da die Fremdvölker sich in unerschütterlicher Anhänglichkeit

zu ihrer Schutzmacht freudig bekennen. Auch für diese Gesichtspunkte ist der Krieg Massstab und Prüfstein geworden. Spätere Generationen werden in geläutertem Urteil den Unfehlbaren die Tugendrose reichen.

Recht bedenklich wäre die Tendenz, den Völkern eine allein seligmachende Einheitsweltanschauung ansinnen zu wollen. Selbst zwischen Mann und Frau, zwischen Eltern und Kindern waltet nur in den seltensten Fällen die gleiche Gedankenrichtung vor. Da differieren und befehden sich die Ansichten, ohne dass dadurch die Zusammengehörigkeit eine Trübung erfahren müsste, auf eng und weit gezogenen Lebensgebieten. In jedweder Epoche der Geschichte ist es der Streit um die Weltprobleme gewesen, der das Salz des Lebens bot. Die Werke der Philosophen aller Länder und aller Zeiten, die treibenden Kräfte der Kreuzzüge und der Verkünder des Islams, die scharfen politischen Kämpfe innerhalb der Staatengebilde — was sind sie anders, als der Austrag verschiedener, aber deshalb durchaus nicht in „schwarz" und „weiss" zu scheidender Weltanschauungen. Von den Wissensstätten Oxford und Cambridge sind andere, aber nicht minder fruchtbare Auffassungen in die Welt hinausgegangen, als von den Handelszentren Liverpools oder Manchesters. Der in Potsdam gepflegte Geist ist der Richtung von Weimar oder der Hansestädte, die zu den Geistesfirnen und um den Weltkreis führte, völlig wesensfremd.

Nur tolerante Beurteilung des Ausgangspunktes und der Entwicklungsverhältnisse der verschiedenen Lebenswertungen vermag im Streite der Meinungen ausgleichend und annähernd zu wirken. Für das Niveau der Gesinnung ist es ein untrüglicher Massstab, in wie weit die Fremdartigkeit der Anschauungen dem persönlichen Gebiet ferngehalten oder auf dieses übertragen und dort ausgekämpft wird. Der Reaktionär wie der Demokrat haben nach Milieu und Lebensgestaltung jeder ihre Berechtigung, soweit sie dem Gegner in Achtung seiner Motive Verständnis und Entgegenkommen betätigen und sofern die wohlverstandenen Interessen der Allgemeinheit nicht Gefahr laufen, geschmälert zu werden. Im engen Umkreis einer Kirchturmspitze können sich keine Weltanschauungen ergeben. Sie wollen, wie es der Name sagt, aus den reichen Quellen des Weltgebietes geformt sein. Dann werden diese auch über Länder und Meere ausstrahlen: Segen spendend und ihren Trägern Achtung und Geltung erbringend.

FAUSTPFANDPOLITIK.

Nr. 1023, Neue Zürcher Zeitung, 4. August 1918.

In seiner Rede vom 11. Juli vor dem Hauptausschuss des Reichstages hat Graf Hertling auch die belgische Frage erneut eingehender Erörterung unterzogen. Jene Ausführungen haben leider, wie die ablehnende Antwort Balfours anlässlich des belgischen Unabhängigkeitsfestes am 20. d. M. ergab, der Sache des Friedens wenig Förderung geleistet. Dies ist um so mehr zu beklagen, als das herbe Geschick Belgiens sich seit der einleitenden, nun

schon um vier Jahre zurückliegenden Kriegshandlung als blutroter Feuerfaden durch die Gestaltung der erschütterndsten aller Weltereignisse zieht — auf deren Dauer und Verbreitung einen bestimmenden Einfluss ausübte.

Das Rededuell zwischen den führenden Staatsmännern der Kriegsparteien hat aufs neue dargetan, dass der Völkerverständigung durch die laute Verkündung solcher festgelegten Formulierungen, die doch in erster Linie recht durchsichtig für den innerpolitischen Konsum abgestempelt sind, kein Dienst geleistet wird. Es ist ein Irrtum, die zerstörende Gewalttechnik des Krieges auf die zum Wiederaufbau berufene Friedenssphäre übertragen zu wollen. Die Ziele und somit auch die Gedankengänge des durch die Gegenwartsaufgaben voll beschäftigten Militärs sind in ihrer Wesensart denen des alles überblickenden und für die Zukunft disponierenden Staatsmannes untergeordnet und durchaus nicht gleichbedeutend. Wird dort die brutalste Waffe, schon mit Rücksicht auf die Abwehr des zu erwartenden Gegenstosses als die beste erachtet, so sollte hier nur eine Aktion begonnen werden, wenn auf Grund guter Vertrautheit mit der im andern Lager obwaltenden Mentalität auf eine zur Annäherung führende Resonanz zweifelsfrei gerechnet werden kann. Sonst erfolgt unfehlbar, zum Nachteil der spätern Beziehungen, eine weitere Versteifung der Meinungsverschiedenheiten.

Die Erklärung des deutschen Reichskanzlers gipfelte in der Auffassung, dass Belgien als F a u s t p f a n d für die Friedensverhandlungen zu dienen habe. Es dokumentiert immerhin einen hohen Grad von Vertrauen in die Fähigkeit der gedachten Unterhändler, wenn man sich verspricht, dass diese am grünen Tisch aus grossem Komplex die delikateste aller Fragen durch die Klippenfelder, die den Weltkrieg gegen eine bessere Zukunft abschliessen, erfolgreich steuern werden. Dennoch drängt sich angesichts dieses Streitpunktes erster Ordnun; die Erwä ung auf, ob nicht eine klare, eigener Initiative entsprungene Handlung die lo isch beste Voraussetzung für eine erspriessliche Verständigungsbasis ergeben und sich durch die Vermeidung weiterer Opfer durch die Rückgewinnung von Sympathien mehr denn wett machen würde.

Soll jedoch Belgien gegenüber auch fernerhin bei der Faustpfandtheorie verharrt werden, so darf man sich keineswegs der Einsicht verschliessen, dass die E n t e n t e gleichfalls in festem Griff über Gebiete und Besitz verfügt, die zu einem Vergleich der Werte geradezu herausfordern. Gewiss sind Belgien und Nordfrankreich durch der Waffen Entscheidung dem deutschen Willen unterworfen, und es bleibt, von gele entlichen geringen Machtverschiebungen abgesehen, nicht zu gewärtigen, dass die Entente den Feind aus diesen Gebieten mit militärischen Gewaltmitteln wird wieder verdrängen können. Aber ebenso sicher wird der Weltjammer des Krie es erst zum Abschluss gelangen, wenn über jene einst so blühenden und arbeitsamen, heute durch der Zeiten Lauf zerstörten und verelendeten Länderflächen die Morgenröte einer gerechten und versöhnlichen Verständigungsformel ihre Strahlen breitet. Da könnte auf die Dauer auch eine stark gepanzerte Faust erlahmen, während die Pfänder unter dem Druck des Krieges in realer und idealer Beziehung je länger je mehr Einbusse erfahren: die vermeintlich goldene Frucht sich zu einer inhaltsarmen Dornenkapsel formt.

Auf Trümmerfeldern vermag ein noch so verheissungsvoll redigierter Friede keine Umwertung zu schaffen. Eine durch lange Leidensjahre in ihren

Neigungen abgewandte Bevölkerung kann weder freundschaftlicher Gesinnung noch gedeihlichen wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwangsweise zugeführt werden. Vermochten doch selbst die unter ungleich günstigern Voraussetzungen abgeschlossenen Ostfrieden die Beziehungen der vertragschliessenden Teile bisher nicht völlig reibungslos zu gestalten.

Es käme einer schweren Selbsttäuschung gleich, wollte man die Pfandobjekte der Mittelmächte einseitig auf die Gewinnseite der Kriegskarte buchen, ohne diejenigen der Entente in der Gegenrechnung entsprechend zu berücksichtigen. Soweit von den Westmächten besetzte Gebiete in Frage kommen, seien hier nur der frühere deutsche Kolonialbesitz in Afrika, sowie Mesopotamien und Palästina genannt. Diese gewaltigen und noch sehr entwicklungsfähigen Länder hatten im Vergleich zu Belgien und Nordfrankreich nur wenig unter der Kriegsgeissel zu leiden. Sie wurden mit dem Tage ihres Besitzwechsels einer systematischen wirtschaftlichen Erschliessung und Befruchtung unterworfen und dürften bereits heute dank ihrem natürlichen Reichtum und einer geschickten, Sympathien werbenden und auslösenden Verwaltung den neuen Machthabern bei steigender Tendenz nicht geringer als ihren frühern Besitzern zu Buch stehen.

Hiermit sind die Faustpfänder der Entente jedoch keineswegs erschöpft. Die völlige und nachhaltige Vernichtung des mitteleuropäischen Überseehandels, dessen gigantische Ziffern man sich vergegenwärtigen muss, um den erlittenen, Millionen von Existenzen einschliessenden Verlust objektiv zu bewerten, sie übertrifft gleich den beschlagnahmten und enteigneten Milliardenvermögen um ein Mehrfaches die gleichartigen, von seiten der Mittelmächte belegten Objekte. Die Situation verschiebt sich für die letztern nicht zum Bessern durch den Umstand, dass die feindliche Umwelt sich zu einem wohlgeplanten Wirtschaftskampf nach dem Krieg rüstet.

Wenn nach Jahren die Völker, von dem ihren allzuweit gesteckten Zielen gebrachten hohen Blutzoll ernüchtert, dem Problem der Kriegs- und Friedensfrage unserer Tage nachgehen werden, dann dürften sie wohl unschwer zu dem Schlusse kommen, dass das vom Leid so bitter heimgesuchte Belgien im Interesse der Menschheit einen ungleich höhern Beruf als Bringer dauernden Friedens denn als zeitweiliges Faustpfand hatte.

IN KRITISCHER STUNDE.

Nr. 1299, 'Neue Zürcher Zeitung, 3. Oktober 1918.

Jetzt da sich die Lage Deutschlands nach mehrjährigem, heldenhaftem und ruhmreichem Kampf gegen eine vielfache Übermacht ernst gestaltete, ist es mir eine gebieterische Gewissenspflicht, die nachstehende Erklärung im Dienste der nationalen Sache abzugeben. Die gesicherte Zukunft Deutschlands erfordert:

1. eine durchgreifende Parlamentarisierung und Demokratisierung des Regierungssystems, eine unverzügliche Ausschaltung der Militärgewalt in allen Fragen der innern und äussern Politik;

2. einen im Vollumfange an Belgien zu leistenden Schadenersatz;

3. eine tiefgründige Revision der Ostfrieden;

4. die Geneigtheit, bezüglich einer Lösung der elsass-lothringischen Frage in Besprechungen einzutreten.

Ich bin der Überzeugung, dass eine schnelle und vorbehaltlose Durchführung dieses Programmes dem deutschen Volke einen baldigen, gerechten, seine Aufwärtsentwicklung gewährleistenden Frieden im Rahmen des Völkerbundes erbringen wird.

RUDOLPH SAID-RUETE.

NAMEN- UND SACHREGISTER.

Politische Korrespondenzen
und
Friedfertige Kriegsaufsätze
1914—1918

RUDOLPH SAID-RUETE

OF

DRUCK UND VERLAG: ART. INSTITUT ORELL FÜSSLI, ZÜRICH 1919